

Teil E

Inhaltsverzeichnis (Seiten E I – E VIII)

Großgliederung Europas

Seite E 0

E. a) Themen global, die uns auch bewegen **Seiten E 1– E 6**

- 01)** „Russland betreibt ein doppeltes Spiel“. Neuer Einfluss in Afrika?
Gerrit Kurtz über russische Marinebasen, die Rolle Moskaus im Bürgerkrieg im Sudan und deutsche Interessen am Roten Meer
- 02)** Voller Widersprüche. Die Geberkonferenz der EU mobilisiert Milliardenhilfen für Syrien. Doch der Einsatz der Mittel wirft Fragen auf.
Von Lydia Both

E. b) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a. **Seite E 7**

Keine Berichte

E. c) Europa, Europa und die Welt **Seite E 8**

Keine Berichte

E. d) Europäische Union (EU) **Seiten E 9 – E 24**

- 01)** Links, radikal, erfolgreich. Im Schatten des massiven Rechtsrucks gehen die Erfolge kleiner Linksparteien unter. Dabei lässt sich von ihnen vieles lernen. Von Robert Misik
- 02)** Kurz vor dem Kollaps. Verantwortlich für den weltweiten Aufwind rechter Parteien ist auch die Politik. Von Daron Acemoglu
- 03)** Reaktion auf den Rechtsruck. Ganz Europa spricht über die EU-Wahl. Doch wie schaut der Rest der Welt auf die Wahlergebnisse? Wir berichten aus Argentinien, den USA und Nigeria. Von Svenja Blanke & Ingrid Ross & Knut Dethlefsen & Lennart Oestergaard
- 04)** Vormarsch auf Brüssel. Rechte Parteien konnten bei der Europawahl deutlich zulegen. Welche Auswirkungen hat ihr Erfolg auf die EU und ihre Handlungsfähigkeit?
Von Tobias Mörschel & Ingmar Naumann & Marco Schwarz
- 05)** Scheinkandidaten. Von Ed Koch

E. e) Mitteleuropa

Seite E 25

Keine Berichte

E. f) BR Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 26 – E 97

Niederlande (Seiten E 26 – E 29)

- 01)** Das neue holländische Regierungsprogramm: Hoffnung, Mut und Stolz
– Eckpunktepapier von PVV, VVD, NSC und BBB 2024-2028

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 30 – E 50)

- 01)** Gegen die Urängste. Von Ed Koch
02) Katastrophal – Die Präsidentschaftswahlen in den USA. Von Ed Koch
03) Es kann nur eine [Staatsbürgerschaft] geben. Von Ed Koch
04) Mit Jesus gegen rechts. Was haben Olaf Scholz, Annalena Baerbock und Jesus Christus gemeinsam? Und warum folgen ausgerechnet Rechtspopulisten einem entgegengesetzten Trend?
Von Joscha Wendland
05) Mehr, Mehr, Mehr.
Trotz militärischer Überlegenheit gegenüber Russland herrscht eine Begeisterung für Aufrüstung und Militarisierung. Warum?
Von Ernst Hillebrand
06) Zusammenhalt in polarisierten Welten. Von Ed Koch
07) Wahlauf Ruf an den Osten. Von Ed Koch
08) KW 24 (10. bis 16. Juni 2024) – Nachwehen. Von Ed Koch
09) Putins fünfte Kolonne. Von Ed Koch
10) Trauer um Klaus Töpfer. Von Ed Koch
11) „Berlin wird verwaltet und nicht gestaltet“.
Mit Reinhard Müller sprach Ed Koch
12) Ein brauner Besenstiel reicht aus. Von Ed Koch

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 51 – E 76)

- 01)** Tausend Gramm Geschichte. Von Ed Koch
02) Ökowerk Teufelsberg: Fest der Artenvielfalt am 30.06.2024, 11-18 Uhr
03) Weltmeister
04) Ende mit Work-Life-Balance. Von Ed Koch
05) Ausgezeichnetes Schulprojekt: kliQ 2.0 ist KlimaSchutzPartner des Jahres 2024
06) Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff. Von Ed Koch
07) KW 25 (17. bis 23. Juni 2024) – Kennst Du das Land, wo die Visionen blühen? Von Ed Koch

Seite E III zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

- 08) Young Euro Classic sucht Publikumsjury für den Europäischen Kompositionspreis 2024
- 09) Mut zum Optimismus. Von Ed Koch
- 10) Tolle Typen. Von Ed Koch
- 11) Mächtig gewaltig. Von Ed Koch
- 12) Motor der Wirtschaft. Von Ed Koch
- 13) Schreck am Morgen in der Torgauer Straße. Von Ed Koch
- 14) KW 23 (03. bis 09. Juni 2024) – Ausgezeichnet und nachhaltig. Von Pressestelle Bezirksamt Berlin Tempelhof-Schöneberg
- 15) Da kannst du nicht meckern.
- 16) Gebäude von morgen für Menschen von heute. Von Ed Koch
- 17) Wohnen statt parken. Von Ed Koch

Österreich (Seiten E 77 – E 78)

- 01) Straße in Wien-Donaustadt wird nach Alexander Dubček benannt

Südtirol (Seiten E 79 – E 97)

- 01) Auf zum Schwur, Tiroler Land...

E. g) Ostmitteleuropa	Seiten E 98 – E 105
------------------------------	----------------------------

Polen (Seiten E 98 – E 101)

- 01) Und sie sind doch schlagbar. In Polen zeigt die Regierungskoalition, wie Populisten zu stellen sind. Verteufelungen alleine reichen nicht – es braucht politische Angebote. Von Daniel Morgenstern

Ungarn (Seiten E 102 – E 105)

- 01) Für Land und Partei. In vielen Ländern wird Sport für politische Ziele benutzt. Doch die Fußball-Obsession der ungarischen Politik geht über das Übliche deutlich hinaus. Von László Andor

E. h) Osteuropa	Seiten E 106– E 124
------------------------	----------------------------

Weißrussland (Seiten E 106 – E 109)

- 01) Im Hinterhof der Geschichte. Im Gegensatz zur Opposition haben die Menschen in Belarus für einen proeuropäischen Kurs wenig übrig. Viele wünschen sich eine Allianz mit Russland. Von Artyom Shraibman

Ukraine (Seiten E 110 – E 117)

- 01)** Wiederaufbau „Made in Ukraine“. Ausländische Investitionen reichen nicht, um die Ukraine zu retten. Warum es eine ukrainische Entwicklungsbank braucht. Von Brian_Milakovsky
- 02)** Gipfelerfolg, oder? Die Friedenskonferenz in der Schweiz liefert eher magere Ergebnisse. Grund dafür waren insbesondere zwei unvereinbare Ziele. Von Christos Katsioulis

Russland (Seiten E 118 – E 124)

- 01)** Auf gute Nachbarschaft. Russland und Nordkorea vertiefen ihre Beziehungen. Das stößt nicht nur Washington auf, sondern stellt auch Peking vor ein Dilemma. Von Anny Boc
- 02)** Fragile Brüderlichkeit. Vom Bündnis mit China erhofft sich Russlands Präsident Putin volle Rückendeckung. Doch Xi zögert – und weiß seine Vorteile auszuspielen. Von Nina L. Khrushcheva

E. i) Mittelasien / Kaukasusgebiet / Türkei

Seite E 125

Keine Berichte

E. j) Südosteuropa

Seite E 126

Keine Berichte

E. k) Süd- und Westeuropa

Seiten E 127 – E 144

Griechenland (Seiten E 127 – E 134)

- 01)** Zweifelhaftes Vorbild. Während viele von weniger Arbeit träumen, führt Griechenland die Sechs-Tage-Woche ein. Ob die Maßnahme die Probleme des Landes löst, ist fraglich. Von Jens Bastian
- 02)** Durchwurschteln leicht gemacht. Von der Klatsche für Griechenlands konservative Regierung können die linken Oppositionsparteien nicht profitieren. Wann raufen sie sich zusammen? Von Nick Malkoutzis

Frankreich (Seiten E 135 bis E 144)

- 01)** „Macron ist quasi am Ende“. Der französische Präsident hat sich verzockt. Adrienne Woltersdorf aus Paris über den_Erfolg der extremen Rechten und das letzte Fünkchen Hoffnung.
Interview. Die Fragen stellte Alexander Isele

- 02)** Lust an der Zerstörung. Angetreten, um das System zu erschüttern, legte Macron im Amt den Grundstein für ein autoritäres Regime. Profitiert nun die extreme Rechte? Von Adrienne Woltersdorf [f](#)
- 03)** Ohne Netz und doppelten Boden. Macron geht mit der Ankündigung von Neuwahlen voll ins Risiko. Doch seine Überrumpelungstaktik könnte sich als gewaltiger Fehler erweisen. Von Adrienne Woltersdorf

Keine Berichte



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturellräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

Teil E

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 1– E 6

01) „Russland betreibt ein doppeltes Spiel“. Neuer Einfluss in Afrika? Gerrit Kurtz über russische Marinebasen, die Rolle Moskaus im Bürgerkrieg im Sudan und deutsche Interessen am Roten Meer

Interviews 20.06.2024



Moscow Bald auch am Roten Meer? Russische Marinesoldaten in St. Petersburg.-*picture alliance / SvenSimon | The Kremlin*

Die Fragen stellte [Constantin Grund](#).

Die Russische Föderation verstärkt durch eine neue Marinebasis ihre Militärpräsenz am Roten Meer. Wie laut schallt die russische Nationalhymne künftig über dem Roten Meer?

Das müssen wir noch sehen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Einrichtung einer russischen Marinebasis am Roten Meer schon seit mehreren Jahren im Grundsatz vereinbart war, allerdings wurde diese Vereinbarung bisher nicht umgesetzt. Kürzlich bestätigte der russische Vize-Außenminister laufende Gespräche, ließ aber durchblicken, dass das Abkommen noch nicht final sei. Neben Sudan verhandelt Russland auch mit Eritrea über eine Präsenz am Roten Meer. Dort scheinen die Gespräche schon sehr viel weiter fortgeschritten als mit Sudan.

Was beinhaltet das Abkommen konkret, und was steht möglicherweise auch nur zwischen den Zeilen?

Diskutiert wurde zunächst nur eine kleinere Basis für logistische Zwecke, die perspektivisch aber auch von der russischen Marine genutzt werden kann. Konkret sollen an dieser Basis bis zu 300 Soldaten stationiert werden und bis zu vier russische Militärschiffe andocken können. Dies war bereits seit längerem bekannt. Jetzt hat die sudanesischen Seite als Gegenleistung für diese Basis neue Waffenlieferungen aus Russland ins Spiel gebracht, wenngleich dafür eine Bestätigung aus Moskau noch aussteht.

Seite E 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

Die Ursprünge dieses Abkommens gehen ins Jahr 2017 zurück. Das Russland nahestehende sogenannte Afrikakorps hatte im Verlauf der aktuellen Auseinandersetzungen die *Rapid Support Forces* (RSF) unterstützt. Vollzieht Russland mit der neuen Kooperation jetzt einen Strategiewechsel im Sudan?

Auch vorher war schon deutlich geworden, dass Russland im Sudan ein doppeltes Spiel betreibt. Bereits vor rund einem Jahr waren führende Vertreter der sudanesischen De-facto-Regierung in Moskau und haben das Gespräch mit der russischen Führung gesucht. Der stellvertretende russische Außenminister war kürzlich in Port Sudan und hat sich dort sehr eindeutig auf die Seite der SAF, also der Armee, gestellt und mitgeteilt, dass Russland die aktuelle Regierung als die einzig legitime Regierung des Sudan anerkenne. Gegenstand der Gespräche war auch die Forderung der SAF nach einem Ende der Unterstützung des Afrikakorps für die RSF. Die russischen Vertreter haben dann die Existenz der ukrainischen Soldaten auf Seiten der SAF thematisiert. Bislang ist noch nicht klar, ob es tatsächlich zu einem Ende des Engagements des Afrikakorps im Sudan kommt.

Wenn es zu einer russischen Marinebasis käme, wäre dies dann ein Gamechanger für den innersudanesischen Konflikt? Kann man damit rechnen, dass die SAF mittelfristig die Oberhand gewinnt?

Damit würde ich nicht rechnen. Es wäre sicherlich ein Gamechanger, wenn das russische Militär selbst in den Konflikt eingreifen würde, so wie es das in Syrien seit dem Jahr 2015 getan hat. Danach sieht es momentan im Sudan nicht aus. Hier geht es vorrangig nur um die Lieferung von Waffen, von denen die Streitkräfte natürlich profitieren würden, aber am Ende braucht es nicht einfach nur bestimmte Waffentypen, sondern auch qualifiziertes Personal und taktische Fertigkeiten. An beidem mangelt es den Streitkräften bisher, um gegenüber den RSF wirklich Erfolge erzielen zu können. Von einem Gamechanger kann man daher bisher nicht sprechen.

Früher hieß es, Zentralasien sei das neue *Great Game* der internationalen Politik. Jetzt kann man den Eindruck gewinnen, am Roten Meer kulminierten die Interessen von sehr viel mehr Akteuren auf sehr engem Raum. Wie gefährlich wird das in Zukunft?

Ja, in der Tat. Auch über Sudan hinaus gibt es sehr viele Akteure, die sich gerade am Roten Meer konzentrieren. Die Angriffe der Houthis auf Handelsschiffe hatten Folgen, auch in militärischer Hinsicht, und führten zu einem stärkeren Engagement der US-Amerikaner und der Europäer. Es könnte noch weitere, anders gelagerte Auseinandersetzungen in der Region geben aufgrund der Bedeutung dieser geografischen Achse für den Handel zwischen Europa und Asien. Die direkten Anrainerstaaten wie Saudi-Arabien und Ägypten haben enorme Interessen, auf die andere Staaten wiederum reagieren müssen.

Sind deutsche außen- und sicherheitspolitische Interessen für die Region ausreichend definiert?

Deutschland hat am Roten Meer definierte Interessen. Dies zeigte sich deutlich an der zeitnahen Entsendung der Fregatte Hessen zum Schutz der maritimen Handelswege, die für Deutschland wichtig sind. Immerhin verfügt die Bundesmarine nur über drei solcher Schiffe. Eines davon für eine solche Mission abzustellen, und sei es nur zeitweise, ist definitiv ein *commitment*. Die Ergebnisse einer solchen Mission stehen immer auf einem anderen Blatt. Insgesamt bräuchte es sicherlich ein vertiefteres politisches Engagement in der Region mit einer stärkeren Schärfung unseres eigenen Interessenprofils.

Seite E 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

Deutschland ist gerade stark mit Innenpolitik beschäftigt. Welche Bedeutung hat das für die Formulierung deutscher außen- und sicherheitspolitischer Interessen im Sudan und am Roten Meer?

Ich würde davon abraten, sich zu stark auf ein mögliches Abkommen für die Marinebasis zwischen Sudan und Russland zu konzentrieren. Der Krieg im Sudan ist an sich schon eine Bedrohung der internationalen Sicherheit und gleichermaßen eine humanitäre Katastrophe, die jeden Tag schlimmer wird. Dies ist die größte Vertreibungskrise der Welt und ich glaube, auch dort sind deutsche Interessen direkt betroffen. Deutschland hat ein Interesse an der Aufrechterhaltung einer regelbasierten Weltordnung. Zu diesen Regeln gehört auch das humanitäre Völkerrecht, gehören grundlegende Menschenrechte sowie der Zugang zu humanitärer Hilfe für Bedürftige. All dies wird im Sudan derzeit mit Füßen getreten.



Gerrit Kurtz
Berlin

Gerrit Kurtz ist seit Januar 2022 Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Afrika und Mittlerer Osten bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Zuvor war er unter anderem *Research Fellow* bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.



Constantin Grund
Kampala

Constantin Grund leitet das Sudan-Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor war er Büroleiter der FES in Madagaskar, Benin und Äthiopien.

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/russland-betreibt-ein-doppeltes-spiel-7582/?utm_campaign=de_40_20240620&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Voller Widersprüche. Die Geberkonferenz der EU mobilisiert Milliardenhilfen für Syrien. Doch der Einsatz der Mittel wirft Fragen auf

Von Lydia Both

10.06.2024



Syrische Wohnsiedlung in den Außenbezirken von Afrin.- *picture alliance / NurPhoto | Rami Alsayed*

Im Mai kamen zum achten Mal Vertreter der EU-Mitgliedstaaten, der Nachbarländer Syriens, andere Partnerländer sowie internationale Organisationen bei der jährlichen Geberkonferenz der EU zu Syrien zusammen. Herausgekommen sind insgesamt 7,5 Milliarden Euro, die die internationale Gemeinschaft für Syrien und die Nachbarländer bereitstellt, um die katastrophalen Folgen des Bürgerkrieges abzumildern. Das ist zwar mehr als im vorangegangenen Jahr, und doch reicht es nicht – allein für Syrien benötigen die [Vereinten Nationen für ihre humanitäre Hilfe vier Milliarden](#). Der Großteil der versprochenen Gelder wird aber an die Nachbarländer Syriens gehen, die die meisten Geflüchteten aufnehmen. 13 Jahre Bürgerkrieg ohne Aussicht auf eine politische Lösung zeigen ihre Folgen. Die Weltöffentlichkeit verliert zunehmend ihr Interesse an Syrien. Und westliche Geber müssen zusätzlich andere Krisen stemmen, wie im Sudan oder Gaza. Dabei sind die Menschen vor Ort dringend auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Die Europäische Union verspricht insgesamt [2,12 Milliarden Euro](#) – jeweils 560 Millionen in 2024 und 2025 zur Unterstützung Geflüchteter in Syrien, im Libanon, im Irak und in Jordanien sowie eine weitere Milliarde Euro für die Türkei. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind damit weiterhin die größten Geber. Seit 2011 haben sie bis heute mehr als 33 Milliarden Euro an humanitärer Hilfe sowie an Entwicklungs-, Wirtschafts- und Stabilisierungshilfe bereitgestellt. Ein Großteil der Gesamtsumme [stammt aus Deutschland](#), das über eine Milliarde Euro angekündigt hat.

Die EU erkennt an, dass die humanitäre Notlage so groß ist wie noch nie. Aber die internationale Gemeinschaft scheint ratloser als je zuvor, wie diese gelöst werden kann. Knappe Haushaltskassen, die Streichung von Geldern für internationale Hilfen weltweit sowie eine Reihe neuer humanitärer Krisen führen dazu, dass die Vereinten Nationen ihr Ziel, vier Milliarden Euro allein in diesem Jahr für Syrien zu erhalten, nicht erreicht haben.

Seite E 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

Das wird schwerwiegende Folgen haben: Schon jetzt leben [90 Prozent der Bevölkerung in Armut](#). [16,7 Millionen Syrerinnen und Syrer sind auf humanitäre Hilfe angewiesen](#) – die höchste Anzahl seit Beginn des Krieges 2011. Seitdem ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung vertrieben worden. Mit unzureichenden Mitteln konnten die [Vereinten Nationen im Nordwesten](#) nur 625 000 von Ernährungsknappheit betroffene Menschen erreichen – dabei sind 3,6 Millionen von Hunger bedroht. Gesundheitszentren und Kliniken sind von Schließung bedroht.

Gerade hat die EU ihre Sanktionen gegen das Assad-Regime bis Juni 2025 verlängert.

Da überrascht es schon, wenn die EU kurz vor der Brüsseler Geberkonferenz für Syrien und seine Nachbarländer, [mit dem Libanon einen Migrationsdeal abschließt](#) und dafür eine Milliarde Euro zur Verfügung stellen kann. Inwieweit diese Gelder syrischen Geflüchteten zugutekommen, steht mehr als in Frage.

Während der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell auf der Brüsseler Konferenz bekräftigt, dass unter den derzeitigen Umständen [keine sichere Rückkehr von Geflüchteten nach Syrien](#) möglich sei, scheint Kommissionspräsidentin von der Leyen vor der Praxis des Libanons, Geflüchtete zurückzuführen, beide Augen fest zu verschließen. Ein heftiger Widerspruch macht sich hier in der EU auf: Mit der einen Hand werden Gelder für humanitäre Hilfe an Aufnahmeländer syrischer Geflüchteter verteilt, mit der anderen Gelder zum Migrationsmanagement an den Libanon und damit de facto für Abschiebungen. Dies spiegelt auch die unterschiedliche Haltung der Länder innerhalb der EU wider. So hat das Auswärtige Amt erst vor Kurzem in einem Bericht klargestellt, dass es [keine sichere Rückkehr](#) angesichts von Menschenrechtsverletzungen, Folter und willkürlichen Verhaftungen geben könne. Acht andere EU-Länder fordern aber eine Neubewertung der Lage in Syrien, um Geflüchtete wieder zurückführen zu können. Dazu gehört auch Zypern, auf dessen Druck der EU-Migrationsdeal mit dem Libanon zustande kam.

Umso dringlicher muss die EU daher für einen Konsens bezüglich ihrer „drei Nein“ gegenüber dem syrischen Regime werben – Nein zur Aufhebung von Sanktionen, Nein zur Normalisierung von Beziehungen mit dem Assad-Regime, Nein zum Wiederaufbau, solange keine politische Lösung im Sinne der UN-Resolution 2254 gefunden wird. Gerade hat die [EU ihre Sanktionen gegen das Assad-Regime](#) bis Juni 2025 verlängert. Die Konten von 3 160 Personen und 86 Entitäten sind in der EU eingefroren und sie können nicht in die EU einreisen. Aber auch das bliebe reine Symbolpolitik, wenn die EU-Gelder für humanitäre Hilfe am Ende doch in den Händen von Assad und seinen Spießgesellen landen würden. Ein Großteil der Gelder geht an die UN. Diese wiederum sind nicht an die Sanktionslisten der EU oder der USA gebunden. Zahlen belegen, dass ein Großteil der Gelder an Organisationen gehen, die [Verbindungen zum Assad-Regime](#) haben und (vermutlich) an Menschenrechtsverbrechen beteiligt waren. Die syrische Wirtschaft ist in den vergangenen Jahren völlig eingebrochen. Das Assad-Regime hält sich nur am Leben, indem es UN-Hilfsgelder einstreicht und mit der Droge Captagon Handel betreibt.

Die EU müsste deutlich mehr Transparenz von der UN einfordern.

Die EU müsste daher deutlich mehr Transparenz von der UN einfordern und zumindest bei ihren Geldern darauf bestehen, dass Sanktionen eingehalten werden. Intern muss sie dafür sorgen, dass nicht einzelne Länder ihre Beziehungen zu Assad normalisieren, um für eine vermeintlich sichere Rückkehr von Geflüchteten zu werben. 13 Jahre Krieg bedeuten aller-

Seite E 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

dings auch, dass die EU und andere Geber sich nicht allein auf Eindämmen und Entschärfen des Konflikts fokussieren können. Das Festhalten am Finden einer politischen Lösung muss mehr als ein reines Lippenbekenntnis sein. Die internationale Gemeinschaft darf nicht hinnehmen, dass Assad den Zugang zu humanitärer Hilfe zu einem Politikum macht. Seit letztem Jahr entscheidet allein sein Regime, ob und wie die Vereinten Nationen Hilfe in die nicht von ihm kontrollierten Gebiete im Norden bringen kann.

Bis Mai 2024 konnten gerade einmal [150 Hilfslastwagen](#) in den Nordwesten gelangen. In den Jahren zuvor waren es 600 bis 700 – jeden Monat. Neben der Art der Kriegsführung – Belagerung, Angriffe auf zivile Infrastruktur – scheint auch damit das Assad-Regime einen Präzedenzfall für andere Konflikte geschaffen zu haben. Die EU muss ihren Einfluss nutzen, um das zu verhindern. Humanitäre Hilfe darf nicht von einzelnen Regierungen abhängig sein, sondern muss die Menschen in Not erreichen.

Die EU kann sich nicht darauf ausruhen, größte Geberin von humanitärer Hilfe zu sein, wenn diese trotzdem vorne und hinten nicht ausreicht. Sie kann sich auch nicht allein auf ihre jährliche Brüsseler Geberkonferenz berufen, um Syrien weiterhin auf seiner Agenda zu behalten. Bekenntnisse zu einer politischen Lösung reichen nicht, wenn nicht ernsthaft mit der syrischen Zivilgesellschaft nach dieser gesucht wird – und wenn jenseits der Geberkonferenz die Akte Syrien beiseitegelegt wird. Vor allem darf die EU das Problem nicht in den Nachbarländern Syriens wegsperren, die mit Abstand die meisten syrischen Geflüchteten aufnehmen. Die Problemlage ist komplex – und erfordert daher so viel mehr als Symbolpolitik.



Lydia Both
Beirut

Lydia Both ist Leiterin des Regionalprojekts Politischer Feminismus und Gender der Friedrich-Ebert-Stiftung in Beirut.

<https://mail.google.com/mail/u/0/#inbox/WhctKLbFRtknmqjSntmmHjLTdxhhWWjzWQhnhJClpbJScnFMbVnIPsKfdGJRrMDhIBSSQwb>

Keine Berichte

Keine Berichte

01) Links, radikal, erfolgreich. Im Schatten des massiven Rechtsrucks gehen die Erfolge kleiner Linksparteien unter. Dabei lässt sich von ihnen vieles lernen

Von Robert Misik

02.07.2024



picture alliance / Reuters / Wolfgang Rattay

Rechtsruck in Deutschland, Rechtsruck in Frankreich, Rechtsruck in Italien – bei den Analysen zur Europawahl dominiert Trübsal wegen der Erfolge von Rechtsaußen. Dabei fällt oft hinten runter, dass sich die radikale Rechte europaweit durchaus deutlich mehr erhofft hatte – und dass es auch Erfolge auf der anderen Seite des politischen Spektrums gab. Von den Taktiken kleiner Linksparteien lässt sich durchaus etwas lernen.

Knapp drei Prozent erreichten die Kommunisten in Österreich bei den Europawahlen. So nah waren sie einem Mandat seit Menschengedenken nicht gekommen. Und dabei war das noch ein eher schlappes Ergebnis: Ein besserer Wahlkampf, ein wahrnehmbarer Kandidat, und es wäre mehr möglich gewesen. Denn die KPÖ fährt seit einigen Jahren regional und kommunal bemerkenswerte Wahlergebnisse ein: In Graz holten die Kommunisten 2021 fast 29 Prozent und stellen seither die Bürgermeisterin. Bei den Landtagswahlen im rustikalen Bundesland Salzburg erreichte die KPÖ im Vorjahr knapp 12, bei den Gemeinderatswahlen in der Stadt Salzburg in diesem Frühjahr 23 Prozent. Und beinahe aus dem Stand kamen die Kommunisten kurz darauf in Innsbruck auf fast sieben Prozent, eine andere akzentuierte Links-Liste auf fünf Prozent; in Summe haben kommunistische und linksalternative Listen also beinahe 12 Prozent auf sich vereinigt.

Auf kommunaler Ebene haben sich die Kommunisten in einigen Städten als volksnahe Kümmererpartei etabliert.

Auf kommunaler Ebene haben sich die Kommunisten in einigen Städten – Graz und Salzburg sind nur die größten – als volksnahe Kümmererpartei etabliert, die sich der Sorgen der Menschen annimmt, vor allem gegen die Wohnungsnot und explodierende Mieten kämpft, und deren Frontleute sich mit einem Facharbeiter-Einkommen zufriedengeben und den Rest des Lohns an Sozialfonds überweisen. Hinzu kommt: In Graz und Salzburg haben

sie mit Elke Kahr und Kay-Michael Dankl extrem gewinnende, überzeugende Spitzenkandidaten. Kahr ist heute Bürgermeisterin in Graz, Dankl Vize-Bürgermeister in Salzburg. Das ist ein durchaus österreichisches Phänomen, da die KPÖ heute als beinahe ideologiefreie „Kleine-Leute-Partei“ auftritt, der man vertrauen kann. Bisher hatte sich in der Alpenrepublik noch keine Partei links von Sozialdemokraten und Grünen wirklich etablieren können.

In Österreich ist dieser Prozess also neu, während in anderen Ländern prononcierte Linksparteien schon etabliert sind. So brachten die Europawahlen durchaus bemerkenswerte Erfolge für radikalere Linksparteien. In Schweden etwa konnten sich, nach den Niederlagen bei den Parlamentswahlen, die Linken generell stabilisieren: Die Sozialdemokraten gewannen leicht dazu, die Linkspartei sogar massiv. Bemerkenswert auch das Ergebnis in Dänemark: Die linksgrüne „Sozialistische Volkspartei“ (*Socialistisk Folkeparti*) gewann stark, während die Sozialdemokratie dramatisch abstürzte. Die Linkspartei liegt jetzt bei 17,4 Prozent, die Sozialdemokraten bei 15,6. Das ist auch deshalb bemerkenswert, da die Sozialdemokratie von Premierministerin Mette Frederiksen mit ihrem harten Migrationskurs eigentlich als Blaupause für eine „rechtere“ Sozialdemokratie galt und von vielen Kommentatoren als erfolversprechend hingestellt wurde. Die *Socialistisk Folkeparti*, die anders als die KPÖ seit Jahren eine fixe Größe in ihrem Land ist, verband die ökologische Frage klug und schlau mit dem Thema der Lebenshaltungskosten. Botschaft: Erneuerbare Energien auszubauen, ist gut für das Klima und senkt die Energiepreise.

Dass jenseits der etablierten sozialdemokratischen Parteien Linksparteien bestehen oder aufsteigen, ist gewiss nicht gänzlich neu. Frankreich hatte lange eine starke kommunistische Partei, Spanien ebenso, und dass in den skandinavischen Ländern mit ihren heterogenen Parteiensystemen prononcierte Linksparteien sogar an Regierungen beteiligt sind, ist eine Art regionaler Gewohnheit. Im Zuge der Finanz- und Eurokrise ab dem Jahr 2008 sind vor allem in Südeuropa starke Parteien entstanden, die eine Art von Bündnis aus linksradikalen Zirkeln, alternativen Lebenskulturen und neuen linken Basisbewegungen waren. Allen voran *Syriza* in Griechenland – die Allianz der radikalen Linken, deren Spitzenmann Alexis Tsipras zwei Perioden als Premierminister amtierte – oder etwa *Podemos* in Spanien. In Deutschland war zeitweise „Die Linke“ stark, weil sie sich einerseits auf die regionale Verankerung der früheren „Partei des demokratischen Sozialismus“ (PDS) in Ostdeutschland, andererseits auf die Unzufriedenheit sozialdemokratischer Milieus mit der Agenda 2020 stützen konnte. In Frankreich profitierte *La France insoumise* des altbackenpopulistischen Jean-Luc Mélenchon wiederum vom zeitweiligen De-facto-Kollaps der *Parti Socialiste*.

Linksparteien profitieren heute da, wo es Unzufriedenheit mit den Sozialdemokraten und anderen Mitte-links-Parteien in deren eigenen Wählermilieus gibt.

Linksparteien profitieren heute da, wo es Unzufriedenheit mit den Sozialdemokraten und anderen Mitte-links-Parteien in deren eigenen Wählermilieus gibt – sei es, weil diese in Regierungskoalitionen feststecken, sei es, weil sie als gemäßigte Mittelklasseparteien „langweilig“ geworden sind oder bürokratisch verknöchert sind, eine unerträgliche Funktionärssprache sprechen und undurchlässig für junge Aktivistinnen und Aktivisten sind. Die KPÖ etwa setzt stark auf soziale Fragen und das Wohnungs- und Mietthema und präsentiert sich als jene Partei, die die Stimme jener ist, die keine Stimme haben. Ihre Wahlerfolge erklären sich auch mit der Mobilisierung bisheriger Nichtwähler. Dort, wo die KPÖ den Protest, den Zorn und einfach die Unzufriedenheit mobilisiert, wachsen daher auch die Bäume der rechten Populisten nicht in den Himmel.

Bei allen Unterschieden, was die Umstände anbelangt, gibt es zumindest ein Muster, das in praktisch allen westeuropäischen Ländern anzutreffen ist: Der heutige Zeitgeist ist Amtsinhabern nicht günstig. Linksparteien wie die Kommunisten sind selten Amtsinhaber – was so gesehen heute ein Vorteil ist. Wenn sie es schaffen, den vorhandenen Unmut und Frust zu repräsentieren und zugleich Konzeptionen von „Hoffnung“ und „Wandel“ zu artikulieren, dann können sie Erfolge einfahren, die vor einigen Jahren noch eher unwahrscheinlich schienen.



Robert Misik
Wien

Robert Misik lebt und arbeitet in Wien als Journalist und Autor. Zuletzt erschien von ihm: *Putin. Ein Verhängnis: Wie Wladimir Putin Russland in eine Despotie verwandelte und jetzt Europa bedroht.*

https://www.ipg-journal.de/rubriken/zukunft-der-sozialdemokratie/artikel/links-radikal-erfolgreich-7617/?utm_campaign=de_40_20240702&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Kurz vor dem Kollaps. Verantwortlich für den weltweiten Aufwind rechter Parteien ist auch die Politik

Von Daron Acemoglu

25.06.2024



Protest gegen Macrons Rentenreform: Wird die Neuwahl des französischen Parlaments zu einer Abrechnung mit dem Präsidenten? - picture alliance / NurPhoto | Fabien Pallueau

Auch wenn die befürchtete extremistische Welle bei der [Wahl zum Europäischen Parlament](#) in diesem Monat nicht alles hinweggespült hat – die extreme Rechte hat in Italien, Österreich, Deutschland und vor allem in Frankreich gut abgeschnitten. Ihre jüngsten Zuwächse bauen auf Erfolge von Rechtsaußen-Parteien unter anderem in Ungarn, Italien, Österreich, den Niederlanden und Schweden auf. In Frankreich kann der überwältigende Sieg von Marine Le Pens *Rassemblement National* (früher *Front National*) nicht als reine Protestwahl abgetan werden. Die Partei kontrolliert bereits viele lokale Regierungen, und ihr Erfolg in diesem Monat hat Präsident [Emmanuel Macron dazu veranlasst, vorgezogene Neuwahlen anzukündigen](#) – ein riskanter Schritt, der ihr eine parlamentarische Mehrheit verschaffen könnte.

In gewisser Hinsicht ist das nichts Neues. Es war bereits bekannt, dass die Demokratie auf der ganzen Welt [zunehmend unter Druck gerät](#) und sich die Herausforderungen durch autoritäre Parteien intensivieren. Umfragen zeigen, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung [das Vertrauen in demokratische Institutionen verliert](#). Besonders besorgniserregend ist jedoch der Vormarsch der extremen Rechten bei den [jüngeren Wählerinnen und Wählern](#). Niemand kann jetzt noch abstreiten, dass diese Wahl ein Weckruf war. Doch solange wir die eigentlichen Ursachen für diesen Trend nicht verstehen, werden die Bemühungen, die Demokratie vor dem Zusammenbruch der Institutionen und vor Extremismus zu schützen, kaum erfolgreich sein.

Die einfache Erklärung für die Krise der Demokratie in der gesamten industrialisierten Welt ist, dass das System nicht gehalten hat, was es versprochen hatte.

Die einfache Erklärung für die Krise der Demokratie in der gesamten industrialisierten Welt ist, dass das System nicht gehalten hat, was es versprochen hatte. In den Vereinigten Staaten sind die realen (inflationsbereinigten) Einkommen im unteren und mittleren Bereich des Spektrums [seit 1980 kaum gestiegen](#), und die gewählten Politikerinnen und Politiker haben wenig dagegen unternommen. Auch in weiten Teilen Europas ist das Wirtschaftswachstum, insbesondere seit 2008, eher schwach. Auch wenn die [Jugendarbeitslosigkeit](#) in letzter Zeit zurückgegangen ist, in Frankreich und mehreren anderen europäischen Ländern ist sie seit Langem ein großes [wirtschaftliches Problem](#).

Das westliche Modell der liberalen Demokratie sollte für Arbeitsplätze, Stabilität und hochwertige öffentliche Güter sorgen. Während es nach dem Zweiten Weltkrieg größtenteils erfolgreich war, ist es seit etwa 1980 in fast allen Bereichen hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Politikerinnen und Politiker der Linken wie der Rechten warben weiterhin für Politiken, die von Experten gestaltet und von hochqualifizierten Technokraten ausgeführt werden. Diese haben jedoch nicht nur keinen gemeinsamen Wohlstand geschaffen, sondern schufen zudem die Voraussetzungen für die Finanzkrise 2008, die den noch verbleibenden schönen Schein des Erfolgs bröckeln ließ. Die meisten Wählerinnen und Wähler kamen zu dem Schluss, dass sich die Politiker mehr um Banker als um Arbeitnehmer kümmern.

Meine eigene [Untersuchung](#) in Zusammenarbeit mit Nicolás Ajzenman, Cevat Giray Aksoy, Martin Fiszbein und Carlos Molina zeigt, dass Wählerinnen und Wähler dazu neigen, demokratische Institutionen zu unterstützen, wenn sie unmittelbar Erfahrungen mit Demokratien gemacht haben, die Wirtschaftswachstum, eine nicht korrupte Regierung, soziale und wirtschaftliche Stabilität, öffentliche Dienstleistungen und geringe Ungleichheit bieten. Es überrascht daher nicht, dass eine Nichterfüllung dieser Bedingungen zu einem Verlust an Unterstützung führt. Und selbst wenn sich demokratische Entscheidungsträgerinnen und -träger auf politische Maßnahmen konzentriert haben, die zu

besseren Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung beitragen, ist ihnen die Kommunikation mit der Öffentlichkeit nicht gut gelungen. So ist etwa eine Rentenreform offensichtlich notwendig, um Frankreich auf einen nachhaltigeren Wachstumspfad zu bringen, aber Macron hat es nicht geschafft, die Öffentlichkeit für seine vorgeschlagene Lösung zu gewinnen.

Die demokratischen Spitzenpolitiker haben zunehmend den Bezug zu den tieferen Sorgen der Bevölkerung verloren.

Die demokratischen Spitzenpolitiker haben zunehmend den Bezug zu den tieferen Sorgen der Bevölkerung verloren. Im Falle Frankreichs spiegelt dies teilweise Macrons autoritären Führungsstil wider. Es spiegelt aber auch einen [allgemeinen Vertrauensverlust in Institutionen](#) wider sowie die Rolle der sozialen Medien und anderer Kommunikationstechnologien bei der Förderung polarisierender Positionen (sowohl bei den Linken als auch bei den Rechten) und beim Drängen eines Großteils der Bevölkerung in [ideologische Echokammern](#). Politische Entscheidungsträgerinnen und Mainstream-Politiker waren zudem ein Stück weit unsensibel für die wirtschaftlichen und kulturellen Turbulenzen, die Masseneinwanderung mit sich bringt. In Europa äußerte ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung in den vergangenen zehn Jahren seine Besorgnis über Masseneinwanderung aus dem Nahen Osten, aber Politiker der Mitte (insbesondere der linken Mitte) haben sich des Themas nur zögerlich angenommen. Dies bot einwanderungsfeindlichen Rand-Parteien wie den [Schwedendemokraten](#) und der [niederländischen Partei für die Freiheit](#) eine große Chance, die inzwischen formelle oder informelle Koalitionspartner der Regierungsparteien geworden sind.

Die Herausforderungen, die den Wohlstand für alle in der industrialisierten Welt hemmen, werden im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz und der Automatisierung noch stärker in den Vordergrund rücken – und das in einer Zeit, in der Klimawandel, Pandemien, Massenzuwanderung und verschiedene Bedrohungen des regionalen und globalen Friedens immer größere Sorgen bereiten. Doch die Demokratie ist nach wie vor am besten dafür gerüstet, mit diesen Problemen umzugehen. Historische und aktuelle Belege machen deutlich, dass nichtdemokratische Regime weniger auf die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung eingehen und benachteiligten Bürgerinnen und Bürgern weniger wirksam helfen. Was auch immer das chinesische Modell versprechen mag, es ist evident, dass nichtdemokratische Regime das Wachstum auf lange Sicht letztendlich verringern.

Nichtsdestotrotz werden sich demokratische Institutionen und politische Verantwortliche erneut dem Aufbau einer gerechten Wirtschaft verpflichten müssen. Das bedeutet, dass Arbeitnehmerinnen und Normalbürgern Vorrang vor multinationalen Unternehmen, Banken und globalen Konzernen eingeräumt und dass das Vertrauen in die richtige Art von Technokratie gefördert werden muss. Es wird nicht reichen, unnahbare Beamte politische Maßnahmen im Interesse globaler Unternehmen durchsetzen zu lassen. Um Klimawandel, Arbeitslosigkeit, Ungleichheit, künstliche Intelligenz und die Verwerfungen der Globalisierung anzugehen, müssen Demokratien Expertenwissen und öffentliche Unterstützung zusammenbringen.

Viele Wählerinnen und Wähler misstrauen den Parteien der Mitte.

Das wird nicht einfach sein, denn viele Wählerinnen und Wähler misstrauen den Parteien der Mitte. Auch wenn die extreme Linke – wie sie in Frankreich von Jean-Luc Mélenchon repräsentiert wird – in Bezug auf ihr Engagement für die arbeitende Bevölkerung und ihre

Seite E 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

Unabhängigkeit von den Interessen der Banken und der globalen Wirtschaft glaubwürdiger ist als die etablierten Politiker, ist unklar, ob [linkspopulistische Politiken](#) wirklich die von den Wählern gewünschte Wirtschaft hervorbringen würden.

Dies zeigt einen Weg für Parteien der Mitte auf. Sie können mit einem Manifest beginnen, das blinde Gefolgschaft gegenüber global agierenden Unternehmen und unregulierte Globalisierung ablehnt und einen klaren, umsetzbaren Plan anbietet, wie sich Wirtschaftswachstum und geringere Ungleichheit miteinander kombinieren lassen. Außerdem sollten sie einen Mittelweg zwischen Offenheit und einer vernünftigen Begrenzung der Migration finden.

Wenn genügend französische Wählerinnen und Wähler im zweiten Wahlgang der Parlamentswahlen die prodemokratischen Parteien gegen den rechtsnationalen *Rassemblement National* unterstützen, könnte Macrons gewagte Wette durchaus aufgehen. Aber selbst wenn es klappt, kann es nicht so weitergehen wie bisher. Damit die Demokratie die Unterstützung und das Vertrauen der Öffentlichkeit zurückgewinnen kann, muss sie arbeitnehmerfreundlicher und egalitärer werden.

Aus dem Englischen von Sandra Pontow

© Project Syndicate



Daron Acemoglu
Cambridge

Daron Acemoglu ist Professor für Wirtschaft am *Massachusetts Institute of Technology* und Co-Autor (mit James A. Robinson) von *Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity and Poverty* und *The Narrow Corridor: States, Societies, and the Fate of Liberty*.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/kurz-vor-dem-kollaps-7600/?utm_campaign=de_40_20240625&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Reaktion auf den Rechtsruck. Ganz Europa spricht über die EU-Wahl. Doch wie schaut der Rest der Welt auf die Wahlergebnisse? Wir berichten aus Argentinien, den USA und Nigeria

Von Svenja Blanke & Ingrid Ross & Knut Dethlefsen
& Lennart Oestergaard

11.06.2024



Marine Le Pen, Vorsitzende des Rassemblement National, spricht auf einer Veranstaltung der rechtsextremen spanischen Partei VOX. Dort auch eingeladen: Argentiniens Präsident Javier Milei.- *picture alliance / Zumapress | Alberto Gardin*

Argentinien

Brüssel liegt ungefähr 11 000 Kilometer von Buenos Aires entfernt. Auch wenn Argentinien sich als Einwanderungsland versteht, das stolz auf seine europäischen Wurzeln und dem alten Kontinent gefühlt enger verbunden ist als andere Länder Südamerikas, waren die Wahlen zum Europaparlament an und für sich hier kaum eine Schlagzeile wert. Präsident Javier Milei, der sich in einer seltsamen Doppelrolle als „staatszersetzender Maulwurf“ im Staatsapparat sieht und gleichzeitig dessen Präsident ist, hält die krisengeschüttelte Gesellschaft mit seinen radikalen Initiativen stark in Atem, so dass die Argentinier vor allem mit sich selbst und der Wirtschaftslage beschäftigt sind. Zudem interessiert sich der Präsident nicht für traditionelle Außenpolitik und hat es sich in seiner kurzen Amtszeit bereits mit zahlreichen anderen Staatslenkern wie Kolumbiens Präsident Gustavo Petro und Spaniens Ministerpräsident Pedro Sanchez verscherzt. Man kann sich vorstellen, dass er auf internationalem Parkett ungefähr so beliebt ist wie ein Schulkamerad, der andere ständig tyrannisiert.

Doch dank der Ankündigung von vorgezogenen Neuwahlen in Frankreich am Wahlabend haben es die Europawahlen doch in die Nachrichten geschafft. Das starke Ergebnis der rechtsnationalen Partei *Rassemblement National* um Marine Le Pen ist ein Thema, das auch hier auf Resonanz stößt, schließlich wird Argentinien seit einem halben Jahr von einem libertären Radau-Populisten als Präsident regiert. Allerdings ist die argentinische Spielart von Rechtsaußen unter Milei eine besondere. Ob der anarchokapitalistische Präsident gemeinsame Interessen mit einem eventuell rechtskonservativ geprägten Europa finden würde, die in konkrete Veränderungen der argentinisch-europäischen Beziehungen münden, bleibt abzuwarten.

Seite E 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

Auf der Konferenz, zu der die spanische rechtspopulistische Partei VOX im Wahlkampf eingeladen hatte, wurde rhetorisch der „Kampf für die Freiheit“ beschworen, der Widerstand gegen Sozialismus und Kommunismus, gegen die Agenda 2030, gegen die Gender-Ideologie, gegen die „islamische“ Einwanderung sowie die Verteidigung der nationalen Souveränität und Identität. In vielen dieser Themen steht Milei den europäischen Rechten zwar ideologisch nahe, doch es sind vor allem Wirtschafts- und Handelsfragen, die im Mittelpunkt der Agenda zwischen Argentinien und Europa stehen.

Milei will das an Bodenschätzen und Agrargütern reiche Land für ausländische Investoren öffnen.

Im Bereich der Handelspolitik wären gemeinsame Interessen ein echter *Game Changer*, steht doch noch immer der Abschluss der Verhandlungen über das EU-Mercosur-Abkommen zwischen Europa und den südamerikanischen Ländern Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay aus. Milei will das an Bodenschätzen und Agrargütern reiche Land für ausländische Investoren öffnen. Zuletzt hatte er folgerichtig Bereitschaft für eine baldige Unterzeichnung des Abkommens signalisiert, doch es war vor allem der französische Präsident Macron, der unter dem Eindruck der Bauernproteste in seinem Land dem Abkommen eine Absage erteilte, da er Wettbewerbsnachteile für die einheimischen Produzenten fürchtete. Diese Position teilt auch Marine Le Pen.

Milei feiert seinen angeblichen Einfluss auf den Siegeszug der Rechten in Europa, aber bei genauerem Hinsehen gibt es doch erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Strömungen, vor allem über die Frage, wie das Verhältnis zwischen Staat und Markt ausgestaltet sein sollte. Für den Großteil der Argentinierinnen und Argentinier steht wiederum eine ganz andere Frage im Zentrum. Für sie ist vor allem wichtig, dass sie weiterhin ohne Visum in den Schengenraum einreisen können.

Svenja Blanke und Ingrid Ross, FES Buenos Aires

USA

„Sind das denn wirklich wichtige Wahlen?“, fragt mit Erstaunen die New Yorker Journalistin Jennifer Kirby. Sie ist sichtlich irritiert als sie erfährt, dass der Ausgang der Wahlen zum Europäischen Parlament keine personellen Konsequenzen bei den deutschen Parteien haben wird. Dass die Deutschen nur Parteilisten wählen können, finden Amerikaner, die sich mit den EU-Wahlen beschäftigen, seltsam. Parlamentarier, die keine Verantwortung gegenüber Wahlkreisen haben, gibt es in den USA schlicht nicht. Fühlen sich die deutschen Europaabgeordneten dann wirklich den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet, wenn sie für ihre Platzierung auf der Liste vor allem die Zustimmung in der eigenen Partei benötigen?

Selbst bei politisch Interessierten besteht eine gewisse Ferne zu diesen schwer verständlichen Wahlen, die so ganz anders sind, zumal der Wahlkampf aus US-Perspektive fast unpolitisch wirkte. So wird den Europawahlen in den USA deutlich weniger Aufmerksamkeit geschenkt als umgekehrt. Denn in Europa wie im Rest der Welt schaut die Bevölkerung gebannt auf das Drama der US-Wahlen im November. Natürlich auch, weil der Ausgang der Präsidentschaftswahl direkte Implikationen für Europas Sicherheit und Wohlstand haben wird.

Der Ausgang der EU-Parlamentswahl wird teilweise als Vorwarnung für die anstehenden US-Wahlen gesehen.

Das politische Amerika beschäftigt sich mit den Europawahlen vor allem im Kontext der eigenen Wahlen. Insbesondere der Rechtsruck sowie die zunehmende politische Gewalt in Deutschland und in anderen europäischen Staaten bereiten vor dem Hintergrund der erneuten Kandidatur von Donald Trump große Sorgen. Der Ausgang der EU-Parlamentswahl wird teilweise als Vorwarnung für die anstehenden US-Wahlen gesehen. So schreibt das Urgestein der politischen Kolumne E.J. Dionne am Tag der Wahl in der *Washington Post*: „Sie warnen uns, dass der Flirt mit dem Autoritarismus nie gut ausgeht.“

Auch im Weißen Haus wurden die Wahlen aufmerksam verfolgt. In US-Regierungskreisen waren in den vergangenen Wochen Sorgen über einen europäischen Rechtsruck geäußert worden. Die großen Erfolge der Ultrarechten in Deutschland und Frankreich sowie die Entscheidung von Präsident Macron, das französische Parlament aufzulösen, sind nun Realität und Unsicherheitsfaktoren für die Biden-Regierung und die Demokraten. Werden womöglich die wichtigsten Partner bei entscheidenden Fragen schwächeln oder zu sehr mit sich beschäftigt sein? Die Republikaner hoffen hingegen, dass der Trump-Effekt in Europa Einzug gehalten hat.

Die EU galt aus der Perspektive des liberalen Amerikas gerade in den Trump-Jahren als Hort liberaler Werte und als Stabilitätsanker. Die Wahlergebnisse suggerieren nun, dass diese Wahrnehmung trügen mag. Die neue Zusammensetzung des Europäischen Parlaments zeigt, in welche Richtung sich Europa gerade politisch wandeln könnte – Nationalismus und rechtspopulistische bis rechtsextreme Politik finden Anklang. Aus Sicht der Biden-Regierung ist dies kein guter Weg für die transatlantischen Partner. Es besteht die reale Gefahr, dass auf beiden Seiten des Atlantiks die Demokratie und die liberale Weltordnung zunehmend ins Wanken geraten. Und diese Gefahr ist ernst, da sich Amerikas Rechtskonservative und Rechtsextreme zunehmend mit ihren europäischen Pendants vernetzen. Die demokratische Mehrheit im Europaparlament sollte zügig die Zusammenarbeit mit dem liberalen Amerika – mit den Demokraten und den verbliebenen moderaten Republikanern – suchen und nachhaltig stärken.

Knut Dethlefsen, FES Washington, D.C.

Nigeria

In Nigeria, dem mit circa 223 Millionen Einwohnern größten Land Afrikas, erhielten die Europawahlen kaum Beachtung. Zu sehr ist das Land, das über zweieinhalb Mal so groß ist wie Deutschland, mit seinen eigenen Problemen beschäftigt: Die aktuellen massiven Steigerungen der Lebenskosten und die wachsende Unsicherheit in weiten Landesteilen prägen den Alltag der Menschen.

Die Regierung unter Präsident Bola Tinubu feierte erst vor wenigen Wochen einjähriges Jubiläum. Seine umfassenden Wirtschaftsreformen – vor allem die Abschaffung der Benzinpreissubvention und die Aufhebung des staatlich vorgegebenen Wechselkurses – bergen die Hoffnung, die Wirtschaft langfristig zu stabilisieren. Kurzfristig haben die Reformen, da sie ohne soziale Ausgleichsmaßnahmen eingeführt wurden, jedoch die Inflation im Land angefeuert (zuletzt 33 Prozent) und das Leben der Nigerianerinnen und Nigerianer noch schwerer gemacht.

Aktuell gehen ungefähr die Hälfte der nigerianischen Rohöl- und Gasexporte nach Europa.

Seite E 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

Der aktuelle Mindestlohn von 30 000 Naira im Monat (circa 19 Euro) reicht für viele nicht einmal zur Deckung der Transportkosten für den Weg zur Arbeit. Die Gewerkschaften organisierten deshalb vergangene Woche einen Generalstreik. Die schwierige wirtschaftliche Lage des weitgehend vom Ölexport abhängigen Landes verstärkt gleichzeitig die Unsicherheit. Überfälle, gewaltsame Auseinandersetzungen um fruchtbares Land und kommerzielles Kidnapping nehmen kontinuierlich zu.

Doch trotzdem sind die Europawahlen für den „Riesen Afrikas“ nicht unbedeutend. Viele der Investitionen, die die Regierung um jeden Preis anlocken möchte, könnten durch europäische Firmen getätigt werden. Auch als Absatzmarkt für europäische Produkte und als Exporteur von Gas, Agrarprodukten und (verarbeiteten) Rohstoffen nach Europa bietet sich Nigeria an. Aktuell gehen ungefähr die Hälfte der nigerianischen Rohöl- und Gasexporte nach Europa. Als eines der bevölkerungsreichsten Länder der Welt, mit einem Anteil von 70 Prozent der unter 30-Jährigen, ist Nigeria auch ein möglicher Partner Europas für die Gewinnung von Fachkräften. Neben den USA und Kanada ist die EU ein beliebtes Ziel für viele Studierende und zum Teil für hoch qualifizierte Fachkräfte aus Nigeria.

Der Rechtsruck, den die aktuellen Wahlergebnisse in Europa bedeuten, wird nur von einer kleinen, gebildeten und international gut vernetzten Schicht in Nigeria beachtet. Mit Sorge blickt dieser vor allem junge und urbane Teil der Gesellschaft auf eine mögliche Verschärfung der ohnehin als restriktiv wahrgenommenen Migrationspolitik der Europäischen Union. Denn auch für gut situierte Menschen aus Nigeria ist ein Urlaubsbesuch bei Verwandten und Freunden in London, Paris oder Berlin aufgrund der restriktiven Visapolitik immer noch eine große Herausforderung.

Für die EU wiederum ist Nigeria nicht nur aufgrund seines wirtschaftlichen Potenzials und des Bevölkerungsreichtums relevant, sondern auch aufgrund seiner geopolitischen Bedeutung. Als Stabilitätsanker im Sahel ist Nigeria – anders als andere Staaten in der fragilen Region – aufgrund seiner Größe und Komplexität relativ unabhängig von ausländischem Einfluss, insbesondere von Russland und China. Als grundsätzlich am Westen orientiertes Land ist es trotz demokratischer Defizite ein wichtiger Partner für die Gestaltung einer multilateralen Weltordnung. Damit Nigeria seinen Blick von innen nach außen richten kann, muss es jedoch zunächst [seine eigenen Probleme](#) in den Griff bekommen.

Lennart Oestergaard, FES Abuja



Svenja Blanke
Buenos Aires

Dr. Svenja Blanke ist Leiterin des FES-Büros in Argentinien. Von 2014 bis 2019 war sie Leiterin des Referats Lateinamerika/Karibik der FES in Berlin.



Ingrid Ross
Buenos Aires

Ingrid Ross leitet das Projekt *Nueva Sociedad* in Argentinien. Zuvor war sie als Leiterin der Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Costa Rica, Guatemala und Honduras sowie als Leiterin des Büros in den Palästinensischen Gebieten tätig.



Knut Dethlefsen
Washington, D.C.

Knut Dethlefsen leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Washington, D.C. Zuvor leitete er die Büros der FES in Warschau, Ost-Jerusalem und Shanghai.

[Weitere Beiträge](#)



Lennart Oestergaard
Abuja

Lennart Oestergaard ist Landeskoordinator des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Nigeria. Zuvor war er ebenfalls bei der FES Referent im Afrika-Referat.

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/reaktion-auf-den-rechtsruck-7570/?utm_campaign=de_40_20240611&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) Vormarsch auf Brüssel. Rechte Parteien konnten bei der Europawahl deutlich zulegen. Welche Auswirkungen hat ihr Erfolg auf die EU und ihre Handlungsfähigkeit?

Von Tobias Mörschel & Ingmar Naumann & Marco Schwarz

11.06.2024



Was werden Giorgia Melonis Fratelli d'Italia in der EU bewirken können? - *picture alliance / Anadolu | Riccardo De Luca*

Die jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament haben die politische Landschaft in der Europäischen Union (EU) verändert und nach rechts verschoben. Die europäischen Konservativen (EVP) sind die klaren Gewinner dieser Wahlen, während Sozialdemokraten (S&D) und Linke ihre Positionen weitgehend halten konnten. Verlierer sind Grüne und Liberale, die über 40 Sitze im EP abgeben müssen, wohingegen die rechtspopulistische (EKR) und die rechtsextreme (ID) Fraktion deutliche Zugewinne verbuchen können. Welche Dynamik entwickeln die neuen Kräfteverhältnisse und welche Auswirkungen hat dies auf die Arbeitsfähigkeit des Europäischen Parlaments? Was bedeutet das Wahlergebnis für die neue Europäische Kommission und ihr Arbeitsprogramm? Und welche Folgen werden diese Veränderungen für die europäische Integration und auf Europa als Akteur in einer multipolaren Welt haben?

Die zehnte Direktwahl zum Europäischen Parlament fand in einer Zeit statt, in der sich die weltpolitische Lage durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine deutlich gewandelt hat. Gleichzeitig hatten noch nie in der Geschichte der EU rechte und rechtsextreme Parteien einen so starken Einfluss in zahlreichen Staaten der EU. Das Votum der Wählerinnen und Wähler erschwert traditionelle Mehrheitsverhältnisse von Parteien der politischen Mitte und wird die Brüsseler Konsensmaschine einem Stresstest unterziehen.

Wie geht es nun weiter? Mitte Juni befasst sich der Europäische Rat beim Treffen der Staats- und Regierungschefs zunächst inoffiziell und dann Ende des Monats offiziell mit der Wahl seiner eigenen Spitze sowie mit der Besetzung der beiden anderen Topjobs der EU: der Kommissionspräsidentin und des Außenbeauftragten der EU. Hierbei wird eine Paketlösung angestrebt werden, welche die Mehrheitsverhältnisse im Rat und im Parlament widerspiegelt – und wobei eine Wiederholung der dysfunktionalen, geradezu toxischen Beziehung von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident Charles Michel, die die vergangenen fünf Jahre die EU schwächte, unbedingt vermieden werden

muss. Als neuer Ratspräsident wird meist der Name des ehemaligen portugiesischen Ministerpräsidenten António Costa genannt, während die estnische Premierministerin Kaja Kallas nächste Außenbeauftragte werden könnte.

Für die Kommission gilt von der Leyen (EVP) als aussichtsreichste Kandidatin, auch wenn in Brüssel in den vergangenen Wochen zahlreiche Alternativen intensiv diskutiert wurden. Von der Leyen kann auf die Unterstützung der zahlreichen Mitte-rechts-Regierungen in der EU sowie auf die des sozialdemokratischen Lagers zählen. So hat der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez bereits öffentlich seine Unterstützung angekündigt und auch Bundeskanzler Olaf Scholz dürfte ein Interesse daran haben, sie im Amt zu halten.

Das Votum der Wählerinnen und Wähler erschwert traditionelle Mehrheitsverhältnisse von Parteien der politischen Mitte.

Sollte von der Leyen erneut vom Rat vorgeschlagen werden, wäre die entscheidende Hürde voraussichtlich Mitte Juli in Straßburg zu nehmen. Am 16. Juli wird wahrscheinlich zunächst die maltesische Politikerin Roberta Metsola (EVP) als Parlamentspräsidentin wiedergewählt werden. Zwei Tage später könnte die Wiederwahl von Ursula von der Leyen anstehen. Dann wäre es möglich, noch während der parlamentarischen Sommerpause eine Liste der potenziellen Mitglieder der Kommission zu erstellen. Für ihre Wiederwahl bräuchte von der Leyen die Zustimmung von mindestens 361 der 720 Abgeordneten – eine Mehrheit, die ihr angesichts des Erstarkens der rechten Fraktionen keineswegs sicher ist. Jean-Claude Juncker schaffte dies 2014 mit 46 Stimmen Vorsprung, von der Leyen 2019 mit nur neun Stimmen, damals unterstützt auch von rechtspopulistischen Parteien, die ihr diesmal die Zustimmung verweigern werden. Sollte von der Leyen im Rat durchfallen oder im Parlament keine Mehrheit finden, müsste der Rat – unter ungarischer Präsidentschaft – rasch eine neue Person vorschlagen, was den Arbeitsbeginn der neuen Kommission verzögern würde. Eine solche Hängepartie würde nicht nur die Arbeitsfähigkeit der EU beeinträchtigen, sondern auch ihrem Ansehen erheblichen Schaden zufügen.

Parallel zu diesem hochpolitischen Prozess formieren sich die Fraktionen im Parlament neu. Die Wahl des Parlamentspräsidenten, der Vizepräsidenten und der Ausschussvorsitzenden beeinflusst die Arbeitsweise und die politischen Schwerpunkte des Parlaments in den kommenden Jahren. Es ist zudem wahrscheinlich, dass es zu einer Neuformierung der rechten und rechtsextremen Fraktionen im Europäischen Parlament kommen wird. Eine entscheidende Frage wird dabei der Umgang mit der AfD sein. Unmittelbar vor der Wahl war es der AfD gelungen, zum Paria unter den Rechtsaußenparteien zu werden, als sowohl Marine Le Pen als auch Giorgia Meloni und Matteo Salvini eine weitere Zusammenarbeit mit der AfD ablehnten und diese aus der ID-Fraktion ausgeschlossen wurde.

Allerdings gilt auch hier das Motto, dass nach der Wahl nicht mehr unbedingt das gilt, was vor der Wahl gesagt wurde. Und der Rausschmiss des AfD-Spitzenkandidaten Kraus aus der deutschen Delegation zeigt, dass die AfD alles tut, um im rechten Schmuddelsalon wieder hoffähig zu werden. Falls dieses Manöver nicht gelingt, wird die AfD wohl versuchen, eine dritte Rechtsfraktion im Parlament zu gründen, wofür mindestens 23 Abgeordnete aus sieben Mitgliedstaaten nötig wären. Mit von der Partei könnten dabei weitere rechte Parteien sein, die bisher keiner Fraktion angehören, wie etwa die ungarische *Fidesz*-Partei von Victor Orbán.

Diskutiert wird auch die Option, dass die rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien eine neue „Superfraktion“ bilden könnten, was deren Verhandlungsmacht erheblich stärken und zu einer Polarisierung im Parlament führen würde. Eine solche rechte Großfraktion würde dazu beitragen, die EU-Agenda stärker an nationalen Interessen und weniger an

gemeinsamen europäischen Lösungen auszurichten. Dieses Szenario erscheint jedoch unwahrscheinlich, da sich viele europäische Rechtsparteien in zentralen außen- und sicherheitspolitischen Fragen nicht einig sind – insbesondere was das Verhältnis zu Russland, den Krieg gegen die Ukraine und die Zusammenarbeit mit den USA und der NATO betrifft.

Insgesamt ist der Rechtsruck im Parlament symptomatisch für eine breitere politische Verschiebung.

Eine Schlüsselrolle im Umgang mit den europäischen Rechtskräften wird künftig umso mehr der EVP zukommen, der auch CDU und CSU angehören. Anstatt um die Grünen zu werben, hat deren Partei- und Fraktionschef Manfred Weber in den letzten Monaten immer wieder die Zusammenarbeit mit der EKR gesucht und dabei auch die Chancen einer verstärkten Mitte-rechts-Kooperation mit der italienischen Regierungschefin Giorgia Meloni ausgelotet. Auch von der Leyen und Meloni hatten in den vergangenen Monaten einen engen und geradezu vertrauensvollen Umgang gepflegt, bei dem Erstere sich die Unterstützung für ihre Wiederwahl zu sichern suchte und Zweitere sich größeren Einfluss auf der europäischen Bühne versprach, war sie doch in den Wahlkampf gezogen mit dem Slogan „Con Giorgia l'Italia cambia l'Europa“ – „mit Giorgia verändert Italien Europa“. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die drei Bedingungen von Weber und von der Leyen für eine Zusammenarbeit mit der Rechten – pro-europäisch, pro-ukrainisch und pro-rechtsstaatlich – am Ende tatsächlich erfüllt werden, wenn es um zentrale europäische Weichenstellungen geht. Aufgrund des offenen Schmusekurses von Weber, von der Leyen und Co mit den (extremen) Rechten droht die EVP jedoch die Unterstützung der Mitte-links Parteien zu verlieren. Die europäischen Sozialdemokraten und auch Bundeskanzler Scholz haben sehr deutlich gemacht, dass die Nominierung von der Leyens kein Selbstläufer ist, sollte sie eine Zusammenarbeit mit Rechtsaußen suchen.

Insgesamt ist der Rechtsruck im Parlament symptomatisch für eine breitere politische Verschiebung, die tief in die nationalen politischen Landschaften der EU-Mitgliedstaaten hineinreicht. Diese Entwicklung spiegelt eine wachsende Unzufriedenheit mit der „etablierten Politik“ und eine zunehmende Hinwendung zu populistischen Lösungen wider, die einfache Antworten auf komplexe Probleme versprechen. Die zunehmende Fragmentierung erschwert die Entscheidungsprozesse in Parlament und Rat und könnte wichtige Reformen blockieren. Nationale Interessen rücken stärker in den Vordergrund, was die Fähigkeit der EU zur Formulierung gemeinsamer Politiken, insbesondere in grenzüberschreitenden Fragen wie Migration, Klimawandel und wirtschaftlicher Zusammenarbeit, erheblich beeinträchtigen könnte.

Unabhängig davon, wer der neuen Kommission vorstehen wird, werden viele der neuen Kommissare politisch deutlich weiter rechts stehen, da sie von den Regierungen der Mitgliedstaaten vorgeschlagen werden und rechte Kräfte in den letzten fünf Jahren bei nationalen Wahlen immer stärker geworden sind. Dies hat natürlich erhebliche Auswirkungen auf das neue Arbeitsprogramm der Kommission und ihre zukünftigen europapolitischen Prioritäten.

Ein stärker nationalistisch geprägtes Europa wird automatisch zu Spannungen mit wichtigen Partnern wie den USA führen und könnte die EU in ihrer Rolle als globaler Akteur schwächen. Nach innen steht die EU vor der Herausforderung, den Zusammenhalt zwischen den Mitgliedstaaten zu wahren. Wachsende politische Differenzen und der Druck populistischer Bewegungen könnten die Solidarität innerhalb der EU schwächen. Dies wäre besonders problematisch in einer Zeit, in der gemeinsame Anstrengungen erforderlich sind,

um globale Herausforderungen wie den Klimawandel oder die Digitalisierung zu bewältigen. Die EU befindet sich nun in einer Phase, in der die politischen Kräfteverhältnisse neu austariert werden müssen. Die kommenden Monate werden zeigen, in welche Richtung sie sich entwickeln wird und wie sie auf die neuen politischen Realitäten reagieren kann.



Tobias Mörschel
Brüssel

Tobias Mörschel ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel. Zuvor war er Direktor des dortigen Kompetenzzentrums *Future of Work*, Leiter des FES-Büros in Italien und in den Baltischen Staaten.



Ingmar Naumann
Straßburg

Ingmar Naumann leitet das Verbindungsbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Straßburg.



Marco Schwarz
Brüssel

Marco Schwarz arbeitet seit 2015 als Referent für Demokratie und EU-Erweiterung für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel. Zuvor war er für die Europa-Union Deutschland in Berlin tätig. Er studierte Politik- und Sozialwissenschaften an der Universität Göttingen.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/vormarsch-auf-bruessel-7564/?utm_campaign=de_40_20240611&utm_medium=email&utm_source=newsletter

05) Scheinkandidaten. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 626-11

8. Juni 2024

49. Jahrgang

Scheinkandidaten



Quizfrage: Welche dieser vier Politiker können Sie morgen nicht wählen? Antwort: **Olaf Scholz, Friedrich Merz** und **Ursula von der Leyen**. Lediglich **Katarina Barley** steht auf den Wahlscheinen als Spitzenkandidatin der SPD. Es scheint nicht besonders schlau zu sein, ausgerechnet Scholz und Merz, mit deren Arbeit lediglich 24 bzw. 29 Prozent der Wähler zufrieden sind, von den Plakaten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, lächeln zu lassen.

Ursula von der Leyen ist zwar Spitzenkandidatin der Europäischen Volkspartei, zu der auch CDU und CSU gehören, kann aber nicht direkt gewählt werden, weil sie auf keinem Wahlschein steht. Sie hat auch kein Interesse an einem Mandat im Europäischen Parlament, sie möchte aber wieder Kommissionspräsidentin werden. Zwar findet diese Wahl durch die Mitglieder des Parlaments statt, das Sagen haben aber die Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten.

2019 hat die EVP klar die Wahl gewonnen, dennoch wurde ihr Spitzenkandidat **Manfred Weber** nicht Europa-Chef. **Emmanuel Macron** zog, für die meisten völlig überraschend, von der Leyen aus der Lostrommel und das Parlament fügte sich. Das ist ein merkwürdiges Verständnis von Demokratie. Ob von der Leyen wieder zur Kommissionspräsidentin gewählt werden wird, steht auf der Kippe, nachdem sie angekündigt hat, sich gegebenenfalls auch mit Stimmen der Rechtsaußen-Partei der italienischen Ministerpräsidentin **Giorgia Meloni** wählen zu lassen.

Es gibt keine gesamteuropäische Umfrage zur Wahl, aber eine Berechnung aus ermittelten Werten der Mitgliedsstaaten, die zu folgender Prognose bei der Sitzverteilung führt. Die ersten Ziffern sind aus den Umfragen, die zweiten zeigen den aktuellen Stand.

- EVP Europäischen Volkspartei 172/176

- Sozialdemokraten 136/139
- Renew (Freie Wähler und FDP) 81/102
- Grüne 57/72
- ID Rechtsparteien 66/49
- EKR Konservative und Reformier 79/69
- Linke 37/37
- fraktionslos 61/50

Die aktuelle Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen des ZDF sieht für Deutschland die Union aus CDU und CSU bei 30 Prozent, SPD, Grüne und AfD bei jeweils 14, Linke 3, FDP 4, BSW 7 und Volt 3 Prozent.

In Berlin können morgen 2.495.665 Personen ihre Stimme abgeben. Das sind 12.758 weniger als 2019. Die Wahlberechtigtenanzahl beinhaltet auch die in Berlin lebenden ausländischen Staatsangehörigen der Europäischen Union, die ihre Eintragung in die Wählerverzeichnisse beantragt haben. Deren Zahl liegt, wie bereits zur Europawahl 2019, bei ca. 18.000 Wahlberechtigten. Zudem sind erstmals im Rahmen einer Europawahl auch die ca. 55.000 16- und 17-Jährigen wahlberechtigt.

Die Bezirkswahlämter stellten bis zum Abschluss der Wählerverzeichnisse 737.290 Wahlscheine für die Wahl zum 10. Europäischen Parlament aus und damit für 29,5 Prozent der Wahlberechtigten. Der höchste Anteil an Wahlscheinempfängern wurde aus dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf gemeldet (35,2 Prozent), der niedrigste (23,1 Prozent) aus Spandau. Zur Europawahl am 26.05.2019 lag der Anteil der Wahlberechtigten, für die ein Wahlschein ausgestellt wurde bei 20,2%. Quelle: Landeswahlleiter

*Einen Tag vor der Europawahl demonstrieren in Berlin zahlreiche Menschen gegen Rechtsextremismus. Gegen 14:30 Uhr ist die Großdemonstration am Großen Stern im Tiergarten gestartet. Die Polizei spricht aktuell von mehr als 10.000, der Veranstalter von rund 30.000 Teilnehmern bei der Kundgebung. Der Titel der Demonstration, die von einem Bündnis verschiedener Gruppen geplant wurde, lautet: „Rechtsextremismus stoppen. Demokratie verteidigen. In neun Städten, darunter in München, Köln, Dresden und Leipzig, sind ähnlich große Demonstrationen angekündigt. In Hamburg hatte es schon am Vorabend eine Großkundgebung mit etwa 30.000 Demonstranten gegeben. „Jetzt vor den Europa- und Kommunalwahlen ist es wichtiger denn je, entschieden gegen Rechtsextremismus einzutreten. **Geht wählen und wählt demokratisch**“, hieß es in der Ankündigung. Quelle: rbb24*

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

1

Keine Berichte

Niederlande (Seiten E 26 – E 29)

01) Das neue holländische Regierungsprogramm: Hoffnung, Mut und Stolz – Eckpunktepapier von PVV, VVD, NSC und BBB 2024-2028

Die Niederlande sind ein wunderschönes Land.

Ein Land, auf das man stolz sein kann.

Wir müssen hart arbeiten, um das Vertrauen der Niederländer zu gewinnen.

Wir gehen einen neuen Weg.

Deshalb unternehmen PVV, VVD, NSC und BBB in dieser Vereinbarung folgende konkrete Schritte:

- Steuererleichterungen ab 2025 für fleißige Niederländer, jung und alt, wie etwa die Mittelschicht und die Unternehmer, aber auch für die Menschen, die in finanziellen Nöten sind.
- Das strengste Zulassungsregime für Asylsuchende und das umfassendste Paket zur Kontrolle der Migration, das es jemals gab.
- Ein deutlicher Schub für Wohnungsbau, Infrastruktur, Barrierefreiheit und Energiewende.
- Mehr als die Halbierung des Eigenanteils im Gesundheitswesen auf das Niveau von 165 Euro im Jahr 2027 und Investitionen in die Altenpflege.
- Chef im eigenen Haus sein zu können in der Landwirtschaft und Fischerei; ein Impuls für eine Zukunft dieser Sektoren und für die Ernährungssicherheit für uns alle.
- Mehr Mitspracherecht der Bürger durch ein anderes Wahlsystem und Stärkung der Grundrechte durch ein Verfassungsgericht.
- Gewährleistung der Sicherheit der Niederländer durch ein entschlossenes Vorgehen gegen Kriminalität und Terror.

Auf Grundlage dieser Grundsatzvereinbarung wird das neue Kabinett an einem Regierungsprogramm mit den folgenden 10 Hauptpunkten arbeiten:

1. Existenzsicherheit und Kaufkraft
2. Kontrolle über Asyl und Migration
3. Wohnungen und Sozialwohnungen, Infrastruktur, öffentlicher Verkehr und Luftfahrt;
4. Eine gute Zukunft für Landwirtschaft und Fischerei, für Ernährungssicherheit, für die Natur
5. Energie, Versorgungssicherheit und Klimaveränderung
6. Zugängliche öffentliche Einrichtungen; Pflege und Bildung
7. Gute Regierungsführung und ein starker Rechtsstaat
8. Nationale Sicherheit
9. Internationale Sicherheit
10. Solide öffentliche Finanzen, Wirtschaft und Geschäftsklima

Die Punkte im Einzelnen sind:

(...)

2. Kontrolle über Asyl und Migration

Es werden konkrete Schritte hin zu einer möglichst strengen Zulassungsregelung unternommen, das gesamte Asyl- und Migrationssystem wird reformiert, der Zustrom gezielt und so weit wie möglich reduziert durch die folgenden Maßnahmen:

- Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel werden so weit wie möglich abgeschoben, auch zwangsweise.
- Verbot der Bevorzugung von Asylanten bei der Zuweisung von Sozialwohnungen
- Verstärkung der Grenzkontrollen und -überwachung, einschließlich mobiler Überwachung.
- Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten und gleichgesinnten Ländern im Falle eines Massenzustroms (wie 2015).
- Schnellstmöglich soll eine Ausstiegsklausel für die europäische Asyl- und Migrationspolitik eingeführt und der Europäische Kommission vorgelegt werden.
- Strengeres Zulassungsverfahren (Anpassung der Beweislast, keine Belohnung für bewusster Verzicht auf den Identitätsnachweis, Anpassung und Durchsetzung von Kriterien für ein sicheres Land und Durchsetzung der Dublin-Verordnung, Auslesen von Mobiltelefonen, Einschränkungen der Rechtshilfe).
- Bei Grenzkontrollen entdeckte irreguläre Migranten müssen unverzüglich nach Deutschland und Belgien zurückgeschickt werden, auch ohne gültigen Personalausweis.
- Die Landespolitik wird deutlich angepasst, sodass die Niederlande für Asylsuchende nicht mehr attraktiv sind, wie es zur Zeit der Fall ist. Der Prozentsatz anerkannter Asylanten muss im europäischen Vergleich nicht zu den höchsten, sondern zu den niedrigsten gehören. Eine Rolle spielt dabei auch die Beweislastumkehr: die Asylanten müssen beweisen, warum sie Anspruch auf Asyl haben, statt dass die niederländischen Behörden beweisen müssen, warum jemand keinen Anspruch auf Asylrecht hat (was die heutige Regelung ist).
- Einführung eines Systems, welches zwischen Kriegsflüchtlingen und Verfolgten unterscheidet. Kriegsflüchtlinge bekommen weniger Rechte und werden nur befristet geduldet. Für letztere gibt es auch keine automatische Familienzusammenführung und diese wird nur auf die Kernfamilie und Kinder unter 18 beschränkt und auch nur nach einer längeren Wartezeit.
- Asylanträge werden ohne das Recht auf Berufung bei einem Gericht eingereicht.
- Die unbefristete Asylgenehmigung wird abgeschafft der vorübergehende Aufenthalt eingeschränkt.
- Unterbringung von Asylbewerbern mit geringer Aussicht auf Asyl an getrennten Orten mit möglichst strengen Auflagen, teilweise in geschlossenen Anstalten.
- der staatliche Beitrag zur Unterstützung abgelehnter Asylbewerber wird beendet.
- Die rechtliche Unterstützung bei Asylanträgen wird so weit wie möglich und bei wiederholten Fällen eingeschränkt, um Asylanträge so weit wie möglich zu reduzieren.
- Asylverfahren werden verkürzt und vereinfacht, beispielsweise durch die Verkürzung der Einspruchsfrist und Beschränkung der Möglichkeit wiederholter Anträge.
- Härteres Vorgehen gegen diejenigen, die sich nicht benehmen.

Seite E 28 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

- Bekämpfung der Kriminalität unter und von Asylbewerbern, unter anderem durch: unverzügliche Entfernung aus der Aufnahmeeinrichtung, Einstellung des Asylverfahrens, Erlöschens der Aufenthaltserlaubnis und durch eine weitere Verschärfung der Abschieberegeln, damit kriminelle Ausländer schneller abgeschoben werden können.
- Bei den Registrierungs- und Aufnahmestellen wird strikt gegen Gewalt und Belästigung durch Asylbewerber vorgegangen, insbesondere wenn diese gegen weibliche Asylbewerber, LGBTIQ+ und/oder christlichen Asylbewerber gerichtet ist.
- Unterlassene Mitwirkung bei der Abschiebung nach rechtskräftiger Ablehnung oder Verlust der Aufenthaltserlaubnis wird strafbar.
- Der Fokus wird auf Rückkehr gelegt durch die Abschiebung von Asylbewerbern, die bereits in einem anderen EU-Mitgliedstaat abgelehnt wurden, Verlängerung der Ausländerhaft sowie Einschränkung der kommunalen Aufnahme auf Grundbedürfnisse
- Die Liste sicherer Drittstaaten wird ausgeweitet auf der Grundlage offizieller Nachrichten; offizielle Mitteilungen werden grundsätzlich nicht veröffentlicht.
- Der EU-Migrationspakt mit verschärften Asylregeln und Aufnahmeverfahren muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Niederlande entscheidet sich gegen Umverteilung aus anderen Ländern und für die Zahlung von Geldern, um Aufnahme zu verweigern.
- Gleichzeitig setzen sich die Niederlande für eine weitere Verschärfung der EU-Vorschriften ein, unter anderem durch die Überprüfung von Asylbewerbern mit geringen Chancen, strengere Kontrollen an den Außengrenzen und die Bearbeitung in einem Drittstaat (Albanien-Modell).
- Menschenhandel, Menschenschmuggel und alle illegalen Einwanderungswege werden bekämpft, national und europäisch.
- Der persönliche Beitrag zur Unterbringung von Vertriebenen aus der Ukraine wird erhöht.
- Fokus auf die Aufnahme in der Region und auf Migrationsabkommen zu diesem Zweck.
- Eine Modernisierung der UN-Flüchtlingskonvention wird befürwortet und die Niederlande wollen sich mit gleichgesinnten Staaten dafür einsetzen. Auch die EU-Verträge und Regelungen sollen den geänderten Umständen angepasst werden.

Weiterhin werden Maßnahmen getroffen, um Arbeitsmigration zu beherrschen. Die Bedürfnisse der Wirtschaft müssen dabei klar festgestellt werden und nur wirklich benötigte Arbeitsmigranten eingelassen werden. Niedriglohnarbeiter und schlechte Arbeitsumstände sollen durch Maßnahmen beschränkt werden wie:

- Die Zeitarbeitsbranche und Personalvermittlungsagenturen werden durch ein Zulassungssystem reguliert.
- Arbeitgeber von Wanderarbeiter ohne Verbleibrecht übernehmen die Verantwortung für Schäden und Kosten von diesen.
- Bei Langzeitaufhalten liegt auch die Pflicht beim Arbeitgeber, diesen Mitarbeitern die Niederländische Sprache beizubringen.
- Im Hinblick auf die Arbeitsmigration sind die Niederlande bestrebt, die Freizügigkeit von Personen innerhalb der EU einzuschränken, wenn und soweit eine Erweiterung der EU diskutiert wird.

Wissens- und Studienmigration ist für die niederländische Wirtschaft wichtig, ihr Ausmaß muss jedoch reduziert werden im Verhältnis zu dem, was Kommunen, Bildung, Gesundheitsfürsorge und Wohnraum tragen können. Daher werden:

Seite E 29 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

- Die Qualifikationsanforderungen der Wissensmigration verschärft und erhöht.
- Einschränkung der Studienmigration im Hochschulbereich in der Bachelorphase mit Ausnahmen von Studien bei Arbeitsmarktengpässen unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten (Je größer die Probleme, desto mehr Einschränkungen).
- Die Studienmigration wird eingeschränkt dadurch, dass es zahlreiche Kurse auf Niederländisch und eine Höchstzahl für ausländische Studierende gibt, durch Beschränkung auf den Bezug eines Grundstipendiums und durch Erhöhung der Studiengebühren für Nicht-EU-Studierende.
- Die Niederlande sollten gegenüber staatlichen Akteuren, die Menschen hierher schicken zur Spionage wachsam sein. Es werden Maßnahmen zum Schutz unseres Wissens ergriffen.

Ein zusätzliches und verbindliches Bekenntnis zur Einbürgerung und Integration. Der Ausgangspunkt ist, dass sie (Migranten) Teil von uns sind, wenn sie sich einbringen und die niederländischen Werte unterstützen.

- Integration umfasst Wissen über den Holocaust und seine Opfer.
- Die Regelfrist für die Einbürgerung wird auf 10 Jahre verlängert, ungeachtet ob man befristetes oder unbefristetes Aufenthaltsrecht hat.
- Ausländer, die unsere Staatsangehörigkeit annehmen wollen, sollen nach Möglichkeit ihre vorige Nationalität aufgeben.
- Die Sprachanforderungen für die Einbürgerung werden grundsätzlich für alle auf B1 erhöht.
- Bekämpfung unerwünschter ausländischer Einflüsse, z. B. durch Wochenendschulen.
- Es wird eine Regelung für Gebetsrufe (Muezzinrufe) geben.
- Schädliche Praktiken wie Zwangsheirat und weibliche Genitalverstümmelung werden bekämpft.

(...)

Quelle:

https://www.achgut.com/artikel/frische_politik_aus_holland_haetten_wirt_auch_gerne

(Mitteilung von Leser Roger Kunert vom 30.05.2024)

01) Gegen die Urängste. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 627-02

1. Juli 2024

49. Jahrgang

Gegen die Urängste

Der Mensch habe zwei Urängste, erklärte heute die Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, **Klara Geywitz**, beim Start des bundesweiten „Stakeholder-Dialogs Wärmeplanung“ auf dem **EUREF-Campus**: „Dass man Hunger hat und es kalt ist.“ Die Ernährungsfrage wurde nicht besprochen, wohl aber die Angst vor der Kälte. Dieser wird mit einer umfänglichen Wärmeplanung begegnet.



Nachdem das Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (Wärmeplanungsgesetz) mit Wirkung zum 1. Januar 2024 in Kraft getreten ist, soll der bundesweite Dialogprozess jetzt die Umsetzung der Wärmeplanung vor Ort unterstützen. Hierzu wird ein Stakeholder-Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern aus Bund, Ländern, Kommunen und Verbänden gestartet, in den kontinuierlich die Erfahrungen aller Akteure einfließen sollen.



Klara Geywitz: „Die Kommunen wissen am besten, was im Rahmen der Wärmeplanung vor Ort möglich und nötig ist und was sie vom Bund als Gesetzgeber und Fördermittelgeber brauchen. Der heute startende Beteiligungsdialo

g wird einen Mehrwert für die Kommunen, Länder, Verbände und Politik bringen, denn auf diese Plattform zum Erfahrungsaustausch werden Interessierte und Beteiligte über einen längeren Zeitraum zurückgreifen können. Der Leitfaden Wärmeplanung, den wir heute vorstellen, erklärt Schritt für Schritt Lösungsmöglichkeiten für die Planung vor Ort. Wichtig ist, keine

Kommune muss Sorge vor dem Planungsprozess haben. Die Bundesregierung unterstützt die Kommunen über die Länder bei der Durchführung der Planung mit 500 Millionen Euro. Viele kleine Kommunen werden zudem keine Detailplanung vorlegen müssen, wenn z.B. kein Stadtwerk eingebunden ist und die Versorgung vorrangig privat betrieben wird.“

Robert Habeck: „Die Wärmeplanung ist für das Gelingen der Energiewende im Wärmesektor zentral. Die Wärmeplanung sorgt dafür, dass die Entwicklung der Energieinfrastrukturen vor Ort besser aufeinander abgestimmt und vorhandene Potenziale für



die Nutzung erneuerbarer Energien und unvermeidbarer Abwärme gehoben werden können. Akteure werden vor Ort zusammengebracht, um auch mit Blick auf die lokalen Gegebenheiten passende Lösungen für die zukünftige klimaneutrale Wärmeversorgung zu entwickeln. Damit erhöht die Wärmeplanung die Planungssicherheit für Kommunen, Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen.

Wir werden die Länder und Kommunen weiterhin bei dieser wichtigen Aufgabe unterstützen. So gibt der heute veröffentlichte Leitfaden den Kommunen und allen weiteren beteiligten Akteuren praktische Hilfestellung zum Vorgehen bei der Wärmeplanung. Er trägt dazu bei, dass Wärmepläne bundesweit in guter Qualität erstellt werden.“

Zum Hintergrund

Die Wärmeplanung soll einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die Wärmeversorgung in Deutschland bis 2045 treibhausgasneutral zu gestalten. Hierzu schafft das Wärmeplanungsgesetz einen einheitlichen Rahmen und führt damit die Wärmeplanung als strategisches Planungsinstrument flächendeckend ein.

Die Länder überführen derzeit die bundesgesetzlichen Regelungen des Wärmeplanungsgesetzes in Landesrecht. Hierbei bestimmen sie u.a. die für die Wärmeplanung verantwortliche Stelle; dies sind in der Regel die Kommunen.

Der Stakeholder-Dialog unterstützt die Kooperation aller beteiligten Akteure. Im Rahmen einer Workshopreihe sollen ausgewählte Themen und Erfahrungen



mit der Wärmeplanung erörtert und gemeinsam mit allen Beteiligten praktikable Lösungen entwickelt werden. Der Stakeholder-Dialog wird sich bis in das Frühjahr 2025 erstrecken.



Mit Leipzig und Heeseberg zeigten auf der Auftaktveranstaltung jeweils eine größere und eine kleine Kommune, wie unterschiedlich Ausgangslage und Handlungsmöglichkeiten für die Wärmeplanung vor Ort sind.

Der Stakeholder-Dialog ergänzt die bereits bestehenden Unterstützungsangebote der Bundesregierung, insbesondere die Angebote und Aktivitäten des Kompetenzzentrums Kommunale Wärmewende in Halle (KWW) und den Leitfaden Wärmeplanung, der im Rahmen der heutigen Auftaktveranstaltung zum Stakeholder-Dialog erstmals öffentlich vorgestellt wurde.

Der Leitfaden Wärmeplanung sowie eine Zusammenfassung und Einordnung des Leitfadens (Leitfaden kompakt) sind auf den Seiten der beiden Bundesministerien abrufbar.

Der Leitfaden Wärmeplanung sowie eine Zusammenfassung und Einordnung des Leitfadens (Leitfaden kompakt) sind auf den Seiten der beiden Bundesministerien abrufbar.



Kaum ein anderes Vorhaben dieser Bundesregierung hat so viel Unmut in der Bevölkerung ausgelöst wie das Heizungsgesetz. Das **Handelsblatt** schrieb vor einem Jahr: „Beim Heizungsgesetz gibt es zu viele schlecht versteckte Probleme.“ Habeck und Geywitz gaben sich deshalb heute sehr viel Mühe bei der Wärmeplanung nicht die gleichen Fehler noch einmal zu machen. Vor allem Habecks Partei ist wegen der schlechten Kommunikation des Heizungsgesetzes abgerutscht.

Klara Geywitz hat recht, die Menschen haben Angst davor, sich Nahrung und Wärme nicht mehr leisten zu können. Schaut man sich die Heizkostenabrechnungen an, dann sind diese für viele Menschen existenzbedrohend. Das Ziel, dass Deutschland bis 2045 „treibhausgasneutral“ sein soll, ist ehrenwert, aber auch realistisch? Der EUREF-Campus erfüllt die CO₂-Klimaziele der Bundesregierung für das Jahr 2045 bereits seit 2014. Vermutlich sagte Klara Geywitz deshalb einleitend, dass es keinen besseren Ort für die Veranstaltung gäbe.

Im Augenblick ist das Thema Heizung weit weg, weil uns die Sonne direkt mit ihrer Wärme verwöhnt. Aber, der nächste Winter kommt bestimmt, Klimawandel hin oder her.

Ed Koch

Quelle: BMWSB
Fotos: Ed Koch

02) Katastrophal – Die Präsidentschaftswahlen in den USA. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-35

28. Juni 2024

49. Jahrgang

Katastrophal

Als Nachkriegskind aus West-Berlin weiß ich, was wir den Vereinigten Staaten zu verdanken haben. Die Freiheit. Und ohne den Anteil an der Wiedervereinigung **Michail Gorbatschows** schmälern zu wollen, wäre diese ohne **George Bush sen.** nicht möglich gewesen. **Margaret Thatcher** und **François Mitterrand** waren alles andere als begeistert von der Vorstellung, dass in der Mitte Europas wieder ein Land mit über 80 Millionen Einwohnern entsteht.

Ersparen wir uns das Aufzählen von Ereignissen, bei denen die USA direkt eingegriffen haben, um unsere Freiheit und unser Überleben in West-Berlin zu sichern, wir haben gerade den Jahrestag der Luftbrücke gefeiert.

Die Freundschaft zu den USA wurde aber auch immer wieder auf eine harte Probe gestellt. Stichwort dafür ist zum Beispiel der Vietnamkrieg. Das Kapitel **Julian Assange** hat nach 14 Jahren endlich ein halbwegs gutes Ende gefunden. Was bleibt sind die verstörenden Videos über Kriegsverbrechen der USA im Irak und Afghanistan. Nicht Assange war Staatsfeind Nummer Eins der USA, sondern diejenigen, die diese Kriegsverbrechen zu verantworten haben. Der Aufklärer musste sich vor Gericht schuldig bekennen, die wirklich Schuldigen sind nie zur Rechenschaft gezogen worden.

Auf der Habenseite steht, dass wir den USA unsere Demokratie zu verdanken haben, die um einiges besser ist als die in der so genannten Neuen Welt. Bei uns kann nur jemand ins Amt kommen, der die Mehrheit der Wählerstimmen erhält. In den USA sind mehrfach Präsidenten ins Amt gekommen, die zwar die Mehrheit der „Wahlmänner“ gewannen, nicht aber die Mehrheit der Wähler.

Die USA sind nach wie vor Garant unserer Freiheit, weil sich Westeuropa, nicht zuletzt durch Gorbatschow, sicher war, dass wir sicher sind und nichts Böses aus Russland zu befürchten haben. Ein Trugschluss, der uns teuer zustehen gekommen ist.

Auch wenn es immer wieder Streitereien um den Haushalt in den USA gibt, und der Kongress den Präsidenten ausbremsen kann, so ist das Staatsoberhaupt dennoch mit zahllosen Rechten ausgestattet, nicht zuletzt als militärischer Oberbefehlshaber. Es ist also extrem wichtig für die USA, für Westeuropa, für die Welt, wer Präsident dieses Landes ist. Es ist eine Schande, wenn man, wie in der letzten Nacht, mit ansehen muss, wer sich um dieses Amt bewirbt.

Über **Donald Trump** ist alles gesagt, er ist ein Dauerlügner, schafft sich selbst seine alternativen Fakten und hat einen Staatsstreich angezettelt. In jeder funktionierenden Demokratie würde so eine Figur dauerhaft aus dem Verkehr gezogen und in ein Gefängnis gesteckt worden.

Was sind das für Menschen in den USA, die diesem Mann Millionen für seinen Wahlkampf spenden und fester denn je zu ihm stehen, je mehr er lügt? Wenn es schon die US-Justiz nicht schafft, diesen Mann endlich hinter Gitter zu bringen, muss die Demokratische Partei alles tun, um ihm eine glaubwürdige Alternative entgegenzusetzen.

Joe Biden ist ein ehrenwerter Mann, ein guter Demokrat und Transatlantiker. Allein die Ziffern seines Alters sind ihm nicht vorzuwerfen. Unser erster Bundeskanzler **Konrad Adenauer** war 73 Jahre alt, als er sein Amt antrat, und 87 als er, nicht ganz freiwillig, aufhörte. Im Gegensatz zu Biden konnte Adenauer noch im hohen Alter klar formulieren und jeden Satz grammatikalisch einwandfrei zu Ende sprechen. Das gelingt **Joe Biden** nicht mehr. Und immer wieder diese Aussetzer. Das ist nicht mitleidserregend, sondern katastrophal. Die Demokratische Partei der USA gefährdet mit Biden den Weltfrieden. Heute Nacht wurden die letzten Illusionen weggefegt, dass der alte Mann noch einmal gewinnen könnte. Selbst wenn Biden gewönne, was wäre das für eine Präsidentschaft?

Trump ist eine Gefahr für den Weltfrieden und die Stabilität in Europa. Trump verspricht, den russischen Krieg in der Ukraine innerhalb kürzester Zeit zu beenden. Um dieses Versprechen einlösen zu können, bedarf es eines ganz einfachen Rezepts: Ein Diktatfrieden für die Ukraine mit dem Verlust von rund 20 Prozent des Staatsgebietes. Das schlimme daran ist, dass es in Europa immer mehr Menschen gibt, die das gut fänden. Hauptsache den Krieg beenden. Und dann verdient unsere Industrie nicht mehr an der Waffenproduktion, sondern am Wiederaufbau. Niemand kann davor sicher sein, dass Putin sein Eroberungsmodell nicht auch auf andere Staaten anwendet. Es gibt genügend Territorien, die er vom Faschismus befreien könnte, Ostdeutschland oder Frankreich nach den Wahlen mit einem vorhersehbaren Rechtsruck.

Die Demokratische Partei kann zum jetzigen Zeitpunkt kaum noch Biden aus dem Rennen nehmen. Sehenden Auges rennen die USA in eine Katastrophe.

Ed Koch

1

03) Es kann nur eine [Staatsbürgerschaft] geben. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-34

27. Juni 2024

49. Jahrgang

Es kann nur eine geben

Ein Freund von mir hat drei Staatsbürgerschaften, die deutsche, weil er in Deutschland geboren wurde, die italienische, weil sein Vater Italiener ist, und die US-amerikanische, weil er eine US-Bürgerin geheiratet hat und in die USA ausgewandert ist. Das mag sehr schön sein, Staatsbürgerschaften zu sammeln und familienbedingt auch in Ordnung gehen, aber richtig finde ich es trotzdem nicht.

Auch wenn Vergleiche bekanntlich immer hinken, kann man auch nicht gleichzeitig evangelisch und katholisch sein, oder Mitglied der CDU und SPD. Eine Staatsbürgerschaft hat den höchsten Stellenwert bezüglich der Identifikation eines Menschen. Wer, aus welchem Grunde auch immer, zu uns nach Deutschland kommt, willkommen oder nicht willkommen, soll hier leben und arbeiten können. Und wenn er sich entschließt, auf Dauer hier leben und deutscher Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten werden zu wollen, bleibt er im Herzen immer dem Land verbunden, aus dem er stammt, rechtlich ist er dann aber Deutscher. Man muss sich entscheiden, entweder oder, so ist das nun mal im Leben. Zwei Herzen können nicht in einer Brust schlagen, auch wenn ein Gesundheitsprodukt mit zwei Herzen wirbt.

Das neue Staatsangehörigkeitsrecht tritt heute in Kraft und wer eingebürgert werden möchte, kann sich für eine doppelte Staatsbürgerschaft entscheiden. Ich halte das für falsch.

Ebenso falsch finde ich die Forderung, Straftäter sofort nach Verüben der Tat abzuschicken. Beispiel Afghanistan. Wer hier einen Terrorakt begeht und ungesühnt ausreisen darf, wird zu Hause herzlich willkommen geheißen. Das Argument, „dann sind wir den wenigstens los“, widerspricht meinem Rechtsempfinden. Wer eine Straftat begeht, soll so lange wie es die Gesetze vorschreiben in einem deutschen Gefängnis verbringen. Erst danach soll er dann abgeschoben werden.

Noch ein hinkender Vergleich auf kleiner Ebene. Es reist jemand nach Australien ein und hat im Gepäck ein paar Gramm Haschisch. Der Drogenhund schlägt bei der Einreise Purzelbäume, der Mann wird festgenommen und eingesperrt. Man könnte ihn gleich abschieben und mit einem Einreiseverbot belegen. Die Australier haben ihn aber seine Strafe absitzen lassen und erst danach abgeschoben. So macht man das.

Ed Koch

1

04) Mit Jesus gegen rechts. Was haben Olaf Scholz, Annalena Baerbock und Jesus Christus gemeinsam? Und warum folgen ausgerechnet Rechtspopulisten einem entgegengesetzten Trend?

Von Joscha Wendland

27.06.2024



picture alliance / Norbert Gerstenberger

Politik und Religion stehen bekanntlich in einem etwas angespannten Verhältnis zueinander. Sie entwerfen beide ein Ideal der Herrschaftsorganisation unter ihrer Macht, predigen auf die eine oder andere Weise Heilsversprechen und versuchen möglichst viele Mitglieder unter sich zu vereinen – die einen mit Blick auf die nächste Wahl, die anderen mit der Ewigkeit im Sinn. Doch in puncto Mobilisierung von Anhängern sehen sich SPD, Grüne und die Kirche mit ganz ähnlichen Herausforderungen konfrontiert. Deutlich weniger Menschen wählen mittlerweile diese Parteien oder sind noch Mitglieder in den hierzulande dominanten Religionsgemeinschaften. Währenddessen verzeichnet die erst 2013 gegründete AfD Wahlerfolg nach Wahlerfolg – und das [hauptsächlich dank der Unterstützung säkularer Wähler](#). Übrigens haben die evangelische und die katholische Kirche zwischen 2013 und 2022 in etwa so viele Mitglieder verloren (circa sieben Millionen) wie die AfD Stimmen bei der erst kürzlich abgehaltenen Europawahl bekam (circa 6,5 Millionen). Natürlich kann hier nicht von Kausalität die Rede sein, doch wirft dies zumindest Fragen über das Verhältnis von Religion und Politik sowie über deren Funktion und Beliebtheit auf.

Welche Rolle Religionen in unserer Gesellschaft überhaupt noch spielen und warum der Vormarsch der Säkularisierung wohl stagnieren wird, hat [Shadi Hamid](#) in seinem Beitrag für [Foreign Affairs](#) dem Buch *The Divine Economy: How Religions Compete for Wealth, Power, and People* entnommen. In seinem Artikel heißt es – entgegen jeglichen aufklärerischen Behauptungen, Religion werde bald in Vergessenheit geraten –, dass der Wirkmechanismus einer Teilhabe in Religionsgemeinschaften aktueller denn je sei. Damit ist die Lieferung eines überirdischen Sinns gemeint, der in unserer hochgradig entzauberten Welt wieder für ein magisches Leben sorgen könnte. Diese Einigung auf einen ähnlichen Lebenssinn in solchen Gemeinschaften sorgt natürlich für ein besonderes Wir-Gefühl durch öffentliche Rituale und geteilte Erfahrungen, die durchaus identitätsstiftend wirken können. Und danach sehnen sich Menschen schon immer.

Dies spiegelt sich durchaus in globalen Trends wider. Laut einer [Prognose über die Zukunft der Weltreligionen](#) wird der Anteil der Christen und Hindus an der Weltbevölkerung bis 2050 ungefähr gleich bleiben, während der Anteil der Muslime stark steigen wird. Hamid begreift diesen Trend – auf dem erwähnten Buch aufbauend – als eine rationale Entwicklung und konzeptualisiert Religionen als Wirtschaftsgiganten, die ein maßgeschneidertes Angebot für die fundamentalste aller Nachfragen liefern. Einer scheinbar irrationalen Glaubensentscheidung kann durchaus eine tief verankerte Kosten-Nutzen-Rechnung zugrunde liegen. Denn weltweit sind [Menschen in einer Religionsgemeinschaft tendenziell glücklicher](#) und zivilgesellschaftlich engagierter als ihre konfessionslosen und nicht-praktizierenden Nachbarn. In den USA trifft dies jedoch nicht auf diejenigen Personen zu, die zwar nicht in eine kirchliche Struktur eingebunden sind, sich aber weiterhin als strenggläubig bezeichnen. Dieser Gruppe von Christen abseits der Kirche fehlt somit ein Gemeinschaftsgefühl, was laut Hamid wiederum deren erhöhte Selbstmordrate und die starke Loyalität gegenüber Trump erklärt.

In jüngster Vergangenheit haben populistische Bewegungen immer wieder versucht, die absolute Überzeugung und den rituellen Charakter von Religionen zu imitieren.

Insgesamt verzeichnen die keiner Religionsgemeinschaft Zugehörigen den größten relativen Rückgang. In absoluten Zahlen werden die Atheisten und Agnostiker in unserer Mitte in den nächsten 25 Jahren demnach kaum zulegen. Dass hierzulande die Evangelen und Katholiken in letzter Zeit immer wieder den säkularen Teufel an die Wand gemalt haben, scheint demnach eher ein auf Westeuropa begrenztes Phänomen zu sein. Dort lässt sich als einzig augenscheinlicher Unterschied feststellen, dass in Frankreich der Laizismus nahezu gepredigt wird, während es in Deutschland regelmäßig eine christlich-demokratische Partei an die Spitze der Meinungsumfragen schafft. Und doch eint beide Länder die ständige Rede von weiteren [Wellen der Säkularisierung](#). Da in Frankreich die Religionszugehörigkeit offiziell nicht erfragt werden darf, kann hier keine plakative Gegenüberstellung des Rückgangs der Mitglieder in Religionsgemeinschaften mit dem Stimmenzuwachs des *Rassemblement National* getätigt werden. Dennoch würde eine solche Korrelation durchaus Sinn ergeben.

In jüngster Vergangenheit haben populistische Bewegungen immer wieder versucht, die absolute Überzeugung und den rituellen Charakter von Religionen zu imitieren. Rechtsextremismus und Nationalismus beschwören ganz ähnlich einen Zusammenhalt, der in der jeweiligen vorgestellten Gemeinschaft von Gleichgesinnten praktiziert und kultiviert wird. Dass sich die AfD vor allem in Ostdeutschland zunehmender Beliebtheit erfreut, erscheint vor dem Hintergrund, dass dort nicht einmal 20 Prozent der Bevölkerung Kirchenmitglieder sind, ein wenig naheliegender.

Doch Hamids Analyse soll unterm Strich Hoffnung machen. Er weist darauf hin, dass die weltlichen Ideologien – und somit die Versprechen von rechtspopulistischen und anderen Strömungen – vergänglicher Natur sind und zudem einer schnelllebigen Politik unterliegen. Der den Parteien inhärente weltliche Fokus ist zugleich ihre Achillesferse. Religionen liefern hingegen Antworten auf dauerhafte, existenzielle Fragen und können auf ihre Mitglieder durchaus eine mäßigende Wirkung haben. So positionierte sich die [Deutsche Bischofskonferenz im Februar](#) einstimmig gegen die AfD und beschrieb die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei und kirchliches Engagement als unvereinbar. Daher wurden auch zum [Katholikentag in Erfurt](#) keine AfD-Vertreter zu den politischen Foren eingeladen, was wiederum gesamtgesellschaftlich Wirkung zeigt. Dies bezeichnet Hamid als Paradox der Säkularisierung: Religionen sind auf individueller Ebene in Westeuropa zwar in den

Hintergrund geraten, sie erfüllen in gesellschaftlichen Debatten und Positionierungen dennoch wichtige Funktionen. Vielleicht haben wir vor diesem Hintergrund Gott etwas voreilig getötet, wenn gerade die kirchlichen Institutionen im Kampf gegen den Rechtsextremismus eine Unterstützung sein könnten.



Joscha Wendland
Berlin

Joscha Wendland ist im Referat Globale und Europäische Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung tätig. Er hat Politikwissenschaften und Ethnologie an der Universität Heidelberg studiert.

https://www.ipg-journal.de/aus-dem-netz/artikel/mit-jesus-gegen-rechts-7605/?utm_campaign=de_40_20240628&utm_medium=email&utm_source=newsletter

05) Mehr, Mehr, Mehr.

Trotz militärischer Überlegenheit gegenüber Russland herrscht eine Begeisterung für Aufrüstung und Militarisierung. Warum?

Von Ernst Hillebrand

25.06.2024



Für lange Zeit galt der deutsche Leopard 2-Panzer als heiliger Gral im Ukrainekrieg.-
picture alliance/dpa | Philipp Schulze

Eine seltsame Begeisterung für das Militärische hat dieses Land ergriffen und vor allem seinen politischen Betrieb. Der [Berliner „Blob“](#), wie Hans Kundnani den wissenschaftlich-

Seite E 37 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

medial-politischen Hauptstadtkomplex vor kurzem nannte, kennt derzeit mehrheitlich nur eine Message: mehr Waffen, mehr Soldaten, mehr Geld für Rüstung. Stellt man dies nicht bereit, „kommt der Russe“.

Für an Fakten und Zahlen orientierte Staatsbürger sind diese Forderungen nicht ganz einfach zu verstehen. Egal welchen Indikator man sich anschaut, man kommt immer zu demselben Ergebnis: Die NATO ist Russland um ein Vielfaches überlegen. Vor allem die [Forderung nach mehr Geld erscheint grotesk](#): Die kombinierten Rüstungsausgaben der NATO-Mitgliedstaaten überstiegen 2023 – einem Jahr, in dem Russland sich mitten in einem massiven konventionellen Krieg befand – die Russlands um knapp das Dreizehnfache: Fast [1,3 Billionen US-Dollar für die NATO](#) stehen circa [110 Milliarden Dollar für Russland](#) gegenüber. Auch wenn man den Anteil der USA abzieht, übersteigen die Rüstungsausgaben der europäischen NATO-Mitglieder die Russlands immer noch um das Dreifache. Seit Jahrzehnten besteht ein Militärausgaben-Verhältnis in einer Größenordnung [von zehn zu eins zugunsten der NATO](#). Wenn das nicht zu genügend Sicherheit geführt hat – was dann?

Denn es ist ja nicht so, als bildeten sich diese Ausgaben nicht in militärischen Kapazitäten ab. Egal welche Indikatoren man heranzieht – rein numerische oder auch qualitativ bewertende –, ist die [NATO Russland haushoch überlegen](#). Dies gilt, so das Webportal *Global Firepower Index*, selbst für [Szenarien](#), in denen die NATO lediglich 25 Prozent ihrer Kapazitäten zum Einsatz bringt, Russland aber 75 Prozent.

Das Argument, ein russischer Angriff auf NATO-Territorium wäre nach einer Nicht-Niederlage in der Ukraine nur eine Frage der Zeit, wirkt entsprechend freihändig. Mit der Ukraine hat Russland als global [zweitstärkste Militärmacht](#) ein auf dem Papier militärisch vielfach unterlegenes Land angegriffen (Rang 18 im *Global Firepower Index*). Ein Angriff auf ein schwächeres Land hat eine innere militärische Logik: Man kann einen solchen Krieg gewinnen. Ein Angriff auf einen vielfach überlegenen Gegner hat sie nicht: Man kann diesen Krieg eigentlich nur verlieren. Natürlich können sich politische Entscheider darüber täuschen, welche Siegesaussichten sie im Falle eines militärischen Konflikts haben, und der russische Überfall auf die Ukraine ist das beste Beispiel dafür. Aber angesichts der bestehenden kompletten Asymmetrie der militärischen Arsenale der NATO und eines in der Ukraine ausblutenden russischen Militärs erscheint dies als extrem unwahrscheinlich.

In vielerlei Hinsicht wirkt die gegenwärtige Berliner Militarisierungsbegeisterung daher eher wie eine Art Überkompensation für vergangene Fehleinschätzungen. Dies gilt gerade für die Grünen, die in der Person Anton Hofreiters vor kurzem ein zusätzliches 100-Milliarden-Paket für Militärausgaben und die Aufhebung der Schuldenbremse forderte. Das ist derselbe Dr. Anton Hofreiter, der im Juli 2020 einen Antrag der Grünen-Bundestagsfraktion unter dem Titel [„Beitrag der Bundeswehr gegen die Klimakrise stärken – CO₂-Ausstoß der Streitkräfte deutlich reduzieren und konsequent erfassen“](#) in den Bundestag einbrachte. Dort wurde die Bundesregierung aufgefordert, „eine Strategie vorzulegen, um den CO₂-Ausstoß innerhalb der Bundeswehr in Gänze zu reduzieren und sich auch innerhalb der NATO für eine generelle Reduktion des CO₂-Ausstoßes der Streitkräfte einzusetzen“. Auch bei Waffenkäufen sollte das gelten. Es gelte „bei sämtlichen Beschaffungsentscheidungen den CO₂-Ausstoß stärker zu gewichten und, wo es möglich ist, zu priorisieren“ sowie natürlich „Munitions-, Raketentests sowie sonstige Schießübungen auf das notwendige Maß zu reduzieren“.

In vielerlei Hinsicht wirkt die gegenwärtige Berliner Militarisierungsbegeisterung wie eine Art Überkompensation für vergangene Fehleinschätzungen.

Seite E 38 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

Wir sprechen vom Juli 2020, mit Bundeswehrsoldaten in Mali und Afghanistan, einem anhaltenden *low intensity*-Artilleriekrieg im Donbass, einem anschwellenden Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan und einem militärischen Konflikt in Syrien unter direkter Beteiligung der NATO-Partner USA und Türkei. Von ähnlicher militärischer Weitsicht zeugt auch der [Antrag der Grünen-Fraktion vom Dezember 2020](#), in der es um die Ablehnung von bewaffnungsfähigen Drohnen ging – ein Antrag, dessen verteidigungspolitische Klugheit man heute am Himmel über der Ukraine täglich überprüfen kann.

Nicht unähnlich präsentiert sich das Bild aber auch bei der Union. Es war die CDU-Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, die ihre vornehmste Aufgabe im Umbau der Bundeswehr zu einem „familienfreundlichen Arbeitgeber“ gesehen hatte. Die damit verbundenen Anpassungsmaßnahmen haben zeitweise die operativen Fähigkeiten halber Waffengattungen gelähmt. Und die Bundesakademie für Sicherheitspolitik veröffentlichte im Mai 2021 – Verteidigungsministerin war damals die ehemalige CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer – eine Studie mit dem schönen Titel „Vom Leopard zum E-Opard: Die Bundeswehr sollte bei der Klimaneutralität vorangehen“. Vor einigen Jahren brachte ein polnischer Teilnehmer bei einer Tagung deutscher und polnischer Verteidigungsexperten die deutsche Stimmungslage der späten Merkel-Jahre so auf den Punkt: „Wenn wir von Sicherheitsbedrohungen sprechen, sprechen wir von Mittelstreckenraketen in Kaliningrad. Wenn die Deutschen von Sicherheitsbedrohungen sprechen, dann sprechen sie vom Bienensterben.“

Tatsächlich brauchte die Bundesrepublik damals und braucht sie jetzt eine Neubewertung ihrer Verteidigungspolitik. Aber der Grund dafür liegt weniger an einem dringenden Aufrüstungsbedürfnis gegen einen überlegenen Gegner, sondern in der Tatsache, dass das langjährige Trittbrettfahren Deutschlands bei den Verteidigungsanstrengungen des Westens bei unseren Partnern nicht mehr akzeptiert wird. Als reichste Volkswirtschaft der EU haben wir uns drei Jahrzehnte lang nicht nur auf die USA verlassen, sondern auch darauf, dass wesentlich ärmere Staaten gemessen am BIP sehr viel höhere Anteile in die kollektiven Verteidigungsanstrengungen des Westens investiert haben als wir. Diese Zeiten sind vorbei.

Eine fairere Verteilung der Verteidigungslasten zwischen stärkeren und schwächeren Schultern innerhalb des atlantischen Bündnisses ist aber etwas anderes als die gegenwärtige Begeisterung für Aufrüstung und gesellschaftliche Militarisierung, die auch Teile des liberalen und „progressiven“ Milieus erfasst hat. Deutschland hat noch ein paar andere Baustellen, auf denen Geld gut gebraucht werden kann: Wohnungsbau, Bildung, Infrastruktur, Energiewende, Integration, Pflege, Digitalisierung, um nur ein paar der Großaufgaben zu nennen. Die politische und soziale Destabilisierung, die von ungelösten Hausaufgaben in diesen Bereichen ausgeht, könnte sich als deutlich realer erweisen als ein sehr unwahrscheinlicher, im Kern suizidärer Angriff Russlands auf die NATO. Und auch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung dürfte von Messerangriffen im öffentlichen Raum nachhaltiger gestört werden als von der Angst, dass der russische Bär schon durchs Schlüsselloch schnaubt.

Überkompensation für vergangene Fehleinschätzungen ist menschlich verständlich. Sie ist aber keine rationale Politikbegründung. Für all diejenigen, die es eher mit faktenbasierter Politik halten, bleibt angesichts des Militarisierungsbegeisterung im Berliner „Blob“ der gute alte Satz Joschka Fischers: „Sorry, but I am not convinced!“



Ernst Hillebrand

Budapest

Dr. Ernst Hillebrand ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Budapest. Zuvor war er Referatsleiter der Internationalen Politikanalyse, des Referats für Mittel- und Osteuropa sowie Leiter der Büros in Warschau, Paris, London und Rom.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/mehr-mehr-mehr-7602/?utm_campaign=de_40_20240625&utm_medium=email&utm_source=newsletter

06) Zusammenhalt in polarisierten Welten. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-29

24. Juni 2024

49. Jahrgang

Zusammenhalt in polarisierten Welten

Was haben **Olaf Scholz, Robert Habeck, Rainer Haseloff, Friedrich Merz, Christian Lindner** und **Boris Pistorius** gemeinsam? Politisch immer weniger, könnte man meinen. Die Ampel-Vertreter Scholz (-1,9%), Habeck (-8,6%) und Lindner (-0,2%) haben bei der Wahl zum Europäischen Parlament Anteile verloren, besonders hart hat es die Grünen erwischt. Das Plus bei der Union, die ab dem nächsten Jahr das Land übernehmen möchte, fällt sehr bescheiden aus: CDU +1,1%, CSU 0.

Um die Eingangsfrage zu beantworten, alle nehmen heute und morgen am „**Tag der Industrie**“ des Bundesverbands der Deutschen Industrie auf dem **EUREF-Campus** teil.

„Das Jahr 2024 ist ein Entscheidungsjahr für Deutschland und die Welt. Es geht dabei um ganz Grundsätzliches: Gelingt der wirtschaftliche Aufbruch? Geht Europa gestärkt aus den Wahlen hervor? Können wir uns noch auf unseren wichtigsten internationalen Partner verlassen? Der #TDI24 steht unter dem Motto Zusammenhalt in polarisierten Welten.“, heißt es in der Ankündigung für die Veranstaltung. Ja, die Welt polarisiert sich zunehmend in Gut und Böse. Muss man deshalb gleich die Welt ins Plural setzen? Es gibt nur eine Welt, und mit dieser müssen wir zurechtkommen.

„Der Tag der Industrie ist die Zukunftskonferenz des BDI mit Impulsen aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft.“, heißt es weiter im Ankündigungstext. „Gemeinsam mit Entscheidungsträgern aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft stellen wir die wichtigsten Fragen der Gegenwart und suchen nach zukunftsweisenden Lösungen.“ Alle Informationen unter <https://bdi.eu/tdi>

Nach der Begrüßung durch BDI-Präsident **Siegfried Russwurm** zur Mittagsstunde spricht Bundeskanzler **Olaf Scholz**, der gestern in der **ARD** im „Bericht aus Berlin“ den Auftakt zu den Sommerinterviews machte. Kurz danach eröffnete **Friedrich Merz** im **ZDF** den Reigen der Sommertalks. Am Ende dieses Beitrages veröffentlichen wir alle weiteren Sendetermine und die Namen der Gäste.

Scholz war gestern noch in Frankfurt am Main und sah sich das teilweise grauenhafte Gekicke der Deutschen Mannschaft gegen die Schweiz an. Den Sieg verdient hätten die Eidgenossen, mussten aber in

der Nachspielzeit den Ausgleich zum 1:1 hinnehmen. Somit wurde Deutschland dann doch noch Gruppensieger.



Foto: Ed Koch

Beim **Pfostenbruch**, dem satirischen EM-Spektakel bei den **Stachelschweinen** begrüßte gestern Abend **Frank Lüdecke** die ehemalige Kulturstaatsministerin **Monika Grütters**, Stadtentwicklungssenator **Christian Gaebler** und Tagesspiegel Chefredakteur **Lorenz Maroldt**. Die drei Gäste kommentierten gemeinsam mit **Erich Laaser** das Spiel und waren ob der Leistung der Deutschen Mannschaft teilweise ziemlich ratlos. Warum der Ball öfter zu **Manuel Neuer** zurückgespielt anstatt aufs Schweizer Tor geschossen wurde, konnte keiner beantworten, auch nicht, warum die deutschen Bälle meist übers Tor anstatt reinflogen. Am Samstag, dem 29. Juni, findet das nächste Spiel unter deutscher Beteiligung statt, ab 20:00 Uhr bei den Stachelschweinen mit dem Gast **Gregor Gysi**. Tickets unter <https://stachelschweine.reservix.de/p/reservix/event/2264254>

Zurück zur Zukunftskonferenz. Während der Bundeskanzler heute gleich nach seiner Rede den EUREF-Campus wieder verlassen wird, nimmt sich **Robert Habeck** eine Stunde Zeit für eine Diskussion mit **Bernd Montag** von Siemens, **Sami Atiya** von ABB Ltd. und **Barbara Frei** von Schneider Electric zum Thema: „Wie gewinnt der Industriestandort Deutschland das Rennen um die Zukunft?“ „Es ist nicht das erste Mal, dass Deutschland sich vom Wachstums-Schlusslicht unter den großen Industriestaaten zurück in die Pole Position katapultieren muss.“, heißt es im einleitenden Text. Auf die Antworten kann man ebenso gespannt sein wie auf den Tag, an dem das gelingt.

Bodenständig wird es am Nachmittag mit **Reiner Haseloff**, der als Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt eine Koalition aus CDU, SPD und FDP anführt. „Wozu in die Ferne schweifen – Ist Deutschland



vielleicht doch besser als sein Ruf?" Auch auf die Beantwortung dieser Frage darf man gespannt sein. „Mit der größten Wirtschaftsansiedlung der deutschen Nachkriegsgeschichte ist Sachsen-Anhalt ein Coup gelungen. Was können wir daraus für die gesamte Bundesrepublik lernen? Wie setzt man sich als Bundesland im internationalen Standortwettbewerb durch? Auf welche Investitionsbedingungen und welche Willkommenskultur kommt es an?" Klingt nach: Von Sachsen-Anhalt lernen, heißt siegen lernen.

Nach dem Frühstück am Dienstag stellt CDU-Chef **Friedrich Merz** eine weitere Frage: „Offen für die Zukunft – Wie gelingt die Gratwanderung zwischen Stabilität und Veränderung?“ „Alle wachsen, nur Deutschland nicht. Im Gegensatz zu anderen Industriestaaten kommt die Wirtschaft in Deutschland nicht recht vom Fleck. Im Standortwettbewerb verlieren wir den Anschluss – trotz vieler innovativer Unternehmen, die weltweit erfolgreich sind.“ Merz diskutiert darüber u.a. mit der IG Metall-Chefin **Christiane Benner**.

Direkt nach dem CDU-Chef betritt **Annalena Baerbock** die Bühne im neuen Gasometer-Auditorium, das mit dem TDI2024 seine erste große Bewährungsprobe erlebt. „Diversifizierung statt einseitiger Abhängigkeit – Wie kann De-Risking gelingen?“, lautet der etwas sperrige Titel ihres Vortrags.

Kaum, dass sich **Annalena Baerbock** verabschiedet haben wird, erscheint ihr Koalitionskollege **Christian Lindner**. Sein Thema: „Wirtschaftswende First – Wie entfachen wir neues, resilientes Wachstum?“ Das sind wirklich wichtige Fragen, wenn unsere Spitzenpolitiker die Antworten wüssten, sähe es um unser Land vielleicht besser aus.

„Pandemie, Energiekrise und globale Rivalität haben die Verletzlichkeit unseres Wirtschaftsmodells offengelegt. Die Rückkehr zu alter ökonomischer Stärke ist kein Selbstzweck, sondern strategischer Imperativ. ‚Wachstum – aber diesmal resilient und zukunftsfähig‘ lautet das Gebot der Stunde, um Europa als selbstbewussten Standort und souveränen Partner in den Wertschöpfungsketten der Zukunft neu zu erfinden. Erfolg in der Dekarbonisierung und Digitalisierung ist die Voraussetzung, Entbürokratisierung für mehr Unternehmertum ein Muss. Jedoch liegen im Umbruch Kooperation und Konkurrenz sowie Chancen und Risiken eng beieinander. Wie werden die enormen Investitionen ermöglicht und abgesichert, die Sicherheit, Stabilität und Wohlstand bringen sollen? Wie können Politik und Wirtschaft gemeinsam das Wachstumspotenzial der Twin Transition unter

der Voraussetzung solider öffentlicher Finanzen entfalten? Was heißt das für die Schwerpunktsetzung im Bundeshaushalt?“ Das würden alle gern wissen. Der Bundeshaushalt 2025, der vermutlich letzte der Ampel, wird zeigen, ob diese Koalition noch handlungsfähig ist. Den Schlusspunkt der Veranstaltung setzt am Dienstagnachmittag Verteidigungsminister **Boris Pistorius**. „Wirtschaft mit robustem Mandat – Wie kann unsere ökonomische Stärke zu geopolitischen Asset werden?“, lautet seine Frage.

Was ist ein Asset? Mit dem englischen Begriff Assets bezeichnet man allgemein materielle oder immaterielle Vermögenswerte einer Person oder eines Unternehmens.

„Deutschlands sicherheitspolitische Debatte hinkte lange der Realität hinterher – bis der russische Angriff auf die Ukraine zum Umdenken zwang. Seit Frieden und Sicherheit in Europa in Gefahr sind, ist das Thema Sicherheit in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Erstmals seit drei Jahrzehnten erreicht Deutschland wieder die Zwei-Prozent-Schwelle. Doch sind wir ideell und materiell für die sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft gerüstet? Der Zugang zu Innovationen ist angesichts hybrider Bedrohungen ein wesentlicher Erfolgsfaktor für moderne Armeen. Gleichzeitig profitieren wir von militärischen Zukunftstechnologien, die sich später ihren Weg in den Alltag bahnen. Welches Innovationspotential stecken in der Dual Use-Forschung? Wie kann Technologie als Brücke zwischen Sicherheit und Wertschöpfung fungieren?“ Fragen über Fragen. Mal sehen, ob wir Dienstagabend schlauer sind.

Ed Koch

Sendetermine der ARD-Sommerinterviews im „Bericht aus Berlin“ Sonntags um 18:00 Uhr im Ersten:

7. Juli 2024: **Tino Chrupalla** (AfD)
14. Juli 2024: **Friedrich Merz** (CDU)
28. Juli 2024: **Christian Lindner** (FDP)
11. August 2024: **Lars Klingbeil** (SPD)
18. August 2024: **Omid Nouripour** (B'90/Grüne)
25. August 2024: **Markus Söder** (CSU)

ZDF „berlin direkt“, sonntags um 19:10 Uhr.

7. Juli 2024: **Alice Weidel** (AfD)
14. Juli 2024: **Markus Söder**, (CSU)
21. Juli 2024: **Ricarda Lang** (B'90/Grüne)
4. August 2024: **Christian Lindner** (FDP)
18. August 2024: **Saskia Esken** (SPD)
25. August 2024: **Frank-Walter Steinmeier**
8. September 2024: **Olaf Scholz**

07) Wahlauf Ruf an den Osten. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-28

23. Juni 2024

49. Jahrgang

Wahlauf Ruf an den Osten



Quelle: ZDF/Dominik Asbach

Friedrich Merz ist der erste Politiker in der langen Reihe der Sommerinterviews bei **ARD** und **ZDF**. Um 19:10 Uhr wird im ZDF bei „berlin direkt“ das Gespräch mit dem CDU-Chef gesendet. Aufgezeichnet wurde es bereits, und das ZDF teilt den geradezu sensationellen Vorschlag des Möchtegern-Kanzlers schon vorab mit.

Am 1. September werden in **Sachsen** und **Thüringen** neue Landesparlamente gewählt. Die Ampel-Parteien finden dort so gut wie nicht mehr statt: SPD und Grüne in Sachsen je sieben Prozent, in Thüringen sieben bzw. vier Prozent. Bei der FDP steht in den Wahlumfragen nur noch ein Bindestrich ohne Angabe eines Wertes.

In beiden Ländern liegt die AfD auf Platz Eins, Sachsen 30 und Thüringen 28 Prozent. Die CDU folgt mit 29 bzw. 23 Prozent. Die Linke wird offenbar im Osten nicht mehr gebraucht, in Sachsen landet sie bei drei und in Thüringen, wo immerhin **Bode Ramelow** ein angesehenen Ministerpräsident ist, bei elf Prozent. **Sarah Wagenknechts** Bündnis, das im rechten wie im linken Wählerbecken fischt, kommt in Sachsen auf 15 und in Thüringen auf 21 Prozent.

Friedrich Merz wendet sich also an die Restwähler der Ampel im Osten mit dem dringenden Appell, die CDU zu wählen, um stabile Mehrheiten jenseits der AfD zu schmieden. Das wird nicht funktionieren. Und ist die Zeit auch noch so schlecht, werden SPD und Grüne nicht politischen Selbstmord begehen, sondern um jede Stimme kämpfen. SPD und Grüne, kämen sie über fünf Prozent, könnten für eine Regierungsbildung entscheidend sein. Das werden sie sich nie nehmen lassen.

Wer die Grundrechenarten beherrscht, findet schnell heraus, dass es auch mit Unterstützung von SPD und

Grünen nicht für eine Regierungsbildung reichen wird. Letztlich wird es auf Frau Lafontaine ankommen, Kampagnenname „**Sarah Wagenknecht**“. Merz will die Koalitionsfrage den Ländern überlassen, heißt: das BSW steht auf der Koalitionsliste.

Wenn Politik ein Spiel wäre und wenn die Menschen von den Entscheidungen der Politiker nicht abhängig wären, könnte man Spaß an einer Koalition von CDU und BSW haben. Würden sich alle Ampel-Wähler an die Empfehlung von Merz halten, wäre die CDU natürlich allein stark genug und müsste nicht den Sitz des Parlamentspräsidenten der stärksten Partei, also der AfD, überlassen.

Ich halte allerdings jede Wette, dass man einen Weg finden wird, um einen AfD-Parlamentspräsidenten zu verhindern. So wie es seinerzeit im Bundestag geschah, als nicht der älteste Abgeordnete, wie seit Gründung der Republik üblich, Alterspräsident werden durfte, sondern der Abgeordnete, der am längsten dem Parlament angehört. Damit hatte man den AfD-Abgeordneten ausgebootet. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten biegt sich die Demokratie selbst zu recht.

Die AfD-Chefin **Alice Weidel** glaubt hingegen, „*dass der Druck auf Merz viel zu groß wird, dass auch dort die Ost-Landeschefs der CDU ausscheren werden und die Brandmauer zur AfD einreißen werden.*“ Das wiederum glaube ich nicht.

Die Kommunalwahlen in Thüringen haben gezeigt, dass trotz landesweitem Platz Eins der AfD, die Wähler, wenn es darauf ankommt, wer in ihren Rathäusern und Landratsbüros sitzt, sich dann doch lieber für einen demokratischen Kandidaten entscheiden.

Im Herbst 2025 wird ein neuer Bundestag gewählt. **Friedrich Merz**, der nie ein Regierungsamt innehatte, aber zumindest weiß, wie man Geld machen kann, was für den Bundeshaushalt auch nicht schlecht wäre, sieht sich schon als Bundeskanzler.

Die neueste **INSA-Umfrage** von heute sieht die Union bei 30, SPD 15, Grüne 12, FDP 5, Linke 3, AfD 17 und BSW 8 Prozent. Die Ampel mit kläglichen 32 Prozent hat sich erledigt. Schwarz-Rot-Grün würde dicke reichen. Aber, die SPD darf nicht wieder Steigbügelhalter der Union werden. Nicht in der Regierung, sondern einige Jahre in der Opposition würden ihr helfen, wieder zu sich zu finden. Die Wähler müssen dann wieder Lust haben, die SPD wählen zu wollen. Prognose: 2033 könnte es so weit sein.

Ed Koch

08) KW 24 (10. bis 16. Juni 2024) – Nachwehen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 626-21

16. Juni 2024

49. Jahrgang

KW 24 Nachwehen

Diese Woche war geprägt von den Nachwehen der Wahl zum Europäischen Parlament. Und von zahlreichen Ukraine-Konferenzen, darunter auch eine in Berlin. Alles hängt mit allem zusammen, und so hat der Krieg Russlands gegen die Ukraine auch Auswirkungen auf die EU-Wahl gehabt. Das zeigt sich m.E. an den Ergebnissen von **AfD** (15,9%) und **BSW** (aus dem Stand 6,2%), die beide Verhandlungen mit Putin fordern und vor allem gegen weitere Waffenlieferungen an die Ukraine sind.

Mit 32 Prozent steht bei einer Umfrage zu den wichtigsten Problemen der EU, Ukraine/Russland/Sicherheitspolitik an erster Stelle. Der Klimaschutz kommt mit 19 Prozent auf Platz 4, und um die Wirtschaft machen sich nur acht Prozent Sorgen. Putin ist mit einem Vorschlag vorgeprescht, von dem sich viele Menschen zumindest einen Einstieg in Verhandlungen erhoffen. Zwanzig Prozent des Staatsgebietes soll die Ukraine an Russland abtreten. In den meisten Gebieten hat Russland bereits Fakten geschaffen und der Bevölkerung russische Pässe ausgestellt. Außerdem verlangt Putin den Verzicht der Ukraine auf eine NATO-Mitgliedschaft. Das könnte für das Land so fahrlässig sein, wie der Verzicht auf die Atomwaffen. Und es birgt die Gefahr, dass sich Putin irgendwann auch den Rest der Ukraine einverleibt, wenn es nicht durch die NATO geschützt ist.

Von einem jetzigen Einstieg in Verhandlungen mit Putin halten die Ukraine und ihre Verbündeten nichts. Der Druck auf Verhandlungen wird aber weltweit, vor allem in den EU-Staaten, wachsen. Machen wir uns nichts vor: Am Ende wird es so oder so ähnlich kommen, wie es sich Putin vorstellt. Einen „gerechten Frieden“ wird und kann es für die Ukraine nicht geben. Gerecht würde heißen, dass sich Putin aus allen besetzten Gebieten zurückzöge. Das zu fordern, ist weltfremd. Putin ist von seinen Kriegszielen, das ganze Land in einem Blitzkrieg zu unterwerfen, wegen Erfolglosigkeit längst abgerückt. Für ihn ist sein jetziger Besitzanspruch eine Minimalforderung, unter die er nicht zurückgehen kann, ohne zu riskieren, dass sein Volk fragt, wofür tausenden von jungen Soldaten eigentlich sterben mussten.

Ich habe mir in dieser Woche alle Talk-„Shows“ angesehen, von „Hart aber Fair“ am Montag, über **Maischberger** am Dienstag und Mittwoch, **Lanz** am

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, und **Illner** am Donnerstag. Jetzt weiß ich endlich, warum es notwendig ist, dass Parteien eine Doppelspitze haben, weil ein Vorsitzender allein nicht gleichzeitig bei Illner und Lanz sein kann.

Am meisten Schmerzen bereitet mir zunehmend **Markus Lanz**. Er führt kein Gespräch, lässt sein Gegenüber nicht einen Satz zu Ende sprechen und geht ihn immer wieder aggressiv an. Ich bin kein Freund von **Anton Hofreiter**, aber die Art, wie Lanz meinte, mit ihm umgehen zu müssen, ist ziemlich weit weg von meinem Verständnis über journalistischen Meinungsaustausch. Er will nicht mit Menschen reden, sondern sie vorführen. Er teilt aus, kann aber nicht einstecken. Nur eine kritische Anmerkung an Lanz von seinem Gegenüber erwidert, lässt ihn schmallen und beleidigt sein und noch aggressiver werden. Was für eine Diva?

Lanz kann auch anders, wenn er beispielsweise mit seinen ZDF-Auslandskollegen spricht oder mit ihm genehmen Gästen. Die Behandlung von **Anton Hofreiter** und **Saskia Esken** allerdings in dieser Woche fand ich völlig daneben.

Die Aufregung über das Abschneiden der **AfD** ist m.E. überzogen. In Thüringen haben wir doch gesehen, dass die Menschen, wenn es darauf ankommt, keinen AfDler im Rathaus oder Landratsamt sitzen haben möchten. Und wenn es doch mal einem gelingt? „Robert Sesselmann von der AfD ist inzwischen seit 100 Tagen als Sonneberger Landrat im Amt. Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen. Was die Menschen in dem Südthüringer Landkreis bisher zur Kenntnis nehmen mussten, ist: Auch ein Landrat Sesselmann kann keine Wunder vollbringen oder gar zaubern.“ Ach was! Quelle: MDR

Auch müssen wir uns um die Jugend (noch) keine Sorgen machen, nur weil 17 Prozent der 16- bis 24-Jährigen die AfD gewählt haben. Im Umkehrschluss haben 83 Prozent demokratisch gewählt. Vielmehr muss man die Frage stellen, was in den Schulen los ist. Wie kann es sein, dass angesichts unserer Geschichte junge Menschen eine Partei wählen, in der sich Faschisten tummeln und die als gesichert rechtsextrem eingestuft wird. Jeder muss seine Wahlentscheidung bis ans Ende denken. Wo es letztlich hinführen kann, solche Parteien zu wählen, ist in tausenden Büchern und Filmen dokumentiert.

Ein besonderes Anliegen der AfD ist es, „den öffentlich-rechtlicher Rundfunk, die Stütze demokratischer Meinungsbildung kurz und klein zu schlagen.“, bringt



es die sächsische Landtagsabgeordnete der Grünen, **Claudia Maicher**, auf den Punkt. Wer unangenehme Wahrheiten verbreitet, wird als Lügenpresse beschimpft. Schauen Sie sich bitte die **rbb**-Dokumentation von **Olaf Sundermeyer** an: „AfD – Plötzlich Volkspartei.“ Diese Dokumentation zeigt, mit welchen Methoden sich die AfD im ländlichen Raum ausbreitet und die so genannten etablierten Parteien dem wenig entgegensetzen.

Dass Grüne (10%) und SPD (9%) nicht mehr die Favoriten der jungen Generation sind, ist tragisch, aber immerhin sprechen sich 17 Prozent für die Union aus, das sollte man nicht kleinreden. Apropos klein. Die Jugendlichen haben ein Herz für kleine Parteien, bei denen sie sich besser aufgehoben fühlen, wie zum Beispiel **Volt**, der Europa-Partei, die mit acht Prozent noch vor FDP (7%), BSW (7%) und Linke (6%) steht.

Parallel zur Europa-Wahl fanden in **Hamburg** Bezirkswahlen statt. „*Volt war erstmals bei den Bezirksversammlungswahlen angetreten, in fünf von sieben Hamburger Bezirken. Und nun wird sie in all diesen Bezirken – Altona, Eimsbüttel, Harburg, Mitte und Nord – in Fraktionsstärke in die dortigen Parlamente einziehen, mit jeweils drei Sitzen.*“ NDR

Nach ihren aktuellen Wahlerfolgen fordert die AfD, dass man sie, als stärkste Kraft, nicht weiter ignorieren dürfe und die Brandmauern endlich einreißen müsse. Zwei Anmerkungen dazu: Man darf die AfD nicht ignorieren, muss aber trotzdem nicht mit ihr kooperieren. Die Brandmauer gehört nicht eingerissen, sondern verstärkt nach allen Seiten, vor allem nach unten zum Fundament.

Friedrich Merz, der unvermeidliche Kanzlerkandidat, kommt mit einer neuen Initiative um die Ecke. Zusammenarbeit mit dem **Wagenknecht-Bündnis** auf kommunaler und Landesebene ja, aber nicht im Bundestag. Was in den Niederungen möglich sein soll, ist also nicht gut genug für das Hohe Haus. Was ist das Wagenknecht-Bündnis für eine Partei? Sie schwankt von links nach rechts und sucht sich beliebige Positionen aus. Wem steht die Partei näher, den Positionen der AfD oder denen der Linken? Mit den Linken um **Bodo Ramelow** will die CDU in Thüringen nichts zu tun haben, aber mit **Sahra Wagenknecht** und ihrem Gemischtwarenladen.

„*Trotz und Treue - Das Phänomen Sahra Wagenknecht*“ ist der Titel einer ARD-Dokumentation, die in dieser Woche zu sehen war. Sorry, aber diese Partei ist nicht wählbar. Das Parteiprogramm heißt **Sahra Wagenknecht**, eine durchaus umstrittene

Persönlichkeit, wie die Dokumentation zeigt. Die Wählerwanderungen zum BSW sind für mich nicht nachvollziehbar. 580.000 von der SPD, 260.000 von der CDU, 230.000 von der FDP, 160.000 von der AfD und 150.000 von den Grünen. Die 470.000 Abtrünnigen der Linken haben das BSW erst ermöglicht.

Dass 580.000 von der SPD zum BSW abwanderten und 570.000 zur AfD, ist tragisch genug, dass die SPD aber 2.490.000 an die Nichtwähler verlor, ist eine Katastrophe. Das Festhalten der SPD an **Olaf Scholz** ist ehrenwert, aber nicht zielführend. Wenn es so weitergeht und Scholz wichtige Fragen mit einem „Nö“ beantwortet, geht die älteste Partei Deutschlands im Herbst 2025 unter.

Wer vertritt Berlin im Europäischen Parlament?

„...ein Abgeordneter mehr als bisher. Vier Abgeordnete kommen von den Grünen, nämlich **Sergey Lagodinsky, Hannah Neumann, Anna Cavazzini** und **Erik Marquardt**. Für die SPD sind es zwei: **Gaby Bischoff** und **Tobias Cremer**. Die Linke schickt **Carola Rackete** und **Martin Schirdewan**. **Fabio De Masi** und **Ruth Firmenich** ziehen für das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) ins Parlament ein. Auch die CDU-Kandidatin **Hildegard Bentele**, der AfD-Vertreter **Alexander Sell**, **Damian Boeselager** von der Partei „**Volt**“ und **Martin Sonneborn** für die Satirepartei „**Die Partei**“ werden im EU-Parlament vertreten sein.“ Quelle: rbb24

In einer Woche wissen wir, was uns die KW 25 gebracht haben wird, hoffentlich nicht nur den kalendrischen Sommeranfang, sondern auch den tatsächlichen, und ob Deutschland inzwischen sechs Punkte sammeln konnte. Die gute Nachricht ist, dass am Montag „**Hart aber fair**“, Dienstag und Mittwoch Maischberger und am Donnerstag Illner ausfallen werden. Lanz bleibt uns am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag nicht erspart. Am Donnerstag sollten Sie sich lieber um 23:50 Uhr **extra3** mit **Christian Ehrling** anschauen. Die **heute-show** pausiert bis zum 6. September.

Mein persönlichstes Erlebnis in dieser Woche war, **Abdelkarim** kennengelernt zu haben. Ein Super-Typ!



Blieben Sie gesund und zuversichtlich.

Ed Koch

09) Putins fünfte Kolonne. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 626-17

12. Juni 2024

49. Jahrgang

Putins Fünfte Kolonne

In der russischen Botschaft in Berlin und vor allem im Kreml-Büro von **Wladimir Putin** werden gestern die Korken von ein paar Fläschchen Krim-Sekt geknallt haben, als **Wolodymyr Selenskyj** vor dem Bundestag sprach. Interessant für Putin, vor wem der ukrainische Präsident nicht sprach. Die AfD-Fraktion, bis auf vier Mitglieder, fehlte ebenso wie das so genannte Bündnis von **Sahra Wagenknecht**.

Als fünfte Kolonne werden der Subversion verdächtige Gruppen bezeichnet, die insgeheim mit den Interessen einer äußeren feindlichen Macht sympathisieren und tatsächlich oder vermeintlich mit dieser kollaborieren.

Nun, von insgeheim kann keine Rede sein, sondern von einer offenen Zurschaustellung.

„Wir lehnen es ab, einem Redner im Tarnanzug anzuhören. Selenskyjs Amtszeit ist abgelaufen. Er ist nur noch als Kriegs- und Bettelpräsident im Amt.“ Die Ukraine brauche jetzt „keinen Kriegspräsidenten“, sie brauche „einen verhandlungsbereiten Friedenspräsidenten“, erklärt die **AFD**. Quelle: ZDF

In einer Erklärung des **BSW** heißt es: „Selenskyj trage aktuell dazu bei, eine hochgefährliche Eskalationsspirale zu befördern. Er nehme dabei das Risiko eines atomaren Konflikts mit verheerenden Konsequenzen für ganz Europa in Kauf. Zuletzt habe es aber „Signale aus Moskau zu einem Waffenstillstand entlang der jetzigen Frontlinie“ gegeben. Statt darauf einzugehen, gehe es in der „deutschen Ukraine-Debatte seit zwei Jahren ausschließlich darum, den ukrainischen Wünschen nach immer mehr Waffenlieferungen nachzukommen.“ Auf die Frage, wie realistisch Verhandlungen mit dem für den Krieg verantwortlichen russischen Präsidenten Wladimir Putin sind, geht das Papier nicht ein.“ Quelle: tagesschau

Wenn man sich diese Erklärungen durchliest, darf die Frage erlaubt sein, ob AfD und BSW das Kernproblem überhaupt erkannt haben, das mit Putins Angriff auf die Ukraine deutlich wurde. Ist Putin von seinem Plan, die Ukraine zu unterjochen und seiner Traumwelt, der Wiederbelebung der Sowjetunion, abgerückt? Wohl kaum. Und sollte sein Vorhaben gelingen, wird er weitermachen. Zu den betroffenen Ländern könnten dann auch NATO-Staaten gehören.

Ja, die Amtszeit von Selenskyj ist abgelaufen. Und nun? Neuwahlen im Krieg? Auch in den widerrechtlich besetzten Gebieten? Selenskyj als „Kriegs- und Bettelpräsidenten“ zu bezeichnen, ist wirklich unverschämte. Er befindet sich in einem aufgezwungenen

Krieg und bittet um Hilfe. Diese bekommt er auch, weil die freie Welt nicht zulassen darf, dass die Ukraine fällt. Die Folgen wären für Europa verheerend. Frau Wagenknecht hat „Signale aus Moskau zu einem Waffenstillstand entlang der jetzigen Frontlinie“ vernommen. Es liegt doch nicht an der Ukraine, diese vermeintlichen Signale zu überhören.

Eigentlich ist es doch ganz einfach: Putin unterlässt sofort die Angriffe auf die Ukraine, setzt sich an den Verhandlungstisch und sagt: „So soll es bleiben, wir rücken nicht mehr vor, aber auch keinen Schritt zurück.“ **Rolf Mützenich** nennt das „Einfrischen“. Russland hat sich die Krim zurückgeholt und die Gebiete, die Russland so und so für mehr russisch als ukrainisch hält. Käme es so, was allein in Putins Hand liegt, würde niemand mehr die Ukraine unterstützen, wenn sie anfinge, die besetzten Gebiete zurückerobern zu wollen. Auf einen Schlag würde niemand mehr sterben, und Putin könnte auch seinen Fleischwolf abschalten, durch den er inzwischen tausende von jungen Russen gedreht hat.

Was soll Selenskyj anderes sagen, als dass er alle Gebiete zurückhaben will? Er weiß selbst, dass das ebenso wenig geschehen wird, wie eine finanzielle Beteiligung Russlands am Wiederaufbau seines Landes. Und er weiß auch, dass er den Krieg gegen Putin nicht gewinnen kann.

Nach einem von Putin angeordneten Waffenstillstand kann dann das in Gang gesetzt werden, was **Prof. Dr. Hajo Funke** schon im Juni 2023 in einer lesenswerten Abhandlung über den russischen Eroberungskrieg gegen die Ukraine geschrieben hat: „Verhandeln ist der einzige Weg zum Frieden.“ Verhandelt werden kann aber erst dann, wenn Putin es zulässt.

Olaf Scholz hat einmal gesagt, dass für ihn ein „Diktatfrieden“ nicht in Frage käme. Die Festschreibung der jetzigen Kriegsgrenzen dürfte aber unausweichlich sein, diktiert von Russland. **Ursula von der Leyen** hat erklärt, dass die Zukunft der Ukraine in Europa liegt, mit der Mitgliedschaft in der EU und NATO. EU Ja, aber NATO? Davor würde ich heute warnen.

2008 hat **Angela Merkel** den Beitritt der Ukraine in die NATO verhindert. Was wäre, wenn, muss heute nicht mehr diskutiert werden. Wäre die Ukraine NATO-Mitglied, hätte sie Russland nicht angegriffen. Hätte die Ukraine ihre Atomwaffen nicht an Russland abgegeben, hätte Putin nicht angegriffen. Der Griff in die Mottenkiste der Geschichte hilft nicht weiter. Statt NATO-Beitritt sollte das demokratische Europa,

1



solange es noch existiert, der Ukraine Sicherheits- und Beistandsgarantien geben, die Putin daran hindern würden, den Krieg fortzusetzen. Bei möglichen Verhandlungen kann am Ende nur das Festschreiben der jetzigen Kriegslinie stehen und kein NATO-Beitritt der Ukraine. Alles andere wäre ein Ausflug in *Alices Wunderland*, womit natürlich nicht **Alice Weidel** gemeint ist, in deren Partei sich Faschisten wie **Bernd Höcke** (oder heißt er Björn?) tummeln dürfen, einer Partei, die selbst **Marine Le Pens** Rassemblement National zu rechts ist.

Mit der Festschreibung des Istzustands wäre natürlich dokumentiert, dass man durch einen völkerrechtswidrigen Krieg sein Staatsgebiet erweitern kann. Was für eine Erkenntnis nach tausenden von Jahren, in denen sich die Machthaber mit nichts anderem beschäftigten.

Am Rande einer Fernsehsendung bei tvBerlin entglitt mir im Gespräch mit **Hajo Funke** die Überlegung, dass man doch **Gerhard Schröder** nach Moskau schicken, der dann so lange mit Putin verhandeln sollte, bis eine sicherheitsratskompatible Lösung gefunden wurde. Oder: Warum reisen nicht **Emmanuel Macron** und **Olaf Scholz** nach Moskau und bleiben dort bis zu einer Lösung. Würde Putin sie nicht in den Kreml lassen? Ja, ich weiß, ich bin jetzt selbst ein bisschen auf dem Weg ins Wunderland.

Das erwähnte Buch von **Hajo Funke** ist derzeit nicht mehr verfügbar. Vielleicht entschließt sich der Autor zu einer aktualisierten Neuauflage. Was er im Juni 2023 schrieb, ist immer noch aktuell. Am Ende dieses Beitrags steht deshalb die Verlagsbeschreibung.

Folgen nach der Hölle von Bachmut die von Saporischschja und der Krim? Es ist überfällig, im Ukraine-Krieg den Weg der Verhandlungen zu beschreiten und nach einer politischen Lösung zu suchen. Und die Chance gibt es – mit China, Frankreich und ihren Kontakten zur ukrainischen und russischen Führung.

Angesichts eines Patts, das nun mehr als ein halbes Jahr währt, wird der Sinn rhetorisch beschworener Großoffensiven von seriösen Militärs in den Vereinigten Staaten, in China und in der Bundesrepublik zunehmend angezweifelt – auch von immer mehr Ukrainerinnen und Ukrainern. Hajo Funke hat diese Flugschrift in der Hoffnung geschrieben, damit argumentativ die reale Chance zu befördern, das Blutvergießen zu beenden. Er befasst sich mit der Vorgeschichte des Krieges und kommt zum Ergebnis, dass Chancen, ihn abzuwenden, ebenso wenig genutzt

wurden wie Möglichkeiten, ihn frühzeitig zu beenden. Angesichts der bevorstehenden Eskalationen sollten jetzt alle Kräfte darauf konzentriert werden, einen Waffenstillstand durchzusetzen, der in einen Verhandlungsprozess übergeht und mit dem Ziel geführt wird, die territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen.



Vor dem Hintergrund weltweiter Spannungen in neuen Kalten Kriegen und sich verschärfender ökonomischer, sozialer und ökologischer Krisen braucht es die Kooperation, nicht die Konfrontation der Staatenwelt. An Hajo Funkes Rückblick der verpasssten Chancen wird klar, um was es heute geht: Noch einmal haben wir „eine Chance“ (Egon Bahr) zur Entspannung. Jetzt – vor den

nächsten blutigen Eskalationswellen und angesichts der Gefahr von Atomunfällen um Saporischschja oder gar des Einsatzes taktischer Nuklearwaffen.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

Übrigens:

Bei der Europawahl wurde die AfD in Thüringen am Sonntag stärkste Kraft. 30,7 Prozent der Stimmen verbuchte die vom Verfassungsschutz in Thüringen als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestufte Partei. Bei den Stichwahlen um Landratsposten in Thüringen ist die AfD am Sonntag allerdings leer ausgegangen. In keinem der neun Landkreise, in denen AfD-Kandidaten den zweiten Wahlgang erreicht hatten, reichte es für einen Sieg. Süddeutsche Zeitung

Von den 1.695.667 Wahlberechtigten in Thüringen haben an der Europa-Wahl 1.049.392 teilgenommen (61,9%). 320.025 (30,7%) haben die AfD gewählt. Das heißt: 729.367 Thüringer, die an der Wahl teilgenommen haben, haben die AfD nicht gewählt und 1.375.642 aller Wahlberechtigten. Die Thüringer sind besser und demokratischer als ihr Ruf.

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

10) Trauer um Klaus Töpfer. Von Ed Koch



Trauer um Klaus Töpfer



Klaus Töpfer beim EUREF-Jubiläum 2019 Foto: Ed Koch

Die Nachricht vom Tode **Klaus Töpfers** löste heute Mittag große Trauer und Bestürzung in Deutschland und der Welt aus, auch auf dem EUREF-Campus, wo er über viel Jahre Teil der Community war.

Reinhard Müller: „Prof. Klaus Töpfer war von Beginn an nicht nur ein Impulsgeber, sondern auch ein Freund des EUREF-Campus. Er hat für den Campus geworben, den Aufbau des Studienbetriebs, ohne den unser EUREF-Campus gar nicht zu einem Campus geworden wäre, begleitet – und in den letzten Jahren wurde er dann mit seinem Thinktank TMG sogar noch Mieter. Zum 10-jährigen Bestehen des Campus hat er die Festrede gehalten. Wir werden seine Klugheit und seine stets wohlwollende Unterstützung vermissen.“

Klaus Töpfer ist 85 Jahre alt geworden. Die Anteilnahme gilt seiner Familie.

Klaus Töpfer war nicht nur oft Gast auf dem EUREF-Campus, sondern hatte dort auch für sein Unternehmen, die TÖPFER MÜLLER GASSNER GMBH, Büroräume angemietet. Der „Think Tank for Sustainability“ ist eine unabhängige öffentliche Politikberatung, die fundiertes Wissen und praktische Erfahrung einbringt, um Nachhaltigkeitstransformationen in mehreren Bereichen zu ermöglichen. Die Arbeit widmet sich der Analyse und Lösung neuer und komplexer Herausforderungen. Die Gesellschaft arbeitet mit Akteuren aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen. TMG-Research steht für Forschung, die in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse integriert ist. Das Ziel ist es, neue Formen der Zusammenarbeit zu ermöglichen

und ein förderliches Umfeld für eine nachhaltige Zukunft für alle zu schaffen.

Einmischen war Klaus Töpfers große Leidenschaft. Als im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung im Februar 2023 der nordrhein-westfälische Ministerpräsident **Hendrik Wüst** zu Gast auf dem Campus war, stellte Töpfer in der Diskussion die richtigen Fragen und brachte den Regierungschef etwas in Verlegenheit.

Wer das Glück hatte, wie der Autor dieses Beitrages, sein Büro auf derselben Etage wie der TMG-Think Tank zu haben, begegnete Klaus Töpfer häufig. Trotz seines vollen Terminkalenders hatte er immer Zeit für einen kleinen Plausch über die großen Themen dieser Zeit. Diese Begegnungen werden wir immer in sehr guter Erinnerung behalten.

Klaus Töpfer: 29. Juli 1938 in Waldenburg, Provinz Niederschlesien geboren, und am 8. Juni 2024 nach einem Sturz auf einer Veranstaltung in München verstorben. Er war Politiker der CDU und ehemaliger Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen. Er war unter anderem von 1987 bis 1994 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Bis zum März 2020 war Töpfer ein vom Deutschen Bundestag und Bundesrat gewähltes Mitglied und zugleich einer der Vorsitzenden des Nationalen Begleitgremiums, das gemäß dem Standortauswahlgesetz in Deutschland die Suche nach einem Standort für Endlager für hochradioaktive Abfallstoffe begleitet. Er war zudem als Hochschullehrer tätig.

Spektakulär war sein Sprung in den Rhein 1988. Er wollte damit den Erfolg einer Gewässerschutzmaßnahme demonstrieren. Über 50 Auszeichnungen erhielt Klaus Töpfer für seine Arbeit, darunter das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, mehrere Ehrendoktorwürden, so von der Tongji-Universität Shanghai, der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus, der FU Berlin und der Universität Duisburg. Ferner den Umweltpreis der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, den Theodor-Heuss-Preis, die Dag-Hammarskjöld-Ehrenmedaille der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen und den Deutschen Fahrradpreis „best of bike“ als „Fahrradfreundlichste Persönlichkeit“.

Quelle: Wikipedia

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

11) „Berlin wird verwaltet und nicht gestaltet“. Mit Reinhard Müller sprach Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 626-14

11. Juni 2024

49. Jahrgang

„Berlin wird verwaltet und nicht gestaltet“

Anlässlich der Fertigstellung des **EUREF-Campus** mit der Einweihung des Gasometer-Gebäudes, sprachen wir mit **Reinhard Müller**. Von Beruf ist er Architekt und Stadtplaner und hat in Düsseldorf und Berlin studiert. Den Kernsatz des Gesprächs stellen wir an den Anfang: „*Ein weiteres neues Großprojekt unter meiner Führung wird es in Berlin nicht geben; aber vielleicht haben meine langjährigen Kollegen Karin Teichmann, Sarah-Maria Ameler, Kevin Hauert und Johannes Tücks Interesse, für Berlin weiterzudenken. Dann kann ich den einen oder anderen Rat beisteuern. Vielleicht weiß Berlin irgendwann, wohin die Reise geht und wird nicht nur verwaltet, sondern wieder gestaltet.*“



Foto: Sven Darmer

Berlin hat Reinhard Müller viele Projekte zu verdanken, ob das Gebäude Unter den Linden 42 mit dem Café EINSTEIN, Universal und die Spreespeicher an der Oberbaum-Brücke, die Sanierung des Brandenburger Tores und des Strandbad Wannsee durch eine eigens zu diesem Zweck von ihm und seiner Ehefrau Maria gegründeten Stiftung Denkmalschutz Berlin, das Center Tempelhofer Hafen mit dem Alleinstellungsmerkmal, direkt am Wasser zu liegen, und natürlich der EUREF-Campus in Schöneberg.

Die bei der Einweihung am 1. Juni anwesende Politikprominenz war voll des Lobes über Reinhard Müller und sein Team. Das hat ihn gefreut; lieber wäre ihm gewesen, wenn daraus eine Aufbruchstimmung entstanden wäre. Was er geschaffen hat, ist kein

Hexenwerk, jeder könnte es nachmachen. Berlin verfügt über genügend Potential an Flächen für Wohnungs- und Gewerbebau. **Es fehlt in Berlin aber die große Linie und ein „Wow“.** Es gibt keine zielführende Idee für die Stadt, für die Kultur und für die Umwelt. **Der einstige Glanz ist verblasst,** nur wenige haben noch den Mut und die Lust, irgendetwas zu wagen. *„Wo sind die großen Ideen, die Berlin nach der Wende nach vorne gebracht haben? Wo sind die mutigen Ideen und mögen sie noch so verrückt klingen?“*

Eine Aufbruchstimmung gab es zuletzt in Berlin, als **Klaus Wowereit** als Regierender Bürgermeister und **Peter Strieder** und **Hans Stimmann** für die Stadtentwicklung zuständig waren. Dem früheren Senatsbaudirektor Hans Stimmann hat Berlin den Pariser, Leipziger und Potsdamer Platz zu verdanken und er konzipierte das Planwerk Innenstadt. Für sein Lebenswerk wurde Stimmann am 1. Juni von Reinhard Müller mit dem „**EUREF-Star**“ ausgezeichnet. Hans Stimmann und sein verstorbener Partner **Bernd Albers** haben auch den Städtebau für den EUREF-Campus entwickelt, der dem Bebauungsplan zugrunde liegt.

„Wo ist die große Aufbruchstimmung heute?“, fragt sich Reinhard Müller. Zwar habe sich **das Ansehen der Stadt mit Schwarz-Rot verbessert**, was aber nicht ausreiche. *„Gute Sozialpolitik funktioniert nur, wenn wir eine intelligente Wirtschaftspolitik betreiben. Die gnadenlose Sparpolitik ist der falsche Weg. Berlin hat genügend Potential, wir müssen nicht um jeden Preis sparen, sondern für mehr Einnahmen und Wachstum sorgen.“*

Der Flughafen Berlin Brandenburg ist im November 2023 mit dem Airport Innovation Award 2023 ausgezeichnet worden. Im Finale setzte sich der BER gegen sieben weltweit führende Flughäfen wie Doha, Wien, Frankfurt und Amsterdam durch. Die Flughafenchefin **Aletta von Massenbach** wird aber kritisiert, weil zu wenig Fluggäste in Berlin landen. Für Müller ist das nachvollziehbar. *„Warum sollen die Menschen nach Berlin kommen? Die ersten Hotels in Berlin-Mitte schließen, weitere im Westteil der Stadt werden folgen – es fehlen die Touristen, die großen Messen und die großen Kongresse. Daher ist es an der Zeit, dass in Berlin wieder groß gedacht und die kleinkarierte Denkweise abgelegt wird.“*

Der EUREF-Campus Berlin ist vollendet und so geworden, wie ihn sich Reinhard Müller und sein Team vorgestellt haben. Als früherer Leistungssportler hat ihm der Gegenwind nichts ausgemacht. Er sei nur

1



gut, wenn es diesen gäbe, weil man bei Rückenwind nachlässig werde. Die Gebäude auf dem EUREF-Campus wurden so gebaut, wie er es für richtig hielt, ohne komplizierte Wettbewerbe, dafür aber kompatibel mit den Wünschen der Nutzer. Nicht ihm, sondern den Mietern müssen die Gebäude zusagen. Angesichts des Ergebnisses, dass kein Quadratmeter freie Fläche zur Vermietung steht, ist dieses Konzept aufgegangen.

Der Campus in Berlin ist vollendet, er wird sich aber in den nächsten Jahren durch die dort ansässige Community weiterentwickeln. Das Reallabor lebt, oder wie man heute sagt, es atmet. Wenn auch nicht in Berlin, so doch aber in **Düsseldorf** wird es weitergehen. Dort entsteht der zweite Campus, in dem ab Juli dieses Jahres im 1. Bauabschnitt die ersten Mieter einziehen. Die 38.000 qm Mietflächen sind voll vermietet. Ende 2025 wird dann auch der zweite Bauabschnitt fertiggestellt und für den 3. Bauabschnitt liegt bereits die Baugenehmigung vor. Es gibt also noch viel zu tun. Und in **Zürich** ist in Zusammenarbeit mit **Schneider Electric** das erste Projekt im Ausland geplant.

Reinhard Müller ist es, last but not least, besonders wichtig zu sagen, dass alles ohne sein Team nicht möglich wäre. Sein Verdienst bestehe nicht darin, die Vorhaben realisiert, sondern ein Kernteam von Mitarbeitern zu haben, das teilweise seit Jahrzehnten im Unternehmen tätig ist. Müller arbeitet gerne mit A-Playern, und davon hat er sehr viele in seinem Team von 150 Mitarbeitern. Auch wenn es alle verdient hätten, namentlich genannt zu werden, so möchte er doch einige erwähnen: die Architekten **Johannes Tücks** und **Alexander Neumann**, die Bauleiter **Heribert Günther** und **Petra Krüger**, die für die Finanzen zuständige Prokuristin **Doreen Backhoff**, die beiden Gastronomiechefs **Thomas Kammeier** und **Dirk Biedermann** sowie seine Vorstandskollegen **Karin Teichmann**, **Sarah-Maria Ameler** und **Kevin Hauert**.

Die Kritik an den Verhältnissen in Berlin wird Reinhard Müller nicht daran hindern, sich weiterhin einzumischen und einzubringen. Und vielleicht passiert dann mal wieder was, wo er laut „Wow“ sagen kann.

Mit Reinhard Müller sprach Ed Koch

12) Ein brauner Besenstiel reicht aus. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 626-13

10. Juni 2024

49. Jahrgang

Ein brauner Besenstil reicht aus

Natürlich bin ich gestern meiner staatsbürgerlichen Pflicht nachgekommen und war als Wahlhelfer tätig. Ermahnt vom Vorsteher, nichts verraten zu dürfen, was man im Wahllokal erlebt hat, glaube ich dennoch keinen Verrat zu begehen, wenn ich sagen, man erkennt sie nicht, die AfD-Wähler.

Zwar hat die CDU auch in meinem Wahllokal deutlich vor allen anderen gewonnen, aber die SPD auf Platz Zwei ist keineswegs abgeschrieben. In dem mehrheitlich von älteren Menschen besuchten Wahllokal war der Stapel mit den AfD-Stimmen nicht unbeträglich. Liebenswürdige freundliche Menschen, die einen noch einen schönen Sonntag und viel Spaß wünschen, machen bei einer Partei ein Kreuz, die die in 75 Jahren mühsam aufgebaute Demokratie am liebsten abschaffen würden, einschließlich der Menschenrechte, auf die wir so stolz sind. Warum tun sie das?

Es hat sich gezeigt, dass es bei der AfD ausreichen würde, einen braunen Besenstil als Kandidaten auf die Plakate zu kleben. Dass den beiden Spitzenkandidaten vorgeworfen wird, alle möglichen Straftaten begangen zu haben, ist unwichtig. Dass es selbst der Parteiführung zu peinlich war, beide im Wahlkampf auftreten zu lassen, hatte ebenso keine Auswirkung. In allen **Ostdeutschen Bundesländern** (außer Berlin) hat die AfD die Wahl deutlich gewonnen: Thüringen 30,7%, Mecklenburg-Vorpommern 29,9%, Sachsen 36,6%, Sachsen-Anhalt 31% und Brandenburg 30,7%. Die AfD ist die Nummer Eins in Ostdeutschland. Ist da vielleicht irgendetwas schief gelaufen seit dem 3. Oktober 1990?

Auch in allen **westdeutschen Bundesländern** hat die AfD im Gegensatz zu den Regierungsparteien dazu gewonnen: Baden-Württemberg 4,9%, Bayern 4,1%, Berlin 1,7%, Hamburg 1,5%, Hessen 3,7%, Niedersachsen 6,1%, NRW 4,3%, Rheinland-Pfalz 4,7%, Saarland 6,2%, Schleswig-Holstein 7,1%, Bremen 2,5%.

Immerhin kann der **Gesamtsieger der Europawahl**, die CDU, in Hessen um 4,2%, NRW 3,8%, Schleswig-Holstein 5,8%, Berlin 2,4% zulegen. Liegt das vielleicht an den jeweiligen Regierungschefs?

Die Lage in Berlin ist fast schon kurios. Die Grünen haben 8,3% verloren, belegen mit 19,6% aber den ersten Platz vor der CDU mit 17,6%, der SPD mit 13,2%, der Linken mit 7,3% und der AfD mit 11,6%. Wenigstens in Berlin hat man die AfD auf Abstand halten können.

Was die Grünen betrifft, so muss man von einem tiefen Fall reden. Die Verluste: Baden-Württemberg 9,1%, Bayern 7,2%, Brandenburg 10,7%, Hamburg 9,9%, Hessen 10,5%, Niedersachsen 9,3%, NRW 9,9%, Rheinland-Pfalz 7,2%, Saarland 7,6% und Spitzenreiter Schleswig-Holstein mit Minus 16,4%. In zehn von 16 Bundesländern, darunter zum Beispiel Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, NRW und Hamburg sind die Grünen an der Regierung beteiligt und stellen in Baden-Württemberg sogar den Ministerpräsidenten. Wie sich die Grünen davon erholen wollen, ist ungewiss.

Mitleid mit **Kevin Kühnert**, dem Generalsekretär der SPD, muss man nicht haben. Augen auf bei der Berufswahl. Dem erklärten Scholz-Gegner blieb bei **Caren Miosga** gestern Abend nichts anderes übrig, als ständig den Bundeskanzler in Schutz nehmen und dessen Art von Politikmachen erklären zu müssen. Wenn wir ehrlich sind, ist **die Ampel am Ende**. Aber, ich bin strikt gegen Neuwahlen, denn, wer für vier Jahre gewählt worden ist, sollte seinen Auftrag auch erfüllen. Noch ist es aber Zeit, den Kanzlerkandidaten auszuwechseln. **Olaf, mach den Platz frei für Boris!**

Dass es in der Macht eines Staatspräsidenten liegt, das Parlament auflösen zu können, halte ich für höchst undemokratisch. **Emmanuel Macron** hat es getan. Schon Ende Juni sucht er die Entscheidung mit den französischen Rechtspopulisten, die er krachend verlieren wird. Das ist an Dummheit nicht zu überbieten.

Schade um Österreich, ein so schönes Land mit einer so schönen Hauptstadt, und dann versinkt das alles im braunen Sumpf.

Halbwegs beruhigend ist es, dass die demokratischen Parteien im Europa-Parlament eine deutliche Mehrheit haben. Darüber, dass der Fraktion rechtspopulistischer, nationalistischer und rechtsextremer Parteien die AfD zu rechtspopulistisch, nationalistisch und rechtsextrem ist, könnte man fast lachen.

Es gibt auch gute Nachrichten. „Bei den Stichwahlen um Thüringer Landratsposten ist die AfD leer ausgegangen, vor allem CDU und SPD stellen nun die Landräte.“ *MDR*

Möchte man auf der Seite der Landesregierung von Brandenburg etwas über den Ausgang der Kommunalwahlen erfahren, erscheint ***** Störung ***** *Leider ist eine Störung aufgetreten. Dieses Angebot steht momentan nicht zur Verfügung.* Tja.

Ed Koch

1

01) Tausend Gramm Geschichte. Von Ed Koch



Tausend Gramm Geschichte



So ist das manchmal im Leben. Man nimmt irgendeinen Termin wahr, schreibt ein paar Zeilen über das besuchte Event, findet Gefallen am Thema, und schon sind 15 Jahre vorbei und rund 500 Artikel entstanden. Sie ahnen es, gemeint ist die Entstehungsgeschichte des EUREF-Campus Berlin rund um

den Gasometer, die für uns am 5. November 2008 begann und mit der Vollendung des Campus am 1. Juni 2024 noch längst nicht zu Ende erzählt ist.



Zum zehnjährigen Jubiläum auf dem noch nicht fertig gestellten Campus, erschien schon einmal eine Sammlung von paperpress-Artikeln. Nun, da alle Gebäude saniert beziehungsweise neu gebaut wurden, ist die rund

1000 Gramm schwere Broschüre (340 Seiten mit einer Auswahl aus 500 Artikeln) erschienen.



Gedruckt wurde sie auf Papiersorten der LEIPA Group GmbH. Die Papiere werden mit einem Anteil von 100 Prozent Altpapier produziert und sind mit dem Umweltsiegel „Blauer Engel“ zertifiziert. Mit dem „Blauen Engel“ darf sich auch die Druckerei **PIEREG** schmücken, die die Broschüre, wie schon vor fünf Jahren, hergestellt

hat. Mit einem gewissen Stolz hält PIEREG-Chef **Sven Regen** beide Broschüre in seinen Händen.

Die Broschüre ist ein „kleines“ Geschichtsbuch über die Entstehung eines Zukunftsortes in Berlin, aus der Sicht des Autors, natürlich objektiv, aber häufig auch parteiergreifend, wenn Verwaltungsabläufe nicht

mehr nachvollziehbar waren und das politische Umfeld, anstatt zu fördern, behindert hat. Bei der Einweihung am 1. Juni 2024 waren viele Gäste anwesend, die anfangs das Projekt belächelten und nicht daran glaubten, dass daraus etwas werden könnte. Und wie das so ist im richtigen Leben, am Ende haben natürlich alle von Anfang an gewusst, dass es was wird.



Die Broschüre erzählt auch die Geschichte des Initiators des EUREF-Campus, **Reinhard Müller**, und seines Teams. Ein Team, das sich nicht mit einem Campus zufriedengeben will, denn in Düsseldorf entsteht bereits der zweite. Und Berlin? Da hat Müller vor wenigen Tagen alle mit dem Plan überrascht, die Messe Berlin auf den Flughafen Tempelhof verlagern zu wollen. Wer Müller kennt, weiß, dass diese Idee kein Strohfeuer ist.

Die ersten Seiten der Broschüre gehören der prominenten Stadtgesellschaft, die mit Grußworten verewigt wurde: **Kai Wegner, Franziska Giffey, Jörg Steinbach, Michael Müller, Renate Künast, Jörn Oltmann, Joschka Fischer, Klaus Wowereit, Ottmar Edenhofer, Willy Weiland und Angelika Schöttler**.

Es gibt zwei Möglichkeiten, sich die Broschüre zu Gemüte zu führen, entweder öffnen Sie die PDF-Datei auf unserer Seite www.paperpress-newsletter.de und scrollen die 340 Seiten runter, oder Sie genießen es, mal wieder richtig schönes, wohlriechendes Papier in den Händen zu halten und lassen sich die Broschüre zusenden. In diesem Fall schicken Sie uns bitte eine Mail an paperpress@berlin.de unter Angabe Ihrer Anschrift. Alle Fotos: PIEREG

Ed Koch

02) Ökowerk Teufelsberg: Fest der Artenvielfalt am 30.06.2024, 11-18 Uhr



paperpress

seit 1976



Nr. 625-37

28. Juni 2024

49. Jahrgang

Fest der Artenvielfalt

am Sonntag, dem 30. Juni, im Ökowerk Teufelssee mit vielen Aktionen, Infoständen und Live-Musik

Spannende Natur-Exkursionen, Theater, Musik, Infostände und noch einiges mehr wird es beim großen Fest der Artenvielfalt im Ökowerk Teufelssee am Sonntag, dem 30. Juni 2024, von 11 bis 18 Uhr geben. Auf dem gesamten Gelände im Grunewald wartet bei freiem Eintritt ein vielfältiges Programm auf kleine und große Menschen.



Mit dabei ist auch **Daniel Buchholz**, der gleich dreimal auf der Bühne stehen wird. Zweimal singt er live die größten Hits von Sinatra, Elvis & Friends, dazwischen präsentiert er ein tur-

bulentes und kurzweiliges Klima-Quiz.

Das Naturschutzzentrum Ökowerk Berlin, Teufelssee-Chaussee 22, 14193 Berlin, lädt ein, die Artenvielfalt Berlins mit einem Fest zu feiern. Die kleinen und großen Besucherinnen und Besucher können sich auf ein umfangreiches Bühnenprogramm freuen: Von Science Slam, wissenschaftlichen Vorträgen, einem interaktivem Klimaquiz bis zum Theater „Fräulein Brehms Tierleben“ steht das ganze Gelände im Zeichen des Artenschutzes. Musikalische Unterhaltung bietet auch das Orchester des Wandels. Faszinierende Einblicke in die Welt der Hautflügler gibt eine Makrofotografieausstellung von **Fredrik Rothe**.



Ergänzt wird das Programm durch interaktive Infostände weiterer Organisationen des Natur- und Umweltschutzes sowie der Umweltbildung in Berlin. Hier kann mehr über die Artenvielfalt der Tiere, Pflanzen und

Pilze erfahren werden. Spannende Workshops und geführte Exkursionen ermöglichen es den Teilnehmenden, mehr über unsere heimische Flora und Fauna zu lernen und die Schönheit und Vielfalt der Natur zu entdecken. Ein breites kulinarisches An-

gebot rundet das Fest ab. Gefördert wird das Fest von der Stiftung Naturschutz Berlin, der Eintritt ist frei.

Zuletzt hat **Daniel Buchholz** im Februar bei einem ausverkauften Konzert im Kulturzentrum Staaken seine Fans begeistert. Jetzt kommt er für zwei Live-Konzerte à 30 Minuten ins Ökowerk Teufelssee. Vielen ist er noch als Berliner Abgeordneter bekannt, der sich zwei Jahrzehnte lang für mehr Klima- und Umweltschutz engagiert hat. Damit passt er natürlich bestens zum großen Fest der Artenvielfalt im Ökowerk.

Daniel Buchholz wird im ersten Set von 14.00-14.30 Uhr live die größten Hits von Elvis Presley, den Blues Brothers und anderen Rock'n'Roll-Größen auf der Bühne in der beeindruckenden Wandelhalle des ehemaligen Wasserwerks im Grunewald singen. Tanzen und mitgrooven ist bei Hits wie „Jailhouse Rock“, „Pretty Woman“ und „Let's twist again“ ausdrücklich erlaubt. Im zweiten Set von 17.30-18.00 Uhr wird es zum Abschluss des Festes etwas ruhiger. Best of Frank Sinatra, Dean Martin oder Louis Armstrong steht auf dem Programm, darunter viele Evergreens im Swing-Sound. Wer würde bei „Strangers in the Night“, „What a wonderful World“ oder „Everybody loves Somebody“ nicht ins Träumen kommen? Der Eintritt zum Musikprogramm ist wie für das gesamte Fest frei.

Daniel Buchholz wird auch „Das turbulente Klima-Quiz“ von 16.30-17.00 Uhr auf der Bühne in der Wandelhalle präsentieren. Brauche ich jedes Jahr ein neues Handy? Wie lässt sich problemlos Energie sparen? Und was hat Taylor Swift damit zu tun? Kinder und Erwachsene von 9-99 Jahren sind herzlich eingeladen, beim kurzweiligen Klima-Quiz dabei zu sein.

Das nächste „richtige“ Konzert von **Daniel Buchholz** ist übrigens am Samstag, dem 21. September 2024, um 16:30 Uhr. Tickets für 10 Euro gibt es im Vorverkauf im Kulturzentrum Staaken (Sandstraße 41, 13593 Berlin), bei der AWO Spandau unter Tel. 5659 9000 oder per Mail an info@daniel-buchholz.de. Wenn die Kartenkontingente vor Ort und bei der AWO ausverkauft sind, ist per Mail eine Anfrage für die Nachrückerliste möglich.

Fotos und Quelle: Veranstalter

03) Weltmeister



paperpress

seit 1976



Nr. 625-36

28. Juni 2024

49. Jahrgang

Weltmeister

Es ist eine Sache für ein Unternehmen, Lippenbekenntnisse abzugeben, um der Umwelt zu helfen; es ist eine andere, dass ihre Führungskräfte nachvollziehbare, öffentliche Verpflichtungen eingehen, um mehr für den Planeten zu tun – und diese auch einhalten.

Zum ersten Mal haben **TIME** und das Datenunternehmen **Statista** eine strenge Methodik entwickelt, mit der **die nachhaltigsten Unternehmen der Welt** für 2024 gemessen werden können. Die Unternehmen an der Spitze der Liste haben sich einigen der angesehensten Klimaprogramme angeschlossen, darunter das 1,5°C-Ziel der Science Based Targets Initiative (SBTi), und erhalten hohe Punktzahlen von CDP (ehemals Carbon Disclosure Project). TIME und Statista stellten außerdem hohe Standards für ihre Scope-1- und Scope-2-Emissionen und ihren Energieverbrauch im Verhältnis zur Unternehmensgröße, die Emissionsreduzierungen in den Jahren 2021 und 2022 (die letzten vollständig berichteten Jahre) und den Anteil der erneuerbaren Energien fest, die von den Betrieben des Unternehmens genutzt werden. (Scope-1-Emissionen werden direkt von einem Unternehmen verursacht; Bereich 2 wird indirekt erstellt, wenn ein Unternehmen Strom kauft.) Und, was vielleicht am wichtigsten ist, viele der Top-Unternehmen haben Nachhaltigkeit in ihre Geschäftsmodelle integriert.

Das französische Unternehmen **Schneider Electric** zum Beispiel, das Ankermieter auf den **EUREF-Campussen** in Berlin und Düsseldorf ist, und die Liste anführt, entwickelt Software und Dienstleistungen für das Energiemanagement. Das Unternehmen hat sich nicht nur ehrgeizige Ziele gesetzt, um seine eigenen Emissionen zu reduzieren – bis 2025 klimaneutral – sondern hilft seinen Kunden auch, Emissionen zu reduzieren und energieeffizienter zu werden.



Das Unternehmen verfügt über ein eigenes Nachhaltigkeitsprogramm, um seine Leistung zu verfolgen, und hat auch die Emissionen in seiner gesamten Lieferkette reduziert. Schneider hat vom CDP 12 Jahre in Folge einen Klima-Score von "A" erhalten.

"Wir haben das Unternehmen so positioniert, dass es

ein Impact-Unternehmen ist", sagte CEO **Peter W. Herweck** (Foto) kürzlich bei einer Telefonkonferenz.

Während viele Unternehmen, die hoch eingestuft wurden, in Branchen tätig sind, in denen nicht viele physische Produkte hergestellt werden – wie Banken, Technologie und Beratung –, gab es Unternehmen, die gezeigt haben, dass Nachhaltigkeit auch dann möglich ist, wenn man Dinge herstellt. Illumina, das US-Biotechnologieunternehmen, das auf der Liste an fünfter Stelle steht, hat kürzlich seinen leistungsstärksten Gensequenzierer vorgestellt und gleichzeitig den Verpackungsmüll gegenüber dem Vorgängermodell um 90 Prozent reduziert.

Moncler, das italienische Luxusmodehaus, belegte den dritten Platz auf der Liste, indem es recycelte Materialien verwendet, mehr als 80 Prozent seiner Nylonabfälle im Jahr 2023 recycelt und 100 Prozent erneuerbare Energien in seinen direkt verwalteten Büros, Geschäften, Fabriken und Logistikzentren verwendet. *"Wir sind zwar stolz auf diese Leistung, aber wir sind uns bewusst, dass noch viel zu tun bleibt",* sagte **Remo Ruffini**, Vorsitzender und CEO von Moncler S.p.A., als das Unternehmen 2023 in die Dow Jones Sustainability Indizes aufgenommen wurde.

Schneiders Bestnote von 88,86 von 100 auf der TIME-Liste ist zwar beeindruckend, zeigt aber auch, wie weit selbst die engagiertesten Unternehmen gehen müssen, um wirklich nachhaltig zu sein.

Die Liste umfasst 600 Unternehmen, das erste bekannte deutsche ist auf Platz 11 Siemens, SAP 15, Telekom 48, Puma 67, Mercedes Benz 106, Bosch 139, Zalando 146 und Hugo Boss 209.



zentrale von Schneider Electric.

Foto: Das im Juni 2013 eingeweihte Schneider Electric Gebäude auf dem EUREF-Campus in Berlin. In Düsseldorf entsteht auf dem dortigen EUREF-Campus die neue Deutschland-

Fotos: Schneider Electric
Quelle: TIME.com

04) Ende mit Work-Life-Balance. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-32

25. Juni 2024

49. Jahrgang

Ende mit Work-Life-Balance

Am zweiten Tag der Industrie 2024 redeten Oppositionsführer **Friedrich Merz** und Finanzminister **Christian Lindner** im neuen Gasometer Forum auf dem EUREF-Campus Klartext. Merz wies zu Beginn seiner Rede darauf hin, dass der BDI die halbe Bundesregierung eingeladen hätte, aber nur einen der Opposition. Nun, die Regierungsvertreter sprächen jeder für sich, er, Merz, spricht für die Union allein. Der Seitenhieb kam an.



Merz redete sich alles von der Seele, was ihn belastet. Europa müssen groß denken und aus dem Kleinklein herauskommen. Keine Verschärfung beim Handel mit China. Die EU soll ihre alleinige Zuständigkeit für Handelsverträge wahrnehmen, um endlose Debatten in den Mitgliedsstaaten zu vermeiden. In Deutschland habe ein Abkommen mit Kanada, „dem europäischsten Land außerhalb Europas“ sieben Jahre gedauert.

Merz räumt ein, dass die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nicht erst mit dem Beginn der Ampel-Koalition zurückgegangen ist, aber, sie wurde durch die Ampel beschleunigt. Die Koalition aus SPD, Grünen und FDP kann keinen Fortschritt verzeichnen. Der CDU-Chef sprach sich deutlich dafür aus, dass Deutschland Industrieland bleiben muss. Dazu müssen - Achtung Reizwort - die Rahmenbedingungen stimmen. Geradezu genüsslich nahm Merz das Heilungsgesetz auseinander, mit dem sich der Wirtschaftsminister monatelang beschäftigt, anstatt sich um wichtigere Themen zu kümmern. Deutschland müsse schneller werden.

Auf der Agenda müssten die Fleißigen in diesem Land stehen und nicht die, die Probleme mit dem Arbeitsmarkt haben. Das Bürgergeld, das am 1. Januar

2023 in Kraft trat, ist für Merz schon jetzt ein Auslaufmodell. Vor allem müsse der Name weg. Auf der Internet-Seite der Bundesagentur für Arbeit erscheint das Bürgergeld als „**Werbung für ein sorgenfreies Leben**“, so Merz.



Sozialpolitik sei etwas anderes als Arbeitsmarktpolitik. Deutschland brauche eine höhere Produktivität. In Deutschland werde zu wenig gearbeitet. In der Schweiz arbeiten Erwerbstätige 188 Stunden länger als in

Deutschland, und zugleich liegt dort die Erwerbstätigenquote mit 79 Prozent etwas höher als in Deutschland, 77,2 Prozent (2023).

Menschen in Deutschland müsse es wieder Spaß machen, zu arbeiten. „**Arbeit ist nicht die unangenehme Unterbrechung der Freizeit**“, so **Friedrich Merz**. Und, wir brauchen wieder eine gute Stimmung in diesem Land. Dieser Aussage kann man nur zustimmen.



Siegfried Russwurm begrüßt Christian Lindner am Eingang zum EUREF-Campus - Fotos: Christian Kruppa and Jana Legler.

Einige Aussagen von Merz mögen ein wenig populistisch klingen, so ganz von der Hand weisen kann man sie nicht. Was Populismus anbelangt, steht Finanzminister **Christian Lindner** Merz in nichts nach. Er erzählt die Geschichte eines Metallarbeiters, der einen ordentlichen Tarifvertrag hat. Dieser Mann zahlt Steuern und fragt sich, was damit geschieht, wenn er durch die Innenstadt geht, und kaputte



Straßen und Infrastruktur sieht, und junge Männer herumsitzen, die arbeiten könnten. Lindner hält es für ein dringendes Problem, die Illegale Einwanderung zu stoppen und nur noch diejenigen ins Land zu lassen, die wir brauchen.

Ab 2028 wird Deutschland das Zwei-Prozent-Ziel für Verteidigungsausgaben aus dem regulären Haushalt finanzieren müssen. Das sei möglich, ebenso wie den Investitionsbedarf von 400 Milliarden Euro aufzubringen. Lindner rechnet vor, dass seit zehn Jahren die Sozialausgaben steigen, von 2022 bis heute allein um 15 Milliarden Euro. Es wäre schön, so Lindner, wenn man sich einige Jahre mit dem bescheiden würde, was wir haben. Das würde helfen. Nicht erwähnt hat Lindner, dass es auch helfen würde, wenn alle Unternehmen, die in Deutschland Gewinne einstreichen, hier Steuern zahlen würden.



Wir sind einen Spitzenlebensstandard gewohnt. Dafür müssen aber Spitzenleistungen erbracht werden, fordert Lindner. Eine 4-Tage-Woche und Work-Life-Balance wird nicht funktionieren, um den Standard zu halten. Für Lindner ist die Verteufelung des Kapitalmarktes unverständlich. Kapitalmärkte sind kein Risiko. Unternehmen und Bürger dürfen nicht alles vom Staat erwarten, sondern müssen sich auch selbst kümmern.

Der Auftritt beim Tag der Industrie war für Lindner eine willkommene Abwechslung zu seinen gegenwärtigen Dreier-Gesprächen, womit die Haushaltsberatungen zwischen ihm Scholz und Habeck gemeint sind. Zu Kompromissen sei er bereit, Kompromisse dürfen aber nicht zur Selbstlähmung führen. Auch Lindner sei gespannt, wie die Gespräche ausgehen. Eine wesentliche Übereinstimmung mit Scholz und Habeck gebe es allerdings, alle drei sind der Meinung, dass etwas geschehen muss. Das ist ja schon mal ein Anfang.

Ed Koch

05) Ausgezeichnetes Schulprojekt: kliQ 2.0 ist KlimaSchutzPartner des Jahres 2024



paperpress

seit 1976



Nr. 625-31

25. Juni 2024

49. Jahrgang

Ausgezeichnetes Schulprojekt: kliQ 2.0 ist KlimaSchutzPartner des Jahres 2024

Eigene kreative Ideen der Schülerinnen und Schüler zum Energiesparen und Klimaschutz umzusetzen, ist die Grundidee des Projekts kliQ 2.0. Im laufenden Schuljahr 2023/24 machen zehn Schulen aus dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf mit und können bereits beachtliche Erfolge vorweisen. Das Projekt wurde gerade bei den Berliner Energietagen mit dem Publikumspreis als „KlimaSchutzPartner des Jahres 2024“ ausgezeichnet. Bei einer feierlichen Veranstaltung in der Schweizerhof-Grundschule wurden jetzt auch alle teilnehmenden Schulen durch die Bezirksbürgermeisterin von Steglitz-Zehlendorf **Maren Schellenberg** geehrt.



Das Fachpublikum der Berliner Energietage hatte die Wahl zwischen 18 eingereichten Projekten, kliQ 2.0 erhielt mit Abstand die meisten Stimmen. Der Preis ist mit 1.000 Euro dotiert und wurde in der Berliner IHK durch **Britta Behrendt**, Staatssekretärin für Klimaschutz und Umwelt, an das Projektteam des gemeinnützigen UfU-Umweltinstituts **Jörg Ackermann**, **Carola Zellmer**, **Sabine Weyland** und **Daniel Buchholz** (Foto) überreicht. Anstatt nur theoretisches Wissen über den Klimawandel zu vermitteln, steht bei kliQ 2.0 das praktische Lernen und Umsetzen im Fokus. Junge Menschen können so direkt zum Energiesparen und Klimaschutz beitragen.

Klassenräume werden z.B. mit Nebelmaschinen eingeebnet, um energiesparendes und gleichzeitig pandemietaugliches Lüftungsverhalten zu verstehen. Lufttemperaturen werden gemessen, um keinen Kubikmeter Erdgas zu verschwenden. Mit Wärmebildkameras werden die Schwachstellen der Gebäudehüllen herausgefunden. An der Wilma-Rudolph-Schule wurde eine Challenge gestartet, welche Grup-

pe die effektivste Wärmedämmung um einen Schuhkarton baut. Zum Verständnis von Stromverbrauch wurde die Leistungsaufnahme von Elektrogeräten gemessen und die ermittelte Leistung als mechanische Leistung mit einem Fahrrad erbracht. Lichtschalter wurden markiert, um die Fensterreihe der Lampen frühzeitig ausschalten zu können.

Zur Anerkennung des Engagements werden die aktivsten Gruppen zu Fahrradkino-Events eingeladen. Lustige oder spannende Kurzfilme werden in ihrer Sporthalle oder Aula gezeigt. Der Strom dafür wird von jeweils 10 Schülerinnen und Schülern auf Fahrrädern mit Generatoren selbst erzeugt bzw. „erstrampelt“. Ein oftmals mitreißendes Event für die gesamte Schulgemeinschaft.

Klimaschutz und Energiesparen an Schulen lohnen sich, auch finanziell. Zum einen sind Schulen mit den dazugehörigen Sportanlagen die größten Energieverbraucher unter den öffentlichen Gebäuden. Für eine mittelgroße Schule fallen rund 150.000 Euro an Energiekosten pro Jahr an. Zum anderen ist es wichtig, Schülerinnen und Schüler für das Thema Klimaschutz zu begeistern. Durch konkrete Energiesparprojekte tragen Schüler das Gelernte aus der Schule nach Hause und die Projekte entfalten Breitenwirkung.

Im Rahmen des Projekts erhalten die interessierten Schulen bei ihren Aktivitäten zur Senkung des Energieverbrauchs und Maßnahmen zum Schutz des Klimas professionelle Unterstützung. Die Experten des unabhängigen Instituts für Umweltfragen UfU e.V. helfen, die kreativen Ideen auch praktisch umzusetzen.



Ziel des im laufenden Schuljahr deutlich erweiterten Projekts „*klimafreundliches Quartier kliQ 2.0*“ ist es, reale Einsparungen in den Schulen zu erzielen und zu dokumentieren. Das Projekt wird von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt mit Mitteln des Berliner Energie- und Klima-

1



schutzprogramms (BEK) sowie durch den Bezirk Steglitz-Zehlendorf gefördert. Durch die Kombination der Fördermittel des BEK und des Bezirks konnte das Projekt im Schuljahr 2023/24 deutlich ausgeweitet werden.



Die Erfolge des Projekts zeigen sich auch in der Praxis. So konnte beispielsweise der Heizenergieverbrauch an der Wilma-Rudolph-Schule 2023 gegenüber dem Jahr 2022 witterungsbereinigt um sieben Prozent reduziert werden. Das bringt nicht nur finanzielle Einsparungen von über 10.000 Euro allein an dieser Schule, sondern bedeutet auch verringerte CO₂-Emissionen und einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz. Besondere Erfolge gab es in einzelnen Gebäuden der Mühlenau-Grundschule. Im Hauptgebäude konnte 35 Prozent der Heizenergie eingespart werden, in der Sporthalle ca. 37 Prozent beim Stromverbrauch.

2024 hat das Projekt zusätzlichen Schub durch das Frei Day-Programm erhalten: Schüler bearbeiten an einem Tag pro Woche selbst gewählte Aktionen zum Thema Nachhaltigkeit. Eine der Frei Day-Schulen ist die Anna-Essinger-Grundschule in Zehlendorf. Pionier ist die Schweizerhof Grundschule, die bereits seit drei Jahren mit Begeisterung beim Frei Day dabei ist. Unlängst bekam die Schule Besuch aus Bulgarien. Die Delegation von dort ließ sich Vorgehensweise und Erfolge live vorführen.

Ursprung des Projekts kliQ 2.0 ist u.a. die Initiative engagierter Bürger, die ihren Kiez zwischen Krumme Lanke, Onkel Toms Hütte und Oskar-Helene-Heim immer stärker zu einem klimafreundlichen Quartier („kliQ“) entwickeln wollen. Dazu kamen das BNE-Zentrum und engagierte Lehrkräfte, die für die

Bildung ihrer Schützlinge in Sachen Klimaschutz brennen.



Weitere Infos zum Projekt:

<https://www.klimaschutzpartner-berlin.de/projekt/kliq-20-klimaschutzprojekte-an-schulen-in-steglitz-zehlendorf-628>

Quelle und Fotos: Ufu Umweltinstitut

06) Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff. Von Ed Koch



Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff

Früher fing eine Konferenz einfach an, nachdem die Teilnehmenden aufgefordert wurden, ihre Plätze einzunehmen. Heute wird der Countdown auf dem Großbildschirm angezeigt und wenn die Sekunde Null erreicht ist, setzt eine dramatische Musik wie aus einem George Lucas Star Wars-Film ein. In einem Trailer wird die schlimme Lage der Nation gezeigt, ehe sich zwei Damen als Moderatorinnen der Veranstaltung vorstellen.



So begann heute Mittag der **Tag der Industrie** auf dem **EUREF-Campus** in der neuen Event-Location im Gasometer. Der Präsident des Gastgebers, des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V., **Siegfried Russwurm**, listete Face-to-Face **Olaf Scholz**, der gerade aus Frankfurt am Main vom EM-Spiel

Deutschland vs. Schweiz zurückgekehrt war, alle Probleme auf, die unser Land gegenwärtig hat, verbunden mit den entsprechenden Forderungen an die Bundesregierung, endlich etwas zu tun und die Lage zu verbessern. Foto: Ed Koch

In gewohnt gelassener Form listete **Olaf Scholz** alle bereits begonnenen und noch in den Starlöchern stehenden Maßnahmen auf. Er will die Wirtschaft entlasten und private Investitionen fördern. *„Ich könnte mir vorstellen, dass wir in Sachen Abschreibung und Forschungsförderung noch eine Schippe drauflegen auf das, was uns mit dem Wachstumschancengesetz gelungen ist.“* Mit „Schippe drauflegen“ hat Scholz den Medien gleich die Schlagzeile geliefert.

Wenig hilfreich sind bei solchen Anlässen immer Geschichten aus dem heimischen Nähkästchen. *„Wenn man viel sitzt, und danach nach langer Zeit wieder ans Laufen kommt, tut das am Anfang auch mal in den Beinen weh. Das kann ich Ihnen sagen als jemand, der erst spät zum Joggen gekommen ist.“*



Fotos auf dieser Seite: Christian Kruppa

Was will er uns damit sagen? Dass die Wirtschaft wieder ans Laufen kommen muss? Die Schuldfrage wird oft in der Vorampelzeit gesucht. Wie hieß noch gleich der Finanzminister im letzten Bundeskabinett Merkel? Richtig. **Olaf Scholz**.

Während 30 FDP-Parlamentarier offen mit einem Koalitionsbruch drohen, wenn die Haushaltsberatungen nicht in ihrem Sinne laufen, ist Scholz zuversichtlich, dass die Beratungen zum Erfolg führen werden.



Wenn es um das Produzieren von Schlagzeilen geht, steht **Robert Habeck** dem Bundeskanzler in nichts nach. Wenn es um die Frage geht, wer in Europa auf Deutschland warte, lautet die Antwort: *„Alle!“*

Deutschland habe eine Führungsrolle in Europa und alle warten darauf, dass wir diese wahrnehmen.

Auch Vizekanzler **Robert Habeck**, der erst heute früh um drei Uhr aus China zurückgekehrt ist und dafür einen äußerst frischen Eindruck machte, zeigte sich, wie der Kanzler, zuversichtlich. Man muss zugeben, dass sich alles, was die Bundesregierung auf den Weg gebracht hat und noch plant, gut anhört. Aber, es müssen endlich Erfolge vorgezeigt werden. Auch wenn die Beine wehtun, man muss laufen.

Nach dem Optimismus von heute, werden wir morgen vermutlich wieder in tiefe Depressionen verfallen, wenn uns gleich nach dem Frühstück CDU-Chef **Friedrich Merz** erklären wird, wie schlimm die Lage wirklich ist und dass nur er uns aus diesem Schlamm retten kann.

Ed Koch

07) KW 25 (17. bis 23. Juni 2024) – Kennst Du das Land, wo die Visionen blühen? Von Ed Koch



KW 25 Kennst Du das Land, wo die Visionen blühen?

Nun, Goethe kannte das Land, wo die Zitronen blühen, Deutschland ist es nicht. Und wenn man nach Visionen fragt, fällt einem Deutschland auch nicht zuerst ein, nicht mehr, muss man sagen, denn es war einmal anders. Wer am Donnerstag die Veranstaltung der Deutschen Arbeitgeberverbände „**futurework24**“ verfolgt hat, bleibt ein wenig desillusioniert zurück. Deutschland steht gegenwärtig nicht gut da. Sprüche der Bildungsministerin wie „*Pessimismus ist Zeitverschwendung*“ helfen nicht weiter. Visionen sind mehr denn je gefragt, um das Land wieder nach vorn zu bringen.

Als wir Anfang Juni **Reinhard Müller** anlässlich der Fertigstellung des **EUREF-Campus** zum Interview trafen, äußerte er sich sehr kritisch zum Zustand der Hauptstadt. „*Berlin wird verwaltet und nicht gestaltet*“, war sein Vorschlag für die Überschrift. Berlin verfüge über genügend Potential an Flächen für Wohnungs- und Gewerbebau. Es fehle in Berlin aber die große Linie und ein „Wow“. Es gäbe keine zielführende Idee für die Stadt. Der einstige Glanz ist verblasst, nur wenige haben noch den Mut und die Lust, irgendetwas zu wagen. „*Wo sind die großen Ideen, die Berlin nach der Wende nach vorne gebracht haben? Wo sind die mutigen Ideen und mögen sie noch so verrückt klingen?*“

Das war der Auftakt für seinen lang vorbereiteten Coup, den er in dieser Woche der staunenden Öffentlichkeit präsentierte. Ideen und Visionen!



Grafik: EUREF AG

Bilder sagen mehr als tausend Worte. Reinhard Müller will Teile der Messe von Westend auf das Flughafengelände in Tempelhof verlagern. Die Messehallen am Funkturm sind marode und müssen aufwendig saniert werden. Warum nicht abreißen, das Gelände

vermarkten und in Tempelhof neu bauen? Da Müller mehrfach bewiesen hat, dass aus seinen Visionen Handfestes werden kann, ist davon auszugehen, dass er sich die Sache gut überlegt und vor allem durchgerechnet hat. Projekte, die sich nicht rechnen, fasst Müller erst gar nicht an.



Oktober 2008, letzte Gelegenheit, in Tempelhof, „*der Mutter aller Flughäfen*“ (Sir Norman Foster) zu landen. Die Geschichte Tempelhofs wird seitdem von Irrungen und Wirrungen begleitet. Dazu gehört auch die 2014 aus hauptsächlich ideologischen Gründen verhinderte Randbebauung des Feldes. Mit dem riesigen Gebäudekomplex ist seitdem nichts Nennenswertes passiert, es diente höchstens als Kulisse für Events ohne Nachhaltigkeit. Die Kosten für den Erhalt des Gebäudes sind durch diese Veranstaltungen nicht annähernd wieder reingekommen. Foto: Ed Koch

Es muss endlich etwas geschehen. Müller hat eine Diskussion in Gang gesetzt, die nicht im Sande verlaufen darf. Die Reaktionen sind vielfältig. Politiker der CDU und SPD äußern sich positiv, Bausenator und Wirtschaftssenatorin wollen sich mit Müller treffen. Der Regierende Bürgermeister zeigt sich bedeckt und wollte der Berliner Morgenpost, die als erste exklusiv berichtete, den ihm schon länger bekannten Vorschlag nicht kommentieren. Die Grünen wollen „*zumindest einzelne Elemente des Plans diskutieren*“, die Linke lehnt ihn ab. Und der Messe Berlin „*erschließt sich weder Sinnhaftigkeit noch Notwendigkeit des Vorschlags.*“ Was für eine arrogante Verkennung der Realität.

In einem Kommentar schreibt der Chef-Reporter der Berliner Morgenpost, **Joachim Fahrn:** „*Vielleicht ist ein solches Ding einfach eine Nummer zu groß für die aktuelle Politikergeneration. Müller könnte es verschmerzen. Sein Know-How in der Transformation denkmalgeschützter Standorte ist europaweit gefragt.*“ Und zum Schluss noch ein Zitat aus dem **paperpress**-Interview mit **Reinhard Müller:** „*Warum sollen die Menschen nach Berlin kommen? Die ersten Hotels in Berlin-Mitte schließen, weitere im Westteil der Stadt werden folgen – es fehlen die Touristen, die großen Messen und die großen Kongresse. Daher ist es an der Zeit, dass in Berlin wieder groß gedacht und die kleinkarierte Denkweise abgelegt wird.*“ **Ed Koch**

08) Young Euro Classic sucht Publikumsjury für den Europäischen Kompositionspreis 2024



paperpress

seit 1976



Nr. 625-26

22. Juni 2024

49. Jahrgang

Young Euro Classic sucht Publikumsjury für den Europäischen Kompositionspreis 2024

Zu den besonderen Highlights bei Young Euro Classic gehört die Verleihung des Europäischen Kompositionspreises. Ausgelobt vom Regierenden Bürgermeister von Berlin, **Kai Wegner**, wird die beste im Rahmen des Festivals präsentierte Ur- oder Deutsche Erstaufführung bereits zum 25. Mal ausgezeichnet. Die Entscheidung über die Verleihung des mit 5.000 Euro dotierten Preises trifft eine **ehrenamtliche Jury**.



Preisverleihung 2023 an Evgeni Orkin. Foto: Kai Bienert

Ein elementarer Bestandteil des Festivals seit seinen Anfängen ist die Förderung zeitgenössischer und vor allem junger Komponistinnen und Komponisten, die mit ihren Werken immer wieder aktuelle Themen und musikalische Einflüsse aus ihren Heimatländern zu Young Euro Classic bringen. Über die Verleihung des Kompositionspreises entscheidet eine zehnköpfige Laienjury. **Interessierte können sich bis 10. Juli 2024 telefonisch bewerben: 030 – 88 47 139 30.**

Musikalische Vorkenntnisse werden nicht vorausgesetzt, aber Neugier, Begeisterung und Freude an neuer Musik. Die Jurorinnen und Juroren werden per Losverfahren ausgewählt. Der Juryvorsitz wird in den kommenden Wochen bekannt gegeben. Die Verleihung des Europäischen Kompositionspreises 2024 findet am **19. August 2024** im Rahmen des Konzerts des **O/Modernt New Generation Orchestra** statt.

Sieben Orchester präsentieren Neukompositionen bei Young Euro Classic 2024

Gleich zur Festivaleröffnung am 9. August spielt das **Jovem Orquestra Portuguesa** eine Uraufführung der 21-jährigen portugiesischen Komponistin **Eva**

Aguilar, die als Grenzgängerin zwischen Musik, Choreografie, Video und Elektronik für die Produktion innovativer Werke steht. Die **Nationale Jugendphilharmonie der Türkei** präsentiert am 10. August die deutsche Erstaufführung von „*the image of that which is invisible*“ von **Ege Gür**. Der 26-jährige Komponist widmet dieses Werk den Opfern und Verletzten des fatalen Erdbebens im Südosten der Türkei des vergangenen Jahres.

Am 13. August ist das **National Youth Jazz Orchestra** aus Großbritannien bei Young Euro Classic zum ersten Mal zu Gast und hat seine Mitglieder dazu aufgerufen, eigene Kompositionen beizutragen. Man darf gespannt sein, welche davon es in das Programm mit britischen Jazzklängen schaffen.



Die 1986 in Israel geborene und in Deutschland aufgewachsene **Shir-Ran Yinon** ist sowohl klassisch ausgebildete Geigerin mit Verbindung zur Rock- und Heavy Metal-Szene als auch Komponistin und Arrangeurin. Für die **Deutsche Streicherphilharmonie** hat sie das

Werk „*Brisk*“ komponiert, das zum Abschluss ihrer Sommertournee am 14. August als Uraufführung auf der Bühne des Konzerthaus Berlin zu hören sein wird. Foto: Facebook

Mit „*Night Flight*“ des niederländische Komponisten **Joey Roukens**, Jahrgang 1982, präsentiert das **Nationaal Jeugdorkest** am 15. August eine Deutsche Erstaufführung. Bekannt für seinen Mix aus höchst unterschiedlichen Stilen, der von Strawinski und Ravel bis zu den Rhythmen des US-amerikanischen Minimalismus reicht, hat sich Roukens zu einem der interessantesten Komponisten der Niederlande entwickelt.

Eine Uraufführung lässt das **Ševčík Academy Orchestra** am 17. August mit dem „*Konzert für Violoncello und Orchester*“ erklingen. Die Anfänge der Komposition von **Jiří Teml**, Jahrgang 1935, lassen sich ins Jahr 1979 zurückdatieren. Erst seit diesem Jahr liegt sie in ihrer endgültigen Fassung vor und wird mit dem in Berlin lebenden Cellisten **Tomáš Jamník** zum ersten Mal auf die Bühne gebracht.

Die **NEXT GENERATION Juniorakademie** Deutschland – Frankreich – Tschechien hat eine Deutsche Erstaufführung im Gepäck. Der tschechische Kompo-



nist und Arrangeur **Jiří Kabát** hat eigens für die Juniorakademie die „*Kindersinfonie Nr. 2*“ geschrieben, deren drei Sätze die beteiligten Länder musikalisch widerspiegeln. Das Werk, das gemeinsam von jungen Musikern zwischen vier und 19 Jahren gespielt werden

kann, wird im Rahmen des Kindertages am 18. August auf der Großen Bühne des Konzerthauses ertönen. Foto: Facebook



Auf einen Blick

Freitag, 09.08.2024 - 20:00 Uhr
Jovem Orquestra Portuguesa, Portugal
Eva Aguilar - Neues Werk (Uraufführung)

Samstag, 10.08.2024 - 20:00 Uhr
Nationale Jugendphilharmonie der Türkei, Türkei
Eve Gür - „the image of that which is invisible“ (2023/24, Deutsche Erstaufführung)

Dienstag, 13.08.2024 - 20:00 Uhr
National Youth Jazz Orchestra, Großbritannien
Neukompositionen von Mitgliedern des Orchesters

Mittwoch, 14.08.2024 - 20:00 Uhr
Deutsche Streicherphilharmonie, Deutschland
Shir-Ran Yinon „Brisk“ (Uraufführung)

Donnerstag, 15.08.2024 - 20:00 Uhr
Nationaal Jeugdorkest, Niederlande
Joey Roukens „Night Flight“ (2021, Deutsche Erstaufführung)

Samstag, 17.08.2024 - 20:00 Uhr
Sevčik Academy Orchestra, Tschechien
Jiří Teml Konzert für Violoncello und Orchester (Uraufführung)

Sonntag, 18.08.2024 - 13:30 Uhr

NEXT GENERATION Juniorakademie Deutschland – Frankreich – Tschechien
Jiří Kabát „*Kindersinfonie Nr. 2*“ (2024, Deutsche Erstaufführung)

Hier spielt die Zukunft!



Foto: Kai Bienert

Young Euro Classic.

Festival der besten Jugendorchester der Welt
09. bis 25. August 2024 im Konzerthaus Berlin
Das ausführliche Festivalprogramm ist abrufbar unter: www.young-euro-classic.de
Preiskategorien Abendprogramm 35 € / 26 € / 15 € (plus Vorverkaufsgebühr).
Tickets gibt es über die Young Euro Classic-Webseite, die Ticket-Hotline (+49 / (0)30 / 8410 8909, erreichbar Montag-Sonntag: 10-18 Uhr) und an allen bekannten Vorverkaufsstellen.

09) Mut zum Optimismus. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-25

21. Juni 2024

49. Jahrgang

Mut zum Optimismus

Wenn man den Veranstaltungstitel „**futurework**“ direkt übersetzt, heißt er „**zukünftige Arbeit**.“ Der Erkenntnisgewinn aus dem siebenstündigen, nach Angaben des Veranstalters „**größten Festivals zur Zukunft der Arbeit in Deutschland**“ ist eher der, dass man an der Zukunft der Arbeit in Deutschland hart arbeiten muss. Festivalstimmung kam auf dem EU-REF-Campus bestenfalls in den Pausen auf, als die Teilnehmenden bei strahlendem Sonnenschein in einer langen Reihe nach einem Florida-Eis anstanden.



An mehreren Standorten über den Campus verteilt, ging es um: „**KI & Innovation, Metaverse & Future Skills, Standort & Wettbewerbsfähigkeit, Robotics & Fachkräftemangel, HR (Human Resources) & Arbeitsort** – all das und noch viel mehr steht auf der Agenda der #futurework24. Alles dreht sich um die Arbeitswelt von morgen und wie sie nachhaltig gestaltet werden kann.“ Und wie bei einem Festival üblich, wurden die Highlights in die Ankündigung geschrieben: „**Mit dabei: großartige Speaker, spannende Paneldiskussionen, lehrreiche Workshops, innovative Aussteller, inspirierende Gespräche, Networking in der Sonne und die After-Work-Party in den legendären Liegestühlen am Abend!**“

50 hochkarätige Experten standen auf den Podien und beschrieben die Lage, die „**ernst, aber nicht hoffnungslos**“ sei. Veranstaltet wird die „**futurework**“ von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände **BDA** und **Microsoft** gemeinsam mit dem Medienpartner **Süddeutsche Zeitung**. Zum Einstieg gab es eine äußerst kritische Bestandsaufnahme des BDA-Präsidenten **Dr. Rainer Dulger**.

Das **Lausanner International Institute for Management Development IMD** berechnet jährlich die **wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Länder weltweit**. Deutschland liegt im aktuellen Wettbewerbsranking auf Platz 24, und es beruhigt wenig, dass Thailand, Österreich, Großbritannien und Tschechien noch hinter uns liegen. Orientieren muss man sich an denen, die davor liegen, von **Singapore (1)**, über die **Schweiz (2)** und **Dänemark (3)** bis zu den **USA (12)**, **China (14)**, **Kanada (19)** und **Israel (22)**.

Noch schlimmer fällt das Ranking bei den Fragen aus, „**wie effizient die Regierung die Wettbewerbsfähigkeit fördert, von Platz 27 auf 32, wie innovativ, rentabel und verantwortungsvoll Unternehmen arbeiten, sank die Einstufung von Platz 29 auf 35. Bei der Stärke der Infrastruktur rutschte Deutschland von Platz 14 auf 20.**“ *Quelle: SPIEGEL*

2014 stand Deutschland noch auf Platz 6.



Die Probleme, die **Rainer Dulger** benennt, sind hinreichend bekannt, zu hohe Energiekosten, zu viel Bürokratie, ein sich immer breitmachenderes Bildungs-, Ausbildungsproblem, die Gesellschaft ist am Überaltern, und all das gemischt mit der geopolitischen Lage

durch die anhaltenden Kriege. Aber, der Arbeitgeberpräsident ist optimistisch: „**Wir können es schaffen!**“, klingt nicht ganz so wie Merkels „**Wir schaffen das!**“, aber immerhin. Deutschland habe ein enorm starkes Rückgrat durch die vielen mittelständischen Unternehmen. **Über 99 Prozent aller Unternehmen in Deutschland sind Klein- und Mittelständler, sie stellen mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze und erwirtschaften dabei mehr als jeden zweiten Euro (Nettowertschöpfung).** *Quelle: BMWI a.V.*

Weitere Schlagworte aus der Veranstaltung, die die gute Laune beim Florida-Eis-Schlecken verderben: Deutschland ist zu langsam, die Unternehmen halten sich mit Investitionen zurück oder tätigen sie im Ausland. Dass der DAX dennoch so gut dasteht, liegt daran, dass die deutsche Industrie das meiste Geld im Ausland verdient. Alle diese Probleme sind bekannt, die Erkenntnis sei da, so Präsident Dulger, „**Erkenntnis ist aber noch kein Handeln.**“

Für die Abteilung Optimismus hatten die Veranstalter die Bundesministerin für Bildung und Forschung **Betina Stark-Watzinger** (FDP) eingeladen. Die Her-



ausforderungen seien groß, aber *„Pessimismus ist Zeitverschwendung.“* Deutschland habe alles, was wir brauchen, *„Bildung als unerschöpfliche Ressource“, „technologische Hochleistungsfähigkeit“ und „Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat.“* **Judith Wittwer**, die Chefredakteurin der Süddeutschen Zeitung, konfrontiert Stark-Watzinger

mit der Aussage, dass *„Olaf Scholz das größte Standortrisiko sei, das wir haben.“* Erwartungsgemäß widersprach die Ministerin. Schon im Januar hat sich Gesamtmetall-Präsident **Stefan Wolf** im **Handelsblatt** kritisch mit Scholz auseinandergesetzt und ihm Führungsschwäche vorgeworfen. Und während überall die Schuldenbremse diskutiert wird, sagt Stark-Watzinger: *„Schulden sind nicht die Zukunft.“*



Arbeitgeberpräsident **Rainer Dulger**, der gemeinsam mit **Agnes Heftberger** von Microsoft, **Ilka Horstmeier** von BMW, **Judith Wiese** von Siemens, **Bettina Stark-Watzinger** und **Judith Wittwer** von der Süddeutschen Zeitung diskutierte, gab zu bedenken, dass in der Metall- und Elektroindustrie in den letzten zehn Jahren die Löhne und Gehälter um 30 Prozent gestiegen sind, die Effizienz allerdings nur um drei Prozent. Die Industrie verliere dadurch global an Wettbewerbsfähigkeit. Die Frage darf allerdings erlaubt sein, warum eine Steigerung der Effizienz nicht möglich ist. An den Löhnen der Beschäftigten kann es ja wohl nicht liegen.

In vielen Gesprächsrunden ging es auch um die Digitalisierung und natürlich um KI, die künstliche Intelligenz. **Christoph Schmitz-Dethlefsen**, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand, berichtete, dass er sich probierhalber eine Streikrede durch KI habe schreiben lassen. Nur wenige Korrekturen hätte er am Text vornehmen müssen. **Andrea Nahles**, die Vor-

standsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit verbrachte einen Teil ihres gestrigen Geburtstages auf dem EUREF-Campus.



KI, so Frau Nahles, sei in ihrem Unternehmen inzwischen unverzichtbar, auch beim Erstellen von Bescheiden. Es gehe aber nichts raus, wo nicht noch vorher ein Menschen draufgeschaut hat.

In den nächsten Jahren verlassen von den rund 113.000 Beschäftigten der Agentur für

Arbeit 36.000 das Unternehmen. 7.800 werden durch Automatisierung ersetzt. Es lohnt sich also, sich bei der Agentur für Arbeit um einen Job zu bewerben, denn natürliche Intelligenz wird vorerst noch gebraucht.



Die Veranstaltung war sehr gut besucht. Beim Erkenntnisgewinn bleiben aber viele Fragen offen. Deutschland geht es offenkundig nicht gut. Allein auf unsere Ressourcen zu setzen, ist zu wenig. Sehr deutlich wurde, dass sich vor allem die Politik bewegen muss, um zu verhindern, dass immer mehr Unternehmen abwandern und ihr Geld im Ausland machen. Wenn sich darüber der DAX freut, reicht das nicht aus. Wie sagte **Rainer Dulger** so treffend: *„Erkenntnis ist aber noch kein Handeln.“*



Was sich kein Mann getraut hätte zu sagen, blieb dann **Judith Wittwer** vorbehalten, nämlich, dass bei den Diskussionen mehr Frauen als Männer auf den Podien saßen. Nicht nur das, sie trugen auch die geschmackvolleren Schuhe.

Ed Koch
(auch Fotos)

10) Tolle Typen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-23

19. Juni 2024

49. Jahrgang

Tolle Typen

Immer, wenn wir über Bauen in Berlin berichten, bekommen wir Leserzuschriften, die mit einem freundlichen „Ja, aber...zu wenig!“ beginnen. Das bestreitet niemand, dennoch werden wir nicht müde, von so vielen Grundsteinlegungen, Spatenstichen und Richtfesten zu berichten, wie es nur möglich ist. Und Events dieser Art finden zum Glück recht häufig in Berlin statt.

Heute war wieder so ein Tag. Eingeladen waren wir von **STADT UND LAND (S&L)** auf die Buckower Felder. Nicht zum ersten Mal.



Am 3. September 2021 fanden am südlichen Stadtrand von Neukölln die ersten Spatenstiche auf dem rund 16 Hektar großen Areal statt. Zwei von damals waren heute nicht mehr dabei, **Michael Müller**, seinerzeit Regierender Bürgermeister, und Bausenator **Sebastian Scheel**. Die S&L-Geschäftsführer **Ingo**



Malter und **Natascha Klimek** sind hingegen ebenso noch im Amt wie der Aufsichtsratsvorsitzende des Unternehmens **Dr. Christoph Landerer** und Neuköllns Bezirksbürgermeister **Martin Hikel**. Beim heutigen Richtfest waren neu dabei Bausenator **Christian Gaebler**, den der **Tagesspiegel** heute zum fleißigsten Senatsmitglied kürte, und **Ute**

Bonde, seit vier Wochen neue Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt. Der Richtkranz erhob sich über das „**TYPENHAUSeco**“, das wir am Ende dieses Artikel ausführlich vorstellen.

Bevor der Polier auf alle am Bau Beteiligten einzeln anstieß, sechsmal Prost, und zum Schluss das Glas zerschlug, und sich der Richtkranz gen Himmel bewegte, durften die eingeladenen Politpromis ihre Statements abgeben.



Ute Bonde freute sich, dass ihre Amtszeit mit einem so tollen Projekt beginnt. Ihre Verwaltung unterstützt S&L bei der Umsetzung dieses Bauprojektes, „das im Hinblick auf Kreislaufwirtschaft, Klimaschutz und Ressourcenschonung besonders wegweisend ist.“



Christian Gaebler wies darauf hin, dass hier rund 900 Wohnungen für breite Bevölkerungsschichten entstehen werden. „Das **TYPENHAUSeco** der **STADT UND LAND** zeigt, wie der Neubau nachhaltiger werden kann. Es ergänzt damit ideal die klimafreundliche und klimaschonende Gesamtkonzeption des Quartiers,

die aufgrund der CO₂-neutralen Wärmeversorgung und des innovativen Regenwassermanagements im Quartier mit dem Berliner Klimaschutzpreis gewürdigt wurde.“



Und **Martin Hikel** sagte: „Die Buckower Felder sind ein wichtiges Projekt der nachhaltigen Stadtentwicklung. Neukölln ist eines der am dichtesten besiedelten Innenstadtdistrikte in ganz Deutschland - und neuer bezahlbarer Wohnraum umso wichtiger. Auf den Buckower Feldern ist es gelungen,

ökologische und soziale Ziele im Wohnungsbau zusammenzubringen. Das neue Zuhause für viele Menschen ist somit eine Bereicherung für unseren Bezirk.“

1



Bevor es dann ans Feiern ging, mussten sich die Protagonisten noch einer Nagelprobe unterziehen. Routiniert versenkte S&L-Chef **Ingo Malter**, vorn im Bild, seinen Nagel im Balken, während die anderen Teilnehmenden etwas länger benötigten.



Und nun zum Hauptdarsteller des Richtfestes. Der viergeschossige Prototyp wird nach dem Cradle-to-Cradle-Ansatz gebaut, heißt: alle Bestandteile eines Produktes können wiederverwertet werden. Jede Komponente hat ein zweites, drittes, viertes Leben als Grundlage für ein weiteres Produkt. Von der Wiege zur Wiege (englisch: cradle). Von einem Produkt zum nächsten Produkt. Für den Bau werden recycelbare und ressourcenschonende Materialien verwendet. Dabei ist Holz König. Das STADT UND LAND TYPENHAUSeco hat tragende Außen- und Innenwände als Holzständerwerk mit Holzunterzügen mit einem aussteifenden Stahlbeton-Kern, die Decken und das Dach sind aus Brettspertholz, die Holzaußenwandverkleidung wird ebenfalls aus Holz sein.

Alle sonstigen Innenwände werden in herkömmlicher Trockenbauweise errichtet. Alle Wohnungen haben einen zentralen Wohnbereich, einen Freisitz, geringe Flächen für Flurzonen, einen Abstellraum sowie eine gute Belichtung aufgrund offen gestalteter Grundrisse. Die Gebäudehülle wird mit vorgefertigten, zweiseitig geschlossenen Wandelementen mit Fenstern und Fassadenschalung in Holztafelbauweise gebildet.

Wie beim Neubauvorhaben „Holz, Ziegel, Lehm“ in Alt Britz verbindet die STADT UND LAND auch bei diesem Neubauvorhaben Bautätigkeit mit Erkenntnisgewinn: Neben dem STADT UND LAND TYPENHAUSeco - einem Holzhybridhaus mit 15 Wohnungen - entsteht ein Zwillingbau in Massivbauweise (TYPENHAUSplus). Ziel ist es, dass TYPENHAUSeco so zu gestalten, dass es Kreisläufe unterstützt, klimafreundlich ist und Ressourcen schützt. Sowohl das Projekt „Holz-Ziegel, Lehm“ in Alt-Britz, als auch die beiden „TYPENHAUS-Zwillinge“ auf den Buckower Feldern werden in den ersten beiden Jahren des Betriebes mit Begleitung von Hochschulen zum Zwecke des Erkenntnisgewinns gemonitort werden. Die Vergleichbarkeit mit anderen Bauprojekten ermöglicht Erkenntnisse für zukünftige Bauvorhaben bezüglich Klimaschutz, Ressourcenschonung und nachhaltiger Planung.

Dabei wird im gesamten Quartier auf Nachhaltigkeit gesetzt: Begrünte Dächer sowie nachhaltig gestaltete Rigolen-Systeme für ein intelligentes Regenwassermanagement sollen künftig für ein gesundes Mikroklima innerhalb des neuen Wohnviertels sorgen. Für die ressourcenschonende und effiziente Energieversorgung wurde in Zusammenarbeit mit den Berliner Stadtwerken ein Wärmenetzsystem der vierten Generation konzipiert, das mit niedrigeren Temperaturen als konventionelle Wärmenetze auskommt. Außerdem wird es auf dem Grundstück zwei Quartiersgaragen für die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner geben, um das Quartier weitestgehend autofrei zu gestalten. 900 Wohnungen entstehen hier, 700 neue Mietwohnungen errichtet S&L, 400 davon nach dem TYPENHAUS-Konzept. Quelle: S&L

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

Fotos: Christian Kruppa (2), Ed Koch (5)

11) Mächtig gewaltig. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-22

17. Juni 2024

49. Jahrgang

Mächtig gewaltig



Der Lieblingsspruch von **Egon Olsen**, „Mächtig gewaltig“ fällt einem sofort ein, wenn man die beiden Wohnkomplexe links und rechts der Kruckenbergstraße am Mariendorfer Damm sieht. Auf der einen Seite die Seniorenresidenz "Rosenhof" mit direktem Blick auf die Trabrennbahn Mariendorf, und gegenüber eine Wohnanlage der **STADT UND LAND** aus den 1970er Jahren.

Die Vorderseite der Gebäude mit den terrassenförmigen Balkonen, haben schon was. Zwischen den zur Kruckenbergstraße hin offenen Vierecken befinden sich große Grünflächen, auf denen nicht beabsichtigt ist, eine Verdichtung mit weiteren Gebäuden vorzunehmen. Die gesamte Fläche ist nach Süden ausgerichtet, so dass die Wohnungen sehr viel vom Sonnenlicht abbekommen.



Der Sonnenaufgang über der Anlage ist ein Traum. Wenn nicht gerade ein Einsatzfahrzeug der Feuerwehr mit lauter Sirene durch die Kruckenbergstraße donnert, ist es hier sehr ruhig und lädt im Sommer zum Verweilen auf den großzügigen Balkonen ein, die im Mietvertrag Terrassen heißen. Die Rückseiten der Gebäude, an denen sich die Hauseingänge und Parkplätze befinden, sehen hingegen wie in die Jahre gekommene Oberstufenzentren aus dem vorigen Jahrhundert aus. Ein frischer Farbanstrich täte hier Not. Und den wird es geben.



Seiten- und Rückansicht der Wohnanlage. Auf dieser Abbildung ist der neue Farbanstrich schon aufgetragen worden.

Mit der beschaulichen Ruhe in der Wohnanlage ist es für die nächsten Jahre vorbei, denn die Gebäude werden energetisch saniert. Wat mutt dat mutt. Auch wenn die Mieter meinen, dass in ihren Wohnungen doch alles schön ist, werden sie sich der Sanierung und der damit verbundenen Modernisierung nicht entziehen können.



Bis zum 3. Quartal 2028 werden die Arbeiten an den beiden Gebäudeteilen mit 240 Wohneinheiten dauern. Wie es sich anhört, wenn in einer Wohnung Fußböden, Decken und Wände abgeschliffen werden, konnten die Mieter probeweise in den letzten Wochen schon hören. Nicht schön. Zwischen 08:00 und 14:30 Uhr war es besser, sich woanders aufzuhalten. Apropos woanders: Mit den zur Anlage gehörenden Parkplätzen ist es vorerst auch vorbei. Hier werden die Baucontainer stehen. Für die vielen älteren Bewohner ein Problem, jetzt längere Wege zu einem Parkplatz in der Umgebung zurücklegen zu müssen.

Die Informationen an die Mieter sind umfangreich und detailliert. Inzwischen ist auch ein Mieterbüro eingerichtet worden, wo man beispielsweise, wenn es so weit ist, aus drei verschiedenen Farben die angenehmste für die Badezimmerfliesen aussuchen kann.

Wo gebaut wird, entsteht Lärm und Staub. Das werden die Mieter ertragen müssen. Die anstehenden logistischen Maßnahmen sind immens, denn die Mieter müssen für zirka drei Monate ihre Wohnung verlassen und in ein Ausweichquartier in derselben Anlage



umziehen. Danach geht es zurück in die alte neue Wohnung. Während der Sanierung dürfte es sehr minimalistisch zugehen, denn die meisten Gegenstände und Möbel werden an einem anderen Ort zwischengelagert. „Zimmer, Küche, Bad“, getreu dem Motto von S&L, wird es natürlich auch in der Ersatzwohnung geben.

Mit jedem einzelnen Mieter will die Gesellschaft sprechen und auf seine individuellen Wünsche und Bedürfnisse eingehen. Beim Aus- und Wiedereinzug hilft natürlich ein Umzugsunternehmen bis hin zum Schränke aus- und wieder einräumen, denn nicht jeder der überwiegend älteren Mieter kann auf Unterstützung aus der Familie zurückgreifen.

Die Liste mit den abzuarbeitenden Punkten ist lang. Die Rückseite des Gebäudes wird technisch instandgesetzt und erhält natürlich einen neuen Farbstrich. Strangsanierung Trinkwasser, Abwasser, Heizung, Elektro und die Erneuerung der Aufzugsanlagen stehen auf der ToDo-Liste.

Noch länger ist die Liste mit den Maßnahmen in den einzelnen Wohnungen, in denen eine umfangreiche energetische Modernisierung, Instandsetzungsmaßnahmen und eine Schadstoffbeseitigung stattfinden wird. Es ist eine Grunderneuerung. STADT UND LAND verspricht seinen Mietern, künftig voraussichtlich 30 Prozent Energiekosten zu sparen. Zur Wahrheit gehört natürlich auch, dass die Mieten nach Abschluss der Sanierung steigen werden. Man sollte also das Geld aus der Mietminderung während der Bauarbeiten zur Seite legen und aufheben.

Auf knapp 20 Seiten erklärt das Wohnungsunternehmen seinen Mieter detailliert, aus welchen Positionen sich die Mieterhöhung zusammensetzt. Schaut man sich die voraussichtliche Mieterhöhung an, die natürlich je nach Größe der Wohnung unterschiedlich ist, so kann man von angemessen und erträglich sprechen, zumal auf Grund der Kappungsgrenze die Mieterhöhung zwei Euro je Quadratmeter nicht übersteigen darf.

Rund 25 Einzelmaßnahmen und die dadurch entstehenden Mehrkosten für die Mieter sind aufgelistet, von ein paar Cent-Beträgen bis zu knapp 20 Euro. Die teuerste Position ist die Wärmedämmung der Fassade mit rund 50 Euro. In einer Tabelle listet das Unternehmen auf, wie viel die einzelnen Maßnahmen kosten und wie viel davon Modernisierungs- und Instandsetzungsanteile sind. Am Ende steht allein für einen der beiden Wohnkomplexe die Summe 25,5 Millionen Euro. Die Baukosten je Quadratmeter be-

tragen 2.542 Euro. Ein namhafter Teil der Mittel soll durch Fördermittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Programm Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG), bereitgestellt werden. Darüber hinaus werden auch Eigen- und ergänzende Fremdmittel der Gesellschaft eingesetzt, um die Kosten zu decken.



Wir werden in unregelmäßigen Abständen über den Bauvorgang berichten. „Sparen Sie nicht mit Kritik“, forderte uns S&L-Chef **Ingo Malter** auf, als wir ihm unsere Absicht vorstellten.

STADT UND LAND bewirtschaftet rund 52.500 Wohnungen im eigenen Bestand, mehr als 10.000 weitere Wohnungen im Auftrag Dritter sowie über 870 eigene Gewerbeobjekte und über 250 Gewerbeobjekte im Auftrag Dritter in den Bezirken Neukölln, Treptow-Köpenick, Tempelhof-Schöneberg, Steglitz-Zehlendorf, Charlottenburg-Wilmersdorf und Marzahn-Hellersdorf sowie in Neuenhagen und Fredersdorf und zählt zu den großen städtischen Wohnungsbaugesellschaften Berlins.

Der Bestand soll bis 2026 durch Neubau und Ankauf auf insgesamt rund 55.500 Wohnungen wachsen. Stand 1. Quartal 2024 befinden sich rund 1.650 Wohnungen mit einem Investitionsvolumen von ca. 441 Mio. Euro im Bau. Kontinuierlich investiert die STADT UND LAND auch in die Sanierung und Modernisierung ihrer Bestände und unterstützt zahlreiche soziale Projekte und Initiativen zur Stärkung der Quartiere.

Am 7. Juli 1924 wurde die Gesellschaft gegründet. Genau am 100sten Geburtstag findet das beliebte Spielfest für Kinder und Familien im Fußballstadion des Volksparks Mariendorf statt, an dem sich das Unternehmen großzügig finanziell beteiligt. Besser kann man sein Jubiläum nicht feiern.

Ed Koch

Fotos: Ed Koch (2) STADT UND LAND (3)

12) Motor der Wirtschaft. Von Ed Koch



Motor der Wirtschaft

Der Mittelstand ist mit 3,5 Millionen Unternehmen Deutschlands Wirtschafts- und Beschäftigungsmotor. Er ist die treibende Kraft bei Innovationen und ein starker Partner für Großunternehmen weltweit. Der Mittelstand besteht zum ganz überwiegenden Teil aus kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).



Quellen: Institut für Mittelstandsforschung, Bundesregierung, Iwd, BDI | Grafische Gestaltung: BVMW



Begrüßung in der Schmiede

60 Vertreter aus den Wirtschaftsministerien der EU-Mitgliedsstaaten, europäischer Dachverbände des Mittelstands sowie der EU-Kommission waren am 12. Juni zu Gast auf dem EUREF-Campus. Anlass des Berlin-Besuchs war eine Tagung der KMU-Beauftragten. KMU steht für kleine und mittlere Unternehmen, deren Personalbestand und wirtschaftliches Gewicht bestimmte Grenzwerte nicht überschreiten. Ein mittleres Unternehmen hat bis zu 250 Mitarbeiter und einen Umsatz von bis zu 50 Millionen Euro.

In drei Gruppen führten die EUREF-Vorstände **Karin Teichmann, Sarah-Maria Ameler** und **Kevin Hauert** die Mittelstandsexperten über den Campus. Auf dem Programm standen die **zeemobase**, die **Energiewerkstatt von GASAG Solution Plus**, **Garamantis, Convex Energy** und **Sunfire**.



Energiewerkstatt



Convex Energy



Höhepunkt im wahrsten Sinne des Wortes war am Ende des 90-minütigen Rundgangs die neue Sky-Lounge auf dem Gasometer mit dem einmaligen 360-Grad-Blick über Berlin.

Das Netzwerk der KMU-Beauftragten wurde 2011 im Rahmen der Überprüfung des Small Business Act eingerichtet. Jedes EU-Land hat einen nationalen Mittelstands-Beauftragten, der die Rolle des EU-Beauftragten ergänzt. Die Gruppe der KMU-Beauftragten bildet ein Beratungsgremium, das sich für eine mittelstandsfreundliche Regulierung und Politikgestaltung in allen EU-Ländern einsetzt.

Auch wenn die EU-Länder viel tun können, um das regulatorische und politische Umfeld der Mittelstandsunternehmen zu verbessern, ist es für kleine Unternehmen oft schwierig, ihre Meinung zu äußern und politische Entscheidungsträger zu erreichen. Das Netz verbessert den Konsultationsprozess mit den nationalen Unternehmen und die Zusammenarbeit zwischen den EU-Ländern. Bundesministerium für Wirtschaft

Zusammenstellung und Fotos: Ed Koch

13) Schreck am Morgen in der Torgauer Straße. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 626-15

11. Juni 2024

49. Jahrgang

Schreck am Morgen in der Torgauer Straße

Diejenigen, die die Ankündigung nicht gelesen hatten, bekamen heute früh einen Schreck. Kurz nach Fertigstellung des EUREF-Campus war die Torgauer Straße ganztags gesperrt worden, aber nur für Fahrzeuge. Was war geschehen? Eigentlich sollte die finale Asphaltierung vor dem 1. Juni erfolgen. Wegen schlechten Wetters musste die Aktion aber auf den heutigen Tag verschoben werden.



Foto: EUREF

Es ist nur eine kleine Straße, die parallel zur S-Bahntrasse am Bahnhof Schöneberg verläuft, auf der man früher vom Sachsendamm bis in die Rote Insel hineinfahren konnte. Das ist schon lange nur noch Fahrradfahrenden möglich. Autos, die hier reinfahren, haben nur ein Ziel, nämlich den EUREF-Campus. Die Straße war noch mit dem guten alten Kopfsteinpflaster aus der Gründerzeit Berlins versehen. 15 Jahre lang dauerte die Entwicklung des alten Schöneberger Gaswerkgeländes zum Europäischen Energieforum, und genauso lange die Ertüchtigung der Torgauer Straße. Die Fahrt über das Kopfsteinpflaster war eine Zumutung.

Man könnte Bücher darüber schreiben, warum es so lange gedauert hat, diesen kleinen Straßenabschnitt mit einem vernünftigen und umweltfreundlichen Belag zu versehen. Dass die EUREF AG die Kosten für das Projekt übernehmen wollte und übernommen hat, trug nicht dazu bei, dass die Baumaßnahme früher hätte fertiggestellt werden können.

Auf dem Campus haben gegenwärtig alle gute Laune. Das Werk ist vollbracht. Die Verantwortlichen liefen in den letzten Wochen zwar leicht auf dem Zahnfleisch, aber, es ist gelungen. Der Campus erstrahlt in voller architektonischer Schönheit, ein Juwel Mitten in Schöneberg. Niemand hat mehr Lust, über frühere Probleme mit der Bezirksverwaltung zu

sprechen, die das Gesamtvorhaben immer wieder ausbremste. Deshalb hier der Versuch einer Kurzfassung über den Belag auf der Torgauer Straße.



Am 12. September 2023 besuchte die damalige Verkehrssenatorin **Manja Schreiner** den EUREF-Campus und **Reinhard Müller** stellte ihr ein besonderes Granulat vor, das die Dalhoff Straßen- und Tiefbau GmbH verwendet. Es handelt sich um CO₂-reduzierten

Asphalt, der zugleich doppelt so haltbar ist wie klassischer Straßenbelag, weil dem Rohölprodukt Bitumen recycelter Kunststoff beigemischt wird. Diese sogenannten EcoFlakes wurden in einem gemeinsamen Projekt von Fraunhofer Institut und der Universität Kassel entwickelt und umfangreich geprüft.

Anfang Dezember 2023 sollte der neue Belag aufgetragen werden. Daraus wurde nichts, denn das Bezirksamt teilte mit, dass der alternative Asphalt den Anforderungen nicht entspräche. Dass bereits im Mai 2023 17 Straßen in Deutschland, Österreich und im fernen Nepal mit dem Belag versehen wurden, zählte nicht, auch nicht, dass die Herstellerfirma **ecopals** 2022 den Innovationspreis Berlin Brandenburg verliehen bekam.

„Die EcoFlakes verringern die CO₂-Emissionen im Straßenbau um 30 Prozent, verlängern die Lebensdauer des Asphalts, ersetzen Teile des Bitumens und reduzieren die Materialkosten um 20 Prozent. Mit der von ecopals entwickelten Technologie können so weltweit bis zu 11,4 Millionen Tonnen Altplastik pro Jahr wieder einem Sinn zurückgeführt werden und 27,4 Millionen Tonnen CO₂ jährlich eingespart werden.“

Anfang Dezember 2023 wurde also konventioneller, das Klima belastender Baustoff verwendet. Heute nun, am 11. Juni 2024, wurde die zweite Schicht aufgetragen, und siehe da, es ist der anfangs geplante umweltfreundliche Belag. Die Bemühungen der früheren Senatorin **Manja Schreiner** haben also doch noch zum Erfolg geführt. Danke und Gute Fahrt.

Ed Koch

14) KW 23 (03. bis 09. Juni 2024) – Ausgezeichnet und nachhaltig.
Von Pressestelle Bezirksamt Berlin Tempelhof-Schöneberg



paperpress

seit 1976



Nr. 626-12

9. Juni 2024

49. Jahrgang

KW 23

Ausgezeichnet und nachhaltig



Am Donnerstag, dem 6. Juni 2024, fand im renommierten Veranstaltungsort **Metropol** die mit Spannung erwartete dreizehnte Verleihung des **Green Buddy Awards** statt. Es waren 88 sehr unterschiedliche Projekte im Wettbewerb um den traditionsreichen Nachhaltigkeitspreis des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg angetreten. Dies stellte einen Rekord in der Geschichte des Green Buddy Awards dar.

Unter der charmanten Moderation von **Jana Münkkel** wurden sieben Preise in sechs Kategorien vergeben, die die außerordentlichen Leistungen von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit hervorhoben. Wieder einmal wurden viele innovative Projekte ausgezeichnet. Ein besonderes Highlight bei der Veranstaltung war die Auszeichnung von zwei Projekten in der Kategorie **Young Green Buddy**. Der Green Buddy Award lobte erstmalig in seiner dreizehnjährigen Geschichte zwei Gewinner in einer Kategorie aus. Die mitreißende Musik von der Band „**The Thiams**“ sorgte für eine energiegeladene Atmosphäre während der Veranstaltung.

Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann**: *„Ich gratuliere allen Preisträgerinnen und Preisträgern des diesjährigen Green Buddy Awards und danke für das Engagement und die Innovation im Klimaschutz! Wir sehen eine immer größere Vielfalt an innovativen Projekten, die sich mit Nachhaltigkeitsthemen beschäftigen. Die bezirkliche Auszeichnung hat inzwischen berlinweite Aufmerksamkeit erlangt und ich ermutige Unternehmen, Schulen, Hochschulen und Universitäten dazu, aktiv zum Klimaschutz beizutragen und sich im nächsten Jahr beim Green Buddy Award zu bewerben.“*

Der Green Buddy Award hat sich zu einer bedeutenden Plattform entwickelt, die das Bewusstsein für Nachhaltigkeit stärkt. Die diesjährige Preisverleihung

war ein großer Erfolg und zog zahlreiche Gäste aus der Wirtschaft und der Politik an, die sich für eine nachhaltigere Zukunft engagieren. Der Green Buddy Award ist nicht nur eine Würdigung der Gewinner, sondern auch eine Inspirationsquelle für andere, ihre eigenen Bemühungen in Richtung Nachhaltigkeit zu verstärken. Die Veranstaltung hat gezeigt, dass der Wandel hin zu einer nachhaltigen Zukunft in Reichweite liegt.

Das sind die diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger.



In der Kategorie **„Erneuerbare Energien“** ging der Preis des Bezirksbürgermeisters an die **NEX Aero GmbH**: Das Unternehmen hat die Kühlung und Anpassung einer Brennstoffzelle auf die Integration in eine 1,2 Tonnen schweren Cargo-Drohne optimiert. Dadurch können zukünftige Logistikanwendungen in Stadtnähe auf erneuerbaren Energien basieren und gleichzeitig, durch die Nutzung elektrischer Antriebe, deutlich leiser erfolgen als die heutzutage eingesetzten Transportflugzeuge.



In der Kategorie **„Abfallvermeidung/ Reduce, Reuse und Recycle“** ging der Preis der Berliner Stadtreinigung an die **delikatessen Requisiten Fundus Berlin OHG**: Die Gesellschaft verleiht Requisiten und Ausstattungsgegenstände für Film- und Kinoproduktionen, Veranstaltungen sowie Werbefotografien. Zur Verpackung der Requisiten haben sie individualisierte (Farbe, Logo) EUROBoxen in vier verschiedenen Größen angeschafft. Diese ersetzen die bislang benutzten Umzugskartons. Auch haben sie spezielle nachhaltige Verpackungshüllen konzipiert.

1



In der Kategorie „**Smart Cities Lösungen**“ ging der Preis von **Berlin Partner** und der **Investitionsbank Berlin** an die **Zukunftsangelegenheiten GmbH**, die das digitale Netzwerk „**Grüne Stadtlogistik**“ gründete, das unabhängige Radunternehmen mit Versendern von Lebensmitteln verbindet und so erstmals eine flächendeckende, emissionsfreie Belieferungsoption in den Städten per Lastenrad oder elektrischer Leichtfahrzeuge ermöglicht.



In der Kategorie „**Produktion, Dienstleistungen, Handwerk**“ ging der Preis des Bezirks an die **Klara Grün UG**: Klara Grün revolutioniert die Branche des Gebäudereiniger-Handwerks mit einem nachhaltigen und sozial verantwortungsvollen Ansatz. Ihre Innovation liegt in der Kombination aus Wertschätzung, guten Arbeitsbedingungen und der Verwendung eigens hergestellter, ökologischer Reinigungsmittel.



In der Kategorie „**Einzelhandel**“ ging der Preis vom **Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V.** an die **MOOT Upcycling GmbH**: Der Name MOOT steht für „**Made Out of Trash**“ und steht für den radikalen Ansatz, neue Kleidung ausschließlich aus vermeint-

lichem „**Müll**“ zu produzieren. Ihre Re-Design Produkte bestehen zu 100 Prozent aus weggeworfenen Textilien, bei denen die Potenziale intakter, textiler Flächen genutzt werden.



Die **Schülergenossenschaft Berlin Bees** gewann den **Young Green Buddy Award**: Bei den Berlin Bees handelt es sich um eine nachhaltige Schülerfirma der **Emil Molt Akademie**. Auf ihrem Schulgelände im Schöneberger Klez pflegen sie vier Bienenvölker und halten ihre Bienen wesensgemäß.

Und auch das Azubiprojekt der **Geyer Umformtechnik GmbH** gewann einen Young Green Buddy Award: Der Tiny Forest der Auszubildenden der Geyer Umformtechnik wurde Anfang des Jahres gepflanzt. Das Konzept des Tiny Forests basiert auf der sogenannten Miyawaki-Methode, bei der eine große Vielfalt an heimischen Pflanzen auf einer kleinen Fläche gepflanzt werden. Durch die Bepflanzung auf engem Raum konkurrieren die Bäume untereinander und wachsen schneller als üblich, was eine große Bereicherung für die Umwelt ist.

Über den Green Buddy Award

Der Green Buddy Award wurde 2011 vom Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg ins Leben gerufen und hat mittlerweile einen hohen Bekanntheitsgrad erreicht. Auch in diesem Jahr wurde die Preisverleihung wieder mit freundlicher Unterstützung von den Kooperationspartnern durchgeführt – der Buddy Bär Berlin GmbH, Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie, der Investitionsbank Berlin, der Berliner Stadtreinigung, dem Marienpark Berlin, dem Umwelt- und Naturschutzamt des Bezirks, dem Handelsverband Berlin-Brandenburg und dem Bundesverband Erneuerbare Energien.

Quelle: Pressestelle Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Fotos: Julia Merkel

15) Da kannste nicht meckern.



Da kannste nicht meckern

Im Rahmen unserer 2008 begonnenen Berichterstattung über die Entstehung des **EUREF-Campus** am Schöneberger Gasometer, dokumentieren wir die Rede von **Peter Strieder**, die er anlässlich der Fertigstellung am 1. Juni 2024 hielt, und in der Sie auch erfahren, warum die Tartanbahn im Olympiastadion blau ist.



Foto: Christian Kruppa

Jetzt ist es so weit! Der Gasometer ist eröffnet und übergeben, der EUREF-Campus ist fertig gebaut. Ungefähr 15 Jahre hat es gedauert. Das Ergebnis ist grandios und ganz besonders das Werk eines Mannes: **Reinhard Müller**. Diesen auferstandenen Gasometer, ein neues Wahrzeichen Berlins, und das ganze Areal des EUREF-Campus verdanken wir in erster Linie ihm.

Reinhard Müller hat hier mit seinem Team ein wahres Wunder vollbracht, an das vor zehn Jahren, wie üblich bei Wundern, niemand glaubte. Es wurde nicht Wasser in Wein verwandelt, nicht mehr Koks in Stadtgas, sondern eine Industriebrache des 19. Jahrhunderts in den modernsten Zukunftsort Berlins im 21. Jahrhundert. CO₂ neutral, Vorzeigeort für Zukunftstechnologien, Reallabor der Energiewende. Der Gasometer eine neue Landmark.

Ein Wunder? Nein, das Werk eines besonderen Architekten und Unternehmers. Früher nannte man ihn in Fachkreisen „Mister Bauqualität“. Dies ist sein Credo geblieben. Lange planen, kurz bauen, pünktlich übergeben.

Berlin feiert heute die Eröffnung des Gasometers und damit die Vollendung des EUREF-Campus. Großzügig verzichten wir darauf, Zeitungen oder Politiker zu zitieren, die die Ankündigung, hier einen CO₂ neutralen Campus zu errichten, für eine in Berlin übliche

Großspurigkeit hielten und sich jetzt die Augen reiben, obwohl hier schon seit 2014 die CO₂ Klimaziele der Bundesregierung für 2045 erfüllt werden.

Wer Reinhard Müller allerdings näher kennt, hat ihm von Anfang an zugetraut, aus den 122 Arbeitsplätzen, die es hier einmal gab, mehr als 7.000 zu machen. Übrigens: ohne einen Cent öffentlicher Subventionen.

Ich habe Reinhard Müller vor 28 Jahren kennengelernt, als ich Senator für Stadtentwicklung wurde. Zum Ressort gehörte auch der Denkmalschutz und damit der Landesdenkmalrat, dessen Mitglied er war. Von einem Abgeordneten erhielt ich den Tipp, mich mal mit Herrn Müller zu treffen, er sei Architekt und verstehe auch etwas von Geld und vom Steuersparen mit Denkmälern. Das sollte sich bewahrheiten! Wir verstanden uns auf Anhieb, waren beide gutem Essen und auch ordentlichem Wein nicht abgeneigt, also waren wir viel unterwegs.

Eines Abends eröffnete er mir, eigentlich Mitglied der SPD zu sein, allerdings könne er sein Parteiluch nicht finden und fürchte, für viele Jahre die Beiträge nachentrichten zu müssen. Das Problem der drohenden Überschuldung durch ausstehende Parteibeiträge ließ sich lösen. So nahm seine weitere Parteikarriere ihren Lauf.

Ich verzichtete zwar auf seine Idee, seinen roten Ferrari mit dem Schriftzug „*wir haben verstanden*“ im Wahlkampf einzusetzen. Aber als einfaches Parteiluchmitglied lernte er schnell alle in Bund und Land kennen, duzte sich mit ihnen und beriet sie, organisierte eine Ausstellung der **Sammlung Böckmann** mit Werken **Gerhard Richters** im Kanzleramt, erklärte Umweltminister **Sigmar Gabriel** die Energiewende und begleitete Außenminister **Frank-Walter Steinmeier** nach Russland. Er dürfte hier im Saal wohl der Einzige sein, der selbst in Tschernobyl war.

Reinhard Müller hat auch seinen Anteil an der blauen Bahn im **Olympiastadion**. Mir war klar, dass die Idee von **Hertha**, bei der Sanierung des Olympiastadions eine blaue Tartanbahn zu verlegen, zum Konflikt mit dem Denkmalschutz und den Architekten führen würde. Ich bat Reinhard Müller, im Landesdenkmalrat für die blaue Bahn zu werben. Und er tat es mit dem Argument, rote Tartanbahnen gebe es erst seit den 70er Jahren. Im Original seien es Aschenbahnen gewesen und Asche sei eher blaugrau als rot und deshalb sei eine blaue Tartanbahn auch denkmalpflegerisch verträglich. So ist wohl das Berliner Olympiastadion bis heute die einzige große



Anlage mit blauer Bahn. Dieser Austausch von Politik und Wirtschaft, wie wir ihn pflegten, wird heute skeptisch beäugt, dabei kann er beiden Seiten helfen, richtige Entscheidungen zu treffen. Reinhard ist – das sage ich heute noch bewundernd – ein Ingenieur, der wie kaum ein zweiter alt und neu, modern und Denkmal zusammenbringen kann und ein erfolgreicher Unternehmer. **Maria**, seine Frau, kontrolliert seit eh und je das private Budget. Mit ihrer Zustimmung gründeten die Müllers die **Stiftung Denkmalschutz Berlin** und legten den finanziellen Grundstock.

Mitte der 90er Jahre war das Geld im Berliner Haushalt knapp, die Investitionen in das Zusammenwachsen der wieder vereinten Stadt waren enorm. Umso willkommener war es, als die soeben gegründete Stiftung Denkmalschutz Berlin anbot, die Sanierung des **Brandenburger Tors** zu übernehmen. Wenigstens ein Thema, das aus Geldmangel nicht liegen bleiben musste. Der Senat billigte einen Vertrag, in dem alle Rechte und Pflichten niedergelegt waren und Reinhard Müller machte sich mit seinen Leuten daran, die Sanierung zu planen, ein Werbekonzept zur Finanzierung zu entwickeln, neue Laser-Technologien zur Säuberung des Sandsteins zu prüfen und so weiter. **Lothar de Maiziere, Wolfgang Thierse, Dr. Christian Melcher** und viele andere hat er als prominente Unterstützer gewonnen. Dennoch: Derartige Mäzenatentum kennt man im Land der Neidhämmer nicht. Während das Team von Reinhard unentgeltlich die Sanierung plante und beaufsichtigte, gab es von Spiegel bis Tagesspiegel öffentliche Unterstellungen und blanke Missgunst. Letztlich testierte Transparency International, dass alles in Ordnung sei. Die Gerichte untersagten die medialen Unterstellungen.

Während der Sanierung musste die Durchfahrt durch das Brandenburger Tor gesperrt werden, ein damals schier unglaublicher Vorgang, denn der CDU, dem ADAC und unzähligen Autofahrern galt die Fahrt durchs Brandenburger Tor als der Inbegriff von wieder erlangter Freiheit. Die Stiftung Denkmalschutz Berlin begründete die Sperrung mit den notwendigen Sanierungsmaßnahmen, wir ließen den Pariser Platz als Platz pflastern, so dass nach Abschluss der Sanierungsarbeiten die weite Sperrung des Tores für Durchfahrten problemlos akzeptiert wurde und sich dieses Denkmal heute angemessen und würdig präsentieren kann.

Die Stiftung Denkmalschutz Berlin hat mittlerweile 25 Millionen Euro in die Sanierung öffentlicher Lie-

genschaften investiert, vom Strandbad Wannsee bis zum Charlottenburger Tor, zuletzt wurde die Apostel Paulus Kirche in Schöneberg so ertüchtigt, dass sie die Klimaziele der Bundesregierung für 2045 bereits heute erfüllt. Liebe Maria, lieber Reinhard, das war ein großes Geschenk an Berlin, vielen Dank.



Eröffnungsfeier am 1. Juni 2024 – Foto: Christian Kruppa

Es war ein glücklicher Umstand, dass ich Reinhard in der Finanzkrise 2009 den Tipp geben konnte, dass sich der damalige Finanzvorstand der Gasag, **Olaf Czernomoriez**, über einen Verkauf des Geländes um den Schöneberger Gasometer freuen würde, konnte er so doch hohe Rückstellungen für die Altlasten auflösen. Außer Reinhard Müller hatte damals kaum ein Berliner Entwickler Geld und Mut, Kredite gab es nicht und er brauchte keine.

Viele fragten sich, was Müller wohl mit dem Gelände vorhabte, wahrscheinlich auch der Gasag-Vorstand. Nach der Zustimmung des Aufsichtsrats der Gasag hat Reinhard Müller den Gasag-Vorstand zu einem Abendessen eingeladen. Während des Essens zog er das von seinen Mitarbeitern präparierte Magazin „Der Spiegel“ aus der Tasche und schlug die Mittelseiten auf mit den Worten: das haben Sie sich bestimmt so nicht gedacht. Die Headline war: Gas plus, der neue Gasanbieter für Berlin.

Der Spiegel berichtete also, die Gasag bekomme Konkurrenz. Es folgte ein zweiseitiger Artikel zur neuen Marke, die vom ehemaligen Gasag-Gelände aus die Stadt deutlich billiger versorgen werde, als es die Gasag tat. Der Vertriebsvorstand wurde abwechselnd rot und blass, bis Herr Müller den Spaß in der ihm eigenen Art mit den Floskeln auflöste „unter uns gesagt, sei mir bitte nicht böse“ und dabei in lautes Lachen ausbrach. Der Abend nahm doch noch ein versöhnliches Ende.



Reinhard Müller übernahm das Altlastenrisiko und entwickelte mit **Hans Stimmann** und **Bernd Albers** einen Städtebau, der auf die Industriegeschichte Rücksicht nimmt und dem Ort einen urbanen und dennoch offenen Charakter gibt. Gleichzeitig kam er mit der Marke EUREF um die Ecke, ohne Agentur, ohne Think Tank, allein am Schreibtisch. EUREF Europäisches Energieforum - European Energy Forum - funktioniert bis heute! So ist er: eigenwillig, ideenreich, durchsetzungsstark.

Selbst ein so erfolgreicher Unternehmer und Visionär wie Reinhard Müller braucht zur Verwirklichung seiner Ideen die Unterstützung der Politik. Das gilt auch für den EUREF-Campus. Frau Senatorin **Katrin Lompscher** hat genauso geholfen wie Herr Senator **Andreas Geisel** und die Mitglieder des hiesigen Bezirksamtes, **Angelika Schöttler** und **Jörn Oltmann**. Am Ende musste der derzeitige Stadtentwicklungssenator **Christian Gaebler** noch seinem Landesdenkmalamt beibringen, dass Berlins größter Arbeitgeber und wichtigster Konzern, die Deutsche Bahn, sein Logo am denkmalgeschützten Gasometer anbringen darf.

Alle Neubauten und alle Sanierungen hat Reinhard Müller mit **Johannes Tücks** und seinen Kolleginnen und Kollegen entwickelt, verworfen, neu durchdacht. Es waren lange Planungsprozesse bis **Petra Krüger** und **Heribert Günther** die bauliche Verantwortung übernommen, alles kontrolliert und pünktlich abgeliefert haben. Kein Haus ist von der Stange, keines gleicht dem anderen, jedes für sich hat eine eigene Identität und schafft für die Mieter eine eigene Adresse. Die Führung und die Verantwortung, auch die ökonomische, lag aber immer allein bei Dir, natürlich unterstützt durch den Aufsichtsrat und seinen Vorsitzenden **Eckardt John von Freyend**, der uns zwang so zu tun, als sei die EUREF AG ein großes börsennotiertes Unternehmen. Wahrscheinlich weiß er mehr als andere, die Weiterbildung hat uns jedenfalls nicht geschadet!

Ein wichtiger Schritt in der Projektentwicklung war, dass du den Sonntagstalk mit **Günther Jauch** und mit ihm die deutsche Politik herholen konntest. Damit war das Zeichen gesetzt, dass Müller mehr will und man ihn ernstnehmen sollte. Mittlerweile findet auch Maria, dass es eine gute Idee war, **Thomas Kammeier** zu engagieren und ihn ein Team aufbauen zu lassen, das für eine ausgezeichnete Gastronomie steht. Deine kaufmännische Spezialtruppe mit **Benjamin Melchert** und **Martin John von Freyend**, jetzt mit **Kevin Hauert** hat das notwen-

dige Geld für die Investitionen zusammengehalten und dich bei den Mietverträgen unterstützt.

In den letzten Jahren hat Reinhard Müller sein Team erweitert und umgebaut. **Stephan Kohler**, der leider verstorbene frühere Chef der Deutschen Energieagentur, stärkte mit seinen Ideen einer CO₂ freien Zukunft Reinhard Müller immer wieder den Rücken. **Karin Teichmann** kam von BerlinPartner, denn es konnte ja nicht schaden, hier jemanden zu haben, die in der Berliner Wirtschaft vernetzt ist und gelassen den manchmal - bitte sei mir nicht böse, etcetera pp-Müller bremsen kann. Ein besonderes Glück hattest du, dass Sarah (*Anm.de.Red. Sarah-Maria Ameler, Reinhard Müllers Tochter*) sich dafür entschied, hier einzusteigen und Verantwortung zu übernehmen.

Der Campus ist fertig gebaut. Jetzt muss er Campus bleiben. Das heißt, Zusammendenken und Zusammenagieren, Erfahrungsaustausch und voneinander lernen stehen im Vordergrund. Nicht einer entscheidet, sondern gemeinsam ist man stärker. Jetzt kommt es also auf die Communitymanager an. Und genau das ist das Team unter Sarahs Leitung.

Heute wollen viele Teil des Erfolgs sein: die Parteien zahlen dafür, dass sie hier auf dem EUREF-Campus ihre Koalitionsverhandlungen, Klausuren, Sommerfeste veranstalten dürfen, genauso wie der VBKI oder der BDI, der in drei Wochen hier den **Tag der Deutschen Industrie** mit dem Bundeskanzler und dem halben Kabinett ausrichtet. Und die Bundesregierung nutzt den Campus, um international zu zeigen, wie die Energiewende erfolgreich sein kann.

Wie beim Brandenburger Tor so war es auch mit dem EUREF-Campus: Skepsis, ob das funktioniert, wann wohl der Antrag auf öffentliche Subventionen komme, denn anders gehe das ja gar nicht, wir sind ja schließlich in Berlin, sicherlich müsse die Stadt bald eine Investitionsruine übernehmen und teuer bezahlen. Pustekuchen möchte man rufen: Das Brandenburger Tor wurde saniert übergeben, der EUREF-Campus ist fertiggestellt. Und in Düsseldorf auf dem nächsten Müller-EUREF-Campus ziehen bald die ersten Mieter ein. Hier passt nun wirklich Berlins höchstes Lob: **Da kannst du nicht meckern!** Herzlichen Glückwunsch und großen Dank im Namen vieler Berlinerinnen und Berliner.

Anmerkung der Redaktion: Nachdem Reinhard Müller am 5. November 2008 das Projekt EUREF-Campus vorgestellt hatte, erschien am 9. November 2008 paperpress mit der Schlagzeile: „Ein guter Tag für Tempelhof-Schöneberg“ - und weit darüber hinaus, wie wir heute wissen.

16) Gebäude von morgen für Menschen von heute. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 626-07

6. Juni 2024

49. Jahrgang

Gebäude von morgen für Menschen von heute

Die erste Besucherin auf dem **EUREF-Campus** nach der Eröffnungsfeier am vergangenen Samstag war heute Vormittag die stellvertretende Ministerpräsidentin und Ressortchefin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, **Mona Neubaur** (B90/Die Grünen).



Natürlich ging es zuerst in die Sky-Lounge des Gasometers über den Dächern von Berlin.



v.l.n.r.: Christian Mildenerger, Geschäftsführer der Landesgesellschaft NRW.Energy4Climate, EUREF-Vorstände Karin Teichmann und Reinhard Müller, NRW-Ministerin Mona Neubaur sowie Gunnar Wilhelm, Geschäftsführer der GASAG Solution Plus GmbH.

Nach dem Herzstück stand natürlich die Herzkammer des EUREF-Campus auf dem Programm, die Energiewerkstatt der GASAG Solution Plus, die alle Gebäude

zuverlässig übers Jahr mit Wärme und Kälte sowie auch Strom versorgt.



v.l.n.r.: Dr. Matthias Jacob, Geschäftsbereichsleiter von Implenia Hochbau Deutschland, (das Unternehmen errichtet den EUREF-Campus Düsseldorf), Chef-Architekt Johannes Tücks, Reinhard Müller, Christian Mildenerger, Mona Neubaur und Stefan Grund, Verkaufsleiter Handel Handwerk, Europe Operations Schneider Electric.

Fotos: Ed Koch, Stefan Grund, Susann Steinke



Stefan Grund, dessen Unternehmen **Schneider Electric** auch Ankermieter des Campus in Düsseldorf ist, gab einen Einblick in die Klimatechnik der modernen Gebäude, in denen wie von Geisterhand Kälte und Wärme gesteuert werden, das Licht angeht, wenn es gebraucht wird und sich auch die Jalousien anpassen. **Mona Neubaur** betonte, dass aber letztlich der Mensch entscheiden können muss, was für ihn angenehm ist. Sie wünscht sich Gebäude mit der Technik von morgen für die Menschen von heute.



Letzte Station eines Rundgangs ist aufgrund des Lageplans des Campus stets **ubitricity**. Das Unternehmen betreibt inzwischen 10.000 Ladepunkte in Europa, darunter 800 allein in Berlin.

Die Größe und Schönheit des Gasometers wird den Besuchern erst bewusst, wenn sie davorstehen und sich recht klein fühlen.

Ed Koch

1

17) Wohnen statt parken. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 626-05

5. Juni 2024

49. Jahrgang

Wohnen statt parken

Bauen in Berlin ist kein Zuckerschlecken für Investoren. An den für Baugenehmigungen zuständigen Büros in den Rathäusern hängen keine Schilder mit „Herzlich Willkommen.“ Dennoch werden in Berlin immer wieder Bauvorhaben realisiert, vor allem durch die städtischen Unternehmen. In unregelmäßigen Abständen berichten wir am Beispiel von STADT UND LAND, dass es hier und da gelingt, dringende benötigte Wohnungen zu bauen.



Visualisierung Rabensteiner Straße, © Kondor Wes-sels Bouw Berlin GmbH

Heute wurde in Marzahn-Hellersdorf Richtfest für 137 bezahlbare Mietwohnungen gefeiert. Die rund 4.240 Quadratmeter Betonfläche an der Rabensteiner Straße, die früher als Parkplatz diente, erwacht zu neuem Leben. Hier entsteht direkt gegenüber der Grünanlage „Eichepark“ ein elfgeschossiges Mehrfamilienhaus mit Ein- bis Fünf-Zimmer-Mietwohnungen und einem Staffelgeschoss.

Jede Wohnung verfügt über einen Balkon oder eine Terrasse. Im Außenbereich laden zwei getrennte Spielplätze, von denen sich einer an kleinere und der zweite an ältere Kinder richtet, zum Verweilen ein. Den Mieterinnen und Mietern stehen insgesamt 48 PKW-Stellplätze, zum Teil mit E-Ladestation ausgestattet, sowie ausreichend Abstellmöglichkeiten für Fahrräder zur Verfügung. Umgesetzt wird das Neubauvorhaben in Zusammenarbeit mit Kondor Wes-sels Bouw Berlin. Die Gesamtfertigstellung inklusive der Außenanlagen ist für das dritte Quartal 2025 geplant.

Christian Gaebler (SPD), Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, sagte beim Richtfest: „Berlin benötigt dringend bezahlbaren Wohnraum. Auch hier in Marzahn-Hellersdorf setzen wir das konsequent um. Von den 137 Wohnungen, die entstehen, sind 122 gefördert, das ist ein Förderanteil von

fast 90%. Mit Blick auf unser Ziel der Netto-Null-Versiegelung ist dies ein vorbildhaftes Projekt. Auf einem ehemals ungenutzten, bereits versiegelten Parkplatz entsteht neuer Wohnraum im großen Stil. Indem wir entsprechend hoch bauen, minimieren wir den Flächenverbrauch.“



Christian Gaebler (l.), Nadja Zivkovic (2.v.r.), Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf, und die Geschäftsführer von STADT UND LAND, Natascha Klimek und Ingo Malter. Foto: Christian Kruppa

Bezirksbürgermeisterin **Nadja Zivkovic** (CDU): „Marzahn-Hellersdorf wächst kontinuierlich. Neben der guten Infrastruktur mit direkter Anbindung an die Innenstadt und den vielfältigen Angeboten und Aktivitäten in den verschiedenen Ortszentren trägt vor allem bezahlbarer Wohnraum zur Attraktivität des Bezirks bei.“

Natascha Klimek: „Bei dem Neubauprojekt nutzt die STADT UND LAND erstmalig die neue Förderung nach den Wohnungsbauförderungsbestimmungen 2023. Damit werden neben den bewährten Förderungen erstmalig auch Wohnungen gefördert, die von Haushalten mit mittlerem Einkommen bezogen werden können. Hierdurch können 122 der insgesamt 137 Wohnungen zu Anfangsmieten zwischen 7,00 EUR und 11,50 EUR an Inhaber eines entsprechenden Wohnberechtigungsscheins vergeben werden.“

Ingo Malter: „Im Jahr 2014 startete der Konzern mit einem Wohnungsbestand von 39.370 Einheiten - seine Wachstumsstrategie. Aktuell verfügen wir über 52.500 Wohnungen, was einer Steigerung von etwa 33 Prozent entspricht. Bis 2033 soll dieser Bestand durch Ankauf und Neubau auf 56.254 Wohnungen erweitert werden. Von 2024 bis 2033 ist der Baubeginn für weitere 3.854 Wohnungen vorgesehen sowie ein Investitionsvolumen von rund einer Milliarde Euro für den Ankauf und den Neubau bezahlbaren Wohnraums.“

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch
Quelle: STADT UND LAND

Österreich (Seiten E 77 – E 78)

01) Straße in Wien-Donaustadt wird nach Alexander Dubček benannt

Im 22. Wiener Bezirk wird eine Straße nach dem ehemaligen (tschecho)slowakischen Reformkommunisten **Alexander Dubček** benannt. „Die Straßenbenennung setzt ein starkes Zeichen für eine politische europäische Persönlichkeit“, ließ dazu Bürgermeister **Michael Ludwig** (SPÖ) wissen. [Hier geht es zum ganzen „Kurier“-Beitrag.](https://kurier.at/chronik/wien/strasse-in-wien-donaustadt-wird-nach-alexander-dubcek-benannt/402912350)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 42, 2024

Wien, am 19. Juni 2024

<https://kurier.at/chronik/wien/strasse-in-wien-donaustadt-wird-nach-alexander-dubcek-benannt/402912350>

Wien

Straße in Wien-Donaustadt wird nach Alexander Dubček benannt



□

Der 22. Bezirk ehrt eine Symbolfigur des "Prager Frühlings". Für Bürgermeister Ludwig war Dubček "herausragende Persönlichkeit." 12.06.24, 19:36

In **Wien-Donaustadt** wird eine Straße nach dem ehemaligen tschechoslowakischen Reformkommunisten **Alexander Dubček** benannt. Sie wird laut einem Beschluss der Bezirksvertretung zwischen der Lackenjöchelgasse und der Pfalzgasse im 22. Wiener Gemeindebezirk zu finden sein, teilte die SPÖ Wien am Mittwochabend mit.

Seite E 78 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

"Die Straßenbenennung setzt ein starkes Zeichen für eine politische europäische Persönlichkeit", ließ dazu Bürgermeister **Michael Ludwig** (SPÖ) wissen.

"Menschliches Antlitz"

"Dubček prägte mit seinem Einsatz für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte das Gesicht des heutigen Europas", erklärte der Bürgermeister weiter, "es freut mich, dass mit der Benennung der '**Alexander Dubček Straße**' an das Wirken einer herausragenden Persönlichkeit, eines reformorientierten Politikers, der für eine demokratische und menschliche Gesellschaft kämpfte, erinnert wird."

Dubček, 1921 in **Uhrovec** in der Westslowakei geboren, versuchte 1968 als Chef der **tschechoslowakischen Kommunistischen Partei (KP)** durch Reformen dem Sozialismus ein "menschliches Antlitz" zu geben. Er wurde somit zur **Symbolfigur des "Prager Frühlings"**.

Die Zensur wurde abgeschafft und die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit garantiert. Im August 1968 besetzen Truppen des Warschauer Paktes die Tschechoslowakei (**ČSSR**) und beendeten gewaltsam den "Prager Frühling". Dubček wurde in der Folge entmachteter.

"Samtene Revolution"

Ab 1989 spielte Dubček noch einmal eine politische Rolle bei der "**samtene Revolution**" in der Tschechoslowakei. Er war Mitbegründer der Bewegung "**Öffentlichkeit gegen Gewalt**" (**VPN**). Dubček wurde rehabilitiert und zum Präsidenten des Bundesparlamentes der Tschechoslowakei gewählt.

1991 trat Dubček aus der VPN wegen deren nationalistischen Bestrebungen aus und übernahm im Jahr darauf den Vorsitz der Sozialdemokratischen Partei der Slowakei. Dubček starb im November 1992 an den Folgen eines nicht restlos geklärten **Autounfalls**.

Südtirol (Seiten E 79 – E 97)

01) Auf zum Schwur, Tiroler Land...

Trotz widrigen Wetters konnten tausende Südtirol-Urlauber miterleben, wie am 9.6. auf vielen Berggipfel und Berghängen an das feierliche Gelöbnis des Landes Tirol vom 1. Juni 1796 erinnert wurde. [Hier geht es zum SID-Beitrag.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 43, 2024

Wien, am 24. Juni 2024

<https://suedtirol-info.at/auf-zum-schwur-tiroler-land/?ct=YTo1OntzOjY6lnNvdXJjZSI7YToyOntpOjA7czo1OiJlbWFpbCI7aToxO2k6OTt9czo1OiJlbWFpbCI7aTo5O3M6NDdoic3RhdCI7czo1MjoiNjY3NDhkNzAzMDAxMDMwMzI4MTkyNyI7czo0OiJlZWFkIjtzOjM6IjI4NCI7czo3OiJjaGFubmVsIjthOjE6e3M6NToiZW1haWwiO2k6OTt9fQ%3D%3D>

Auf zum Schwur, Tiroler Land...



Die Botschaft von hunderten Fackelträgern auf den Bergen Südtirols fordert: FREIHEIT. Das Landes-Wappen, der Tiroler Adler, symbolisiert diese Freiheit. Foto: Glasfenster im Schloss Tirol.- *Foto Verfasser.*

Trotz widrigen Wetters konnten tausende Südtirol-Urlauber miterleben, wie am Sonntag, 9. Juni 2024, auf vielen Berggipfel und Berghängen an das feierliche Gelöbnis des Landes Tirol vom 1. Juni 1796 erinnert wurde: damals gelobten die Tiroler Landstände, angesichts der schweren Bedrohung durch Napoleon, ihr Land dem „Heiligsten Herz Jesu“ anzuvertrauen, um den göttlichen Beistand gegen den Eroberer zu erhalten.

Bericht von Georg Dattenböck



Die tiefe Religiosität der großen Volksmehrheit in Tirol blieb bis heute erhalten, wie man beim Eintritt in die Häuser und Höfe Tirols feststellen kann. -Foto. Verfasser

Heute ist das Erinnerungsfest für die Süd-Tiroler aus allen Volksschichten der Anlass, ihre Identität, die sprachlich-kulturelle und geistige Landeseinheit, trotz 100jähriger Herrschaft Italiens, zu bewahren.

Angesichts der Besorgnis erregenden politischen Lage Südtirols sind diese Botschaften aus den Bergen Süd-Tirols für jeden Besucher sofort verständlich. Vor sehr vielen Höfen und Häusern wurde im gesamten Land ebenfalls die Tiroler Fahne aufgezo-



Bilder von „Herz-Jesu-Feuern“ in Südtirol. Quelle: „Feuerherz“ der Alpenvereinsjugend, Jungschützen, Bauern- und Katholischen Jugend

Bergfeuer wurden unter der Zeit des „Duce“ Mussolini wie ein Verbrechen verfolgt, wie man aus den Meldungen der damaligen Tageszeitungen entnehmen kann. Hier ein Original-

artikel aus dem „Tiroler Anzeiger“ vom 5. 3. 1935 mit dem Titel „**Konfinierungen in Südtirol**“ (von lateinisch: confinium = Grenze, Grenzgebiet und bezeichnet eine Form der Verbannung).

Konfinierungen in Südtirol

Man schreibt uns aus Südtirol:

Am 26. Februar tagte in Bozen die Konfinierungskommission. Dabei wurden zwölf Südtiroler wegen Anzündens von Freudenfeuern anlässlich der Saarabstimmung, bzw. Veranstaltung einer Weihnachtsfeier, zu insgesamt 27 Jahren Verbannung verurteilt. Unter den Verurteilten befindet sich Alois Lobis, Bauer in Unterinn, Vater von neun Kindern (Strafe 3 Jahre Verbannung) und Peter Lobis, Koblbauer in Unterinn, Vater von vier Kindern (Strafe 2 Jahre), sowie der **P f a r r e r** von Sulden (Strafe 3 Jahre).

Aus: „Tiroler Anzeiger“ vom 5. März. 1935.

12 Südtiroler wurden wegen des Anzündens von Freudenfeuer bzw. Veranstaltung einer Weihnachtsfeier „**zu insgesamt 27 Jahren Verbannung verurteilt**“, darunter der **Pfarrer von Sulden mit einer Strafe von 3 Jahren**.

Weil sie Hausunterricht erteilten, wurden bei deutschen Lehrkräften in Kaltern, Tschengls, Villanders und anderen Orten Hausdurchsuchungen durchgeführt und sie wurden zu hohen Geldstrafen verurteilt.

Der Faschismus lebt

Nun mag dazu eingewendet werden, dass dies unter der Zeit des „Duce“ vor 90 Jahren geschehen war und heute nicht mehr möglich sei.



Der Aufmarsch faschistischer Fanatiker in Rom.-Foto: Schweizer Radio und Fernsehen SRF

Bei einem Aufmarsch der neofaschistischen Organisation „Casapound“ im römischen Stadtteil Tuscolano im Jänner 2024, zeigten jedoch hunderte Fanatiker den faschistischen Gruß. Italiens Ministerpräsidentin, Giorgia Meloni, schwieg dazu beharrlich und wurde deswegen in Italien und Europa sehr scharf kritisiert. Eine bekannte Italienerin urteilte:

„Hunderte, meist junge Männer in faschistisches Schwarz gekleidet, militärisch aufgereiht, riefen „presente“ (anwesend), wie es unter Mussolini üblich gewesen war. Aufgestellt wie in einer Schlachtenreihe. Das seien Bilder, wie man sie 1924 sah.“

Die Staatsanwaltschaft Rom leitete wegen dieses militanten Aufmarsches ein Ermittlungsverfahren ein. Der **römische Kassationsgerichtshof**, die dritte und höchste Instanz der italienischen Gerichtsbarkeit, entschied im Jänner 2024: **Der Faschistengruß sei nicht als Straftat zu werten. Der „römische Gruß“, die italienische Variante des „Hitlergrußes“, ist nunmehr in Italien weitgehend legitim.**

Die „Salonfähigkeit“ des Faschismus in alter und neuer Form

In Italien wird der Faschismus zunehmend wieder salonfähig gemacht. In Südtirol aber weiß man, welches Unheil diese Ideologie in der Vergangenheit über das Land gebracht hat.



Das Buch „Der Marsch auf Bozen“ (Effekt-Verlag in Neumarkt in Südtirol – <https://www.oeffekt.it/produkt/der-marsch-auf-bozen/>) entlarvt die verbrecherischen Machenschaften Mussolinis und Hitlers betreffend Südtirol und ist jedem Interessierten zu empfehlen.

Mit welchem brutalem Zynismus der „Duce“ Benito Mussolini gegenüber der damaligen österreichischen Regierung in den Jahren seiner Diktatur gelogen hatte, dokumentiert sich in seiner Aussage, dass er die Sache mit der Italianisierung der Ortsnamen schon abgestellt habe: „*Finito con quella cosa*“. (Quelle: Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918-1938 (ADÖ 10/1516)).

Die historische Wahrheit ist diametral entgegengesetzt: Mit immer größerem Fanatismus wurde die „Italianatà“ Südtirols, der gewollte und geplante Ethnozid an den Süd-Tirolern, vom Staat Italien vorangetrieben, wie die Meldung im „Tiroler Anzeiger“ vom 31. Mai 1935 mit dem Titel „*Umbenennungen der Straßen und Hotels in Meran*“ beweist.

Umbenennung der Straßen und Hotels in Meran

In den letzten Tagen fanden in Meran Umbenennungen der Straßen und Hotels statt. Einige davon zählen wir auf: Straßen und Plätze: Via Christomannos = Via Camillo Cavour, Corso Goethe = Corso Armando Diaz, Via Tappeiner = Via Galileo Galilei, Via Grabmayr = Via Santa Caterina, Via Knillenberg = Via Miramonti, Via Laurin = Via Monte Tessa, Via Weihenhorn = Via S. Francesco d'Assisi, Via Giovanni Bintlner = Via degli Alpini, Via Winkel = Via dei caduti Fascisti, Via Johannes = Via San Marco, Via P. Zingerle = Via Case nuove, Via Peter Mayr = Via San Vigilio, Via Starkenhof = Vicolo del Cinema, Via Beda Weber = Via Rezia.

Aus: „Tiroler Anzeiger“ vom 31. Mai 1935.

Wäre es nicht mitten in Europa so endlos entwürdigend, beschämend und traurig, müsste man lachen bei den Versuchen der Faschisten, dem kleinsten Ort in Tirol, der entlegensten Flur in den Bergen und z. B. der urtirolerischen Keschtngasse in Dorf Tirol einen „italienischen Anstrich“ zu geben.



Der „Südtiroler Heimatbund (SHB)“ gab 2023 die Schrift: „**Rechtliche und linguistische Aspekte der Ortsnamengebung in Südtirol**“ heraus, wo auf 38 Seiten sachlich und klar die Lage geschildert wird



Bezug über: <https://www.oeffekt.it/shop>

Bereits vor einem Jahr, am 3.4.2023, schrieb der „Südtiroler Heimatbund“ einen „eindringlichen Appell“ an die Abgeordneten des Südtiroler Landtages:



Eindringlicher Appell zur Abschaffung der faschistischen Ortsnamendekrete

Sehr geehrte Abgeordnete des Südtiroler Landtages!

Das Jahr 2023 ist für Südtirol ein trauriges Jubiläum: Vor genau 100 Jahren beschloss der Großrat des Faschismus „Maßnahmen für das Hochetsch zum Zwecke einer geordneten, schnellen und wirksamen italienischen Assimilierung“. Zu diesen Maßnahmen gehörte u.a. die Verabschiedung von drei faschistischen Ortsnamendekreten (1923, 1940, 1940), die bis heute in Kraft sind.

Die Gültigkeit dieser Dekrete bedeutet de jure, dass ausschließlich die so genannten „italienischen“ Orts- und Flurnamen einen amtlichen Status haben, nicht jedoch die deutschen und ladinischen! Dass die so genannten „italienischen“ Namen weit mehrheitlich nur zum Schein italienisch sind und einen manipulativen Zweck erfüllen, darf weder bestritten noch relativiert werden – ebenso wenig, dass die deutschen und ladinischen Namen bis heute amtlich nicht wiederhergestellt wurden.

In der autonomen Region Aostatal, wo unter dem Faschismus, so wie in Südtirol, die Orts- und Flurnamen ebenfalls italianisiert worden waren, hat man sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges umgehend von diesen minderheitenfeindlichen Maßnahmen distanziert und die authentische Ortsnamengebung wiederhergestellt. Nicht so in Südtirol.

Dennoch ist es, selbst nach 100 Jahren, nie zu spät für die Wiedergutmachung eines historischen Unrechts. Versuche in diese Richtung sind im Landtag bedauerlicherweise immer wieder gescheitert. Nun liegt – anlässlich des traurigen 100. Jubiläums – ein weiterer Versuch vor, und zwar in Form eines Begehrensantrages der Süd-Tiroler Freiheit.

Wir appellieren eindringlich an jeden Einzelnen von Ihnen, dem Antrag zuzustimmen und somit beizutragen, dass nach 100 Jahren endlich die Grundlage für eine authentisch-mehrsprachige, wissenschaftlich fundierte und ideologiefreie Toponomastik sowie für ein ressentimentfreies Miteinander der Sprachgruppen in Südtirol geschaffen wird.

Südtirol, den 3. April 2023

Mit freundlichen Grüßen

Roland Lang

Obmann des Südtiroler Heimatbundes

Die

politische Lage im Jahr 2024 stellt sich so dar: Die nahtlos in der Tradition des Faschismus stehende Partei „Fratelli d'Italia“ (FdI) und deren derzeitige Spitzenrepräsentantin, **Giorgia Meloni**, sehen im provokativen Zeigen des Faschistengrußes, vor allem in Süd-Tirol, kein Problem. Das ist ein äußerliches Zeichen der Gesinnung. Einer Gesinnung, die auf die weitere Aushöhlung autonomer Rechte zugunsten einer immer stärkeren Zentralisierung der Staates abzielt.

Wessen Geistes Kind Frau Meloni ist, dokumentiert folgendes Zitat: „Die Süd-Tiroler sollen nach Österreich auswandern, wenn ihnen die italienische Trikolore nicht passt“.



Giorgia Meloni bei einer Ansprache.

Nach seiner schwerer Niederlage bei den Landtagswahlen 2023 umwarb **Südtirols Landeshauptmann Kompatscher die Frau Meloni** und ihre **neofaschistische Partei „Fratelli d’Italia“**. Das über 70 Jahre lang im gesamten Tiroler Volk und auch in der Südtiroler Volkspartei (SVP) völlig Unvorstellbare wurde Wirklichkeit: **Der Landeshauptmann der politisch geknebelten Süd-Tiroler legte sich freiwillig in das politische Bett des Faschismus.**

Am 2. Dezember 2023 sprach sich der Parteiausschuss der SVP für eine Koalition mit Melonis „Fratelli d’Italia“, der „Lega“, „La Civica“ und den ihre frühere Gesinnung preisgebenden Südtiroler „Freiheitlichen“ aus. Diese 5 Parteien verfügen zusammen über 19 der 35 Sitze im Landtag.

Als Dank wählten die fünf Parteien im Landtag am 18. Januar 2024 Arno Kompatscher mit 19 zu 16 Stimmen wieder zum Landeshauptmann, er trat sein Amt am 1. Februar 2024 an.

Kompatscher kündigt dauernd Dinge an, die er dann nicht umsetzt. Dabei wäre eine Sanierung der schwer beschädigten Autonomie dringend nötig: **In fast 50 Prozent der autonomen Kompetenzen gab es in den letzten 30 Jahren Aushöhlungen durch den italienischen Staat.** Bisher ist Kompatscher aber untätig geblieben. Er fällt durch Zugeständnisse und Ausreden auf, anstatt durch Ergebnisse.

Das Gedenken an das Bündnis mit dem Herzen Jesu steht der Gesinnung des Verzichtes entgegen. In diesem Sinne dürfen wir sagen:

Süd-Tirol bräuchte endlich einen Landeshauptmann, der ein Garant für den Schutz der Autonomie ist und der für das eigene Volk arbeitet. Und nicht einen Landeshauptmann, der ständig auf den Knien nach Rom rutscht!

xx) Carabinieri in Südtirol: Verschweigen einer teilweise düsteren Vergangenheit

Am 12. Juni 2024 wurde in Bozen von Bürgermeister Renzo Caramaschi (am Beitragsbild mit Tricolore-Schärpe), der SVP-Stadträtin Johanna Ramoser und Vertretern der Carabinieri, ein indoktrinierendes Merkheft für Südtiroler Schüler vorgestellt. [Hier geht es zum ganzen SID-Beitrag.](https://suedtirol-info.at/lobpreisung-der-carabinieri-in-einem-indoktrinierenden-merkheft-fuer-suedtiroler-schueler/?ct=YTo1OntzOjY6InNvdXJjZSI7YToyOntpOjA7czo1OiJlbWFpbCI7aToxO2k6Nzt9czo1OiJlbWFpbCI7aTo3O3M6NDoic3RhdCI7czoYmJoiNjY2ZDc0YzVjZmNkYTY5NDUxODE2MyI7czo0OiJsZWFKlitzOjM6IjQyNSI7czo3OiJjaGFubmVsljthOjE6e3M6NToiZW1haWwiO2k6Nzt9fQ%3D%3D)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 41, 2024

Wien, am 17. Juni 2024

<https://suedtirol-info.at/lobpreisung-der-carabinieri-in-einem-indoktrinierenden-merkheft-fuer-suedtiroler-schueler/?ct=YTo1OntzOjY6InNvdXJjZSI7YToyOntpOjA7czo1OiJlbWFpbCI7aToxO2k6Nzt9czo1OiJlbWFpbCI7aTo3O3M6NDoic3RhdCI7czoYmJoiNjY2ZDc0YzVjZmNkYTY5NDUxODE2MyI7czo0OiJsZWFKlitzOjM6IjQyNSI7czo3OiJjaGFubmVsljthOjE6e3M6NToiZW1haWwiO2k6Nzt9fQ%3D%3D>

Lobpreisung der Carabinieri in einem indoktrinierenden „Merkheft“ für Südtiroler Schüler



Verschweigen einer teilweise düsteren Vergangenheit

Am 12. Juni 2024 wurde in Bozen von dem Bürgermeister Renzo Caramaschi (am Beitragsbild mit Tricolore-Schärpe), der SVP-Stadträtin Johanna Ramoser und Vertretern der Carabinieri, ein indoktrinierendes Merkheft für Schüler vorgestellt.

Dazu veröffentlichte der „**Südtiroler Heimatbund (SHB)**“ folgende Presseerklärung:

Carabinieri in Südtirol – eine nicht aufgearbeitete Vergangenheit

Seite E 88 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

Die Stadt Bozen hat ein „Diario/Merkheft 2024/25“ für Schüler herausgegeben mit dem Titel

„A scuola con i – Zur Schule mit den – Carabinieri“.

Hier werden auf der Titelseite die Carabinieri den Kindern zeichnerisch als liebe Beschützer in Gestalt von Plüschtier-Hunden nahegebracht.



Ohne die verdienstvolle Rolle vieler Carabinieri bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit schmälern zu wollen, muss doch darauf hingewiesen werden, dass die Geschichte der Carabinieri in Südtirol auch eine Jahrzehnte lang andauernde düstere Seite aufzuweisen hat.

Bereits nach dem Einmarsch der italienischen Truppen in Südtirol im November 1918 war es zu schweren Übergriffen gegenüber der deutschen und ladinischen Bevölkerung gekommen. Die Übergriffe und Gewalttaten häuften sich in der Zeit des Faschismus. Auch das Kriegsende brachte keine umgehende Besserung. Aus dem Süden einfallende plündernde Räuberbanden, die sich „Partisanen“ nannten, wurden von den Carabinieri nicht in ihrem Tun gehindert. Im Grödental kam es zu Mordtaten.

Im Jahr 1961 und in den folgenden Jahren kam es in Carabinieri-Kasernen zu zahlreichen und schweren Folterungen Südtiroler Freiheitskämpfer, die sich gegen die andauernde gewalttätige Unterdrückung erhoben hatten. Auch hier gab es Todesopfer.

Heute große Sonderbeilage: Das Winterland Tirol

Kassierer / Abolite: Siebermann Josefbr. Verlagsgesellschaft Innsbruck 2 P. L. N.



Tiroler Nachrichten

18. Jahrgang Samstag, 12. Jänner 1961 Nr. 19

Scharfe Erklärung der Tiroler Landesregierung: „Italien foltert mit System und Brutalität“

Sondersitzung des Südtiroler Landtages – Rom soll parlamentarische Untersuchungskommission einsetzen – Sonntag wird Gostner beerdigt

BOZEN, INNSBRUCK. — Die Tiroler Landesregierung gab gestern zum Tode der beiden Südtiroler Franz Höfler und Anton Gostner eine Regierungserklärung ab, in der mit scharfen Worten gegen die „systematische Anwendung der Folter als polizeiliche und strafgerichtliche Untersuchungsmethode“ durch italienische Behörden protestiert wird. Sonntag wird Anton Gostner in Südtirol zu Grabe getragen. Man erwartet eine starke Beteiligung der Bevölkerung. Auch der Südtiroler Landtag trat gestern unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Ing. Pupp zu einer Sondersitzung zusammen, um über eine



Der tote Franz Höfler (dieses erschütternde Bild wurde vor der Obduktion im Bozener Krankenhaus aufgenommen). Inzwischen starb ein weiterer Südtiroler, Anton Gostner, an den Folgen der italienischen Folterungen. Mit viel Geschick haben die italienischen Zeitungen bereits lasierte Meldungen gebracht, daß in beiden Fällen ein „natürlicher Tod“ vorliegt. Die offiziellen Obduktionsergebnisse liegen noch nicht vor. Während bei „gewöhnlichen Verbrechen“ oder deren Opfer die Ergebnisse meist schon nach Stunden veröffentlicht werden, dauert es in diesen Fällen auffallend lange. Wir werden gegebenenfalls auf die zu erwartenden Untersuchungsergebnisse zurückkommen und unter Umständen nicht zurückweichen, auch Augenzeugenberichte zu veröffentlichen. Berichte von Menschen, die dabei waren — bei den Folterungen, im Gefängnis und bei den Untersuchungen. Die „Tiroler Nachrichten“ haben in dieser Frage immer eine eindeutige Stellung bezogen und werden es auch in Zukunft tun. Hier geht es mehr als um politische Rücksichten — es geht um menschliche Schicksale.

Die Folterer wurden nicht bestraft, sondern eine Reihe von ihnen wurde von einem italienischen Gericht sogar freigesprochen bzw. fielen die begangenen Misshandlungen unter Amnestie. Sie wurden anschließend öffentlich belobigt und geehrt.

Dieser Teil der Geschichte wird von offizieller italienischer Seite und seit längerem auch von deutscher Seite bis heute zumeist schweigend übergangen. Hier wäre längst eine kritische Aufarbeitung mit öffentlicher Entschuldigung für das in der Vergangenheit begangene Unrecht angebracht. Dies würde einem unbefangenen Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung dienen.

Bislang deutet nichts darauf hin, dass dies in naher Zukunft geschehen könnte – doch die Hoffnung stirbt zuletzt.

Roland Lang

Obmann des „Südtiroler Heimatbundes (SHB)“

WIR KLAGEN AN!



Dieses Bild zeigt den am 22. November 1961 in der Kaserne zu Eppan von den Carabinieri grausam gemarterten und an den erlittenen Verletzungen dann im Gefängnis von Bozen verstorbenen Südtiroler Bauernburschen Franz Höfler aus Lana bei Meran. Mit ihm fanden in den italienischen Kerkern die Freiheitskämpfer Anton Gostner und Sepp Kerschbaumer den Tod. Luis Amplatz aber wurde von einem Agenten für hohes Meuchelgeld im Schlaf erschossen.

Fahren Sie nicht kalten Herzens an den Folterkernern von Bozen, Meran, Brixen, Eppan, Neumarkt und Trient vorbei!

Fahren Sie nicht über die Salurner Klause hinaus! Bleiben Sie in Tirol – in Südtirol! Lernen Sie das unterdrückte Bauernvolk Südtirols kennen und lieben!

In Ihrer Heimat aber vertreten Sie unsere Forderung:

SELBSTBESTIMMUNG FÜR SÜDTIROL!

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bergisel-Bund, Landesverband für Oberösterreich. Für den Inhalt verantwortlich: Helmut Golowitsch. Alle: Linz/Donau, Dinghoferstraße 3. Druck: Josef Steiner, 1150 Wien, Hollergasse 31



Nach Freispruch auch — „Belobigung“

Die römische Zeitung „Il Tempo“ vom 1. September berichtete, daß die zehn Carabinieri, die in Trient wegen Mißhandlung von Südtiroler Häftlingen vor Gericht gestanden sind, in Rom vom Kommandanten der Carabinieri, General de Lorenzo, empfangen wurden, der ihnen seine Anerkennung für ihr Verhalten während des Prozesses aussprach. Das Blatt veröffentlicht auf Seite 1 in großer Aufmachung obiges Photo der zehn Carabinieri in voller Uniform, das nach ihrer Ankunft in Rom aufgenommen wurde. In der Bildunterschrift wird auch auf das „provokatorische Verhalten“ der Südtiroler Häftlinge während des Prozesses hingewiesen. Die Tatsache, daß die zehn Carabinieri nach dem Freispruch nun auch von ihrem höchsten Vorgesetzten eine „Belobigung“ erhielten, hat zur Beruhigung der Gemüter bestimmt nicht beigetragen. Der Artikel im „Tempo“ trieft vor Haß gegen Oesterreich.

Bericht in „Dolomiten“ vom 7. September 1963

xx) „ciao! bella, ciao, ciao, ciao!“ – „Lebe wohl, Schöne, lebe wohl, lebe wohl!“



[Aktuelles](#) [Kontakt](#) [Spenden](#)

„ciao! bella, ciao, ciao, ciao!“ – „Lebe wohl, Schöne, lebe wohl, lebe wohl!“

Auch in diesem Jahr ließ es sich der Südtiroler Landeshauptmann Dr. Arno Kompatscher nicht nehmen, am 25. April 2024 seine Verbundenheit mit Rom durch seine Teilnahme an der Feier des italienischen „Tages der Befreiung“ in Bozen zu betonen. Zusammen mit dem Bozener Bürgermeister Renzo Caramaschi und Vertretern der „Partisanen“-Organisation ANPI sang er ein die damaligen Partisanen verherrlichendes Lied „ciao! bella, ciao, ciao, ciao!“.

[>> Mehr dazu hier](#)

[Südtiroler Informationsdienst](#)

Georg Dattenböck

Anzing 35

A-4113 St. Martin

presse@suedtirol-info.at



Der Südtiroler Landeshauptmann Dr. Arno Kompatscher, sein „Tag der Befreiung“ und die von ihm verehrten Partisanen

Auch in diesem Jahr ließ es sich der **Südtiroler Landeshauptmann Dr. Arno Kompatscher** nicht nehmen, am 25. April 2024 seine Verbundenheit mit Rom durch seine Teilnahme an der Feier des italienischen „**Tages der Befreiung**“ in Bozen zu betonen. **Zusammen mit dem Bozener Bürgermeister Renzo Caramaschi und Vertretern der „Partisanen“-Organisation ANPI sang er ein die damaligen Partisanen verherrlichendes Lied „ciao! bella, ciao, ciao, ciao!“.**

Festa della Liberazione, Caramaschi e Kompatscher cantano assieme "Bella Ciao"



Scrosciante applauso dei partecipanti alla cerimonia per il 25 aprile. Presenti i rappresentanti istituzionali e le autorità civili e militari, con in prima fila l'Anpi. Tra il pubblico anche chi ha gridato: "Fuori i fascisti dalla giunta" (video)

Auf der Internetseite der italienischen Tageszeitung „Alto Adige“ wurde diese Szene schön dargestellt unter der Überschrift:

„Fest der Befreiung, Caramaschi und Kompatscher singen zusammen das Lied ‚Bella Ciao‘“

Von dem angeblichen „Partisanenlied“ sind weder Autor noch Entstehungsgeschichte bekannt. Sehr seltsam! Angeblich wurde es bereits im Zweiten Weltkrieg von den italienischen Partisanen gesungen. Es gibt aber auch die Vermutung, dass die heute zu den beliebtesten Kampfliedern der politischen Linken gehörende sentimentale Verherrlichungshymne erst nach 1945 geschaffen wurde.

**Una mattina mi son svegliato,
o bella, ciao! bella, ciao! bella, ciao, ciao, ciao!
Una mattina mi son svegliato,
e ho trovato l'invasor.**

**Eines Morgens erwachte ich
O Schöne, tschau, Schöne, tschau, Schöne, tschau, tschau, tschau!
Eines Morgens erwachte ich
und fand den Eindringling vor.**

Seite E 94 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

In dem Lied heißt es weiter, dass der Partisan nun in den Kampf gegen den deutschen „Eindringling“ aufbrach und seine Schöne bat, ihn zu begraben, falls er sterben sollte. Und Blumen von seinem Grab sollte sie weiterschenken. Ergreifend!

Das tatsächliche Geschehen: Ab dem „Tag der Befreiung“ – Abschlachtungen von Menschen durch Nachkriegs-Partisanen

Am 5. April 1945 hatten die alliierten Streitkräfte die deutsche Front in Italien durchbrochen und die deutschen Truppen fluteten nun chaotisch nach Norden, der eigenen Heimat zu.

Nun ergriffen straff organisierte kommunistische Partisaneneinheiten die Initiative. Am **25. April 1945** brach in großen Städten wie Bologna, Padua und Mailand ein **Aufstand kommunistischer Partisanen** los, die Jagd auf politische Gegner machten, Mordtaten vollbrachten und in weiten Landstrichen die Macht an sich rissen. Dieses Geschehen wird bis heute in Italien als „**Tag der Befreiung**“ und der Geburt des nunmehr demokratischen Staates Italien gefeiert.





Der Historiker **Roberto Beretta** hat in seinem 2005 erschienenen Buch „*Storia dei preti uccisi dai partigiani*“ („Geschichte der von den Partisanen umgebrachten Priester“) 129 Fälle grausam abgeschlachteter Priester und eines vierzehnjähriger Seminaristen dokumentarisch behandelt.



Links: Das Buch von Roberto Beretta. Rechts: Bild des ermordeten Seminaristen Rolando Rivi.

Räuberische Mörderbanden als „Nachkriegspartisanen“ in Südtirol

In Südtirol traten erst nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 2. Mai 1945 italienische „Freiheitskämpfer“ öffentlich auf. Sie plünderten vor allem Südtiroler. Schlimmsten Terror aber verübten Räuberbanden aus südlichen Gefilden wie der Provinz Belluno, die als „Partisanen“ in die deutsch und ladinisch besiedelten Gebiete einfielen. Sie raubten und plünderten in Bozen, Salurn, Naturns und an anderen Orten. Es kam zu zahlreichen Verschleppungen und zu Morden im Grödental.

Die Gräber von vier Ermordeten, die auf dem Friedhof von St. Christina bestattet wurden, sind heute noch zu sehen.



Des Landeshauptmannes seltsames Verhältnis zu der italienischen Partisanenvereinigung „ANPI“

Offenbar weiß **Landeshauptmann Dr. Kompatscher** nicht, was sein **Parteiorgan „Volksbote“** im Jahr 1945 über die sogenannten italienischen „Partisanen“ in Südtirol geschrieben hat.

Volkshote

! man breite nur-Zelle 10 L.
Anzeigensvertretung außerhalb
sonderem Terr. Die Süsser
Filiales der Soc. Publ. Ital.

Organ der Südtiroler Volkspartei

Erscheint wöchentl. einmal.
zumbr 1943 L. 60.— Einzel
Einzahlung u. Anzeigennahme
stellen in Bozen, Grixon, Merz

Bozen, den 15. November 1945

Was aber den aktiven Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft anbelangt, so müssen wir einmal feststellen, daß wir vor dem Waffenstillstandsvertrag nie einen italienischen Partisanen in Südtirol gesehen haben. Und die Herren, die sich nach dem 3. Mai 1945 als Partisanen gebärdeten, können wir wirklich nicht als solche anerkennen.

„Was aber den aktiven Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft anbelangt, so müssen wir einmal feststellen, dass wir vor dem Waffenstillstandsvertrag nie einen italienischen Partisanen in Südtirol gesehen haben. Und die Herren, die sich nach dem 3. Mai 1945 als Partisanen gebärdet haben, können wir wirklich nicht als solche anerkennen.“

Ungeachtet dieser Tatsache ließ der Südtiroler Landeshauptmann Dr. Arno Kompatscher am 28. April 2016 eine Vereinbarung mit der „Nationalen Vereinigung der Partisanen Italiens ANPI“ unterzeichnen, in welcher diesem Partisanen-Traditionsverband ein Mitgestaltungsrecht bei dem Zeitgeschichte-Unterricht an Südtirols Schulen eingeräumt wurde durch Bereitstellung von Inhalten und Materialien für den Geschichtsunterricht und Durchführung von Seminaren und Tagungen.

<https://suedtirol-info.at/ciao-bella-ciao-ciao-ciao-lebe-wohl-schoene-lebe-wohl-lebe-wohl/?ct=YTo1OntzOjY6lnNvdXJjZSI7YTToyOntpOjA7czo1OjJlbWFpbCI7aToxO2k6Njt9czo1OjJlbWFpbCI7aTo2O3M6NDoic3RhdCI7czoyMjoiNjY2MDVIYzA5MmWY5Nzk3NzQ2Njc5MCI7czo0OjJsZWFljtzOjQ6IjEyNTIiO3M6NzoiY2hhbm5lbCI7YTtoxOntzOjU6ImVtYWlsljtpOjY7fX0%3D>

P o l e n (Seiten E 98 – E 101)

01) Und sie sind doch schlagbar. In Polen zeigt die Regierungskoalition, wie Populisten zu stellen sind. Verteufelungen alleine reichen nicht – es braucht politische Angebote

Von Daniel Morgenstern

11.06.2024



Donald Tusk im Wahlkampf: Um Wählerinnen und Wähler zu gewinnen, braucht es Visionen.- *picture alliance / zumapress.com | JP Black*

Es war ein Erfolg gegen den globalen Trend des *Democratic Backsliding*, der sich nun bei der Europawahl wiederholt hat. Der neuen Regierungskoalition in Polen war mit pro-demokratischen Polarisierungsstrategien bei den Parlamentswahlen im Oktober 2023 ein Sieg über die Populistinnen und Populisten gelungen. Nun wurde ihre Arbeit auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament bestätigt. Was können wir daraus für den Kampf gegen autoritäre und populistische Kräfte lernen?

Am vergangenen Wahlsonntag konnte die Bürgerkoalition von Donald Tusk 37,1 Prozent erreichen und übertrumpfte damit das erste Mal seit zehn Jahren die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Jarosław Kaczyński. Der Dritte Weg konnte 6,9 Prozent und die Neue Linke 6,3 Prozent der Stimmen verbuchen. Insgesamt konnte die Regierungskoalition aus Bürgerkoalition, Drittem Weg und Neuer Linken damit beinahe an ihr Ergebnis von den Parlamentswahlen 2023 anschließen. Die PiS vereinte 36,2 Prozent und die Konföderation 12,1 Prozent der Stimmen auf sich.

Die Europawahlen – ebenso wie die vergangenen Regionalwahlen – dienen der neuen Regierungskoalition vor allem als Stimmungstest. So zeigt sich, dass ihr [Wahlerfolg im Oktober des vergangenen Jahres](#) keineswegs von Kurzfristigkeit geprägt war, sondern nunmehr mittelfristig Bestand hat. Desto interessanter ist es, sich den damaligen (Wahl-)Kampf um die demokratische Wende genauer anzuschauen und sich zu fragen, welche Lehren wir daraus ziehen können: Neben der autokratischen PiS-Regierung hatte eben auch die sogenannte demokratische Opposition (Bürgerkoalition, Dritter Weg und Neue

Linke) eine gezielte Polarisierung betrieben. Vor dem Hintergrund des globalen *Democratic Backsliding* bietet somit der seltene Fall der demokratischen Wende in Polen die Möglichkeit, den Debattenraum um pro-demokratische Potenziale von Polarisierung zu erweitern.

Rückblick auf die Parlamentswahl im Oktober 2023: Das polarisierende Element der demokratischen (Oppositions-)Parteien war der gemeinsame Wille, die polnische Demokratie wiederherzustellen. Alle drei waren geeint in ihrer Kritik an und in der Ablehnung der autokratischen PiS-Regierung. Dieses polarisierende Element wurde jedoch durch ein pluralistisches Element ergänzt. Entgegen anfänglicher Vermutungen hatte sich die demokratische Opposition gegen eine gemeinsame Wahlliste entschieden und zog mit getrennten Listen in den Wahlkampf. Es kam infolgedessen zu keiner absolut polarisierenden Konfrontation der demokratischen Opposition gegen die autokratische Regierung. Somit gab es zwar eine Polarisierung im Sinne des normativen Demokratieverständnisses, die sich jedoch nicht in einem binären Regierungs-Oppositions-Gefüge niedergeschlagen hat, wie es zuletzt in Ungarn der Fall war. Dort ist die sehr breit zusammengeschlossene Opposition gegen Viktor Orbán kläglich gescheitert.

Die Polinnen und Polen konnten sich also für das individuell adäquateste der drei pro-demokratischen Angebote entscheiden, ohne „zur Rettung der Demokratie“ eine allzu große Kröte schlucken zu müssen.

Die polnische Opposition konnte aufgrund getrennter Listen politische Nuancen zulassen und den Wählerinnen und Wählern ein pluralistisches politisches Angebot machen. Dieses reichte von links-progressiver (Neue Linke) über liberal-konservative (Bürgerkoalition) bis hin zu konservativer Politik (Dritter Weg). Die Polinnen und Polen konnten sich also für das individuell adäquateste der drei pro-demokratischen Angebote entscheiden, ohne „zur Rettung der Demokratie“ eine allzu große Kröte schlucken zu müssen. Die Aussicht einer wirklichen Auswahl dürfte allgemein zur Mobilisierung beigetragen haben. Weiterführend spielten positive Emotionen und konkrete inhaltliche Angebote eine wichtige Rolle, die in Kampagnen der demokratischen Opposition mit der polarisierenden ablehnenden Haltung gegenüber der PiS kombiniert wurden.

Die PiS hat, auf Kosten Deutschlands, einen besonders polarisierenden Wahlkampf geführt – doch waren sie damit erfolgreich? Am Ende konnte sie lediglich die ihr ideologisch bereits nahestehenden Wählermilieus aus den vorherigen Wahlen mobilisieren. Die von der PiS vorangetriebene Strategie der Polarisierung durch die Angst vor dem Untergang des Staates im Falle eines Wahlsiegs des als deutschen Agenten verteufelten Donald Tusk lief ins Leere. Die Wahl wurde vor allem durch die Mobilisierung von Wählerinnen und Wählern entschieden, die 2019 noch nicht gewählt hatten – unter ihnen besonders Frauen und junge Menschen. Diese konnten vor allem von der demokratischen Opposition mobilisiert werden.

Die demokratischen Parteien haben selbst vor dem Untergang der polnischen Demokratie im Falle einer weiteren Amtszeit der PiS gewarnt und damit polarisiert.

Die demokratischen Parteien haben selbst vor dem Untergang der polnischen Demokratie im Falle einer weiteren Amtszeit der PiS gewarnt und damit polarisiert. Ein zentraler Unterschied bestand jedoch darin, dass sie nicht ausschließlich durch den ablehnenden Blick auf den politischen Gegner und das Schüren von Angst polarisiert und mobilisiert haben, sondern darüber hinaus den Blick auf die Zukunft des Landes, positive Emotionen sowie konkrete Inhalte eingebunden haben. Sinnbildlich für die positiven Emotionen kann das Herz in den Nationalfarben Polens sein, welches die Bürgerkoalition als ihr neues

Seite E 100 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

Parteilogo etabliert hat und das auch namensgebend für den [Marsch der Millionen Herzen](#) – dem Medienereignis im Wahlkampf – kurz vor den Wahlen war. Damit wurden positive, gar harmonische sowie patriotische Emotionen vermittelt. Diese unterfütterte die Bürgerkoalition mittels einer Liste mit 100 leicht kommunizierbaren Forderungen. Damit wurde insgesamt ein kraftvoller Zukunftsentwurf vorgelegt, welcher der PiS-Kampagne aus Hass und Angst keinen Klangkörper gab und sie somit ersticken konnte.

Auch der Dritte Weg hat sich nicht ausschließlich auf die Ablehnung der PiS als polarisierend-mobilisierendes Element verlassen und sich inhaltlich strategisch klug zwischen den beiden Alpha-Tieren PiS und Bürgerkoalition sowie der Konföderation positioniert. So wurden einerseits wertkonservative Positionen in Konkurrenz zur PiS und wirtschaftsliberale Standpunkte in Konkurrenz zur Bürgerkoalition und der Konföderation vertreten. Letztere befand sich noch wenige Wochen vor den Wahlen auf einem Höhenflug von über zwölf Prozent in Umfragen, konnte bei den Wahlen jedoch aufgrund einer starken Wählerwanderung zum Dritten Weg nur 7,2 Prozent erlangen. Eine Nachwahlumfrage hat zudem dargelegt, dass der Dritte Weg den größten Anteil an Wählerinnen und Wählern hatte, die diesen aus Mangel an guten Alternativen gewählt haben. Der Dritte Weg hat somit eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung von potenziellen Wählergruppen der PiS und der Konföderation gespielt, die unter Umständen nicht von anderen Parteien hätten mobilisiert werden können.

Die Mobilisierung von Frauen und jungen Menschen war das entscheidende Element der polnischen Parlamentswahlen.

Anders als die Bürgerkoalition und der Dritte Weg hat die Neue Linke primär auf die Polarisierung mit der Konföderation gesetzt. Es wurde ein – durchaus realistisches – Schreckgespenst einer Koalition aus PiS und Konföderation gezeichnet. Diese hätte die polnischen Frauen(-rechte) hart getroffen. Parallel zur Polarisierung wurde aber auch hier ein konkreter inhaltlicher Gegenentwurf angeboten, indem das am stärksten auf Frauenrechte ausgerichtete Wahlprogramm präsentiert wurde. Die Mobilisierung von Frauen und jungen Menschen war das entscheidende Element der polnischen Parlamentswahlen. Dazu beigetragen hat eine Vielzahl von überparteilichen Kampagnen zur Steigerung der Wahlbeteiligung, die besonders auf Frauen und junge Menschen ausgerichtet waren. Auch wenn die Neue Linke ein schwächeres Ergebnis im Vergleich zu den vorherigen Wahlen eingefahren hat, hat sie das Thema der Frauenrechte auf die politische Bühne gehoben und mit der themenspezifischen Polarisierung zur Mobilisierung entsprechender Wählergruppen beigetragen.

Daraus kann man schlussfolgern, dass Parteien grundlegend eine klare pro-demokratische Position einnehmen, aber gleichzeitig weiterhin wirkliche Alternativen bieten sollten. Sobald die (vermeintliche) Rettung der Demokratie und die gemeinsame Abgrenzung gegenüber dem Autoritären die inhaltlichen Positionen der Parteien in den Hintergrund schieben, besteht die Gefahr einer Demobilisierung potenzieller Wählerinnen und Wähler aufgrund von mangelnden Wahloptionen. Auch im (Wahl-)Kampf um die Demokratie nehmen Menschen politische Positionen ein, die vertreten werden wollen. Dabei gilt es ferner zu beachten, sich nicht zu einer Dämonisierung des (anti-)demokratischen Gegners verleiten zu lassen. Damit würde man der gegebenenfalls von der Gegenseite betriebenen Polarisierung nur den Raum zur weiteren Entfaltung geben, wodurch man in eine Eskalationsspirale abrutschen und sich Freund-Feind-Schemata verhärten könnten. Stattdessen sollte der Blick weniger auf dem politischen Gegner, sondern selbstbewusst auf dem eigenen Programm mit positiven und vor allem konkreten Inhalten liegen.



Daniel Morgenstern
Frankfurt an der Oder

Daniel Morgenstern hat einen *MA of European Studies* von der Europa-Universität Viadrina. Er war als Praktikant und Honorarkraft im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau tätig und war Sprecher des stipendiatischen Arbeitskreises Europa & Osteuropa der FES. Derzeit bereitet er sich auf eine Promotion zum Thema „Wehrhafte Demokratie“ vor.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/und-sie-sind-doch-schlagbar-7566/?utm_campaign=de_40_20240611&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Ungarn (Seiten E 102 – E 105)

01) Für Land und Partei. In vielen Ländern wird Sport für politische Ziele benutzt. Doch die Fußball-Obsession der ungarischen Politik geht über das Übliche deutlich hinaus

Von László Andor

14.06.2024



Mannschaftskapitän Dominik Szoboszlai: In Ungarn wird die Nationalhymne nicht nur vor dem Spiel gesungen, sondern auch danach.- picture *alliance / Anadolu | Arpad Kurucz*

70 Jahre nach der Endspielteilnahme – nach dem „Wunder von Bern“ – und unmittelbar nach einer für ihn [erschütternden Europawahl](#) wünscht sich Viktor Orbán dringend einen Erfolg bei der UEFA Euro 2024 in Deutschland. Natürlich ist Ungarn nicht das einzige Land, in dem Fußball eng mit Politik verwoben ist. Als der britische Premierminister Rishi Sunak die nächste Parlamentswahl für den 4. Juli ansetzte, hat er womöglich darauf gesetzt, dass die Europameisterschaft nationalistische Gefühle befeuern und so das breite Streben nach politischem Wandel ein Stück weit hemmen könnte. Aber die Fußball-Obsession der ungarischen Politik übersteigt alles Übliche.

Vielen Stimmen zufolge war der deutsche Sieg im WM-Finale in Bern am 4. Juli 1954 die „echte Geburt der Bundesrepublik“, zumindest, was das Selbstvertrauen anging. Für Ungarn, das nach 1938 zum zweiten Mal ins WM-Finale gelangt war, bedeutet Bern einen nie wieder erreichten Höhepunkt – darauf folgte ein langer Niedergang. Wenn es in späteren Jahren der ungarischen Mannschaft gelang, die bundesdeutsche zu schlagen, wie etwa 1985 bei einem Freundschaftsspiel, dann kamen ihr Glück und schlechtes Wetter zu Hilfe. So schmerzhaft die Niederlage in Bern auch war, rief sie doch keine negativen Gefühle gegen die Deutschen hervor, da die ungarischen Fußballfans überwiegend falsche Entscheidungen des Trainers und des englischen Schiedsrichters dafür verantwortlich machten. Heute gilt ungarischen Sportjournalisten die Bundesliga als die ungarischste aller großen Fußball-Ligen, weil dort Péter Gulácsi, Willi Orban und Roland Sallai spielen, bis vor kurzem auch die Kapitäne der Nationalmannschaft Ádám Szalai und Dominik Szoboszlai. Bei den älteren Fans einiger deutscher Clubs bleiben die Namen Lajos Détári, Gábor Király und Pál Dárdai unvergessen.

Auf die aktuelle Sommer-EM in Deutschland setzen die Ungarinnen und Ungarn große Hoffnungen, da ihre Nationalmannschaft in den vergangenen anderthalb Jahren ungeschlagen geblieben ist. Das allmählich ansteigende Fußballfieber im Land bezeugt auch die Tatsache, dass 2023 der beliebteste Name für neugeborene Jungen „Dominik“ lautete, der Vorname des Mannschaftskapitäns. Fußball ist jedoch nicht nur populär, sondern hat in der ungarischen Politik schon immer eine wichtige Rolle gespielt, seit den schmerzhaften 1950er Jahren. Damals wollte das nachgeahmte stalinistische Regime unter Mátyás Rákosi den Erfolg der von Ferenc Puskás angeführten Fußballnationalmannschaft nutzen, um die Gesellschaft in der Zeit schwerer politischer Repressionen zu beruhigen und zu besänftigen. Das autokratische Regime, das Viktor Orbán seit 2010 im Schnelldurchlauf errichtet hat, hat das Land auf vielen Ebenen zurück in die Atmosphäre der 1950er Jahre versetzt. Bereits während Orbáns erster Amtszeit als Ministerpräsident von 1998 bis 2002 wurde Ungarns Sieg im „Jahrhundertspiel“ über England von 1953 zum Thema eines Spielfilms, in dem sein Freund Károly Eperjes die Hauptrolle spielte: Ferenc Puskás. 2014 überreichte Orbán den Puskás-Preis für das beste Tor des Vorjahres an Zlatan Ibrahimović. Er benannte auch den Fußballclub seines Heimatdorfes Felcsút und dessen Akademie nach dem ungarischen Fußballhelden – der Puskás Akadémia FC spielt seit 2013 in der ersten Liga. Und kurz vor den Wahlen zum Europäischen Parlament und den Kommunalwahlen ließ Orbán es sich nicht nehmen – zur Belustigung vieler Ungarinnen und Ungarn –, selbst ein neues Buch über die 100-jährige Geschichte des Fußballs im 1 800 Einwohner zählenden Felcsút vorzustellen.

Der gesamte Vorstand des ungarischen Fußballverbands ist mit Oligarchen besetzt, die eng mit Orbán verbunden sind.

Die Obsession, mit sportlichen Erfolgen ungarische Geschichte zu schreiben, kulminierte in Orbáns Olympia-Plänen für 2024. Die entsprechende Kampagne begann damit, dass das von Orbáns *Fidesz* dominierte Parlament 2010 den ehemaligen Fechter und Olympiasieger von 1972 Pál Schmitt zum Staatsoberhaupt wählte. Doch im weiteren Verlauf wurden die Olympia-Kampagne von der jungen liberalen Bewegung *Momentum* aus der Bahn geworfen. Die breite Opposition gegen das verschwenderische und undurchsichtige Megaprojekt verlangte eine Volksabstimmung, die Orbán in Budapest auf jeden Fall verloren hätte, und so wurde die Bewerbung ganz plötzlich zurückgezogen. Ein erneuter Anlauf für eine [ungarische Olympia-Bewerbung](#) ist gut möglich.

Die Einmischung der Regierung in sportliche Angelegenheiten seit Orbáns Comeback 2010 war ganz wichtig für die Etablierung neuer Machtstrukturen. Der Bau von Stadien wurde nationale Strategie, angefangen mit dem kompletten Neuaufbau des großen, in der Nachkriegszeit errichteten Népstadions, das heute „Puskás-Arena“ heißt. Prominente *Fidesz*-Politiker übernahmen auch Ämter in Sportvereinen, wie der langjährige Europa-Abgeordnete Tamás Deutsch als Präsident von MTK Budapest. Der gesamte Vorstand des ungarischen Fußballverbands ist mit Oligarchen besetzt, die eng mit Orbán verbunden sind. 2010 installierte die Regierungspartei *Fidesz* ihren Vorsitzenden Gábor Kubatov als Präsidenten des Fußballclubs Ferencváros. Dahinter stand die kaum verschleierte Absicht, die Popularität dieses Spitzenvereins politisch auszuschlachten. Inzwischen führt Ferencváros mit sechs Titeln in Folge die ungarische Liga konkurrenzlos an.

Was die Ausgaben der Regierung für Fußballclubs und -Akademien angeht, zählt Orbáns Heimatdorf zu den größten Profiteuren.

Die Deindustrialisierung Ungarns in den 1990er Jahren führte auch zum Niedergang mancher traditioneller Fußballvereine: Eine ganze Generation wuchs auf, die das Nationalteam weder bei Europa- noch bei Weltmeisterschaften antreten sah, und die

Seite E 104 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

Fußballer gewöhnten sich daran, vor kleinem Publikum zu spielen. Daher trugen die Eintrittskarten nur wenig zum Budget der professionellen Vereine bei, und diese mussten stattdessen auf Werbung, Tantiemen und Spenden von – meist staatlich kontrollierten – Unternehmen setzen. Orbán regte Unternehmen mit Steuererleichterungen dazu an, mehr in Fußball zu investieren.

Was die Ausgaben der Regierung für Fußballclubs und -Akademien anbelangt, zählt Orbáns Heimatdorf zu den größten Profiteuren. Felcsút erhielt ein überdimensionales Stadion. Doch diese ländliche Extravaganz blieb lange ein innenpolitisches Thema, bis man im letzten Jahr die israelische Nationalmannschaft einlud, zwei internationale Spiele dort auszutragen, weil die Sicherheitsbedenken im eigenen Land zu groß waren. Diese Verlegung war nur möglich, weil Viktor Orbán und Benjamin Netanjahu eng miteinander befreundet sind. Auch andere Freundschaften des Premierministers haben Auswirkungen auf den Fußball. Waren bereits Bedenken laut geworden, weil Ungarn trotz Putins Angriff auf die Ukraine weiterhin russisches Öl und Gas kauft, halten sich seit April hartnäckige Gerüchte, dass Gazprom als Sponsor des ungarischen Spitzenclubs Ferencváros einsteigen werde.

In Orbánistan werden die großen Fußballer der goldenen Zeit, vor allem der 1950er Jahre, wie Heilige verehrt. Trotzdem konnten die hohen Ausgaben für Sport und besonders für Fußball bislang keine vergleichbaren Spieler hervorbringen. Das Geld hat sich definitiv nicht in Fußballerfolge umgesetzt, zumindest ist keine hochwertige Nationalliga entstanden. Dennoch sollte man diese Investitionen nicht als komplette Fehlkalkulation betrachten, denn ihr Ziel war stets ein anderes: die politische Vorherrschaft zu sichern. Statt die nationale Einheit anzustreben, wie es anderswo der Fall wäre, geht es in Ungarn um parteipolitischen Nationalismus.

In allen Ländern sorgen die heimischen Athletinnen und Athleten für patriotische Empfindungen, doch Ungarn verstärkt sie deutlich mehr als andere Staaten. Vor dem Spiel singen die Fußballer mit der Hand auf dem Herzen die Nationalhymne, und sie wiederholen dieses Ritual auch nach dem Spiel. Inzwischen ist dieser Pflichtausbruch nationaler Gefühle allerdings mehr Substitut als Substanz. Während Ungarn im Laufe des 20. Jahrhunderts Weltklasse-Trainer exportierte, werden sie heute importiert, sowohl für die Clubs als auch für die Nationalmannschaft. Der Mann hinter der aktuellen Erfolgsserie ist der Italiener Marco Rossi, der im vergangenen Oktober die ungarische Staatsbürgerschaft angenommen hat.

Weder die Clubs noch der Nationalverband unternehmen viel gegen Gewalt und Rassismus.

Fußballnationalismus ist allerdings nicht unbedingt sanft und harmlos. Weder die Clubs noch der Nationalverband unternehmen viel [gegen Gewalt und Rassismus](#). Während die UEFA entsprechende Kampagnen führt und das Gleiche von den Nationalligen erwartet, erfüllt Ungarn seine Verpflichtungen nicht wirklich. Umgekehrt können sich ultranationalistische Fans stets auf den Schutz ihres Landes verlassen. Orbáns erste Justizministerin Ibolya Dávid wurde 2001 mit dem Ausspruch „Ich verstehe nicht viel von Fußball.“ bekannt, als man sie um ihre Meinung zu verschiedenen Skandalen befragte, darunter Ausbrüche von Antisemitismus. Skandalträchtig war auch das Aufeinandertreffen von Deutschland und Ungarn 2021 in München. Kurz zuvor hatte das ungarische Parlament ein Gesetz gegen LGBTIQ-Informationsrechte für Minderjährige beschlossen, woraufhin der Münchner Stadtrat und LGBTIQ-Aktivistinnen und Aktivisten forderten, das Münchner EM-Stadion beim Euro-2020-Gruppenspiel der beiden Mannschaften in Regenbogenfarben zu erleuchten. Der europäische Fußballverband UEFA lehnte dieses Ansinnen ab, da es einer politischen Aussage gleichgekommen wäre. Von der UEFA gab es bislang auch keinen Kommentar zur aktuellen ARD-Umfrage zur Hautfarbe deutscher Nationalspieler.

Trotzdem war es nicht die UEFA, sondern die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin, die Orbáns Regime lange Zeit vor strengeren Maßnahmen schützte, obwohl es den Rechtsstaat in Ungarn ausgehöhlt hatte. Laut einem ungarischen Witz hatte Angela Merkel dafür drei Gründe: Audi, Mercedes und BMW – die drei wichtigsten Automobilunternehmen, die alle stark in Ungarn investiert haben, oft mit besonderen Deals mit Orbán. Doch die Geschichte ist noch nicht zu Ende, der Ball ist rund, und auch Gary Lineker kann sich einmal irren. In der Politik wie im Fußball können Trends gebrochen werden, und das Unerwartete kann geschehen.

Aus dem Englischen von Sabine Jainski



László Andor
Budapest

László Andor ist Generalsekretär der *Foundation for European Progressive Studies* (FEPS). Von 2010 bis 2014 war er EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/fuer-land-und-partei-7576/?utm_campaign=de_40_20240614&utm_medium=email&utm_source=newsletter

W e i ß r u s s l a n d (Seiten E 106 – E 109)

01) Im Hinterhof der Geschichte. Im Gegensatz zur Opposition haben die Menschen in Belarus für einen proeuropäischen Kurs wenig übrig. Viele wünschen sich eine Allianz mit Russland

Von Artyom Shraibman

25.06.2024



picture alliance / AP | Jean-Francois BadiasDie im Exil lebende belarussische Oppositionsführerin Sviatlana Tsikhanouskaya im EU-Parlament in Straßburg.

[Читая статью по-русски](#)

Vor rund einem Jahr trafen die demokratischen Kräfte von Belarus sich zu einer Konferenz in Warschau und legten sich in einer Resolution geopolitisch eindeutig fest: zugunsten der Europäischen Union. Während die Opposition sich seit 2020 kontinuierlich europafreundlich entwickelt, liegen die Dinge bei der belarussischen Gesellschaft jedoch anders.

Bei allen Umfragen der vergangenen Jahre [sprachen](#) sich in Belarus im Schnitt [10 bis 20 Prozent](#) der Befragten für eine europäische Integration aus. Diese Zahlen liefern möglicherweise ein verzerrtes Bild, weil in Belarus viele Angst haben, auf politische Fragen eine ehrliche Antwort zu geben. Aus den verfügbaren Untersuchungen zu diesem Phänomen geht zum Beispiel hervor, dass bei Fragen mit Bezug zum Krieg das proukrainische Segment der Befragten im Schnitt rund neun Prozentpunkte kleiner ausfällt. Bei Fragen nach der geopolitischen Ausrichtung dürfte sich die angstbedingte Verzerrung in einer ähnlichen Größenordnung bewegen. Das würde bedeuten, dass der Anteil der EU-Befürworter in der belarussischen Bevölkerung in Wahrheit ungefähr 20 bis 30 Prozent ausmacht. Die verbleibende Mehrheit präferiert entweder die Anbindung an Russland oder die Neutralität, wobei bis 2023 stets eine Mehrheit für eine neutrale Position votierte, die zu allen außenpolitischen Polen die gleiche Distanz wahrt. In den jüngsten Erhebungen verzeichnet eine Allianz mit Russland jedoch die höchsten Zustimmungswerte: 40 bis 50 Prozent.

Seite E 107 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

Der Grund für diese Verschiebung dürfte sein, dass die Neutralität aufgrund des heißen Krieges in der Region und aufgrund der Minsker Bündnisverpflichtungen gegenüber Moskau den Belarussinnen und Belarussen inzwischen mehr und mehr als eine Idealvorstellung erscheint, deren Verwirklichung in immer weitere Ferne rückt. Aus diesem Grund stagniert der Rückhalt für eine europäische Integration. Die [jüngsten Untersuchungen zeigen](#), dass belarussische Befragte sich bei Fragen nach der geopolitischen Ausrichtung deshalb nicht für die Europäische Union aussprechen, weil dieser Weg den Menschen im Augenblick unrealisierbar oder sogar gefährlich erscheint.

Die Europaskepsis der Belarussinnen und Belarussen hat also nichts mit einer Ablehnung europäischer Werte zu tun. Dies wurde auch bei den Massenprotesten von 2020 deutlich und bestätigt sich zudem in [aktuellen Erhebungen zum Thema Gesellschaftsvertrag](#) in Belarus. Die Ursachen sind vielmehr pragmatischer Natur. Die Gesellschaft glaubt weder an die geopolitische Möglichkeit, sich von der russischen Kontrolle zu lösen, noch daran, dass die Wirtschaft ein Zerwürfnis mit Russland überstehen würde. Zudem sehen die Menschen nicht, dass die EU bereitwillig ihre Türen für Belarus öffnen würde.

An der belarussischen Westgrenze wurde in den vergangenen Jahren konsequent ein neuer Eiserner Vorhang geschaffen.

Im Gegenteil: An der belarussischen Westgrenze wurde in den vergangenen Jahren konsequent ein neuer Eiserner Vorhang geschaffen. Die Provokationen des Regimes, das gezielt Migrantenströme aus Drittstaaten über die Grenze schickt, die Mitwirkung am Krieg und die Ausweisung der meisten litauischen und polnischen Konsuln hatten zur Folge, dass man in Belarus inzwischen eine mehrmonatige Ochsentour hinter sich bringen muss, um an ein Visum für den Schengen-Raum zu kommen. Bis 2020 war Belarus Weltmeister bei der Zahl der erteilten Visa pro Kopf der Bevölkerung. Diese Spitzenreiterrolle mit 700 000 bis 800 000 Visa jährlich hat das Land inzwischen klar eingebüßt: [2023 wurden nur noch 160 000 Visa erteilt](#). An den wenigen noch geöffneten Grenzübergängen nach Litauen und Polen stehen manche mehr als 24 Stunden in der Warteschlange.

Viele Politiker in den Nachbarländern – vor allem in Litauen – betrachten die belarussische Gesellschaft zunehmend als Bedrohung. Damit versuchen nicht zuletzt Populisten politisch zu punkten. Die Folge: Das Einwanderungsrecht wird verschärft, und die Kontakte zwischen den Belarussen und den Menschen im Rest Europas nehmen ab. Die demokratischen Kräfte, die auf die europäische Integration setzen, stehen eindeutig quer zur aktuell herrschenden öffentlichen Meinung und zum belarussischen Isolationskurs gegenüber dem Westen. Dennoch besteht kein Anlass, die Situation zu dramatisieren. Historisch gesehen, ist nicht damit zu rechnen, dass der Meinungsunterschied zwischen der Opposition und den Exilanten auf der einen Seite und dem heutigen Durchschnittsbelarussen auf der anderen Seite ernste Folgen haben wird.

Über längere Zeiträume gab es immer wieder Schwankungen in der öffentlichen Meinung, wenn es um die geopolitische Ausrichtung geht. Seit Befragungen zu diesem Thema durchgeführt werden, durften die Soziologen in der Vergangenheit mindestens dreimal – [in der Zeit von 2009 bis 2011, in den Jahren 2012/2013 sowie im Herbst 2020](#) – feststellen, dass proeuropäische Stimmungen stärker ausgeprägt waren als russlandfreundliche Einstellungen. Solche Aufwärtsbewegungen werden wir möglicherweise auch in Zukunft erleben.

Damit die Gesellschaft an diesen Punkt gelangt, müssen zunächst einmal die mentalen Barrieren abgebaut werden, die einer europafreundlichen Stimmung bislang im Weg stehen. Die Europäische Union muss wieder zu einer realistischen und sicheren Option werden, und

Seite E 108 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

das Bündnis mit Russland darf nicht länger als fest vorgegebenes Gleis wahrgenommen werden, aus dem Belarus nicht ausbrechen darf, wenn es wirtschaftlich intakt bleiben und seine Souveränität wahren will.

Wie die europäische Zukunft von Belarus sich gestalten wird, entscheidet sich zu einem großen Teil auf den Schlachtfeldern in der Ukraine.

Solche tiefgreifenden Transformationsprozesse kommen jedoch nur in Gang, wenn die Opposition die belarussische Bevölkerung erfolgreich davon überzeugt, dass der Weg in die Europäische Union für sie etwas Wünschenswertes ist. Zudem muss sich in der gesamten Region politisch und wirtschaftlich vieles grundlegend ändern: Der Krieg in der Ukraine muss aufhören, Russlands tragende Rolle für die belarussische Wirtschaft muss geschwächt werden, und die EU muss sich stärker für belarussische Bürgerinnen und Bürger öffnen. Wenn sich die Gesamtsituation in dieser Weise verändert, wird auch die öffentliche Meinung in Belarus sich von Grund auf wandeln, weil viele der heutigen Ängste vor der EU und die Anhänglichkeit an Russland nicht mehr aktuell sein werden.

Die deprimierende Realität sieht so aus, dass die demokratischen Kräfte und die Politik ihrer westlichen Partner auf die genannten Veränderungen kaum Einfluss haben. Wie die europäische Zukunft von Belarus sich gestalten wird, entscheidet sich wie vieles andere zu einem großen Teil auf den Schlachtfeldern in der Ukraine. Vor allem aber müssen die Opposition und diejenigen im Westen, die eines Tages ein europäisches Belarus erleben wollen, sich fragen, ob sie wirklich genug dafür tun, dass Belarus und Europa sich einander annähern oder zumindest nicht immer weiter auseinanderdriften. Zwei Bestrebungen stehen dabei insbesondere im Vordergrund.

Erstens geht es um Mobilität und Kontakte von Belarussen mit Europa: Viele Belarussen haben sich vom Westen wegorientiert und dem Osten zugewandt. Das gilt besonders für die Wirtschaft, die sich aus dem Krieg und der Unterstützung des Regimes heraushält und sich vom europäischen Markt zu den Märkten Russlands, Chinas und anderer asiatischer Länder umorientiert hat – und damit allein den Interessen des belarussischen und des russischen Regimes dient. Wenn Minsk noch auf viele Jahre hinaus isoliert bleibt (eine durchaus realistische Perspektive) und immer mehr Menschen aus eigener Erfahrung nicht wissen, was regelmäßige Reisen in die EU oder das Studieren an westlichen Universitäten bedeuten, fällt eine zentrale Triebfeder für die zukünftige Europäisierung von Belarus zunehmend weg.

Viele Belarussen haben sich vom Westen wegorientiert und dem Osten zugewandt.

Bei allem Verständnis für die Sorge über die Sicherheit der östlichen EU- und NATO-Mitglieder ist es wichtig, dass die Politiker dieser Länder sich bewusst sind, wie hoch die langfristigen Kosten sein werden, wenn die belarussische Gesellschaft hinter dem Eisernen Vorhang weggeschlossen bleibt, hinter dem die Regime in Minsk und Moskau sie einsperren wollen. Wichtig ist auch, dass die demokratischen Kräfte von Belarus dies ihren westlichen Gesprächspartnern beharrlich immer wieder in Erinnerung rufen. Vor dem Hintergrund, dass die Opposition personell unterbesetzt ist und den belarussischen Problemen im Westen derzeit wenig Aufmerksamkeit zuteilwird, gilt es die Prioritäten neu zu setzen. Statt auf beiden Seiten Zeit und Energie für virtuelle Projekte wie den Aufbau eines Parallelstaates mit eigenen Institutionen, Wahlen und Reisepässen zu verschwenden, sollte man sich auf Fragen konzentrieren, die für das Leben und die Zukunft der belarussischen Bevölkerung real etwas bewirken.

Seite E 109 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

Die zweite Priorität betrifft die Unterstützung von unabhängigen Medien. Ohne alternative Informationen etwa über das reale Leben in der EU ist kaum damit zu rechnen, dass der Drang nach Europa in der Gesellschaft wächst oder zumindest erhalten bleibt. Die aggressive belarussische und russische Propaganda, der die meisten Belarussinnen und Belarussen ausgesetzt sind, redet der Bevölkerung jeden Tag ein, in der EU regierten Dauerkrise, Kriminalität und moralischer Verfall. Solange sie nicht die Möglichkeit haben – wie in der Zeit bis 2020 – in die EU zu reisen, halten allein die unabhängigen Medien bei vielen Belarussen die Erinnerung daran wach, dass man ihnen im Fernsehen eine alternative Wirklichkeit zu verkaufen versucht.

Das Problem mit diesen Empfehlungen ist, dass sie keine schnelle Wirkung entfalten können. Doch die Alternative wäre, weiter träge vor sich hinzudümpeln und tatenlos zuzuschauen, wie ein europäisches Volk im geografischen Zentrum Europas im Hinterhof der Geschichte versackt.

Aus dem Russischen von Andreas Bredenfeld



Artyom Shraibman

Warschau

Artyom Shraibman ist politischer Analytiker mit den Forschungsschwerpunkten belarussische Politik, internationale Beziehungen und Menschenrechte.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/im-hinterhof-der-geschichte-7601/?utm_campaign=de_40_20240625&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Ukraine (Seiten E 110 – E 117)

01) Wiederaufbau „Made in Ukraine“. Ausländische Investitionen reichen nicht, um die Ukraine zu retten. Warum es eine ukrainische Entwicklungsbank braucht

Von Brian Milakovsky

24.06.2024



picture alliance / Photoshot

Investitionen in die [ukrainische Produktionswirtschaft](#) tragen entscheidend zur Widerstandsfähigkeit des Landes in Kriegszeiten und zur Nachhaltigkeit seines Wiederaufbaus bei. Auf der kürzlich in Berlin abgehaltenen *Ukraine Recovery Conference* erklärte die ukrainische Wirtschaftsministerin Julija Svyrydenko, ihr Land benötige ein jährliches Investitionsvolumen von 10 bis 30 Milliarden Dollar, um das BIP-Wachstum zu erreichen, das nötig ist, um sich von der verheerenden Invasion Russlands zu erholen. Das hochkarätige Auditorium westlicher Führungskräfte und Entwicklungsbanker ging vermutlich davon aus, dass Svyrydenko damit ausländische Direktinvestitionen (ADI) meinte, denn die Frage der Gewinnung externer Investoren für die am Boden liegende ukrainische Wirtschaft war mit Abstand das beherrschende Thema der Konferenz.

Dass ausländische Direktinvestitionen wichtig sind, kann niemand leugnen. Wer sich allzu stark darauf fokussiert, läuft allerdings Gefahr, die wirtschaftspolitischen Perspektiven für einheimische Unternehmen und Investoren zu verengen. Häufige ideologische Begleiterscheinungen einer „ADI-freundlichen“ Politik sind eine maximale Marktöffnung und das Vermeiden von *Local Content* – also des im Zielland erbrachten Anteils an der Gesamtwertschöpfung – und industriepolitischen Maßnahmen. Die ukrainischen Unternehmen sind jedoch mit massiven kriegsbedingten Markteinbrüchen konfrontiert und brauchen eine wirksame staatliche Politik, um ihre Wettbewerbsposition gegenüber den EU-Ländern zurückzugewinnen.

Selbst unter den furchtbaren Rahmenbedingungen des Krieges investieren ukrainische Unternehmen derzeit offenbar aktiver in die Wirtschaft ihres Landes als ausländische Unternehmen. Ministerin Swyrydenko gab bekannt, dass ihr Land 2023 ausländische

Seite E 111 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

Direktinvestitionen im Umfang von 4,3 Milliarden US-Dollar erhalten hat – ein enormer Anstieg gegenüber den mageren 250 Millionen US-Dollar von 2022 und ein großer Schritt in Richtung des Vorkriegsniveaus von 7,95 Milliarden US-Dollar. Für 2023 liegen zwar keine Angaben zu inländischen Investitionen vor, aber für 2022 [meldeten](#) ukrainische Unternehmen Kapitalinvestitionen in Höhe von 10,5 Milliarden US-Dollar – 2021 lagen sie noch bei 20 Milliarden US-Dollar.

Dass ukrainische Unternehmen eher bereit sind, weitere Investitionen im Inland zu tätigen, ist wenig überraschend, denn sie haben jahrzehntelang in ihre bestehenden Anlagen investiert und verfügen über deutlich weniger Alternativen, wie sie ihr Kapital einsetzen können. Und ihre Risikobereitschaft ist wirklich beachtlich: Im von Raketen zerstörten Charkiw und in Nikopol – unweit eines russisch besetzten Atomkraftwerks auf der anderen Seite des Flusses Dnipro – investieren Fabriken derzeit in neue Produktionsanlagen.

Es gibt eine enorme Finanzierungslücke für die großen Kapitalprojekte, die erforderlich sind, um die ukrainische Industrie wiederzubeleben.

Auch unter den ausländischen Direktinvestoren waren 2023 diejenigen Unternehmen die größten, die bereits Anlagen in der Ukraine hatten, wie Kronospan Wood Panels oder Carlsberg Brewing. Das wichtigste in Berlin vorgestellte ADI-Projekt wurde bereits bei der *Ukraine Recovery Conference* in London im vergangenen Jahr besonders gelobt: der vom irischen Baustoffhersteller Kingspan in der Region Lwiw errichtete Fabrikkomplex. Die nächsten ADI-Erfolgsgeschichten dürfte es wohl im Verteidigungssektor geben, aber die meisten Gelder existieren bisher nur in Form von Zusagen.

Die Ukraine sollte unbedingt darüber nachdenken, wie sie attraktive Bedingungen für künftige ausländische Direktinvestitionen schaffen kann, und jede sich während des Krieges bietende Gelegenheit nutzen, um neue Investoren anzuziehen. Aber wäre es angesichts der enormen Herausforderungen nicht sinnvoll, vorrangig das Kapital der einheimischen Unternehmen zu mobilisieren, die gegenwärtig den Löwenanteil der Kriegsinvestitionen stemmen?

Die Bemühungen der ukrainischen Regierung, einheimischen Unternehmen im Rahmen des Programms „Made in Ukraine“ mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, verdienen Anerkennung. Das von staatlichen Banken subventionierte Kreditprogramm 5-7-9 (der Name bezieht sich auf die angebotenen Vorzugszinssätze) ist in Kriegszeiten finanziell gut ausgestattet. Zudem ist Kiew dabei, in enger Zusammenarbeit mit Gebern und internationalen Finanzinstitutionen mehr Finanzmittel in das Bankensystem zu lenken. Zudem hat die Ukraine ähnlich wie ihre EU-Nachbarn Anreize für die Errichtung von Industrieparks geschaffen und bietet zusätzliche Anreize für Investoren, die mehr als zwölf Millionen Dollar investieren. Den ukrainischen Landwirten werden Rabatte für den Kauf von Gerätschaften aus inländischer Produktion gewährt.

Diese großartigen Anstrengungen sollten jedoch nur der Auftakt sein. Es gibt eine enorme Finanzierungslücke für die großen Kapitalprojekte, die erforderlich sind, um die ukrainische Industrie wiederzubeleben und zu modernisieren und all das zu liefern, was für den Wiederaufbau gebraucht wird. Im Augenblick bemüht sich zum Beispiel ein ukrainischer Investor um eine Finanzierung in Höhe von 180 Millionen US-Dollar, die er mit seinen eigenen 80 Millionen US-Dollar zusammenlegen will, um in der Ukraine die erste Flachglasfabrik seit Sowjetzeiten zu errichten. Vor dem Krieg importierte die Ukraine den größten Teil ihres Flachglases aus Russland und Belarus. Heute braucht sie riesige Mengen, um beschädigte Häuser zu reparieren. Die Metallurgie-Riesen Metinvest und Interpipe – Eigentümer sind die ukrainischen Oligarchen Rinat Achmetow beziehungsweise

Seite E 112 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

Andrii Pintschuk – haben einen Finanzierungsbedarf in Höhe von 3,6 Milliarden Dollar für Investitionen in umweltfreundlichen Stahl angemeldet, um zu verhindern, dass sie aufgrund des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus vom EU-Markt ausgeschlossen werden. Insgesamt [bezieht](#) der ukrainische Metallurgieverband den Bedarf an solchen Dekarbonisierungsinvestitionen in der gesamten Branche auf 15 Milliarden US-Dollar.

Die ukrainischen Hersteller sehen in der schwachen Verbrauchernachfrage eines der Haupthindernisse für ihre wirtschaftliche Erholung.

Viele politische Entscheidungsträger und Analysten halten eine ukrainische Entwicklungsbank für die geeignete Institution, um die für so ehrgeizige Projekte benötigten „langfristigen“ Gelder bereitzustellen. Kiew sollte mit seinen westlichen Partnern zusammenarbeiten, um die Startmittel und Garantien zu beschaffen, die benötigt werden, um ukrainische Unternehmen in dieser Größenordnung zu finanzieren.

Neben der Bereitstellung von Finanzmitteln sollte die Regierung in Kiew auch darüber nachdenken, welche politischen Hebel sie in Bewegung setzen kann, um mehr Ressourcen zu den einheimischen Unternehmen zu lenken. [Untersuchungen](#) haben ergeben, dass ukrainische Hersteller 80 Prozent der für den Wiederaufbau des Landes benötigten Baumaterialien (im Wert von fast 40 Milliarden Dollar) liefern könnten. Doch mit der Zahl an staatlichen Ausschreibungen für den Wiederaufbau steigt auch der Anteil der [zugekauften Importgüter](#). Die ukrainischen Hersteller sehen in der schwachen Verbrauchernachfrage eines der Haupthindernisse für ihre wirtschaftliche Erholung. Deshalb sind staatliche Ausschreibungen für ihr Überleben besonders wichtig.

Die [radikalste Möglichkeit](#), um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, bestünde für die Ukraine darin, eine sogenannte *National Security Exemption* zu erklären, sich damit von ihren Verpflichtungen gegenüber der Europäischen Union und der Welthandelsorganisation freizumachen und zudem ein Gesetz zu erlassen, das alle ausländischen Unternehmen zur Auftragserfüllung im ausschreibenden Land verpflichtet. Ein solches einseitiges Vorgehen könnte jedoch die so wichtigen Beziehungen der Ukraine zur EU zusätzlich belasten. Alternativ könnte Kiew versuchen, für die Zeit des Krieges und der frühen Wiederaufbauphase mit der EU eine befristete *Local Content*-Vorgabe auszuhandeln. Wenn man festlegt, dass ein bestimmter Mindestanteil (zum Beispiel 60 bis 70 Prozent) der Baustoffe und anderer Schlüsselgüter, die in der Ukraine schon jetzt problemlos produziert werden, in der Ukraine beschafft werden muss, würde dies das Vertrauen der ukrainischen Unternehmen in den Marktzugang stärken und zu mehr inländischen Investitionen anregen. Es würde auch die Wiederherstellung der Steuerbasis beschleunigen, aus der schließlich später die Mittel für die Rückzahlung der Wiederaufbaukredite der Ukraine an die EU bezahlt werden.

Eine ukrainische Entwicklungsbank könnte dazu beitragen, dass einheimische Unternehmen in diesem jungen Wirtschaftszweig zum Zuge kommen.

Der neu entstehende ukrainische Rohstoffsektor braucht zum einen mehr Finanzmittel und zum anderen eine zielgerichtete Industriepolitik. Auf der *Ukraine Recovery Conference* äußerten sich EU-Vertreter begeistert über die gewaltigen Rohstoffvorräte der Ukraine, die nach einer Schätzung über 22 der 30 kritischen Mineralien auf der Brüsseler Liste verfügt, und betonten, wie wichtig diese Vorräte für die „strategische Autonomie“ der Union und gar für „die europäische Souveränität“ seien. Alle Vortragenden waren sich einig, dass ein möglichst großer Teil der Wertschöpfung in der Ukraine erwirtschaftet werden solle. Doch

wie lässt sich zuverlässig dafür sorgen, dass die notwendigen Anreicherungs-, Verarbeitungs- und Produktionsanlagen gebaut werden? Wird es genügend ausländische Direktinvestitionen geben, und werden die Investoren motiviert sein, mehr zu tun, als nur den [Transport von rohem Erz](#) über die Grenze zu erleichtern?

Eine ukrainische Entwicklungsbank könnte dazu beitragen, dass einheimische Unternehmen in diesem jungen Wirtschaftszweig zum Zuge kommen und die wertschöpfungsintensive Verarbeitung Priorität erhält. Außerdem braucht es *Local Content*-Vorgaben, damit bei ausländischen Direktinvestitionen, die in diesen Sektor fließen, ukrainische Zulieferer einbezogen werden und damit diese Investitionen in der ukrainischen Wirtschaft eine Tiefenwirkung entfalten.

Die Ukraine strebt den Beitritt zum europäischen Binnenmarkt an und sollte sich nicht auf unrealistische Modelle der autarken Selbstversorgung verlegen. Den Schwerpunkt stärker auf inländische Investoren und Unternehmen zu legen, ist obendrein angebracht und folgerichtig in Zeiten, in denen Russland ausländische Investoren rasch mit neuen Zerstörungsaktionen verschrecken kann. Wenn man jetzt die inländischen Kapazitäten stärkt, trägt das dazu bei, dass die ukrainischen Unternehmen für den Wettbewerb und die Zusammenarbeit gerüstet sind, wenn ausländische Direktinvestoren tatsächlich in dem von der Ukraine Recovery Conference geforderten Umfang einsteigen.

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Brian Milakovsky

London

Brian Milakovsky ist Gastforscher bei der Denkfabrik *LSE Ideas*. Zuvor arbeitete er von 2015 bis 2022 an humanitären Programmen und in der Entwicklungszusammenarbeit zur wirtschaftlichen Erholung in der Ostukraine und konzentriert sich nun auf den industriellen Wiederaufbau der gesamten Ukraine.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/wiederaufbau-made-in-ukraine-7598/?utm_campaign=de_40_20240625&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Gipfelerfolg, oder? Die Friedenskonferenz in der Schweiz liefert eher magere Ergebnisse. Grund dafür waren insbesondere zwei unvereinbare Ziele

Von Christos Katsioulis

18.06.2024



Eindrucksvolle Gipfelkulisse, doch in Zukunft sollten die Konstruktionsfehler von Bürgenstock vermieden werden.-*picture alliance / via Reuters | Michael Buholzer*

Im Schweizerdeutschen gibt es eine charmante Eigenheit. Menschen aus der Alpenrepublik beenden ihre Sätze sehr oft mit einem „oder“ und fügen somit ein Fragezeichen an ihre ansonsten recht klare Aussage. Das wäre vermutlich auch der passendste Titel für die Konferenz auf dem Bürgenstock gewesen: Gipfel für den Frieden, oder?

Es war die größte internationale Konferenz, die jemals von der Schweiz ausgerichtet wurde. Der „Gipfel für Frieden in der Ukraine“, wie das Treffen schlussendlich genannt wurde, versammelte Vertreterinnen und Vertreter von 92 Staaten und acht internationalen Organisationen im mondänen Bürgenstock am Vierwaldstätter See.

Das Ergebnis liest sich auf dem Papier eher mager und rechtfertigt damit das schweizerdeutsche Fragezeichen. Das Schlusskommuniqué ist zwar recht klar formuliert. Es fordert die Wiederherstellung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine, Schutz der Atomanlagen und der Getreideexporte, ebenso wie die Rückführung ziviler Gefangener. Aber nur 80 der 92 anwesenden Staatenvertreter haben es unterzeichnet und unter den zwölf Absenzen sind ausgerechnet einige Schwergewichte der Konferenz, wie Saudi-Arabien, Mexiko, Indien und Südafrika.

Aber es wäre unfair, den Gipfel nur an den direkten Ergebnissen zu messen. Seit die Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland in Istanbul im April 2022 scheiterten, ist der Weg zum Frieden zwischen den beiden Ländern mit einer Reihe von Hindernissen versperrt. Nicht zuletzt die kurz vor dem Gipfel verkündeten Maximalforderungen von Präsident Putin illustrieren, wie gering die Bereitschaft Moskaus ist, sich auf Verhandlungen einzulassen, die notwendigerweise mit Zugeständnissen verbunden sind. Aus russischer

Seite E 115 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

Perspektive setzt er damit einen Kontrapunkt gegen den Zehn-Punkte-Plan des ukrainischen Präsidenten Selenskyj. Denn Teile aus diesem Plan formten die Agenda der Konferenz in Bürgenstock, eine Konferenz, die zudem auf Bitten Kiews von der Schweizer Präsidentin ausgerichtet wurde.

Die Unvereinbarkeit der russischen und der ukrainischen Positionen war von Beginn an bekannt.

Die Unvereinbarkeit der russischen und der ukrainischen Positionen war von Beginn an bekannt, das sollte auch nicht Gegenstand des Treffens sein. Niemand hegte die Erwartung, dass dieses (oder irgendein anderes) Gipfeltreffen kurzfristig zu einer gerechten Lösung des Konflikts führen werde. Das Grundproblem des Gipfels war aber ein anderes: Er vereinte zwei Ziele, die miteinander inkompatibel sind. Einerseits sollte er Impulse für einen Friedensprozess zwischen Russland und der Ukraine setzen, andererseits war er eine Art Solidaritätstreffen für die Ukraine, um der Welt zu verdeutlichen, wie breit die weltweite Unterstützung für Kiew ist. Der Eindruck einer „Der Westen gegen den Rest“-Auseinandersetzung sollte mit einem möglichst diversen Gipfelfoto zerstreut werden. Gleichzeitig sollte nach Moskau signalisiert werden, dass Putin nicht der einzige ist, der von Frieden spricht und damit versucht, den Diskurs zu monopolisieren. Insofern ist der Gipfel doch gelungen, oder?

Im Wettlauf um die globale Aufmerksamkeit kann man Teilerfolge von Bürgenstock konstatieren. Allein der Umstand, dass eine Reihe von BRICS-Staaten anwesend war, zeigt, dass das weltweite Unbehagen über den russischen Angriffskrieg weiter reicht als nur in die direkte Unterstützerkoalition für die Ukraine. Das divers besetzte Gruppenfoto vor der eindrucksvollen Kulisse ist ein wichtiges Zeichen für die Aufmerksamkeit, die der Ukraine auch nach zweieinhalb Jahren Krieg weiter gewidmet wird. Problematisch ist dabei weniger das erwartbare Fehlen Russlands. Tiefer klafft die Lücke, die China hinterlässt, aber auch die Tatsache, dass der US-Präsident Joe Biden vom G7-Gipfel in Italien lieber zu einem Fundraising-Event mit George Clooney und Julia Roberts nach Hollywood reiste als in die Schweiz.

Die Wahrheit ist allerdings, dass Russland trotz der vollmundigen Verhandlungsankündigungen, aber auch die Ukraine aufgrund des aktuellen Frontverlaufs weiterhin auf eine militärische Lösung des Konflikts setzen und der Ansicht sind, die Zeit tickt für sie. Für die Ukraine, deren militärische Strategie von der Unterstützung von außen abhängt, war das Treffen aber deutlich wichtiger als für Russland.

Mittelfristig kann der Gipfel an Bedeutung gewinnen, wenn in der Folge die Webfehler von Bürgenstock vermieden werden. Die Hoffnung war von Beginn an, dass diese Konferenz Teil eines länger andauernden Prozesses sein werde, der auch nicht bei null anfangen müsse. Gerade in den Themenfeldern Gefangenenaustausch, nukleare Sicherheit oder auch Getreideexporte gibt es bereits eine Reihe von direkten Gesprächsfäden zwischen Russland und der Ukraine. Der Fokus auf diese Themen ermöglicht daher eine von beiden Seiten akzeptierte und auch bereits praktizierte Modularisierung. Die Überfrachtung mit Erwartungen wird damit vermieden. Gleichzeitig sollen nach der Schweiz, die von Russland explizit nicht mehr als neutral wahrgenommen wird, andere Länder den Staffelstab übernehmen und ähnliche, aber inklusivere Gesprächsformate anbieten. Im Vorfeld war hier die Rede von Saudi-Arabien, was möglicherweise ein nachvollziehbarer Grund dafür ist, dass der saudische Außenminister das Schlusskommuniqué nicht unterzeichnet hat.

Vom Bürgenstock bleibt erstmal wenig, außer das Schlusskommuniqué und das Gipfelfoto.

Denn ein Prozess, der langfristig zu erfolgversprechenden Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland führen soll, kann auf Dauer nicht ohne Vertreterinnen und Vertreter aus Moskau stattfinden. Dafür bedarf es auch eines anderen Formats und vor allem einer größeren Vertraulichkeit. Die mediale Aufmerksamkeit für das Event in der Schweiz, die Kommentierung jeder Zu- oder Absage im Vorfeld erzeugte den Eindruck, dass eine Teilnahme bereits mit Parteinahme verbunden sei. Das wollen viele Staaten nicht, sodass sie entweder gleich fernblieben oder eben keine gemeinsame Erklärung unterzeichneten. Der Unwille, sich für die eine oder die andere Seite zu entscheiden, ist vor allem außerhalb des Globalen Nordens weit verbreitet und es ist auch nicht sinnvoll, Staaten, die sich dem verweigern, pauschal dem anderen Lager zuzuordnen.

Daher muss auch der Ausgangspunkt des Folgeprozesses anders gewählt werden. Die Inspiration der Konferenz durch den Friedensplan von Selenskyj wirkte außerhalb des unmittelbaren Unterstützungskreises der Ukraine wie eine einseitige Parteinahme der Schweiz. Darunter litt die Akzeptanz dieses Formats von Beginn an, weil die doppelte Zielsetzung – Solidaritätsbekundung und Friedensprozess – verwirrend war. Gerade das erste Ziel drohte den Gipfel in ein *Public Diplomacy Event* zu verwandeln. Die terminliche Einbettung direkt nach der *Ukraine Recovery Conference* in Berlin und dem G7-Gipfel in Italien war in dem Sinne zusätzlich unglücklich.

Aber ein Prozess, mit dem Frieden nicht nur verhandelt, sondern auch gesichert werden kann, braucht einen anderen Kreis von Teilnehmerstaaten. Zugeständnisse von Russland, das aufgrund der Lage an der Front nur wenig Grund sieht, von seinen Maximalforderungen abzurücken, sind kaum zu erreichen, indem beispielsweise der Papst oder auch ein Vertreter von Costa Rica involviert werden. Hierfür bedarf es einer Reihe von Akteuren, die Moskau glaubhafte Angebote machen – und ebenso mit Sanktionen drohen – können, sprich vor allem China, die USA, aber auch die Türkei oder die Golfstaaten. Nur mit deren langfristiger Involvierung kann das Verpflichtungsproblem bei möglichen Abkommen mit Russland glaubhaft adressiert werden. Nur mit ihrer Mitwirkung kann die berechtigte Sorge eingehegt werden, Russland könnte sich an ein mögliches Abkommen nicht halten.

Vom Bürgenstock bleibt erstmal wenig, außer das Schlusskommuniqué und das Gipfelfoto. Dennoch hat die Schweiz die schwierige Gratwanderung zwischen ernsthaftem Friedensimpuls und Unterstützung für die Ukraine erfolgreich bewältigt. Die Erwartungen waren niedrig angesetzt und konnten daher nicht enttäuscht werden. Aber, ob es wirklich ein Erfolg war, wird sich erst in der Folge erweisen. Das Fragezeichen nach dem „Gipfel für den Frieden, oder?“ wird sich erst in den kommenden Monaten auflösen, wenn überhaupt.



Christos Katsioulis
Wien

Seite E 117 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

Christos Katsioulis leitet das Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden der Friedrich-Ebert-Stiftung in Wien. Zuvor leitete er die Büros der FES in London, Athen und Brüssel.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/gipfelerfolg-oder-7586/?utm_campaign=de_40_20240618&utm_medium=email&utm_source=newsletter

R u s s l a n d (Seiten E 118 – E 124)

01) Auf gute Nachbarschaft. Russland und Nordkorea vertiefen ihre Beziehungen. Das stößt nicht nur Washington auf, sondern stellt auch Peking vor ein Dilemma

Von Anny Boc

20.06.2024



picture alliance / Vladimir Smirnov

Oft verlässt Wladimir Putin sein Land derzeit nicht. Eine seiner seltenen Auslandsreisen führte den russischen Staatschef nun nach Nordkorea. Der Besuch war erst seine zweite Reise in das Land in den 24 Jahren seiner Amtszeit. Die Vertiefung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern hat wiederum [in den Vereinigten Staaten erhebliche Bedenken](#) hinsichtlich ihrer möglichen Auswirkungen auf den Krieg in der Ukraine sowie die Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel ausgelöst.

Die Annäherung zwischen Russland und Nordkorea sorgt jedoch nicht nur in den USA, sondern auch in China für gemischte Gefühle, da sie für Peking neue Unsicherheiten mit sich bringt. Obwohl das Nachbarland China die wirtschaftliche Lebensader und der offizielle „Verbündete“ Nordkoreas ist, sind die Beziehungen zwischen Peking und Pjöngjang alles andere als eng, wie die jüngsten Entwicklungen zeigen.

Nordkoreas jüngste Provokationen und seine Verurteilung der [gemeinsamen Erklärung](#) von Südkorea, Japan und China auf ihrem ersten trilateralen Treffen seit 2019, in der die Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel erwähnt wird, gelten als seltener Affront gegenüber China. Zu den bemerkenswerten Provokationen gehört, dass das Regime in Pjöngjang beschloss, ausgerechnet während einer diplomatischen Initiative, an der auch China beteiligt war, einen Aufklärungssatelliten in die Erdumlaufbahn zu schießen. Schon Jahre zuvor hatte Nordkorea es darauf angelegt, China bloßzustellen, als es von einer Basis nahe der chinesischen Grenze aus eine ballistische Rakete abfeuerte, kurz bevor im [Mai 2017](#) in Peking der Seidenstraßengipfel begann.

Seitdem hat sich die Dynamik in der Region erheblich verändert. Nachdem die chinesisch-nordkoreanischen Beziehungen 2017 ihren Tiefpunkt erreicht hatten, begannen sie sich

Seite E 119 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

nach dem ersten Treffen von Xi Jinping und Kim Jong-un im März 2018 deutlich zu verbessern. Aber obwohl die beiden Staatschefs sich seitdem fünfmal getroffen haben, ist die Beziehung nach wie vor alles andere als unproblematisch. Aufgrund der Corona-Pandemie schloss Nordkorea all seine Grenzen und stellte praktisch jeden Handel ein – auch den mit seinem größten Handelspartner China. Erst im April 2024 kam es wieder zu einem [hochrangigen Besuch Chinas in Nordkorea, als Zhao Leji](#), Chinas dritthöchster Mann im Staat, die Delegation anführte.

Für China ist und bleibt das Regime in Pjöngjang eine wichtige Pufferzone gegen die zunehmende Umzingelung durch die USA.

Der Besuch fand vor dem Hintergrund zunehmender internationaler Besorgnis über Nordkorea statt, das seine aggressive Rhetorik und seine militärischen Raketentests intensiviert. Anfang 2024 hatte Kim Jong-un einen grundlegenden Politikwandel gegenüber Südkorea angekündigt: Er schloss die Möglichkeit einer friedlichen Wiedervereinigung Koreas aus und signalisierte dabei, dass er eher für Feindschaft als für Versöhnung sei. Im Jahr 2022 hatte Nordkorea bereits eine bis dahin nie dagewesene Zahl an Raketentests durchgeführt und 2023 mit russischer Unterstützung einen militärischen Aufklärungssatelliten erfolgreich ins All geschossen.

Die Isolation Russlands vom Westen aufgrund des russischen Angriffs auf die Ukraine hat letztendlich zu einer Vertiefung der Beziehungen zwischen Moskau und Pjöngjang geführt, was auch eine stärkere militärische Zusammenarbeit der beiden Staaten beinhaltet. Es wird vermutet, dass Russland für seinen Krieg in der Ukraine große Mengen an Munition und ballistischen Raketen aus Nordkorea erhält und dem Land im Gegenzug militärische Technologie liefert, die dessen militärische Fähigkeiten stärkt. Dieses neue und enge russisch-nordkoreanische Verhältnis stellt eine ernsthafte Herausforderung für den Westen in Europa und Nordostasien dar.

Peking, ein wichtiger Partner sowohl von Pjöngjang als auch von Moskau, hat bisher [darauf verzichtet, sich zu den jüngsten Entwicklungen zu äußern](#). Aber die [chinesischen Medien](#) haben den Schuldigen schnell ausgemacht: Sie behaupten, dass es die „feindselige“ Politik der USA sei, die Russland und Nordkorea enger zusammenrücken lasse, wodurch die Sicherheitslage in beiden Regionen unterminiert werde. In dieser Darstellung der USA als wichtigstem Verursacher von Spannungen spiegelt sich Chinas Überzeugung wider, dass Washington und nicht Pjöngjang die größte Bedrohung bzw. der größte Feind sei.

Sehr zu Chinas Entsetzen haben die USA in Reaktion auf Nordkoreas zunehmende Fähigkeiten im Atom- und Raketenbereich ihre militärische Zusammenarbeit mit Südkorea und Japan verstärkt. Peking beschuldigt Washington schon seit langem, Nordkoreas Atomprogramm als Vorwand für eine Ausweitung seiner militärischen Präsenz in der Region zu nutzen und damit die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel zu verschärfen. Die meisten der mit Außenpolitik Beschäftigten in China glauben, dass es den USA dabei nicht so sehr um die Abschreckung Nordkoreas gehe, sondern vielmehr um die Eindämmung Chinas.

Angesichts der Tatsache, dass China sowohl in seiner regionalen als auch globalen Außenpolitik den Fokus auf seine große Rivalität mit den USA richtet, ist es sehr [unwahrscheinlich, dass Peking Druck](#) auf Nordkorea oder Russland ausüben wird, um die Konflikte in Nordostasien oder Europa zu lösen. Für China ist und bleibt das Regime in Pjöngjang eine wichtige Pufferzone gegen die zunehmende Umzingelung durch die USA und ihre Verbündeten, während Russland ein wichtiger Partner gegen eine von den USA angeführte Weltordnung ist. Allerdings könnte Pekings Entscheidung für die

Seite E 120 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

„Nichteinmischung“ langfristig seine eigenen strategischen Interessen untergraben. Mit seiner Zurückhaltung in Bezug auf die engeren Verbindungen zwischen Russland und Nordkorea riskiert China möglicherweise eine Verschärfung der Spannungen auf der koreanischen Halbinsel.

Mit der Hilfe Russlands wird Nordkorea vermutlich die Entwicklung seines atomaren Potenzials beschleunigen.

Mit der Hilfe Russlands wird Nordkorea vermutlich die Entwicklung seines atomaren Potenzials beschleunigen. Das könnte wiederum eine stärkere Reaktion der USA hervorrufen und im schlimmsten Fall für Peking die Bildung einer – wie die Chinesen es nennen – „asiatischen NATO“ unter Führung der USA zur Folge haben, die sich gegen China richten würde. Zudem könnte eine Stärkung Nordkoreas zu einem aggressiveren und provokativeren Verhalten des Landes führen: Es könnte seine Waffentests weiter intensivieren und – was noch bedenklicher wäre – einen siebten Atomtest durchführen. Das würde China zwangsläufig in eine Lage bringen, einer Eskalation von Konflikten ausgesetzt zu sein, die es eigentlich vermeiden möchte.

Der internationale Druck auf China, vor allem vonseiten der USA, eine härtere Position gegen das Regime in Pjöngjang einzunehmen, würde sicherlich steigen. Man erinnere sich daran, wie unter der Trump-Regierung die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel die bilateralen Unstimmigkeiten verschärften und sich auf andere Bereiche der Beziehungen zwischen China und den USA ausweiteten. Im Jahr 2017 verwob sich die vermeintliche Untätigkeit Chinas gegenüber Nordkorea [mit den Bedenken der USA über die chinesischen Handelspraktiken](#), was letztlich zu einem Handelskrieg und Sanktionen führte, die bis heute Bestand haben.

Chinas langjährige strategische Priorität, die Stabilität aufrechtzuerhalten, statt eine Denuklearisierung anzustreben, hat es Nordkorea ermöglicht, sein Atomprogramm so weit auszubauen, dass es sehr schwierig sein wird, diese Entwicklung aufzuhalten. Offiziell hielt China immer an den drei Grundsätzen „kein Krieg, keine Instabilität und keine Atomwaffen“ fest, [worin sich die Prioritätensetzung](#) in Bezug auf die koreanische Halbinsel widerspiegelt. Mittlerweile ist jedoch offensichtlich, dass es unmöglich ist, gleichzeitig alle drei Ziele zu verfolgen, da die beiden ersten letztlich das dritte Ziel unterminieren und umgekehrt.

[Peking ist sich sehr wohl darüber im Klaren](#), dass ohne eine Denuklearisierung kein Frieden und keine nachhaltige Stabilität auf der koreanischen Halbinsel und in Nordostasien erreichbar sind. In dieser Hinsicht hat die Ausweitung der Beziehungen zwischen Pjöngjang und Moskau das Dilemma Chinas intensiviert.

Der chinesischen Führung bereitet vor allem die trilaterale Kooperation zwischen Japan, Südkorea und den USA große Sorgen.

Da die Weltpolitik gerade verstärkt als Kampf zwischen Demokratie und Autoritarismus wahrgenommen wird, besteht die Tendenz, die engeren Bindungen zwischen Russland und Nordkorea als Teil der Bildung einer trilateralen Achse mit China zu sehen, die darauf ausgerichtet ist, den USA, Japan und Südkorea etwas entgegenzusetzen. Peking hat dieses Narrativ als eine Wiederbelebung der „Mentalität des Kalten Krieges“ und der „Blockpolitik“ angeprangert und die USA beschuldigt, die Region entlang ideologischer Linien spalten zu wollen, um eine antichinesische Front aufzubauen.

Der chinesischen Führung bereitet vor allem die zunehmende trilaterale Kooperation zwischen Japan, Südkorea und den USA große Sorgen. Statt sich seine Nachbarn zu Feinden zu machen, hat China vielmehr das Interesse, seine Beziehungen zu Seoul und Tokio zu verbessern, um Reibungen zu reduzieren und dem Einfluss der USA entgegenzuwirken. Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handel werden als maßgebliche Faktoren für die Ankurbelung der wirtschaftlichen Erholung Chinas nach der Pandemie und für die Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität in der Region erachtet. Nordkorea ist dabei jedoch ein schwieriges Problem und seine provokativen Aktionen sind ein Störfaktor in Chinas Bemühungen um ein kooperativeres Klima in Nordostasien.

Trotz Pekings wirtschaftlicher und diplomatischer Unterstützung für Pjöngjang sind die beiden Länder alles andere als enge Freunde. Allein die Tatsache, dass Kim Jong-un seine erste Auslandsreise nach der Pandemie nach Moskau und nicht nach Peking unternahm, weckt Zweifel an den guten Beziehungen zwischen China und Nordkorea. Hinzu kommt, dass sich Nordkorea um eine Verbesserung seiner Beziehungen zum Iran bemüht, um sich einerseits weiter aus [seiner Isolation zu befreien](#) und seine strategischen Partnerschaften zu diversifizieren, aber auch um seine Zusammenarbeit im Bereich nuklearer und ballistischer Raketen zu stärken. Diese neue Dynamik erschwert es China ganz erheblich, für ein Gleichgewicht in der Region zu sorgen.

Aus dem Englischen von Ina Görtz



Anny Boc

Anny Boc ist Referentin für Außenpolitik im Deutschen Bundestag und promoviert an der Freien Universität Berlin zum Thema Großmachtrivalität zwischen China und den USA auf der Koreanischen Halbinsel.

https://www.ipg-journal.de/regionen/asien/artikel/auf-gute-nachbarschaft-7596/?utm_campaign=de_40_20240620&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Fragile Brüderlichkeit. Vom Bündnis mit China erhofft sich Russlands Präsident Putin volle Rückendeckung. Doch Xi zögert – und weiß seine Vorteile auszuspielen

Von Nina L. Khrushcheva

13.06.2024



Streit unter Brüdern? Chinas Staatschef Xi empfängt Russlands Präsidenten Putin.-*picture alliance/Alexander Ryumin*

Im Dezember 1949 flog Mao Zedong nach Moskau, um Josef Stalin [zu treffen](#). Der Führer der erst wenige Monate zuvor gegründeten Volksrepublik China brannte darauf, mit seinem Amtskollegen, dem Anführer des Weltproletariats, den Sieg des Kommunismus in China und den 71. Geburtstag des sowjetischen Ministerpräsidenten zu feiern. Stalin betrachtete Mao jedoch [nicht als ebenbürtig](#). Wie sich die Zeiten doch geändert haben. Aus Stalins Sicht war Mao nützlich, weil er helfen würde, den Kommunismus in Asien zu verbreiten. Im Februar 1950 [unterzeichneten die beiden Führer](#) daher den chinesisch-sowjetischen Vertrag über Freundschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand. Mao wollte aber noch mehr – nämlich Sicherheitsgarantien gegenüber den Vereinigten Staaten und direkte militärische Unterstützung. Doch Stalin [blieb zurückhaltend](#). Seiner Ansicht nach stand Mao – als hilfsbedürftiger Nachbar mit großenwahnsinnigen Anwandlungen – nicht nur unter ihm, sondern war auch eine Belastung. [Stalin befürchtete](#), engere Beziehungen zur Volksrepublik China könnten die Erfolge der Sowjetunion in Asien gefährden und zu einer Intervention der USA führen.

Heute ist es der chinesische Präsident Xi Jinping, der auf seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin herabblickt. Tatsächlich war Putins Staatsbesuch in Peking im Mai – seine [erste Auslandsreise](#) seit Beginn seiner fünften Amtszeit – praktisch ein Spiegelbild der Begegnung zwischen Stalin und Mao vor 75 Jahren. [Xi empfing Putin](#) auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Rahmen einer Zeremonie mit allem zu erwartenden Pomp. Als Putins Konvoi vor der Großen Halle des Volkes vorfuhr, ertönte ein donnernder Artilleriesalut. Das Orchester der Volksbefreiungsarmee spielte nicht nur die russische Hymne, sondern auch die bei älteren Chinesen beliebte Melodie „Moskauer Nächte“. [Die Menge jubelte](#).

Seite E 123 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

Heute ist es der chinesische Präsident Xi Jinping, der auf seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin herabblickt.

Bei dem Besuch wurde mit Symbolik – oder Propaganda – nicht gespart. Neben der Würdigung des 75-jährigen Bestehens der diplomatischen Beziehungen bildete die Feier auch den Auftakt zu den „[chinesisch-russischen Kulturjahren](#)“, im Rahmen derer 230 „kulturelle und künstlerische“ Veranstaltungen in Dutzenden Städten in beiden Ländern stattfinden werden. Unter aufdringlicher Würdigung dieser Verbindungen von Mensch zu Mensch erklärte Putin, Russen und Chinesen seien „[für immer Brüder](#)“ – eine Anspielung auf ein Lied, das für Maos Besuch in Moskau komponiert wurde. Er behauptete sogar, dieser Ausdruck sei in Russland zu einer Art „[Schlagwort](#)“ geworden. Diese Behauptung fanden selbst Kreml-Propagandisten dick aufgetragen. Tatsächlich wird das Lied in Russland aufgrund der wiederholten Störungen in den chinesisch-russischen Beziehungen – beginnend mit dem chinesisch-sowjetischen Zerwürfnis – schon lange ins Lächerliche gezogen. Manche behaupten, mein Urgroßvater Nikita Chruschtschow sei für die Zerstörung der bilateralen Beziehungen verantwortlich, da er 1956 [mit Stalin abrechnete](#). Doch Stalin war nie ein treuer Verbündeter Chinas gewesen. Chruschtschow erinnerte zu Hause einmal daran, dass der sowjetische Diktator 1951, als der Koreakrieg in eine Pattsituation geraten war, Mao als talentlosen Guerillakämpfer verspottet habe.

Auf jeden Fall war Putin nicht nur wegen der Show in Peking. Seit er vor zwei Jahren seine umfassende Invasion in der Ukraine begann und der Westen mit beispiellosen Sanktionen reagierte, ist Russland in hohem Maße [von China abhängig](#). Als Putin also in Peking landete, hielt er praktisch schon die Hand auf. Doch wie Stalin vor 75 Jahren hegt auch Xi seine Vorbehalte. Ja, Russland hat seine Vorteile. Wie Xi auf dem jüngsten Gipfel [feststellte](#), betrachtet er die bilateralen Beziehungen als „Faktor für die Aufrechterhaltung der globalen strategischen Stabilität und die Demokratisierung der internationalen Beziehungen“. Das erklärt auch, warum die beiden Länder, [wie Putin hervorhob](#), ein „gewichtiges Portfolio“ von 80 großen Investitionsprojekten aufgebaut haben. Chinas Bereitschaft, für Russland Opfer zu bringen, hat jedoch klare Grenzen.

Chinas Bereitschaft, für Russland Opfer zu bringen, hat jedoch klare Grenzen.

Das beginnt schon bei der Wirtschaft. In den vergangenen Monaten hat sich Xi mit mehreren westlichen Spitzenpolitikern getroffen, darunter Bundeskanzler Olaf Scholz, der französische Präsident [Emmanuel Macron](#) und der amerikanische Außenminister Antony Blinken. Sie alle überbrachten die gleiche Botschaft: Sollte China weiterhin Güter mit „[doppeltem Verwendungszweck](#)“ liefern und Technologien zur Verfügung stellen, die Russlands Kriegsanstrengungen unterstützen, würden chinesische Firmen [mit Sekundärsanktionen](#) belegt. Xi gab sich alle Mühe, unbeeindruckt zu wirken. Aber es ist wohl kein Zufall, dass die chinesischen Exporte nach Russland allein im März um 14 Prozent [zurückgegangen sind](#). Darüber hinaus hat China seit Anfang dieses Jahres seine Direktlieferungen von Maschinen, Anlagen (darunter auch elektrische Anlagen), mechanischen Teilen und Zubehör nach Russland [kontinuierlich reduziert](#). In Anbetracht der Tatsache, dass China Russlands wichtigstes Ursprungsland für Einfuhren ist, gibt dies dem Kreml Anlass zu großer Sorge. Im vergangenen Jahr bezog Russland rund [45 Prozent der gesamten Importe](#) aus der Volksrepublik.

Darüber hinaus treibt China das Projekt der *Power of Siberia 2*-Gaspipeline, über die russisches Gas nach China transportiert werden soll, nur [langsam voran](#). In dem Wissen,

am längeren Hebel zu sitzen, erwartet Xi von Russland, [die gesamten Kosten](#) für den milliardenschweren Bau der Pipeline zu tragen, während China weiterhin hohe Preisnachlässe für Energie gewährt werden sollen. In diesem Jahr zahlte China [nur 300 Dollar](#) für 1 000 Kubikmeter Gas, das durch die *Power of Siberia 1*-Pipeline gepumpt wurde. Europa und die Türkei mussten mehr als 500 Dollar pro 1 000 Kubikmeter berappen. Fortschritte bei der *Power of Siberia 2*-Pipeline sind Putin so wichtig, dass er den [für Energieangelegenheiten](#) zuständigen stellvertretenden russischen Ministerpräsidenten Alexander Novak nach Peking mitbrachte. Nach dem Treffen konnte Novak jedoch nicht mehr als eine [vage Zusicherung](#) anbieten, dass „in naher Zukunft“ ein Vertrag unterschrieben werden würde.

Auch Putins Versuch, im Stile Maos ein vollwertiges Militärbündnis mit gegenseitigen Verteidigungsverpflichtungen zu schließen, ist offenbar gescheitert. Obwohl China gemeinsame [Militärübungen](#) mit Russland abhielt, versucht die Volksrepublik, sich als Befürworter einer „[Win-win-Kooperation](#)“ zu positionieren und sich von der „Mentalität des Kalten Krieges“ zu distanzieren, die von einer Aufteilung der Welt in konkurrierende Blöcke ausgeht. Warum sollte Xi seine Position als eine Art Bindeglied zwischen Russland und dem Westen aufs Spiel setzen?

Xi ist nicht an Streit interessiert, zumindest nicht vordergründig, und Putins Agenda umfasst nichts als Streit. Angesichts der stark divergierenden Interessen der beiden Staatsoberhäupter stellt sich die Frage, ob die chinesisch-russischen Beziehungen wieder einmal dem Untergang geweiht sind. Wie echte Brüder könnten China und Russland für immer untrennbar im Streit vereint bleiben.

© *Project Syndicate*

Aus dem Englischen von Helga Klinger-Groier



Nina L. Khrushcheva
New York

Nina L. Khrushcheva ist Professorin für Internationale Politik an der *New School* in New York und *Senior Fellow* des *World Policy Institute*. Sie ist die Urenkelin des sowjetischen Politikers Nikita Chruschtschow.

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/fragile-bruederlichkeit-7527/?utm_campaign=de_40_20240614&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

Keine Berichte

Griechenland (Seiten E 127 – E 134)

01) Zweifelhaftes Vorbild. Während viele von weniger Arbeit träumen, führt Griechenland die Sechs-Tage-Woche ein. Ob die Maßnahme die Probleme des Landes löst, ist fraglich

Von Jens Bastian

02.07.2024



Viele Griechinnen und Griechen arbeiten bereits in zwei Jobs.- picture alliance / NurPhoto | Nikolas Kokovlis

Seit 1. Juli 2024 gilt in Griechenland eine neue gesetzliche Arbeitszeitbestimmung. Die allein regierende konservative *Nea Dimokratia* des Premierministers Kyriakos Mitsotakis hat die Sechs-Tage-Woche rechtsverbindlich für einzelne Wirtschaftszweige eingeführt, so etwa für das verarbeitende Gewerbe sowie für einige Dienstleistungen, zum Beispiel für Banken und Versicherungen. Arbeitsministerin Niki Kerameus (seit Mitte Juni im Amt) begründet den Reformbedarf mit „Arbeitskräftemangel“ und der Notwendigkeit, mehr „Flexibilität“ in den Branchen und Unternehmen zu verankern. Sämtliche Oppositionsparteien – links wie rechts von der *Nea Dimokratia* – stimmten gegen die Gesetzesnovelle. Die zwei gewerkschaftlichen Dachverbände für den Privatsektor und den öffentlichen Dienst – GSEE und ADEDY – liefen Sturm gegen die gesetzliche Ausdehnung zur Sechs-Tage-Woche.

Die neue Rechtslage sieht vor, dass es einen individuellen Aushandlungsprozess zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerseite geben soll. Die Option, der Forderung des Arbeitgebers nach längerer Arbeitszeit nicht zu entsprechen, ist zwar rechtlich verankert. Allerdings ist im neuen Gesetz nicht eindeutig geklärt, wie dieses Prinzip der Freiwilligkeit für Teilzeitbeschäftigte und solche mit befristeten Arbeitsverträgen angewandt werden soll. Zudem ist zu bedenken, dass eine individuelle Weigerung der Arbeitnehmerin in der Alltagsrealität eines Betriebs schnell an Grenzen stößt, wenn andere Arbeitnehmer die Arbeitszeitverlängerung akzeptieren und der Arbeitgeber Sonderfaktoren wie Krankenstand in der Belegschaft, Urlaubszeiten von Beschäftigten oder kurzfristige Auftragserledigung geltend macht.

Seite E 128 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

So sehr das Arbeitsministerium das Prinzip der Freiwilligkeit der Arbeitszeitverlängerung betont, so verweist doch die Praxis in zahlreichen Sektoren der griechischen Realwirtschaft auf eine ganz andere Ausgangssituation. Seit Jahren geht der gewerkschaftliche Organisationsgrad zurück. Ebenso hat die Tarifbindung von Unternehmen und Wirtschaftszweigen abgenommen. Letzteres ist eine der langfristigen Folgen der drei makroökonomischen Anpassungsprogramme der Troika, denen Griechenland zwischen 2010 und 2018 ausgesetzt war. Im Übrigen war eine der damaligen Konditionalitäten der Kreditgeber aus Internationalem Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank und der Kommission in Brüssel, dass Griechenland gesetzliche Arbeitszeitverlängerungen einführen sollte. Die ab Juli 2024 geltenden Bestimmungen haben demnach einen Vorlauf und können als Teil einer lange anhaltenden Kontroverse angesehen werden, wie arbeitsrechtliche Bestimmungen in Griechenland verändert werden.

Zwischen 2010 und 2022 haben mehr als 500 000 Griechinnen und Griechen das Land verlassen.

Der griechische Arbeitsmarkt war in der vergangenen Dekade von einem starken Wandel gekennzeichnet, der gleichzeitig Strukturprobleme erkennen lässt. Es sind berechtigte Zweifel angebracht, ob diese Probleme durch die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit in den Griff zu bekommen sind. Zwar nimmt die Arbeitslosigkeit seit einigen Jahren ab; doch noch immer ist Griechenland eins von nur zwei Ländern in der Eurozone, in dem die registrierte Arbeitslosigkeit weiterhin zweistellig ist. Sie betrug im April 2024 insgesamt [10,8 Prozent](#) und betraf mehr als eine halbe Million Menschen. Lediglich [Spanien lag mit 11,7 Prozent noch vor Griechenland](#).

Zwischen 2010 und 2022 haben mehr als [500 000 Griechinnen und Griechen](#) das Land verlassen, um im Ausland zu arbeiten. Diese Migration betraf vornehmlich gut ausgebildete junge Menschen, die während der Krisenjahre von drohender Arbeitslosigkeit betroffen waren. Vor die Wahl gestellt, zu bleiben oder zu gehen, haben viele mit den Füßen abgestimmt. Viele dieser Menschen sind trotz wirtschaftlicher Erholung und besserer Arbeitsmarktbedingungen auch heute noch nicht bereit, nach Griechenland zurückzukehren. Diesen Personenkreis durch eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit zu „motivieren“, eine Beschäftigung in Griechenland aufzunehmen, erscheint eher abwegig. Auch betriebliche Personalprobleme werden durch solche Angebote nicht gelöst. Erst recht nicht, wenn viele dieser Beschäftigten im Ausland Erfahrungen mit Homeoffice, hybriden Arbeitszeitmodellen und womöglich bereits einer Vier-Tage-Woche gemacht haben.

In zahlreichen Wirtschaftszweigen Griechenlands ist seit Beendigung der Covid-Pandemie ein wachsender [Mangel an Personal und Fachkräften](#) erkennbar geworden, insbesondere in der Bauindustrie, der Landwirtschaft, im Tourismus und in der Gastronomie. Die Mitsotakis-Regierung war angesichts dieser Defizite herausgefordert, illegalen Einwanderern einen Schutzstatus vor Abschiebung und Zugang zum gesetzlichen Arbeitsrecht zu gewähren. Diese Reform betrifft allerdings Sektoren und Beschäftigte, die ohnehin schon die Sechs-Tage-Woche als Regelarbeitszeit erleben – häufig ohne Tarifregelung oder Zuschläge, wie sie jetzt gesetzlich eingeführt werden.

In der Debatte um die Einführung der Sechs-Tage-Woche wurde von Regierungsseite immer wieder hervorgehoben, dass die Reform auch Einkommensgewinne für Beschäftigte mit sich bringe. Das muss sich in der Praxis allerdings erst erweisen. Ob und wie lange einzelne Betriebe die neuen Zuschläge – bis zu 40 Prozent mehr Gehalt, an Sonn- und Feiertagen sogar 115 Prozent zusätzlich – bezahlen können, bleibt abzuwarten.

Diese Argumentation unterschlägt zudem eine wichtige Konsequenz längerer Arbeitszeiten mit höheren Zuschlägen: Die Mehrarbeit und Brutto-Einkommensgewinne können bei verschiedenen Beschäftigtengruppen, insbesondere im Niedriglohnsegment, dazu führen, dass die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in höhere Steuerklassen rutschen und höhere Sozialversicherungsabgaben zu leisten haben. In solchen Fällen wären die erzielbaren Einkommensgewinne gering und stünden im Widerspruch zu dem damit verbundenen Aufwand für die Beschäftigten.

Es ist keineswegs ausgeschlossen, dass die gesetzliche Novellierung aus Athen demnächst in Luxemburg verhandelt wird.

Die Befürworter der griechischen Arbeitszeitnovellierung argumentieren auch mit dem Hinweis, dass die gesetzliche Einführung der Sechs-Tage-Woche einen bereits existierenden Zustand am Arbeitsmarkt rechtlich anerkenne und entsprechende Kompensationsregeln garantiere. In der Tat gibt es zahlreiche Unternehmen und Branchen, in denen die Sechs-Tage-Woche seit Jahren Alltagsrealität ist. Viele Griechinnen und Griechen arbeiten bereits in zwei Jobs. Allerdings tun sie das häufig keineswegs freiwillig. Die Lohnkürzungen während der Krisenjahre, die Inflationsentwicklung der vergangenen fünf Jahre sowie steigende Mieten und Energiekosten zwingen die Bürgerinnen und Bürger förmlich dazu, länger zu arbeiten beziehungsweise zwei Jobs zu haben, um überhaupt über die Runden zu kommen. Anders gesagt: Diese ökonomische Realität ist in der arbeitenden Bevölkerung keineswegs akzeptiert, sondern erzwungen.

Ein interessanter Nebenaspekt der neuen Arbeitszeitdebatte ist der Versuch einzelner Medienvertreter und Interessenverbände in Deutschland, das Narrativ „von Griechenland lernen“ öffentlichkeitswirksam zu platzieren. In den letzten Wochen ist aufgefallen, dass kaum eine griechische Reform der vergangenen zehn Jahre in Deutschland eine solche Aufmerksamkeit erhalten hat, wie jene der Arbeitszeitverlängerung. Während Gewerkschaften in Deutschland wieder verschiedene Modelle von Arbeitszeitverkürzung in ihre Forderungskataloge für Tarifverhandlungen aufnehmen, halten wirtschaftsnahe Verbände das „Modell Griechenland“ hoch. Der [Arbeitgeberverband BDA](#) begrüßte ausdrücklich den „Mut“ Griechenlands. Ebenso verweist der Bundesverband Mittelstand auf die positive Entwicklung in Athen, mit der Einschränkung allerdings, dass Arbeitszeitverlängerungen nicht durch staatliche Intervention auf den Weg gebracht werden sollten.

Schließlich ist die neue griechische Arbeitszeitregelung im europäischen Kontext zu betrachten. Die [Arbeitszeitregeln auf EU-Ebene](#) aus dem Jahre 2003 besagen, dass die wöchentliche Arbeitszeit, auf sieben Tage verteilt, 48 Stunden nicht übertreffen darf (Mehrarbeit inklusive). Die Arbeitszeitdirektive der Kommission erlaubt bestimmte Abweichungen in den EU-Mitgliedstaaten, wenn sie qua Gesetz und/oder qua Tarifvertrag beschlossen werden. Ob die neue gesetzliche Arbeitszeitregelung in Griechenland EU-konform ist, wird möglicherweise der Europäische Gerichtshof zu klären haben. Es ist keineswegs ausgeschlossen, dass die gesetzliche Novellierung aus Athen demnächst in Luxemburg verhandelt wird.

Die gesetzliche Flexibilisierung hin zur Sechs-Tage-Woche in Griechenland steht im Gegensatz zu betrieblichen Entwicklungen in anderen EU-Ländern, welche mit der Vier-Tage-Woche experimentieren oder die Wünsche von Beschäftigten nach hybrider Arbeitszeitgestaltung, inklusive Homeoffice, zu integrieren versuchen. Die bestehenden Strukturprobleme der griechischen Wirtschaft und die hohe Arbeitslosigkeit unterstreichen, dass zahlreiche Unternehmen nicht so sehr Probleme bei der Arbeitszeitgestaltung haben,

als vielmehr die Herausforderung bewerkstelligen müssen, geeignetes Personal auszubilden und zu rekrutieren. So erfordern Infrastrukturmängel im öffentlichen Transportwesen, insbesondere bei der Eisenbahn, erhebliche Investitionen, unabhängig von den gesetzlichen Arbeitszeitregeln. Auch die anhaltende Inflation in Griechenland sowie die Auswirkungen der Alterung der Gesellschaft werden durch die Einführung einer Sechs-Tage-Woche nicht gelöst.



Jens Bastian
Berlin

Dr. Jens Bastian ist *Fellow* am Centrum für angewandte Türkeistudien (CATS) der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Zuvor war er als unabhängiger Berater und Finanzanalyst in Athen tätig.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/arbeit-und-digitalisierung/artikel/zweifelhaftes-vorbild-7613/?utm_campaign=de_40_20240702&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Durchwurschteln leicht gemacht. Von der Klatsche für Griechenlands konservative Regierung können die linken Oppositionsparteien nicht profitieren. Wann raufen sie sich zusammen?

Von Nick Malkoutzis

14.06.2024



Eine Wahlschlappe zum Aufatmen: Griechenlands Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis profitiert von der Schwäche der Opposition.- *picture alliance / Zumapress | Nikolas Georgiou*

In Griechenland haben die Europawahlen Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis und seiner Mitte-rechts-Partei *Nea Dimokratia* („Neue Demokratie“) überraschend einen herben Schlag verpasst. Aber auch die Parteien im linken und gemäßigt linken Teil des politischen Spektrums hat die Wahl in die Bredouille gebracht. Eine realistische Chance, sich wieder an die Macht heranzuarbeiten, haben sie nur, wenn sie sich zusammentun.

Mitsotakis, der vor einem Jahr mit einer komfortablen Mehrheit wiedergewählt wurde, hatte die Latte für die diesjährige Europawahl niedrig gelegt. Bei den Parlamentswahlen 2023 kam seine Partei auf fast 41 Prozent. Für den 9. Juni hatte er sich vorgenommen, dasselbe Wahlergebnis wie bei der Europawahl 2019 zu erreichen – damals holte er knapp über 33 Prozent. Tatsächlich aber blieben die Konservativen mit nur 28,3 Prozent deutlich unter dieser Zielmarke. Die *Nea Dimokratia* hat eine schwierige zweite Regierungsperiode hinter sich, was zum Teil an den verheerenden Waldbränden und Überschwemmungen des vergangenen Jahres lag. Die Partei bekommt die Lebenshaltungskostenkrise kaum in den Griff, dazu machen ihr eine lange Reihe von Fehlern bei der Aufarbeitung eines schweren Zugunglücks, eine unpopuläre Steuerreform und diverse Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit zu schaffen.

Allerdings konnte keine der beiden großen Oppositionsparteien daraus Kapital schlagen und ihren Stimmenanteil deutlich steigern – weder die linke SYRIZA noch die Mitte-links-Partei PASOK. Mit Politikneuling Stefanos Kasselakis an der Spitze kam SYRIZA auf 14,9 Prozent. Das sind fast drei Prozentpunkte weniger als die enttäuschenden 17,8 Prozent, die die Partei bei den letztjährigen Parlamentswahlen holte. Der damalige Parteivorsitzende und frühere Ministerpräsident Alexis Tsipras war daraufhin zurückgetreten.

Die drittplatzierte PASOK konnte sich am 9. Juni leicht verbessern. Die Sozialdemokraten erhielten fast 12,8 Prozent der Stimmen und damit einen Prozentpunkt mehr als bei den

letzten Parlamentswahlen und weit mehr als ihre 7,7 Prozent bei den Europawahlen 2019. In großer Feierlaune waren die Mitte-links-Partei und ihr Vorsitzender, der ehemalige Europaabgeordnete Nikos Androulakis, trotzdem nicht, denn sie hatten sich zum Ziel gesetzt, SYRIZA hinter sich zu lassen.

Angesichts dieser Ergebnisse müssen sich beide Oppositionsparteien fragen, ob sie sich nicht besser zusammenschließen sollten.

Angesichts dieser Ergebnisse müssen sich beide Oppositionsparteien fragen, warum sie von Mitsotakis' Schwierigkeiten nicht profitieren konnten und ob sie sich nicht besser zusammenschließen sollten, um sich im Vorfeld der 2027 anstehenden Parlamentswahlen als ernst zu nehmende Herausforderer zu formieren. Dass keine der beiden Parteien es geschafft hat, substanziell mehr Unterstützer für sich zu gewinnen, liegt auch daran, dass SYRIZA und PASOK völlig unterschiedliche Strategien gewählt haben. SYRIZA setzte auf den 36-jährigen ehemaligen Goldman-Sachs-Banker Kasselakis und darauf, dass er politisch ein unbeschriebenes Blatt war. Die Linken wollten davon profitieren, dass Kasselakis Vitalität ausstrahlt, den direkten Kontakt zu den Wählerinnen und Wählern sucht und gern pausenlos in der Öffentlichkeit steht – sei es in Medieninterviews oder TikTok-Videos.

Für seine wohl spektakulärste PR-Aktion bereiste Kasselakis mit einem gecharterten Boot 20 griechische Inseln, um deren Bevölkerung kennen zu lernen. Dass SYRIZA so stark auf ihren Vorsitzenden und dessen Persönlichkeit setzte, brachte sie allerdings auch in gefährliches Fahrwasser: Wenige Tage vor der Europawahl am 9. Juni sah Kasselakis sich gezwungen, in aller Eile Einzelheiten über seine Einkünfte und sein Vermögen in den USA zu veröffentlichen, nachdem bekannt geworden war, dass er den griechischen Behörden die entsprechenden Unterlagen nicht vorgelegt hatte. Die Auskünfte zu seiner Finanzlage warfen die Frage auf, ob ein Mann mit einem Jahreseinkommen von 2,6 Millionen US-Dollar und zwei Autos im Wert von mehr als 350 000 US-Dollar sich wirklich als Chef einer linken Partei eignet, die in einem Land um Stimmen wirbt, in dem fast 85 Prozent der Beschäftigten maximal 1 000 Euro im Monat verdienen.

Die PASOK brachte sich als verantwortungsbewusste Opposition in Stellung und setzte weniger auf PR als vielmehr darauf, die Regierung mit – wie sie es nennt – „institutionellen“ Mitteln in die Pflicht zu nehmen. Die Sozialdemokraten nutzten das Parlament, unabhängige Kontrollinstanzen und die Justiz, um die Mitte-rechts-Regierung bei zahlreichen Themen zur Rechenschaft zu ziehen, insbesondere beim Thema Rechtsstaatlichkeit. Zudem versuchte sie, sich als führende Kraft bei der Formulierung von politischen Alternativen zu profilieren – von der Bekämpfung der hohen Preise bis hin zur Wohnungskrise, die in Griechenland immer mehr um sich greift.

Trotz ihres methodischen Vorgehens konnten die Sozialisten keine große Zugkraft entwickeln. Laut den Nachwahlbefragungen am 9. Juni schnitt die PASOK bei den Wählerinnen und Wählern der Mitte am besten ab, lag aber bei den 17- bis 34-Jährigen nur an vierter Stelle, wohingegen SYRIZA in dieser Altersgruppe die beliebteste Partei war. Das heißt wohl: Die PASOK bietet inhaltlich die Substanz, die SYRIZA fehlt, und spricht damit manche ältere Wählerinnen und Wähler an. Aber der oftmals als Langweiler kritisierte Androulakis verfügt eben nicht über das Charisma eines Kasselakis, um neue Wählergruppen anzulocken.

Die Wahlergebnisse vom 9. Juni deuten darauf hin, dass Griechenlands Linke und Sozialdemokraten nur gemeinsam wieder an die Macht kommen können.

Seite E 133 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

Ein Zusammengehen der beiden Parteien könnte sich für die Opposition als die beste Möglichkeit erweisen, Mitsotakis herauszufordern. Die Wahlergebnisse vom 9. Juni deuten darauf hin, dass Griechenlands Linke und Sozialdemokraten nur gemeinsam wieder an die Macht kommen können. Insgesamt kamen alle linken Parteien zusammen – ohne die Kommunistische Partei – auf rund 35 Prozent. Wenn sie dies nutzen, könnte sich daraus eine starke Plattform für ein Linksbündnis schmieden lassen.

Ab diesem Jahr wird sich das Wachstum, das Griechenland in den letzten Jahren verzeichnet hat, voraussichtlich verlangsamen, und auch die finanzpolitischen Spielräume dürften begrenzt sein. Die Griechen werden durch die über dem EU-Durchschnitt liegenden Preise für Lebensmittel und Getränke stark belastet. Zudem wird die einheimische Bevölkerung aufgrund des Preisdrucks aus dem Wohnungsmarkt gedrängt. Die Klimakrise führt immer häufiger zu Extremwetterlagen, deren Zerstörungskraft zunimmt. Gleichzeitig sinkt das Vertrauen in die Institutionen.

Dies sind einige der Themen, auf denen die Linke und die linke Mitte eine glaubwürdige und wirksame Opposition aufbauen können. Allerdings sind die Aussichten, dass es zu einer solchen Zusammenarbeit kommt, gering. Zwar haben nach den Wahlen zum Europäischen Parlament einige Vertreter von SYRIZA und PASOK erklärt, es sei an der Zeit, sich auf die Suche nach Synergien zu machen. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass SYRIZA und PASOK sich in den kommenden Monaten eher weiter voneinander entfernen werden, statt einander anzunähern.

Androulakis' Führungsrolle wird möglicherweise infrage gestellt werden. Falls er gehen muss, wird der neue Vorsitzende wohl erst einmal versuchen, die Partei hinter sich zu bringen, bevor er über mögliche Allianzen nachdenkt. Kasselakis will sich allem Anschein nach erst einmal in einer nationalen Abstimmung erproben, ehe er erwägt, die Macht mit jemand anderem zu teilen. Zudem hat man den Eindruck, dass die PASOK-Funktionäre dem SYRIZA-Vorsitzenden nicht trauen. Seine politischen Überzeugungen sind nach wie vor unklar, und sein egozentrischer Stil kommt bei vielen nicht gut an.

Wenn die Opposition die Gunst der Stunde nicht nutzt, wird Premierminister Mitsotakis der Nutznießer sein. Er ist mit unerwarteten Blessuren aus den Europawahlen hervorgegangen und hat schwierige Zeiten vor sich. Schafft die Linke es nicht, sich zusammenzutun, bekäme er die Zeit und die Spielräume, die er braucht, um sich zu erholen und den Weg für eine historische dritte Amtszeit freizumachen.

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Nick Malkoutzis
Athen

Nick Malkoutzis ist Gründer und Herausgeber von *MarcoPolis*, einer englischsprachigen Informationsplattform für politische und wirtschaftliche Analysen zu Griechenland mit Sitz in Athen.

Frankreich (Seiten E 135 bis E 144)

01) „Macron ist quasi am Ende“.

Der französische Präsident hat sich verzockt. Adrienne Woltersdorf aus Paris über den Erfolg der extremen Rechten und das letzte Fünkchen Hoffnung

Interview. Die Fragen stellte [Alexander Isele](#).

02.07.2024



picture alliance / Reuters / Yara NardiDie Flucht nach vorn wird für Emmanuel Macron zum Desaster.

Die Fragen stellte [Alexander Isele](#).

Der rechtsextreme *Rassemblement National* hat in Frankreich die erste Runde der Parlamentswahl klar gewonnen. Was bedeutet das für die zweite Runde?

Auf jeden Fall gibt es in Frankreich einen deutlichen Rechtsruck, der zu einer Mehrheit im Parlament für den *Rassemblement National* führen wird. Aus den bisherigen Wahlergebnissen wird klar, dass der RN seine Stellung in seinen Hochburgen weiter festigen konnte, aber auch dort gut abgeschnitten hat, wo er bislang nicht so stark war. Mittlerweile sind die Rechtsextremen für viele Französisinnen und Franzosen eine normale, wählbare Partei geworden. Sie bekommen Zustimmung quer durch alle Schichten der Gesellschaft, auch von Angestellten, Fachkräften bis hin zu Akademikern. Der Wunsch vieler Wählerinnen und Wähler nach einem Wechsel ist zudem sehr groß.

In Paris, Nizza und Lyon gingen Tausende Menschen auf die Straße, um gegen die extreme Rechte zu protestieren und ihren Unmut über das Wahlergebnis kundzutun. Wie ist die Stimmung im Land?

Das Ergebnis kommt ja nicht unerwartet. Es bestätigt den Trend, den die Europawahl schon klar gezeigt hatte. In Anbetracht des deutlichen Siegs des RN treibt nun aber echte Angst

Seite E 136 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

und Wut viele Menschen auf die Straße, vor allem auch die junge Generation. Viele Wählerinnen und Wähler sind sehr enttäuscht und verärgert über Macron und dessen Regierungspartei. Darüber, dass er diese [Neuwahlen angeordnet](#) hat, und über den vor allem gegen Links gewandten Wahlkampf.

Das Land ist nun amtlich bestätigt tief gespalten und die Macronie am Ende.

Das Land ist nun amtlich bestätigt tief gespalten und die Macronie am Ende. Viele befürchten, dass das Zeitalter der liberalen Demokratie für Frankreich möglicherweise vorerst vorbei sein könnte. Gleichzeitig gibt es noch Hoffnung auf ein kleines Wunder im zweiten Wahlgang am kommenden Sonntag. Dazu müssten sich Macrons *Ensemble pour la République* und der *Nouveau Front Populaire* von der Vereinigten Linken sehr diszipliniert absprechen und kooperieren.

Wie wahrscheinlich ist das?

In die zweite Runde der Parlamentswahlen ziehen alle Kandidatinnen und Kandidaten ein, die in ihren Wahlkreisen mindestens 12,5 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten haben und in deren Wahlkreis kein Kandidat eine absolute Mehrheit erzielt hat. Das ist dieses Mal aufgrund der hohen Wahlbeteiligung in der Mehrheit der Wahlkreise der Fall. Wenn sich beide demokratischen Blöcke diszipliniert verhalten und gegenseitig den Vortritt lassen, wo der jeweils andere bessere Chancen hat, könnte erreicht werden, dass der RN nicht die absolute Mehrheit der Sitze in der *Assemblée* erringt, sondern höchstens mit einer relativen Mehrheit aus diesen Wahlen hervorgeht. Aber es ist fraglich, ob das Macron-Lager da mitspielen wird. Die Dynamik im zweiten Wahlgang ist schwer vorherzusehen, weil es jetzt auf jeden einzelnen Wahlkreis und die dortigen Absprachen ankommen wird, im Sinne von „alles tun, um den RN zu stoppen“.

Das Linksbündnis *Nouveau Front Populaire* kam bei der ersten Runde der Wahl auf den zweiten Platz. Was bedeutet das für die französische Politik und für die französische Linke?

Es ist sehr beeindruckend, dass die Linke es geschafft hat, innerhalb von nur drei Wochen wieder aufeinander zuzugehen, die zuvor aufgerissenen Gräben zuzuschütten und sich zusammenzutun. Das hat viele Wählerinnen und Wähler auch überzeugt. Aber jedem ist klar, dass innerhalb der Linken weiter ideologische Auseinandersetzungen drohen, auch um Persönlichkeiten wie Jean-Luc Mélenchon. Das bietet Krisenpotenzial, da eben nicht klar ist, welche der dann miteinander koalierenden fünf Parteien den Premierminister stellen würde – sollte das Ergebnis dies erlauben – und nach welchem Prinzip die Regierung aufgestellt würde. Die Spannungen zwischen *La France insoumise*, den Sozialisten, den Grünen und den Kommunisten gibt es ja weiterhin.

Macrons Bündnis *Ensemble* ist mit 20 Prozent deutlich abgeschlagen auf dem dritten Platz gelandet. Unabhängig davon, ob der *Rassemblement* die Regierung stellt oder ob eine republikanische Front aus Macrons Lager und dem Linksbündnis dies noch verhindern kann – endet der Präsident als lahme Ente?

Das kann man so sagen, Macron ist quasi am Ende. Aufgrund der schlechten Wahlergebnisse bei den Europawahlen und jetzt in der ersten Runde, ist Macron jetzt ohne Hausmacht. Der Präsident hat sich verspekuliert, als er vermutlich davon ausging, dass Teile der Republikaner und der Linken sich ihm bei der Wahl anschließen würden. Jetzt ist seine Partei geschwächt, schon im Wahlkampf ging sie regelrecht auf Distanz zu ihm. Zwar hat der Präsident in Frankreich qua Amt viel Macht, aber die bezieht sich vor allem auf die

Seite E 137 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

Außen- und Verteidigungspolitik. Für eine mögliche *Cohabitation*, also den Fall, dass Präsident und Regierung aus verschiedenen Lagern stammen, sind in der Verfassung manche Zuständigkeiten nicht klar geregelt. Das schwächt Frankreich nun insgesamt.

Und innenpolitisch?

Innenpolitisch wird es sehr schwierig. Wenn der RN die relative Mehrheit erlangt, aber nicht regiert, werden die Rechtsextremen blockieren, wo sie nur können. Blockiert der Präsident sie, wie es ihm die Verfassung erlaubt, werden sie daraus politisches Kapital zu schlagen wissen. Der RN hat 2027 fest im Blick. Die nächsten Präsidentschaftswahlen sind ihr Ziel. Dann will Marine Le Pen regieren. Bis dahin werden sie alles dafür tun, um sich dafür in Stellung zu bringen. Das bedeutet aber nichts Gutes für das schwer verschuldete Land. Hier droht nun eine Phase des Stillstands, denn das Parlament wird nicht besonders handlungsfähig sein, was auch Frankreichs Rolle als internationaler Partner schwächen wird.



Adrienne Woltersdorf

Paris

Adrienne Woltersdorf leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris. Sie war Leiterin der Stabsstelle Kommunikation der FES und des Büros für Regionale Kooperation in Asien mit Sitz in Singapur sowie des FES-Büros in Afghanistan. Vorher hatte sie acht Jahre lang für die *taz* aus Washington und Berlin berichtet.

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/das-ist-das-ende-von-macron-7619/?utm_campaign=de_40_20240702&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Lust an der Zerstörung. Angetreten, um das System zu erschüttern, legte Macron im Amt den Grundstein für ein autoritäres Regime. Profitiert nun die extreme Rechte?

Von Adrienne Woltersdorf

28.06.2024



Disruptor mit Rechtsdrill: Ebnet der französische Präsident der extremen Rechten den Weg in den Élysée-Palast?- *picture alliance / AP / Thibault Camus*

Noch zwei Wochen vor den Europawahlen warnte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in Dresden eindringlich vor Rechtsextremismus und rief zur Verteidigung der Demokratie auf: „Der Rechtsextremismus ist eine Realität, wir müssen aufwachen“, forderte er. Am Abend der Wahl dann löste er die Nationalversammlung auf, verkündete Parlamentswahlen und öffnete den Rechtsextremisten damit über Nacht die Tore der Macht. Noch einmal 14 Tage später warnt Macron vor der vereinigten Linken seines Landes als Hort der Unmoral und des Antisemitismus. Diese Sprünge sind selbst für einige Mitstreitenden zu viel. Was hat der Präsident nur vor? Warum stürzt er sein Land ohne Not in eine solche Krise?

Um Macron zu verstehen, hilft es, den Macronismus zu verstehen. Wofür steht er? „Seitdem wir uns damit abgemüht haben, den Macronismus zu definieren, wissen wir, dass es nichts ist“, resümiert der einflussreiche Kolumnist Thomas Legran bei *Libération*. Legran mag recht haben, was die Kohärenz und Konsistenz des Macronismus betrifft. Macron hat keine theoretischen Grundlagen formuliert und seine Bewegung, *La République en marche*, umbenannt in *Renaissance*, hat es schnell aufgegeben, die ideologische Funktion einer Partei erfüllen zu wollen. 2017 tauchte sie aus dem Nichts auf und – so sehen es Beobachter – ist schon wieder dabei zu zerfallen.

Macrons waghalsige, ja, irre Manöver lassen sich vielleicht vor dem Hintergrund der Tatsache einordnen, dass der Mann schon einmal innerhalb von nur fünf Jahren das politische System der Nachkriegszeit zerschmettert hat. Zuvor hatten jahrzehntelang abwechselnd zwei Parteien Frankreich regiert und die französische Politik dominiert: die Sozialisten in der linken Mitte und die Republikaner in der rechten Mitte. Beide wurden von

Macrons Bewegung in kürzester Zeit ausgesaugt und sind heute nur noch Randerscheinungen. Macrons politischer Kraftakt bestand darin, die linke und die rechte Mitte in einer einzigen Partei zu vereinen, ein bislang einzigartiger Coup in einer westlichen Demokratie.

Bereits vor seiner ersten Wahl 2017 waren in Paris Graffitis wie dieses zu sehen: „Macron 2017 = Le Pen 2022“. Einige Linke hatten damals wohl die böse Vorahnung, dass Macrons Politik die soziale Kluft im Land verschärfen und so dem *Rassemblement National* den Weg bereiten könnte. Damals galt der Macronismus durchaus als linksliberales Experiment. Ex-Sozialist Macron versprach demokratischere politische Institutionen, lobte die kulturelle und religiöse Vielfalt Frankreichs und sprach viel von der Aufrechterhaltung der französischen kulturellen Werte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Der Macronismus ist daher in Frankreich längst ein Synonym für Illiberalismus.

Geprägt war seine erste Amtszeit dann von marktwirtschaftlichen Reformen, mit dem Ziel, Frankreich in eine „Start-up-Nation“ zu verwandeln. Bald nannte man ihn den „Präsidenten der Reichen“: *Trickle down*-Glauben, Steuergutschriften für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, Abschaffung der Solidaritätssteuer auf Vermögen, Einführung der *Flat Tax* auf Dividenden. In Macrons Hymnen über eine zu entfesselnde „unternehmerische Dynamik“ mischte sich zusehends Verachtung für „Faule“, für Arbeiterinnen und Arbeiter mit Ansprüchen an sichere Arbeitsplätze und auskömmliche Renten.

Während Macron in Deutschland als visionärer Europäer verehrt wurde, unternahm er in diesem Geiste die Anpassung des französischen Sozialmodells an die Globalisierung. Er will den starken Staat, um ihn in den Dienst einer „gesunden Wirtschaft“ zu stellen. Gesetze munitionierte er Stück für Stück mit Bestimmungen des Ausnahmezustands, er erließ zahlreiche Strafrechtsverschärfungen sowie neue Antiterrorismugesetze, und er ließ seine Polizei mit Schlagstöcken und autoritärem Habitus auf demonstrierende Gelbwesten einprägen. Indem er mit Dekreten und Verordnungen regierte, das Parlament umging, sich auf private Beratungsfirmen wie McKinsey oder auf einberufene Räte stützte – wie zum Beispiel den Verteidigungsrat –, legte er den Grundstein für ein autoritäres Regime. Macrons Neoliberalismus, kombiniert mit seinem unverhohlenen Autoritarismus, bildete bald ein Ganzes.

Der Macronismus ist daher in Frankreich längst ein Synonym für Illiberalismus. Nachdem Macron die republikanische Regierungslinke und -rechte methodisch zerstört hatte, „spielte er sich als letztes Bollwerk gegen die extreme Rechte auf“, schrieb kürzlich der Anthropologe und Soziologe Jean-François Bayart in *Le Monde*. Er vergleicht Macron mit dem deutschen Kanzler Brüning, dessen Regierungshandeln in den Jahren 1930 bis 1932 die demokratischen Institutionen aushöhlte und das Zwangsinstrumentarium bereitete, dessen sich der Nationalsozialismus später nur noch bedienen musste. Wie Brüning, so Bayart düster, ebnet eben auch Macrons vorhersehbares politisches Scheitern Marine Le Pen den Weg in den Élysée-Palast.

„Maximierung des Möglichen“, so beschrieben 2019 David Amiel und Ismaël Emelien, zwei enge Berater Macrons, in ihrem Manifest mit dem Titel „Der Fortschritt fällt nicht vom Himmel“ den Macronismus. Immer mit dabei: Eine gute Portion Disruption. Macron, der einen breiten Mittelraum aufbauen und die überholten Grenzen zwischen links und rechts einreißen wollte, hatte immer vor, das „System“ zu erschüttern.

Seite E 140 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

Im Parlament versäumte es Macrons Bewegung, die Brandmauer gegen rechts aufrechtzuerhalten.

Nach Macrons Coup blieben in der französischen politischen Landschaft zunächst drei Blöcke mit ähnlicher Wählerstärke übrig. Ein liberal-konservativer Block mit Macron, ein rechtsextremer Block mit Marine Le Pen und ein linker Block unter Dominanz von Jean-Luc Mélenchon, einem Linkspopulisten. Bereits vor seiner Wiederwahl 2022 hatte Macron sich klar in der rechten Mitte verankert. Seitdem greift er Themen und Politiken der extremen Rechten auf, zuletzt ein neues Immigrationsgesetz, welches er mit den Stimmen des *Rassemblement National* verabschiedete. Somit gelingt es ihm, zahlreiche Stimmen konservativer Republikaner einzusammeln. Macrons Rechtsdrall hat jedoch die Begleiterscheinung, dass Marine Le Pens Partei von Wählerinnen und Wählern zunehmend als schlicht „normal“ angesehen wird.

Trotz Start-up-Nation engagierte sich Macron schon früh in den „Kulturkriegen“, wohl auch um von seiner Widerstand generierenden Sozialpolitik abzulenken. Mit Kampagnen zur Richtigstellung der Gendertheorie, mit Verboten des Gendersternchens, und mit Spott über den Wokismus legitimierte er „die Hirngespinnste der Neuen Rechten“ um Identität und Nation, so Bayart. Natürlich ist Macron nicht die einzige Ursache für den Erfolg des Rechtsextremismus. Aber er sowie seine Ministerinnen und Minister, die Le Pens Diktion übernahmen – die beispielsweise über „Islamo-Linke“ und Sozialhilfeempfänger herzogen oder die die *Rassemblement*-Führung gar beschuldigten, „zu soft gegenüber dem Islam“ zu sein –, müssen dafür verantwortlich gemacht werden, radikale Narrative übernommen, weiterverbreitet und in den Mainstream getragen zu haben.

Im Parlament versäumte es Macrons Bewegung, die Brandmauer gegen rechts aufrechtzuerhalten. Bei den Kommunalwahlen 2020 unterstützten die Macronisten weitgehend rechtsgerichtete Bürgermeister. Damit gelang es *Rassemblement*-Vertretern zunehmend und mühelos, Einfluss zu nehmen. Wer es sehen wollte, konnte erkennen, dass Macrons Politik in all den Jahren trotz seiner Rhetorik nie die „Brandmauer gegen Populismus“ war, die viele, vor allem in den europäischen Nachbarländern, dort sahen.

Was vom Macronismus in Erinnerung bleiben wird, ist sicherlich seine Lust an der Zerstörung.

Mit der Ausrufung von Neuwahlen zeigt Macron nun ganz offen, dass er keine Angst mehr hat, den *Rassemblement National* gewinnen zu lassen. Wie er seit der Auflösung des Parlaments stets erklärt, glaubt er, dass die Wahlen „Klarheit“ bringen werden. Die Kohabitation mit dem *Rassemblement National* wird ihm nicht schwerfallen. Er und *Renaissance* haben sich bereits viele Ideen des *Rassemblement National* zu eigen gemacht, insbesondere in den Bereichen Autorität, Sicherheit, Kampf gegen Einwanderung und Terrorismus.

Macron mag sich vorgestellt haben, dass die Rest-Rechte sich im Angesicht des Chaos, das er nun gesät hat, zerreißen werde. Und dass der Teil der Republikaner, der ein Bündnis mit dem *Rassemblement National* ablehnt, sich ihm anschließen werde. Ebenfalls rechnete er damit, dass der Teil der Linken, der ein Bündnis mit der umstrittenen *La France Insoumise* ablehnt, das Gleiche tun würde. Tatsächlich spaltet sich die Rechte, jedoch schließt sich niemand dem irrlichternden Macronismus an. Und die Linke? Sie vereint sich, gemäß ihrer aus der Geschichte geerbten Tradition, und steht angesichts der Bedrohung durch die Rechtsextremen zusammen.

Seite E 141 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

Macrons jetzige Wahlkampagne, bei der er vor allem die Linke angreift, wo es nur geht, scheint unterm Strich zu sagen: lieber den *Rassemblement National*, als die neue Volksfront der Linken. Eine Stimmung, die an die 1930er Jahre erinnert, als die herrschenden Klassen Frankreichs eher Hitler zuneigten als Leon Blum.

Was vom Macronismus in Erinnerung bleiben wird, ist sicherlich seine Lust an der Zerstörung. In einem unbedachten Moment, einen Tag nach der Europawahl und der Parlamentsauflösung, als Emmanuel Macron bei der Gedenkfeier in Oradour-sur-Glane weilte, dem Dorf in Zentralfrankreich, welches von der SS vernichtet wurde, sagt er über die Auflösung des Parlaments: „Ich habe das seit Wochen vorbereitet und bin ganz happy. Ich habe meine Granaten zwischen ihre Beine geschleudert. Jetzt werden wir sehen, wie sie damit zurechtkommen.“



Adrienne Woltersdorf

Paris

Adrienne Woltersdorf leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris. Sie war Leiterin der Stabsstelle Kommunikation der FES und des Büros für Regionale Kooperation in Asien mit Sitz in Singapur sowie des FES-Büros in Afghanistan. Vorher hatte sie acht Jahre lang für die *taz* aus Washington und Berlin berichtet.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/lust-an-der-zerstoerung-7608/?utm_campaign=de_40_20240628&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Ohne Netz und doppelten Boden. Macron geht mit der Ankündigung von Neuwahlen voll ins Risiko. Doch seine Überrumpelungstaktik könnte sich als gewaltiger Fehler erweisen

Von Adrienne Woltersdorf

11.06.2024



picture alliance / via Reuters | Ludovic Marin Ist er verrückt, ein Zocker oder ein genialer Stratege? Emmanuel Macron riskiert viel.

[Read article in English](#) [Читать статью по-русски](#)

Seit der Europawahl gehen die Uhren in Frankreich anders. Mehr als ein Drittel der französischen Wählerinnen und Wähler hat eine rechtsextreme Partei gewählt. Präsident Emmanuel Macron löste daraufhin kurzerhand das Parlament auf, denn seine zentristische Partei *Renaissance* und ihre Verbündeten mussten mit 14,6 Prozent eine schwere, ja vernichtende Niederlage einstecken. Knapp eine Stunde nach Schließung der Wahllokale am Sonntag verkündete Macron Neuwahlen, angesetzt für den 30. Juni und die zweite Runde für den 7. Juli. „Der Aufstieg der Nationalisten, der Demagogen, ist eine Gefahr für Frankreich“, erklärte Macron in seiner dramatisch inszenierten Fernsehansprache. Nun könnte ausgerechnet er es sein, der ihnen die Türen zur Macht öffnet.

Für die Sinnsuche – für die Beantwortung der Frage, ob der Präsident verrückt sei, ein Zocker, ein genialer Stratege? – bleibt keine Zeit. Denn für den Kampf gegen die Welle des Rechtsextremismus, für den die demokratischen Parteien glaubten, Zeit bis zur nächsten Präsidentschaftswahl 2027 zu haben, bleiben nun 20 Tage. Was auch immer Macron vorhat: Der französischen Demokratie mutet er einen Risikoakt ohne Netz und doppelten Boden zu. Vor ihm hatte Präsident Jacques Chirac in einer ähnlichen Kamikaze-Entscheidung 1997 das Parlament aufgelöst. Damals ging es für den Gaullisten schief. Er musste mit einer sozialistischen Regierung unter Lionel Jospin in *Cohabitation* leben.

Am Wahlabend hatte Macron kaum jemanden in seine Entscheidung eingeweiht. Nicht einmal seinen dynamischen Premierminister Gabriel Attal, den er noch kurz zuvor in den immer schriller werdenden Wahlkampf gejagt hatte. Seine Minister und Abgeordneten wurden am Montag streng gebrieft. Auf keinen Fall dürfen sie sagen, dass der Präsident

Seite E 143 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 849 vom 04.07.2024

vorhabe, den *Rassemblement National* in einer neuen *Cohabitation* aufzureiben, dass er die Partei von Marine Le Pen auf dem Gipfel der Macht vorzuführen gedenke, sie ausbluten lassen wolle.

Macrons Idee einer Koalition von *Renaissance* und *Republicains*, um seine Ränge zu stärken, ist bereits am Montag nach der Wahl gescheitert.

Die Verfassung erlaubt es einem französischen Präsidenten, den Premier und seine Regierung auf vielfältige Weise auflaufen zu lassen. Damit würde Macron sich zum alleinigen Kämpfer gegen die siegessicheren Rechtsextremen aufschwingen. Der General, der die Heerscharen des Bösen vernichtet. „So läuft es im echten Leben aber nicht“, kommentierte ein Talkshow-Gast und Anhänger der Partei *Les Republicains*. Um sie hatte Macron in den letzten Wochen immer wieder geworben. Seine Idee einer Koalition von *Renaissance* und *Republicains*, um seine Ränge zu stärken, ist jedoch bereits am Montag nach der Wahl gescheitert. Die erzkonservativen Republikaner wollen einfach nicht mit ihm arbeiten.

Macron könnte sich auch im Hinblick auf die französische Linke irren. Sein Coup am Sonntagabend hatte – wohl eher nicht zufällig – den Nebeneffekt, die Wahlparty der Sozialisten zu vermässeln. Ihr Kandidat [Raphael Glucksmann](#) erzielte mit 13,8 Prozent ein sehr gutes Ergebnis und katapultierte die bislang glücklosen Sozialisten auf den dritten Platz hinter RN und *Renaissance*. Noch während Glucksmann am Wahlabend im TV – selbstsicher und rhetorisch noch im Wahlkampfmodus verhaftet – gegen eine neuerliche Zusammenarbeit mit der linkspopulistischen *La France Insoumise* wettete, hatte Macron mit seiner Ankündigung die Karten neu gemischt.

Eine zersplitterte Linke würde seine Pläne nicht durchkreuzen, so wohl das Kalkül von Macron. Doch auch hier läuft im Leben nicht immer alles nach Plan. Die Serie an Überraschungen, die Paris mit aufgerissenen Augen und blanken Nerven seit Sonntag verfolgt, setzte sich am Montag fort. Am späten Abend verkündeten die Vertreter und Repräsentantinnen aller linker Parteien – also Sozialisten, *La France Insoumise*, die Kommunisten, die Grünen und einige andere –, eine *front populaire*, eine „Volksfront“, bilden zu wollen. Das hieße auch, dass sie in allen Wahlkreisen mit jeweils nur einer Kandidatin oder einem Kandidaten antreten wollen.

Es muss sie, die die letzten Monate in einem erbarmungslosen Wettstreit und gegenseitigen Beleidigungen ihre Kampagnen führten, viel Kraft gekostet haben, nun die Vernunft walten zu lassen. Der Begriff *front populaire*, den noch am Wahlabend der *Insoumise*-Abgeordnete Francois Ruffin in den sozialen Medien nutzte, um zur linken Allianz aufzurufen, verfängt. Das Wunder geschieht: Offenbar war es in wenigen Stunden gelungen, die ideologischen Gräben zu überwinden und die Trümmer der gescheiterten Vorgängerallianz, [der Nupes](#), zusammenzukehren und einen Neustart zu verabreden.

Marion Maréchal plädiert nun medienwirksam für eine Allianz der beiden rechtsextremen Parteien.

Die Uhren rasen, die politischen Karten werden innerhalb von Stunden neu verteilt. Kameras verfolgen jede Autofahrt der führenden Politikerinnen und Entscheider. So auch den Besuch von Marion Maréchal bei ihrer Tante, Marine Le Pen. Die Nichte ist frisch gewählte Europaabgeordnete der rechtsextremistischen Anti-Europa-Partei *Reconquete* und plädiert nun medienwirksam für eine Allianz der beiden rechtsextremen Parteien und wirbt dazu noch um die Rechtspopulisten der *Republicains*.

In Frankreichs Zwei-Runden-Wahlsystem treten die beiden erfolgreichsten Kandidatinnen und Kandidaten eines Wahlkreises in einer Stichwahl gegeneinander an. Gemäß dem Ergebnis der Europawahlen vom Sonntag würde es dem *Rassemblement* – und erst recht den vereinigten Rechtsextremen – sicher gelingen, in nahezu jedem Wahlkreis in die zweite Runde zu kommen. Dagegen hilft nur, dass eine Allianz der Linksparteien oder besser noch eine Union der demokratischen Parteien in einer immer wieder angerufenen „republikanischen Front“ zusammensteht, um die extreme Rechte zu blockieren. Doch die Dynamiken in den über 570 Wahlkreisen Frankreichs sind vielfältig und könnten noch zahllose Überraschungen bieten. Nur Tage nachdem Präsident Macron die Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag des D-Days und des erfolgreichen Kampfes gegen den Faschismus zelebriert hatte, könnte er nun die Weichen gestellt haben für die Wahl einer rechtsextremen Regierung.



Adrienne Woltersdorf

Paris

Adrienne Woltersdorf leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris. Sie war Leiterin der Stabsstelle Kommunikation der FES und des Büros für Regionale Kooperation in Asien mit Sitz in Singapur sowie des FES-Büros in Afghanistan. Vorher hatte sie acht Jahre lang für die *taz* aus Washington und Berlin berichtet.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/ohne-netz-und-doppelten-boden-7569/?utm_campaign=de_40_20240611&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte